



Landtag von Baden-Württemberg

21. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 20. Februar 1997 • Haus des Landtags

Beginn: 9.35 Uhr

Schluß: 18.09 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1391	4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Situation der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken in Baden-Württemberg – Drucksache 12/649	1419
Ausscheiden des Abg. Dr. Spöri	1391	Abg. Dr. Walter Müller SPD	1419
1. Aktuelle Debatte – Neue Herausforderungen für die Landespolitik aufgrund der Rekordarbeitslosigkeit – beantragt von der Fraktion Die Republikaner	1391	Abg. Döpfer CDU	1421
Abg. Deuschle REP	1391, 1398	Abg. Annemie Renz Bündnis 90/Die Grünen	1423
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	1392	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	1424
Abg. Brechtken SPD	1394, 1404	Abg. Herbricht REP	1425
Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen	1395, 1406	Minister Dr. Vetter	1427
Abg. Hofer FDP/DVP	1396, 1407	Beschluß	1429
Abg. Mühlbeyer CDU	1399	5. Fragestunde – Drucksache 12/1003	
Abg. Weimer SPD	1400	5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Caroli SPD – Endgültige Zusage für die Finanzierung der Bauausführungsplanung für die B 33 – Ortsumgehung Hornberg	1430
Minister Dr. Döring	1400	Abg. Dr. Caroli SPD	1430
2. Zustimmung zur Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz	1409, 1419	Staatssekretär Ulrich Müller	1430
3. Große Anfrage der Fraktion der CDU mit der Antwort der Landesregierung – Bekämpfung der Korruption – Drucksache 12/197	1410	5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Dienstfahrzeuge von Landräten	1430
Anträge Drucksachen 12/1049, 12/1050		Abg. Deuschle REP	1430, 1431
Abg. Veronika Netzhammer CDU	1410	Minister Dr. Schäuble	1430, 1431, 1432
Abg. Bebber SPD	1411	Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen	1431
Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen	1412	Abg. Kluck FDP/DVP	1431
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	1413	Abg. Weimer SPD	1431
Abg. Troll REP	1414		
Minister Dr. Schäuble	1415		
Beschluß	1418		

<p>6. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen und die Attraktivität des Studienstandorts Baden-Württemberg – Drucksache 12/175 1432</p> <p> Abg. Carla Bregenzer SPD 1432, 1441</p> <p> Abg. Dr. Klunzinger CDU 1433</p> <p> Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen 1434</p> <p> Abg. Pfister FDP/DVP 1435</p> <p> Abg. Deuschle REP 1437</p> <p> Minister von Trotha 1438</p> <p>7. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Beitrag der Länder und der Gemeinden zur Erfüllung der Eintrittskriterien in die Europäische Währungsunion und zur Stabilität der Deutschen Mark – Drucksache 12/195 1442</p> <p> Abg. Mappus CDU 1442, 1450</p> <p> Abg. Dr. Puchta SPD 1443</p> <p> Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen . . 1444</p> <p> Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP 1445</p> <p> Abg. Krisch REP 1446</p> <p> Staatssekretär Rückert 1447</p> <p>8. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Reform der Haushaltswirtschaft und des Rechnungswesens – Drucksache 12/196 1452</p> <p> Abg. Dr. Steim CDU 1452</p> <p> Abg. Seltenreich SPD 1453</p>	<p> Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen 1454</p> <p> Abg. Kiel FDP/DVP 1456</p> <p> Abg. Schonath REP 1457</p> <p> Staatssekretär Rückert 1458</p> <p>9. Aktuelle Debatte – Gesundheitsreform – Berücksichtigung baden-württembergischer Positionen – beantragt von der Fraktion der CDU 1459</p> <p> Abg. Dr. Repnik CDU 1460, 1468</p> <p> Abg. Dr. Walter Müller SPD 1461, 1465, 1469</p> <p> Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen 1462, 1466</p> <p> Abg. Dr. Noll FDP/DVP 1463, 1467</p> <p> Abg. Dr. Schlierer REP 1464, 1470</p> <p> Minister Dr. Vetter 1471</p> <p>10. Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 12/951 1474</p> <p> Beschluß 1474</p> <p>11. Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/947 1474</p> <p> Beschluß 1474</p> <p>12. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/800, 12/943, 12/944 1474</p> <p>Nächste Sitzung 1474</p>
--	--

Protokoll

über die 21. Sitzung vom 20. Februar 1997

Beginn: 9.35 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

U r l a u b für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Glück erteilt.

K r a n k gemeldet sind Frau Abg. Solinger sowie die Herren Abg. Huchler, Lorenz und Stächele.

D i e n s t l i c h v e r h i n d e r t ist Herr Finanzminister Mayer-Vorfelder.

Meine Damen und Herren, mit Schreiben vom 3. Februar 1997 hat mir Herr Abg. Dr. Spöri mitgeteilt, daß er sein Landtagsmandat mit Ablauf des Monats Februar 1997 niederlegt.

Herr Kollege Dr. Spöri, im Namen des Landtags danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihr Wirken im Dienst des Landes Baden-Württemberg sowohl als stellvertretender Ministerpräsident als auch als Wirtschaftsminister dieses Landes.

Wir wünschen Ihnen alles Gute für die Zukunft und viel Erfolg in Ihrem neuen Tätigkeitsbereich.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Neue Herausforderungen für die Landespolitik aufgrund der Rekordarbeitslosigkeit – beantragt von der Fraktion Die Republikaner

Es gelten die üblichen Redezeiten: 5 Minuten je Fraktion bei einer Gesamtrededzeit von 50 Minuten, auf die die Redezeit der Regierung nicht angerechnet wird. Ich darf Sie wiederum bitten, § 60 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung zu beachten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Rekordarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg ist ein Thema, das wir nicht gern hier in dieser Debattenform mit Ihnen diskutieren wollen.

Baden-Württemberg war ein glückliches Land. In Baden-Württemberg war das Thema Arbeitslosigkeit bis lange in die achtziger Jahre hinein ein Fremdwort.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Nun müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, daß mit den Januarzahlen über 400 000 Arbeitslose in Baden-Württemberg existieren. Meine Damen und Herren, das ist das Ergebnis Ihrer verfehlten Politik.

(Beifall bei den Republikanern)

Beängstigend ist auch noch die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Januar, und zwar mit über 81 000 Menschen. Das ist diese Dynamik.

Wenn wir kurz auf das Bundesgebiet schauen, sehen wir 4,7 Millionen offizielle Arbeitslose. Wenn man dann die ABM und alle anderen Maßnahmen dazurechnet, müssen wir von einer Arbeitslosigkeit von über 6 Millionen ausgehen. Der IG-Metallvorsitzende, Herr Zwickel, hat für die nähere Zukunft schon die 5-Millionen-Grenze bei den offiziellen Arbeitslosen angesprochen.

Meine Damen und Herren, da müssen wir überlegen, da müssen wir grundsätzliche Fragen stellen, da können wir nicht wie bisher weitermachen, sondern wir müssen auch strukturell denken und an die Strukturen herangehen.

Meine Damen und Herren, was sind denn die Gründe für diese Fehlentwicklungen? Bei uns sind doch auch Branchen betroffen, die in den achtziger Jahren quasi resistent waren. Ich denke an den Maschinenbau, an die Elektroindustrie und an den Kraftfahrzeugbau.

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß allein in der Region Stuttgart seit Anfang der neunziger Jahre 100 000 Industriearbeitsplätze verlorengegangen sind. Da müssen wir nach den Gründen fragen.

Ein entscheidender Grund ist, daß wir hier seit Jahren zu wenig investiert haben,

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Wer ist „wir“?)

daß wir zum Teil auch falsch investiert haben, daß wir auch nicht in unserem Land investiert haben. Daß die Unternehmen zur Zeit das Fünffache von dem, was im eigenen Land investiert wird, im Ausland investieren, ist das Ergebnis Ihrer falschen Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weimer SPD: Da klatschen nicht einmal die eigenen Leute!)

Was sind denn die Gründe dafür? Woran liegt das eigentlich? Woran liegt es, daß eine Arbeitsmarktpolitik betrieben worden ist, bei der es eigentlich nur um die Interessen

(Deuschle)

der Arbeitsplatzbesitzer und nicht um die Interessen der Arbeitslosen ging? Dazu kann ich Ihnen sagen: Da haben die Gewerkschaften, aber auch die Arbeitgeberverbände grundsätzliche Fehler gemacht. Sie haben sich eben nur um die Arbeitsplatzbesitzer gekümmert und im Grunde genommen nie wirklich versucht, den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Da muß man wirklich auch die Frage stellen: Gibt es unter Umständen Gruppen, die von dieser Arbeitslosigkeit oder von dem mangelnden Abbau der Arbeitslosigkeit profitieren? Diese Frage müssen wir auch einmal stellen. Wieviel Sozialgruppen, wieviel Institutionen gibt es, die eigentlich nur von der Verwaltung der Arbeitslosigkeit leben und die bei einer echten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ihre Privilegien verlieren würden?

Deswegen fordern wir eine drastische Kürzung der Zuwendungen und Zuweisungen an diese gesamten Beratungsgruppen, mit denen doch nur Klientelinteressen in diesem Land abgedeckt werden, meine Damen und Herren,

(Beifall bei den Republikanern)

und eine drastische Umschichtung auf die Investitionen. Wir haben dazu ja bei den Etatberatungen Vorschläge gemacht. Wir haben aus diesem Bereich noch netto 160 Millionen DM herausgenommen, und die wollen wir – das sage ich ganz konkret – in die Zukunft stecken, zum Beispiel in den Landesstraßenbau. Jeder, der weiß, wie die Landesstraßen aussehen, und jeder, der weiß, daß nur rund 50 % der im Generalverkehrsplan von 1986 vorgesehenen Landesstraßen gebaut worden sind, der weiß auch, daß wir hier einen Nachholbedarf haben, meine Damen und Herren.

Die Landesregierung ist auch darauf gekommen und macht hier ja auch ein Programm. Aber wie macht sie das?

(Minister Dr. Döring: Gut!)

– Nicht gut, Herr Döring. Das werde ich Ihnen nämlich erklären.

Sie nehmen dreimal 75 Millionen DM von 1997 bis 1999, aber Sie finanzieren das über einen privaten Finanzier, zahlen es aber schwerpunktmäßig erst nach dem Jahr 2000 zurück. Das, sage ich Ihnen, ist keine seriöse Politik. Das ist weiter versteckte Staatsfinanzierung und Schuldenfinanzierung. Das machen Sie natürlich nur, um die Maastricht-Kriterien einigermaßen einzuhalten. Das ist doch der Sinn dessen.

(Beifall bei den Republikanern – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Nur noch kurz eines zur Problematik der Steuerreform, Herr Präsident.

Sie setzen ja auf die Steuerreform zur Arbeitsplatzbeschaffung, wie die Debatte gestern gezeigt hat. Das ist aber doch ein Täuschungsmanöver. Auf der einen Seite entlasten Sie bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer, auf der anderen Seite erhöhen Sie im Grunde genommen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer die Belastungen. Sie werden also auf der Investitionsseite wenig bekommen, zumal Sie ja auch die Abschreibungsmöglichkeiten verschlechtern.

Sie werden aber auch das verfügbare Einkommen der Haushalte dadurch nicht grundsätzlich verbessern können. Das heißt, wenn Sie nicht an die Staatsquote, an die Privilegien, an die Interessenverbände und an die egoistischen Teilinteressen herangehen, werden Sie nicht das Positive für das Gesamtinteresse erreichen. Das Gesamtinteresse in diesem Staat ist mehr als die Summe der egoistischen Teilinteressen. Wenn wir nicht dort und an ihren ganzen Klientelen ansetzen, werden wir keine Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten bekommen.

Im zweiten Teil werde ich noch einige weitere Punkte ansprechen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Noch weitere?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es handelt sich natürlich um überhaupt keine neuen Herausforderungen. Es sind die alten Herausforderungen, die sich um so drängender stellen. Herr Kollege Deuschle, in allen Ehren: Wenn ich höre, was Sie gerade angeregt haben, habe ich die Befürchtung, daß bei dieser Debatte doch wieder nur Arbeitsbeschaffung für die Parlamentsstenografen herauskommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Lassen Sie mich sechs Anmerkungen zu einem wirklich vielschichtigen Problem machen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die sind sowieso überlastet, die Stenografen!)

Erstens: Mit 8,2 % Arbeitslosigkeit liegt Baden-Württemberg weit unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist Beweis für eine erfolgreiche Mittelstandspolitik.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das ist Beweis für eine richtige Politik in der Vergangenheit, an die dieses Land auch anknüpfen wird.

Zweitens: Baden-Württemberg ist natürlich voll eingebunden in das Standortproblem Deutschland. Wie sieht dieses Standortproblem aus? Es sieht so aus, daß die Deutschen glauben, einen Sonderweg gehen zu können, der steuerliche Sonderrechte vorsieht, der bei den Lohnnebenkosten Sonderrechte vorsieht.

Das alles zeigt, daß wir an diesen Punkten ansetzen müssen. Dazu liegen ja auch Reformpakete auf dem Tisch. Wir laden alle dazu ein, sich an diesen Reformen zu beteiligen.

1995 sind in Deutschland 28 Milliarden DM an Investitionen abgeflossen. 7 Milliarden DM kamen aus dem Ausland zurück. Das entspricht genau dem Betrag, der von ausländischen Unternehmen in Polen investiert wurde.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir sind bei den Auslandsinvestitionen also auf dem gleichen Niveau wie Polen.

(Dr. Inge Gräßle)

(Abg. Schonath REP: Das kann man nicht vergleichen!)

Das kann natürlich nicht gutgehen, das ist klar.

Hier können Sie mit uns handeln; die Vorschläge für ein großes Reformpaket liegen auf dem Tisch. Da ist vor allem hier die linke Seite der Hemisphäre gefordert.

(Abg. Brechtken SPD: Hemisphäre? Danke! – Gegenruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU: Denkt ihr nicht global?)

Dritter Punkt: Natürlich sind auch die Tarifpartner in der Verantwortung. Der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel hat eine interessante Rechnung aufgemacht. Er fordert nämlich vier Nullrunden ein, und pro Nullrunde werden 300 000 Arbeitsplätze geschaffen.

(Abg. Deuschle REP: A wa! Das glaubt doch niemand!)

Das sind neue Wege, die wir gehen müssen. Ich bitte Sie, Ihre Klientelen zu ermuntern, diese neuen Wege mit uns zu gehen.

In meinem Wahlkreis gibt es eine Firma, die jetzt Konkurs anmelden mußte, weil sich die Gewerkschaften einer Sanierung verweigert haben, einer Sanierung mit Lohnverzicht via Produktivvermögen. Es ging um übertarifliche Zuschläge, die bei dieser Rechnung nicht zu verrechnen waren. Da muß ich sagen: Solange wir glauben, uns das leisten zu können, kann es so schlimm noch nicht sein.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr, sehr wichtig! – Abg. Deuschle REP: Wir haben ja jetzt schon Lohnverzicht! – Abg. Moser SPD: Wie heißt die Firma?)

Vierter Punkt: Auch die Arbeitslosen haben eine Verantwortung.

(Abg. Deuschle REP: Ha!)

1996 wurden in Baden-Württemberg 70 000 erstmalige Arbeitserlaubnisse für Ausländer von außerhalb der EU ausgestellt,

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

für Jobs, die anders nicht zu besetzen waren. Es geht darum, daß Arbeitslose erkennen, daß es sehr wohl Beschäftigungsmöglichkeiten für sie gibt. Aber solange wir von den Sozialsystemen her so abgesichert sind, wie wir es sind, gibt es noch keine Notwendigkeit, solche Art Arbeit anzunehmen.

Fünfter Punkt: Umbau des Staats. Wir müssen die Ausgaben des Staats im konsumtiven Bereich reduzieren und deregulieren. Auch hierzu hat die Landesregierung schon eindrucksvolle Vorschläge gemacht, und sie wird weitere Vorschläge vorlegen.

(Abg. Rapp REP: Da haben wir auch schon Vorschläge gemacht!)

Von daher sind wir – da bin ich sicher – auf einem guten Weg. Aber dieser Weg geht nicht über neue Schulden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das wird vor allem die linke Seite hier wieder hart ankommen. Wir wollen eine Politik machen, die die Jugend nicht auf Jahrzehnte hinaus belastet.

Der sechste Punkt: neue Arbeitsplätze durch neue Technologien.

(Abg. Weimer SPD: Also, viel Neues war es bis jetzt auch nicht, Frau Kollegin!)

– Ich habe ja gesagt, es sind die alten Herausforderungen, die sich neu stellen. Wenn Sie bei den alten Herausforderungen endlich einmal mitmachen würden, anstatt im Bundesrat nein zu sagen, fände ich das ganz großartig.

(Abg. Weimer SPD: Wir sind immer voraus! Sie sind die Bremser! Das ist das Problem!)

Dann könnten wir auch zu Ergebnissen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Sie müssen das Bremspedal lockern! Sie blockieren alles!)

Mit einer Sonthofen-Strategie kommen Sie nicht weiter und wir auch nicht. Die Frage ist, wie lange sich die Leute das gefallen lassen.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Gestern stand eine interessante Meldung in der Zeitung. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat eine Umfrage gemacht und ihr Image analysieren lassen.

(Abg. Weimer SPD: Machen Sie das mal für Erwin Teufel! Was da wohl rauskommt! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Was hat das mit der Arbeitslosigkeit zu tun?)

Das Geld hätte sie sich sparen können, weil nämlich dabei herauskam, daß sie als Partei der Modernisierungsverhinderer, der Besitzstandswahrer angesehen wird.

(Abg. Rapp REP: Das ist das gleiche mit Ihnen hier!)

Das wußten wir schon. Da hätte sie sich viel Geld sparen können.

(Abg. Bebbler SPD: Das war Nordrhein-Westfalen!)

– Die SPD in Nordrhein-Westfalen ist wahrscheinlich noch die modernste Landespartei, die Sie in der Republik haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Oje! Da können wir anderes berichten!)

Von daher muß ich sagen – –

(Abg. Weimer SPD: Jetzt mal was Konstruktives! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Was hat das mit dem Thema zu tun?)

(Dr. Inge Gräßle)

Wir können die Arbeitslosigkeit nur dann bekämpfen, wenn Sie sich dazu entschließen, sie mit uns zu bekämpfen. Ich möchte Sie ganz herzlich einladen,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie können immer alle einladen!)

die Reformpakete mitzutragen und an einem Bewußtseinswandel bei den Gewerkschaften, bei den Arbeitnehmern und auch bei den Arbeitgebern mitzuwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Situation ist ausreichend beschrieben. Darauf muß man nicht noch einmal eingehen.

Wir können es uns, auch vor dem Hintergrund der Beunruhigung der Bevölkerung, nicht leisten – wir sind in einer dramatischeren Situation, als viele von uns glauben, was die soziale und politische Stabilität unseres Landes angeht –,

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

jetzt gegenseitig die alte Platte der Schuldzuweisungen zu spielen und vor allem – darauf will ich mich in dieser ersten Runde konzentrieren – ständig Mißverständnisse aufzubauen und zu meinen, wir müßten Dinge gegeneinander ausspielen.

Ich will einmal ein paar Beispiele nennen.

Erste Bemerkung: Es ist schlicht falsch, zu glauben, daß Auslandsinvestitionen prinzipiell falsch seien.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!
– Abg. Deuschle REP: Das hat niemand gesagt!)

Der größte Teil der Auslandsinvestitionen sind Investitionen zur Erschließung von Märkten, und ohne kompensatorische – –

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wer hat das behauptet? – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

– Gelegentlich gibt es noch Leute außer Ihnen, die man hier im Parlament ansprechen muß. Auf Sie komme ich gleich.

(Abg. Weimer SPD: Bis rein in die CDU geht dieses Gerücht!)

Ohne die kompensatorischen Lohnkostenvorteile auch von Teilproduktionen, etwa im Osten, wären unsere Hauptprodukte in der Bundesrepublik gar nicht absetzbar.

(Beifall des Abg. Dr. Steim CDU)

Deshalb müssen wir uns endlich angewöhnen, nicht prinzipiell gegen Auslandsinvestitionen anzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Im übrigen ist es mittlerweile so, daß bei uns bereits seit langem von den sogenannten MOE-Staaten – auch durch unsere Verlagerungen dort und den Aufbau von Kaufkraft – mehr Waren und Dienstleistungen nachgefragt werden, als wir durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen in diese Länder verloren haben. Wir haben mittlerweile einen positiven Saldo.

(Abg. Deuschle REP: Mit dieser Aussage wäre ich vorsichtig!)

Zweite Bemerkung: Was wir brauchen – das wird Sie jetzt überraschen –, sind in der Tat auch angesichts der Europäisierung und der Internationalisierung klare Regelungen für unseren Arbeitsmarkt. Mich treibt um, wenn ausländische Kolonnen etwa im Baubereich bei uns Arbeitsplätze kaputtmachen, weil wir es nicht schaffen, gemeinsame Regelungen zu erzielen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Republikaner)

Ich beschränke mich aber auf diese Bemerkung. Es wird heute abend bei der Debatte um den Bau noch eine große Rolle spielen.

(Abg. Deuschle REP: Sie haben lange gebraucht zu dieser Meinung! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das war gestern, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– Das war gestern. Entschuldigung.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Macht auch nichts!)

Dritter Punkt: Was ich auch für falsch halte – das kam bei Ihrer Rede ein Stück weit zum Ausdruck –, ist diese alte Diskussion: Die einen schreien „Angebotsorientierung“, und die anderen schreien „Nachfrageorientierung“. Ich halte dies schlicht für falsch.

Wir brauchen vielmehr beides. Wir brauchen die Massenkraft. Diese müssen wir stärken. Wenn wir dabei aber nicht unsere Strukturprobleme lösen, wird die Massenkraft, die wir hier erwirtschaften, von anderen entsprechend abgesaugt, indem billigere ausländische Angebote unsere Massenkraft aufsaugen. Wir haben damit nichts für den Arbeitsmarkt geleistet.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das heißt, wir müssen die Kaufkraft stärken. Wir müssen aber gleichzeitig unsere Strukturprobleme lösen.

Meine Sorge ist, daß wir ständig eine ideologische Diskussion in der Bundesrepublik führen. Die einen schreien „Nachfrage“, die anderen schreien „Angebot“. Beides halte ich in der Ausschließlichkeit für falsch. Beides führt in die Sackgasse. Wir sind nicht fähig, die vermittelnden, vernünftigen Positionen gemeinsam zu ermitteln.

Vierte Bemerkung: Wenn wir in der Bundesrepublik produzieren wollen – das wollen wir ja alle gemeinsam; wir

(Brechtken)

wollen auch, daß ausländische Investoren wieder zunehmend bei uns produzieren –, dann müssen wir begreifen, daß bei uns angesichts unserer Lohnkostenstruktur Produktion nur mit höchster Effektivität möglich ist, mit hohem Maschineneinsatz. Wir werden niemals die Konkurrenzlöhne der anderen erreichen können. Dies geht bei uns nicht, auch wegen der Struktur der Ausgaben der Arbeitnehmer.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Also müssen wir die Produktivität erhöhen.

(Erneuter Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Das eigentliche Problem ist der Kapitaleinsatz der Maschinen. Also müssen wir den Kapitaleinsatz verringern. Das heißt, wir müssen die Maschinenlaufzeiten verlängern, damit sich dies rentiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das heißt letztlich Maschinenlaufzeiten rund um die Uhr. Dies heißt Nachtschichten, dies heißt in vielen Branchen auch Samstags- und Sonntagsarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und
der FDP/DVP)

– Prima, herzlichen Dank für Ihren Beifall; herzlichen Dank, wenn wir uns da einig sind. Nur: Wie man da in einer Situation,

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

in der wir diese Flexibilität brauchen, auf die Idee kommen kann, genau diejenigen, die so arbeiten, steuerrechtlich so zu belasten, daß sie bei einer Steuerreform, wie Sie sie vorschlagen, am Ende mehr bezahlen, dies begreife ich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Kollegin Schweizer, rechnen Sie einmal die Steuerreformvorschläge von Waigel durch, ganz konkret bezogen auf den Schicht- und Nachtarbeiter. Dann werden Sie feststellen: Er zahlt bei diesem Modell trotz geringerem Eingangsteuersatz mehr Steuern. Dies ist angesichts dessen, was wir wollen, nämlich eine höhere Flexibilität in unserer Volkswirtschaft, geradezu kontraproduktiv.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Und wir hatten schon geglaubt, Sie hätten etwas dazugelernt!)

– Ja, Sie müssen dazulernen.

Fünfter Punkt – ich bin sofort am Ende, Herr Präsident –: Wenn wir in unserer Gesellschaft ein Problem haben, dann haben wir nicht das Problem der Besteuerung des entnommenen Gewinns, sondern dann haben wir das Problem der zu hohen Besteuerung des Produktivkapitals, dessen, was im Betrieb verbleibt. Unsere hauptsächliche Problematik ist, den nicht entnommenen Gewinn steuerlich deutlich zu entlasten – durchaus in Richtung dieser 35 %, die im Gespräch sind –, wohlgemerkt: den im Betrieb verbleibenden Gewinn.

Wir sollten nicht ständig so undifferenziert über die Spitzensteuersätze unter dem Aspekt des entnommenen Gewinns diskutieren. Dort sehe ich nicht das zentrale Problem. Dort gibt es einige psychologische Probleme, aber nicht die eigentlichen wirtschaftlichen Probleme. Dazu gehört für mich: Wenn ich den Faktor Arbeit entlasten will, dann muß ich die Lohnnebenkosten senken. Dann lautet die zentrale Frage: Gelingt es uns und sind wir bereit, in der Gesellschaft eine Diskussion herbeizuführen, daß wir stärker den Verbrauch zur Sicherung der Sozialversicherungssysteme nehmen müssen, und zwar unter Einschluß einer ökologischen Komponente, der ökologischen Steuerreform, und damit den Faktor Arbeit entlasten?

Ich halte es für falsch, diese Chance zu verspielen und womöglich den Fehler zu machen, zur Senkung von Spitzensteuersätzen vor allem im individuellen Bereich womöglich die Mehrwertsteuer zu erhöhen – das hielte ich für katastrophal, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten – oder etwa Spitzensteuersätze zu senken und dafür den Faktor Arbeit stärker zu belasten; denn dann hätten wir nämlich wieder eine Umverlagerung von Kapitalkosten zu Arbeitskosten, was wir uns nicht leisten können.

(Abg. Deuschle REP: Landespolitik!)

Also, Fazit: Gehen wir gemeinsam ran an die Sache, aber nicht ständig unter diesen ideologischen Vorzeichen. Gehen wir ganz konkret da ran.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Einverstanden!)

Ein Letztes: Wir werden es letztlich nur schaffen – und deshalb bin ich dankbar; ich will darauf hinweisen, daß die SPD hier gesagt hat: Wir machen ein Angebot; wir sind Opposition in Bonn; wir haben eine Mitverantwortung im Bundesrat, wir machen ein Angebot zu gemeinsamen Gesprächen –, wenn wir aufeinander zugehen. Das sollten wir tun, und dabei sollten wir dann solche alten Diskussionen vergessen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Hehn und Dr.
Carmina Brenner CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Brechtken, ich gebe Ihnen recht: Es geht nicht um Schuldzuweisungen, aber dennoch muß festgestellt werden: Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik hat den Praxistest nicht bestanden. Nach fünf Jahren Standortdebatte, nach fünf Jahren geschnürter Pakete, die für die einen – für die Bevölkerung – Sparpakete waren und die für die anderen – für die Unternehmen – Geschenkpakete waren,

(Abg. Haas CDU: Das ist ja lachhaft! – Abg.
Kluck FDP/DVP: Na, na, na!)

haben wir ein Ergebnis, das sich in zwei Sätzen zusammenfassen läßt.

Erstens: „Wir haben die niedrigsten Ertragsteuern seit Bestehen der Bundesrepublik.“ Das ist ein Zitat von Wolf-

(Sabine Schlager)

gang Schäuble aus seinem Buch, das er 1994 geschrieben hat. Im Anschluß an diese Zeit sind in Baden-Württemberg 260 000 Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich abgebaut worden, trotz dieser niedrigen Ertragsteuern bei den Unternehmen.

Zweitens – schon beschrieben –: Wir haben die höchste Arbeitslosenquote seit Bestehen der Bundesrepublik.

Steuerersparnis allein – das ist damit erwiesen – schafft keine Investitionen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Antwort von CDU und FDP/DVP – das wurde auch von Ihnen, Frau Gräßle, vorhin wieder ausgeführt – heißt: Weiter so, auch wenn es nichts hilft.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt einfach nicht!)

Unsere Antwort heißt: Wenn sich ein Weg als falsch erwiesen hat, wenn er sich als untauglich erwiesen hat, dann müssen wir neue Wege gehen, neue Maßnahmen ergreifen, die mehr Aussicht auf Erfolg haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben den Weg ja noch gar nicht probieren dürfen!)

Ich möchte für die Grünen drei solche Wege darstellen, Frau Berroth.

Erstens Arbeit umverteilen, Arbeitszeit verkürzen, zweitens ökologisch wirtschaften, drittens neue Arbeitsplätze schaffen, und zwar durch einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt.

(Zuruf von der CDU: Oje!)

Erstens: Arbeitszeit verkürzen. Diese Modelle gibt es in verschiedenen Betrieben: flexible Arbeitszeiten, kürzere Arbeitszeiten. Damit das aber ein Modell in der Breite werden kann, muß die Politik dafür die entscheidenden Voraussetzungen schaffen. Es gibt nämlich eine Arbeitsplatzsolidarität, es gibt die Bereitschaft, weniger zu arbeiten; aber die Voraussetzung ist, daß dieser geringere Bruttolohn nicht voll auf die Nettolöhne durchschlägt, das heißt, der Lebensunterhalt muß auch mit einem geringeren Einkommen bestritten werden können.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das heißt, die Nettolöhne können dann entlastet werden, wenn die Schere zwischen Bruttolöhnen und Nettolöhnen durch – das ist in Bonn beabsichtigt; das finden wir richtig – Steuersenkungen für die kleinen und mittleren Einkommen geringer wird.

Der zweite Weg ist die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Sie wissen, daß wir das mit dem Aufkommen aus der ökologischen Steuerreform machen wollen.

(Zuruf von der CDU: Wer zahlt die? – Abg. Scheuermann CDU: Gesenkt ist nichts, aber finanziert!)

Es geht bei der Steuerreform gerade nicht um das Verteilen von Geschenken, sondern um mehr Steuergerechtigkeit,

um die Entlastung der mittleren und niedrigen Einkommen und die Abschaffung von Steuersubventionen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Was gibt es da zu klatschen?)

Die Einnahmen aus der ökologischen Steuerreform, die wir dafür verwenden wollen, die Lohnnebenkosten zu senken, haben aber noch einen zweiten, ganz wichtigen Impuls für die Wirtschaft. Durch schrittweise steigende Energiekosten wird in der Wirtschaft die Nachfrage nach neuen Produkten, neuen Technologien, neuen Märkten, die dann auch Zukunftsmärkte sind, geschaffen, weil weltweit die Nachfrage nach Produkten, die weniger Energie verbrauchen, wachsen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dritter Punkt: Der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt. Der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt muß aus der Nische heraus. Bisher wird er eher mit spitzen Fingern angefaßt, quasi als Sonderprogramm für einige Sonderfälle auf dem Arbeitsmarkt. Inzwischen geht aber die Zahl der Sonderfälle in die Millionen und beträgt die Zahl der Langzeitarbeitslosen schon ein Drittel der Zahl aller Erwerbslosen. Das heißt, aus einem Sonderprogramm muß auch der Normalfall werden dürfen, der Normalfall eines öffentlich geförderten Arbeitsplatzes, denn es ist allemal sinnvoller, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Mittel- und langfristig können wir uns nämlich weder die Kosten der Arbeitslosigkeit noch die sozialen Folgekosten der Langzeitarbeitslosigkeit finanziell leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Haben Sie vielleicht noch einen Finanzierungsvorschlag?)

Ich will darauf hinweisen, daß keiner dieser drei Wege, die ich beschrieben habe, für sich allein zum Erfolg führt. Es gibt nicht eine einzige Ursache für die Arbeitslosigkeit, also gibt es auch nicht nur einen einzigen Lösungsweg. Vielmehr müssen wir alle diese Wege beschreiten, wenn wir uns nicht mit der hohen Sockelarbeitslosigkeit abfinden wollen, wenn wir uns nicht damit abfinden wollen, daß Produktivitätssteigerung, die wir wollen und die wir brauchen, dazu führt, daß sich die weniger werdende Arbeit auf immer weniger Menschen konzentriert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ohne Zweifel absolut besorgniserregend, nur – das wurde vorhin gesagt –: Überraschend kommt er nicht. Die Wirtschaftsinstitute, der Deutsche Industrie- und Handelstag haben ihn prophezeit. In den Haushaltsberatungen ist darauf eingegangen worden, auch von mir. Es wäre in der Tat ein Armutszeugnis, wenn wir erst jetzt darangehen würden, uns zu überlegen, wie man das ändern kann.

Man hat, wenn ich das, was Herr Kollege Brechtken gesagt hat, einbeziehe, bei der Frage, was man tun kann, doch eine beträchtliche Übereinstimmung. Daß es allein mit Kon-

(Hofer)

junkturprogrammen nicht geht, selbst wenn man sie finanzieren könnte – zum Teil ist das Strohfeuer –, wissen wir. Auch die erfreuliche Konjunkturbelebung, die sich für Baden-Württemberg abzeichnet, wird nicht ausreichen. Wir sind uns alle darüber klar, daß man mehr brauchen wird als runde Tische. Man wird eine Umkehr bei den Rahmenbedingungen, man wird Strukturveränderungen brauchen.

Was ist zu tun? Ich darf stichwortartig einfach nur noch einmal rekapitulieren – wir sind gar nicht weit voneinander entfernt –: Deregulierung des Arbeitsmarkts, eine größere Lohndifferenzierung, eine spürbare Reduzierung der Lohnzusatzkosten. Wir sind einfach zu teuer. Die Arbeitskosten sind in der Positionierung unserer weltweiten Wettbewerber zu hoch.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Investoren müssen mehr Zutrauen in eine Politik der sinkenden Abgaben und Steuern finden.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die Steuerreform ist zügig durchzuführen, insbesondere die Unternehmensteuerreform. Es ist ja eigentlich ein Skandal, daß wir uns im Grunde alle einig sind, daß die Gewerbesteuer fallen muß,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber sie fällt nicht!)

und sie ist und bleibt immer noch da.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Tarifpolitik – diese kleine Anmerkung darf man sich ja bei aller Zurückhaltung erlauben – muß flexibler werden und auf die Bedürfnisse der einzelnen Branchen und Betriebe mehr eingehen, übrigens auch auf die derjenigen, die keine Arbeit haben und Arbeit suchen. Ich füge hinzu: Auch die Schwarzarbeit muß stärker bekämpft werden.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das hat noch keiner angesprochen; wir sind uns aber sicherlich einig. Auch die Arbeitgeber und Unternehmer sind nun am Zug, nicht nur die Personalkosten zu reduzieren, sondern zu sehen: Wenn man da nicht über den Tag hinausblickt, dann nimmt man sich die Grundlage; ich lasse das neudeutsche Wort Ressourcen weg. Man nimmt sich die Grundlage für den Standortvorteil Deutschlands, wenn man im Grunde genommen auf Kosten einer qualifizierten Arbeitnehmerschaft zu große Einschnitte macht.

Meine Damen und Herren, das Problem ist meines Erachtens nicht so sehr, daß wir das alles noch nicht bewerkstelligt haben – das ist ja auch ein ziemlicher Umbau –, sondern das Problem ist, daß nach allen Umfragen – das sage ich sehr selbstkritisch – die Fähigkeit, das zu tun, weder den Sozialpartnern noch der Politik insgesamt von der Bevölkerung noch zugetraut wird. Das ist ein Riesenproblem.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Man hat den Eindruck, es gehe ständig nur darum: Wie positioniere ich mich für die nächste Wahl besser? Interessen

werden gegen Interessen in besitzstandswahrender Weise verteidigt und jeweils mit dem Gemeinwohl gleichgesetzt.

(Abg. Deuschle REP: Richtig! Völlig richtig!)

Jeder spricht von Abstrichen und vom Gürtel-enger-Schnallen. Jeder fummelt an der Gürtelschnalle des anderen herum.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP)

Das muß man einfach einmal so sehen. Ständig bekommen wir über die Medien – daran sind wir selber schuld – neue Maßnahmen aufgetischt, um dann – wie tröstlich! – zu erfahren, daß sofort alles wieder natürlich im Bundesrat blockiert wird.

(Abg. Weimer und Abg. Brechtken SPD: Na, na, na!)

Davon hat die Bevölkerung die Nase gestrichen voll.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Deuschle REP)

Und das zweite: Wir werden es nicht schaffen, das länger so durchzuhalten.

(Abg. Weimer SPD: Das mit dem Bundesrat wissen Sie eigentlich besser, Herr Kollege!)

Lassen Sie mich noch einen Punkt an einem Beispiel aufzeigen. In der zweiten Runde könnte man noch ein paar praktische Beispiele bringen; ich habe das vor. Das kleine Beispiel noch: Wir diskutieren auch nicht richtig über die Inhalte derer, die Arbeit suchen. Ich räume ein: Die Wähler sind immer noch bei denen, die die Arbeit haben, und bei den Mitgliedern der Gewerkschaften. Man kann zur Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall stehen, wie man will; ich weiß, es ist ein Reizwort. Aber wenn ich über Fernsehübertragungen in jede Stube Interviews gesendet bekomme, in denen ausgeführt wird, daß man mit 80 % des Lohns die Familie nicht mehr ernähren könne, dann abgeblendet wird und die ansonsten so kritischen Fragesteller nicht fragen, ob man dieses Schicksal von der Familie abwehren könnte, wenn man einige wenige Urlaubstage dazu benutzen würde, braucht man sich über die ablehnende Haltung in der Bevölkerung nicht zu wundern.

(Zuruf der Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen und Nagel SPD)

Jetzt stellen Sie die gleiche Frage einmal einem, der Arbeit sucht. Dieser bekäme einen gut bezahlten, qualifizierten Arbeitsplatz und würde auch von der Sicherheit her nicht beeinträchtigt. Er hätte nur einen kleinen Nachteil: Möglicherweise müßte er einige wenige Arbeitstage Urlaub nehmen, wenn er einmal krank würde; trotzdem wäre er immer noch Weltmeister im Urlaubmachen. Fragen Sie den einmal! Der macht einen Luftsprung und nimmt diesen Arbeitsplatz. Das ist die Schiefelage unserer gesamten Diskussion. Das ist nur ein kleines Beispiel.

Ich denke, wir werden nachher darauf zurückkommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Brechtken, ich muß Ihnen zugestehen: Sie haben immerhin eine beachtliche Rede gehalten. Auch der Kollege Hofer hat einiges Vernünftige gesagt.

(Heiterkeit)

Nur: Sie haben ja beide hier die Frage gestellt, ob Sie mit den genannten Mitteln und mit dem etablierten Machtsystem dieses Problem bewältigen können. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wir haben Zweifel, und immer mehr Menschen in der Bevölkerung haben Zweifel, daß Sie das so schaffen.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Beim Thema Globalisierung sind Sie ja von Schwarz bis Grün im Grunde der gleichen Meinung. Sie überschätzen die Chancen der Globalisierung und unterschätzen die Risiken. Wenn wir hier immer vom Europäischen Binnenmarkt hören, Herr Minister Döring, möchte ich einmal wissen, ob Sie und Ihre Freunde in Bonn sich einmal kreativ überlegen, wie Sie diesen Europäischen Binnenmarkt strategisch einsetzen können, um eben auch den Arbeitsmarkt gegenüber den asiatischen Wachstumsmärkten zu sichern. Wie wollen Sie Produktion und Arbeitsplätze sichern? Sagen Sie mir aber nicht, Sie wollten das tun, indem Sie alles frei laufen lassen. Wir stehen hier auch vor einer Krise des traditionellen Freihandels, meine Damen und Herren. Da müssen wir manches überdenken, wenn wir in Deutschland und in Baden-Württemberg unsere Arbeitsplätze sichern wollen.

Ich stelle auch die Frage, ob wir uns in dieser Zeit noch diese Debatte über den Euro leisten können, und zwar auch mit diesem Termindruck. Sie wissen doch ganz genau, daß Sie die Kriterien nicht erfüllen können, meine Damen und Herren. Sie sind voll in dieser Euro-Falle.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Natürlich halten wir die ein!)

Aus konjunkturpolitischen Gründen müssen Sie die Staatsausgaben vor allem im investiven, aber auch im konsumtiven Bereich erhöhen. Auf der anderen Seite fordert Sie heute die Bundesbank wieder auf, weiter zu sparen. Wenn Sie das machen, verlieren Sie langsam Ihre soziale Basis, meine Damen und Herren. Täuschen Sie sich nicht. Der Wähler wird Ihnen einen Denkkzettel geben, und zwar in Hessen bei den Kommunalwahlen.

(Beifall bei den Republikanern)

Täuschen Sie sich nicht, es staut sich bei der Arbeiterschaft, aber auch im Handwerk etwas auf. Auch Chefredakteur Bok von der „Heilbronner Stimme“ hat das am 15. Februar gesagt. Sie können mit Ihren Instituten manipulieren, wie Sie wollen. Der Chefredakteur hat auch gesagt, daß es eine auf Bonn bezogene Umfrage gibt, nach der die Republikaner zwischen 10 und 12 % liegen, meine Damen und Herren. Das wird immer mehr zunehmen, wenn Sie hier keine vernünftige Politik machen und nicht auch an die Strukturen herangehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Er warnt uns vor der rechten Gefahr! – Lachen bei der CDU – Unruhe)

– Lachen Sie doch, lachen Sie doch in dieser Hinsicht. Ich kann mich noch daran erinnern, daß wir vor einem Jahr auch hier standen und jeder gesagt hat: „Euch sieht man nicht mehr.“ Aber wir sind gestärkt zurückgekommen, meine Damen und Herren. Und das wird wieder so sein.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Pfister FDP/DVP: Das haben sie bei uns auch gesagt! Das ist egal!)

Dann möchte ich hier noch ein weiteres Tabuthema ansprechen. In der Debatte wird ja immer nur die Angebotsseite des Arbeitsmarkts gesehen. Aber ich frage auch einmal nach der Nachfrageseite. Wie sieht es denn mit der Vollbeschäftigung aus? Für wen sollen wir denn Vollbeschäftigung schaffen? Professor Adolf Wagner, ein brillanter Wirtschaftswissenschaftler, früher in Tübingen, hat zum Beispiel gesagt, daß sich in einer längerfristigen Untersuchung herausgestellt hat, daß die Zuwanderung nur zu zwei Dritteln vom Arbeitsmarkt absorbiert wurde.

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

– Natürlich, das müssen wir doch ansprechen. Sie haben es doch gestern auch angesprochen. Aber wir sprechen das konsequent an, wir sagen das seit vier und seit acht Jahren und lassen uns von Ihnen beschimpfen. Aber wir haben doch recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir müssen selbstverständlich fragen, für wen wir hier Arbeit schaffen sollen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Ausländerarbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie die Arbeitslosigkeit bei den Deutschen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß laut Statistischem Bundesamt die Sozialhilfe zur Zeit zu 37 % für Nichtdeutsche ausgegeben wird, was wieder in die Lohnnebenkosten geht. Wir müssen an die Strukturen heran, meine Damen und Herren, und wir müssen hier debattieren.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich sage Ihnen: Daran sind nicht die Ausländer schuld, sondern daran sind Sie schuld, weil Sie die Probleme seit Jahren nicht gelöst haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Weimer SPD: Bei dem Geschwätz klatschen nicht einmal mehr die eigenen Leute!)

Wir werden – auch in Baden-Württemberg – nur dann wieder politisch aktiv handeln können, wenn Sie aus dieser Euro-Falle herausgehen; denn im Grunde machen wir nur ständig Haushaltskonsolidierung ohne kreative Entwicklung. Wieso sparen wir denn bei der Wachstumsförderung und bei der Graduiertenförderung, dort, wo wir investieren müssen? Jeder, der etwas versteht, weiß das. Aber Sie sagen: „Sparen für Maastricht! Sparen für den Euro!“ Dazu

(Deuschle)

kann ich Ihnen nur sagen: Dies geht an Ihre Substanz. Sie verlieren Ihre Massenwählbarkeit. Und da müssen wir eine klare Position haben; denn wir wollen eines nicht: Wenn Sie politisch abdanken, darf es nicht zu einer Staatskrise kommen, sondern dann muß eine alternative Opposition dasein, die dann die Verantwortung übernehmen kann.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mühlbeyer.

(Abg. Weimer SPD: Dieser Gang symbolisiert die gegenwärtige Politik! – Heiterkeit bei der SPD)

Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Arbeitsplätze schaffen wir nicht per Knopfdruck, nicht durch staatliche Programme und schon gar nicht durch politische Schuldzuweisungen. Auch Kampfrituale stoppen die Talfahrt am Arbeitsmarkt nicht.

Insofern bin ich froh, daß sich die Redner hier im wesentlichen auf einer Linie gehalten haben, die von diesen Themen frei ist. Rahmenbedingungen und Tarifvereinbarungen legen fest, unter welchen Bedingungen Arbeitnehmer weiter Beschäftigung haben und zusätzliche neue Arbeitsplätze geschaffen werden, für die Qualifizierten wie für die Unqualifizierten. Wir sollten daher in Verbindung mit der Frage der Zumutbarkeit der Arbeit auch über die Themen „Soziale Sicherung“ und „Steuerreform“ diskutieren. Wir sollten über die soziale Sicherung diskutieren, weil es um die Zukunft unseres sozialen Netzes und dessen Finanzierbarkeit geht und um die Begrenzung der Lohnnebenkosten, eine wichtige Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit. Wir sollten über die Steuerreform diskutieren, weil es hier um Wachstumsimpulse und zusätzliche Investitionen geht, was für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg oder Bundesrepublik Deutschland wichtig ist. Denn in einer offenen Welt wird der Wettbewerb, je geringer der Vorsprung beim technischen Know-how ist, desto mehr über die Preise ausgetragen. Auf diesem Gebiet stehen alle Länder und alle Arbeitnehmer zueinander in Konkurrenz um Arbeitsplätze.

Ich sage: Als exportorientiertes Land muß unsere Maxime sein, Exporte zu halten, ohne Arbeitsplätze abzubauen.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Die innenpolitische Aufgabe lautet, den Export durch zusätzliche Arbeitsplätze bei uns zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu können wir durchaus noch einmal innenpolitisch mehrere Fragen stellen. Beispielsweise wäre es wichtig, bei allen Entscheidungen mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der wir die Umweltverträglichkeit prüfen, auch die Frage der Beschäftigungsverträglichkeit mit einzubeziehen. Ich füge hinzu: Tarifverträge entscheiden, wieviel Geld und wieviel Urlaub die Beschäftigten bekommen. Sie entscheiden aber in hohem Maße auch darüber,

(Abg. Heinz Goll SPD: Über die Nachfrage!)

wieviel neue Arbeitsplätze geschaffen werden und wieviel Chancen für qualifizierte und unqualifizierte Arbeitnehmer in Zukunft bestehen.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Das ist nachweislich falsch!)

Neue Arbeitsplätze werden geschaffen, wenn sie sich rechnen.

(Abg. Bloemecke CDU: Sehr gut!)

Ich füge hinzu: Wenn sie sich rechnen, dann sollten sie auch sofort geschaffen werden. Dabei ist unser Leitbild nicht der Unternehmer, der ausschließlich in Malaysia produziert, in Hongkong Steuern zahlt und in Baden-Württemberg die vom Staat subventionierten Theater besucht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Auch hier erwarten wir vom Unternehmer ein Stück nationales Bewußtsein, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von den Republikanern – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

– Hören Sie, das, was Sie sagen, hat noch den Hauch von Klassenkampf des vorigen Jahrhunderts; damit können wir nichts anfangen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Kollege Brechtken hat sich wohlthuend von dem, was Sie hier vorbringen, abgehoben.

(Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben gar nicht zugehört!)

– Schalten Sie doch Ihren Geist ein, bevor Sie Ihren Mund in Gang setzen.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Rapp REP – Abg. Weimer SPD: Herr Kollege, das war unfair!)

Arbeitsplätze und Personal sind nicht nur ein Kostenfaktor.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ein Zeichen, daß Sie auf den Kopf gefallen sind! – Heiterkeit bei den Republikanern)

Langfristig werden sich die Unternehmen am besten bewähren, die einerseits Wirtschaftlichkeit zugrunde legen, andererseits aber auch die vielfältigen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einkalkulieren.

Ich bin mit dem Kollegen Brechtken in all dem, was er grundsätzlich zum Ausdruck gebracht hat, einig, auch in Richtung Flexibilisierung, Maschinenlaufzeiten und vor allem mit seiner Grundsatzerklärung, daß wir aufeinander zugehen sollen und zum Handeln gezwungen sind.

(Mühlbeyer)

Ich will noch einige Punkte anführen und erklären, was ich darunter verstehe, die Weichen für mehr Beschäftigung zu stellen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Hörgerät einschalten!)

Erster Punkt: Investivlohn. Wir werden in den nächsten Jahren fast keine Lohnerhöhungen mehr haben. Als Alternative könnte ich mir in diesem Fall durchaus eine Beteiligung der Arbeitnehmer vorstellen.

(Abg. Weimer SPD: Schorsch Leber!)

Zweiter Punkt: Überstunden. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland 2,4 Milliarden Überstunden. Die Betriebe sind oft dringend auf Überstunden angewiesen, weil sie nicht die entsprechenden Leute haben oder weil sie kurzfristig Aufträge bekommen. Wir müssen von dem starren 7,5- oder 8-Stunden-Rhythmus wegkommen. Wir müssen zu Arbeitszeitkonten kommen, zu Jahresarbeitszeitverträgen, bei denen viel gearbeitet wird, wenn viel Arbeit vorliegt, aber ein Freizeitausgleich gewährt wird, wenn wenig Arbeit da ist. Hier bejahe ich insbesondere befristete Arbeitsverträge.

(Beifall des Abg. Bloemecke CDU)

Für mich ist eine befristete Arbeit besser als eine unbefristete Arbeitslosigkeit. Auch dies ist ein Thema, das noch mehr intensiviert werden muß.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nächster Punkt: Flächentarifvertrag. Wir müssen es ermöglichen, zeit- oder teilweise vom Tarifvertrag abzuweichen, wenn es darum geht, daß Menschen in Arbeit bleiben können. Hier haben die Betriebsräte vor Ort ein erheblich besseres Gespür als mancher, der diese Betriebsentscheidungen fremd steuern will.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Schließlich ein letzter Punkt – der Zeit wegen –: Stichwort „geringfügige Beschäftigungsverhältnisse“. Ich mache mir Sorge über die Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, auch aus der Sicht unserer mittelständischen Unternehmen. Denn Betriebe, die reguläre Arbeitsverhältnisse haben, sind im Vergleich zu denen, die überwiegend geringfügige Arbeitsverhältnisse anbieten, benachteiligt. Deshalb müssen wir uns mit der Frage der geringfügigen Arbeitsverhältnisse und deren Begrenzung beschäftigen. Dies ist auch ein Teilschritt zur Bewältigung des Problems.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden die Situation nur verbessern können, wenn wir durch eine Vielfalt von Einzelmaßnahmen zum Handeln kommen. Laßt uns dies gemeinsam tun!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Sieber CDU: Sehr gut! Der Mann ist super!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir gingen nach der ersten Runde davon aus, daß jetzt der Herr Wirtschaftsminister etwas zu dem sagt, was an Forderungen vorgetragen wurde.

(Minister Dr. Döring: Ich hatte mich gemeldet!)

– Ja, bitte, also, dann.

(Minister Dr. Döring: Geben Sie mir das Wort?)

– Nein, aber der Herr Präsident.

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Nachdem mir freundlicherweise Herr Weimer das Wort erteilt hat, will ich das selbstverständlich auch gern ergreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Republikaner – Abg. Weimer SPD: Gern geschehen!)

– Vielen Dank, Herr Kollege.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin für die sachliche Diskussion außerordentlich dankbar. Ich meine, daß der Kollege Brechtken gerade das Richtige gesagt hat. In der gegenwärtigen Situation brauchen wir keine Schuldzuweisungen und keine Polemik, sondern gemeinsame Gespräche und gemeinsame Problemlösungsbemühungen. Deswegen bin ich auch froh darüber, daß wir ab der nächsten Woche das Gespräch unter Beteiligung der SPD über die aus meiner Sicht dringend notwendige Steuerreform haben werden.

Wir brauchen diese Steuerreform, wir brauchen sie mit den Eckdaten, die vorliegen. Ich hoffe sehr, daß man dann auch mit dieser Beteiligung, mit dieser Gesprächsbereitschaft und mit dem Angebot zu dem Ergebnis kommt, das wir dringend benötigen. Wir haben keine Zeit mehr, über das Thema noch monatelang zu diskutieren, sondern die Steuerreform muß so schnell wie möglich kommen. Sie muß 1998 kommen. Wir können nicht bis zum Jahr 1999 warten. Soviel Zeit haben wir nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Antragsteller der heutigen Diskussion, der Kollege Deuschle, ist auf die Auslandsinvestitionen eingegangen. Herr Kollege Deuschle, wir haben hier – ich glaube, mittlerweile alle Fraktionen – mehrfach ausgeführt,

(Abg. Deuschle REP: Vorsicht!)

daß wir mit einer Vielzahl von Belegen deutlich machen können, daß diese Auslandsinvestitionen und die Bemühungen, im Ausland, auf ausländischen Märkten Fuß zu fassen, dringend notwendig sind, um auch Arbeitsplätze in Deutschland, um Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu sichern. Beispiele jede Menge! Wenn ein großer Automobilhersteller aus Baden-Württemberg in Amerika produ-

(Minister Dr. Döring)

ziert, weil er mit diesem Produkt nur auf dem dortigen Markt eine Chance haben wird, und für die dortige Produktion hier zwei Motorenwerke entstehen läßt, dann haben wir den Beweis dafür, daß dieses Auslandsengagement Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sichert. Deswegen sollten Sie mit der Verteufelung des In-den-ausländischen-Markt-Hineingehens aufhören und das einmal zur Kenntnis nehmen. Das betrifft nicht nur diese große Firma, sondern auch viele kleine und mittelständische Firmen, die den gleichen Weg eingeschlagen haben. Ich würde Sie wirklich dringend bitten, einmal von Ihrer ursprünglichen, bisher hartnäckig durchgehaltenen Haltung abzuweichen und das eine oder andere Mal entweder den Ministerpräsidenten oder den Wirtschaftsminister auf einer Auslandsreise mit einer Wirtschaftsdelegation zu begleiten. Sie können davon nur lernen, Herr Deuschle.

(Abg. Deuschle REP: Herr Kollege, ich war schon länger draußen als Sie! – Abg. Nagel SPD: Ach was! Da blamiert ihr euch doch, wenn ihr den mitnehmt! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wollen Sie jetzt die Delegation kaputtmachen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Kollegin der Grünen sind weitere Punkte angesprochen worden. In einem Punkt eine klare Absage. Frau Schlager, ich weiß nicht, wieso Sie wieder diese öffentlich geförderte Arbeitsmarktpolitik fordern. Es ist noch nicht viele Wochen her, daß der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer breiten Darstellung erläutert hat, daß er heute rückblickend der Meinung ist, diese Konjunkturprogramme, diese öffentlich geförderten Programme seien aus seiner Sicht in den siebziger und achtziger Jahren nicht erfolgreich gewesen. Sie hätten die Verschuldung angetrieben und die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut. Deswegen halten wir es für richtig, daß wir in Baden-Württemberg diesen Weg nicht beschreiten, neue, zusätzlich zu finanzierende Programme in dieser Haushaltssituation aufzulegen, für die uns die Mittel hinten und vorne fehlen.

Meine Damen und Herren, ich will die Situation überhaupt nicht beschönigen. Wir haben mit 9,2 % Arbeitslosigkeit eine Rekordarbeitslosenzahl in Baden-Württemberg zu verzeichnen, die niemanden ruhen lassen kann. Aber man muß auch das Recht haben, darauf hinzuweisen, daß wir im Vergleich in Deutschland noch am besten dastehen.

(Abg. Deuschle REP: Hinter Bayern!)

– Nein, Bayern 10,4 %, Baden-Württemberg 9,2 %, Herr Kollege. Wir haben die beste Zahl. Es ist dies keine, die beruhigt. Aber man muß doch zur Kenntnis nehmen, daß wir im Jahr 1996

(Abg. Bebbler SPD: Mit den Betroffenen reden!)

bezüglich des Wachstums mit 1,6 % über dem Bundesdurchschnitt mit 1,3 % lagen, daß wir im Export enorm zugelegt haben, daß wir bei der Arbeitslosigkeit bedauerlicherweise auch Zuwachsraten haben, aber daß die Situation bei uns im Vergleich in Deutschland noch am besten aussieht.

Es ist nicht so, daß wir diese Situation laufen lassen würden. Ich will Ihnen einmal eine ganze Reihe von konkreten

Maßnahmen aufführen, die wir im Wirtschaftsministerium und mit der Landesregierung durchführen, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Da ist zum einen – und wir nehmen das mit auf, was in Diskussionen aus dem Parlament kommt – das Bemühen in der Landesregierung, den Wunsch des Parlaments, was die Wiederaufnahme des CI-Programms angeht, nach Möglichkeit noch 1997 zu erfüllen. Ich halte es für richtig, daß wir, die Regierungsfractionen – ich hoffe, daß Sie dann mit dabei sind und das unterstützen –, alle Anstrengungen unternehmen, daß wir dieses Programm wieder aufleben lassen können. Sie sind alle mit in der Pflicht – ich wiederhole das noch einmal –, dafür Sorge zu tragen, daß dies dann eine tragfähige Basis für vier Jahre sein wird und daß wir das Programm auch noch ausreichend und angemessen ausstatten können. Sonst fangen wir damit nichts an. Deswegen werden wir nicht von heute auf morgen die Finanzierung darstellen können. Ich sage Ihnen aber zu, daß die Landesregierung sich darum bemüht, dies auch tatsächlich zu bewerkstelligen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Na also!)

– Nicht „na also“. Von Ihnen ist ja bis zum heutigen Tag kein Gegenfinanzierungsvorschlag vorgelegt worden.

(Abg. Brechtken SPD: Na, na, na! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Selbstverständlich! Sie haben wieder geschlafen, Herr Döring!)

– Von Ihnen nicht.

(Abg. Deuschle REP: Doch, mehrmals! Aber von uns!)

– Von Ihnen mit Sicherheit nicht. Von Ihnen sind Vorschläge gekommen, die untauglich sind und hinten und vorne nichts bringen.

Wir machen außerdem eine klare Erarbeitung bezüglich dessen, was Handwerk und Mittelstand für das Jahr 2000 benötigen. Die Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen. Erste Ergebnisse liegen vor. Wir werden das Mittelstandsförderungsgesetz einer Überprüfung unterziehen. Wir werden es auf eine neue Grundlage stellen. Wir werden damit die Rahmenbedingungen für Handwerk und Mittelstand bei uns in Baden-Württemberg deutlich verbessern.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wie? Wie?)

Wir haben angekündigt – und es wird in den nächsten Wochen kommen –, daß wir bezüglich der Medienpolitik eine Vorlage bringen, die deutlich macht, daß Baden-Württemberg im gesamten Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, im Bereich der Multimedia hervorragende Chancen hat. Wir werden in diesem Bereich an der Spitze marschieren.

Wir machen außerdem in den nächsten Wochen das, wozu wir von verschiedenen Stellen die Aufforderung erhielten. Wir werden in der nächsten Woche ein Spitzengespräch unter dem Aspekt, was von unserer Seite zusätzlich und gemeinsam getan werden kann, um die Beschäftigung in Baden-Württemberg zu sichern und neue Beschäftigungs-

(Minister Dr. Döring)

möglichkeiten zu erhalten, mit der baden-württembergischen Wirtschaft führen. Dieses Spitzengespräch wird in der nächsten Woche stattfinden. Eine Woche später werden wir genau dasselbe mit derselben Zielsetzung mit den Gewerkschaften durchführen. Das heißt, daß wir uns mit all denjenigen, die mit Beschäftigung und mit Arbeitsplätzen zu tun haben, zusammensetzen, um gemeinsam zu positiven Ergebnissen für das Land Baden-Württemberg zu kommen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ja. Das gibt mir auch Gelegenheit, etwas zu trinken.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Döring, trinken Sie. Ich frage so lange.

Sie haben gesagt, Sie wollten ein Konzept vorstellen und hätten erste Ansätze erarbeitet, wie Sie die Situation von Handwerk und Mittelstand konkret in Baden-Württemberg – also nicht über Bundesrahmenbedingungen – verbessern wollen. Können Sie bitte einmal schildern, an welche Maßnahmen konkreter Art Sie da denken?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Kollege, wir haben erste Zwischenergebnisse dieser Kommission im Zusammenhang mit Deregulierung, im Zusammenhang mit der Errichtung eines Bürokratiekosten-TÜV und im Zusammenhang mit der Streichung von statistischen Erhebungen bereits auf den Weg gebracht und umgesetzt, um damit eine bedeutende Entlastung für Handwerk und Mittelstand herbeizuführen.

Kein Bereich wird derart von statistischen Erhebungen belastet, wie das bei Handwerk und Mittelstand der Fall ist. Unsere Maßnahmen bringen konkrete Hilfestellung und konkrete Verbesserungen der Rahmenbedingungen.

Bürokratiekosten-TÜV bedeutet: Sämtliche überflüssigen, belastenden und kostentreibenden Regelungen sollen schrittweise, sukzessive abgebaut werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dies ist ein Wunsch von Handwerk und Mittelstand. Das wird konkret umgesetzt. Deswegen machen wir das.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sind das die zentralen Punkte des Mittelstands?)

– Entschuldigung, Herr Kollege. Ich habe ja gerade erstens gesagt, daß wir damit angefangen haben. Wenn Sie sich zweitens einmal überlegen, daß jeder einzelne Arbeitsplatz in Handwerk und Mittelstand allein im Statistikbereich mit 5 000 DM pro Jahr belastet ist, dann ist das allerdings ein wichtiges Thema. Das ist es nicht für Sie, das ist mir klar. Aber für die betroffenen Firmen ist das natürlich ein Thema. Für Sie mag das eine Petitesse sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Der Herr Kuhn muß mal mit einer Handwerkskammer reden!)

Gestern ist das Thema Bauwirtschaft – zu Recht, wie ich meine – ein Thema gewesen. Ich will Ihnen die Zahlen noch einmal verdeutlichen. In Baden-Württemberg haben wir für den Wohnungsbau 370 Millionen DM. Zusätzlich sind jetzt die Mittel aus dem Wohnungsbaufonds freigegeben worden. Das macht zusätzlich 38,5 Millionen DM aus dem Wohnungsbaufonds. Das schafft zusätzlich Arbeit und sichert Arbeitsplätze in der heimischen Bauwirtschaft und im heimischen Handwerk. Es ermöglicht uns außerdem, über die Komplementärmittel des Bundes hinaus familienfreundliche Programme aufzulegen, von denen auch Behinderte profitieren werden.

Es ist eine gute Leistung, daß wir diese Mittel von 38,5 Millionen DM in der jetzigen Situation zusätzlich in den Wohnungsbaubereich hineingeben können. Das ist am Montag im Kabinett beschlossen worden und kann sofort umgesetzt werden. Es ist mit Sicherheit ein Programm, das wir erstens brauchen und das uns zweitens im Bereich der Bauwirtschaft hilft und das positive Signale setzen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Das ist aber Schönfärberei, oder wie?)

– Entschuldigung, Herr Weimer. Was ist da Schönfärberei? Das ist bisher überhaupt nicht freigegeben worden.

(Abg. Weimer SPD: Wenn man die Ansätze so unterschreibt und dann einen kleinen Hopser macht!)

– Herr Kollege Weimer, es ist völlig unbestritten, daß wir an dieser Stelle deutlich heruntergegangen sind. Aber vergewärtigen Sie sich, daß wir für die städtebauliche Sanierung zusätzlich weitere 270 Millionen DM zur Verfügung haben und daß wir gehört haben, daß 1 DM an Förderung 8 DM an Investition auslöst. Dann sind das 2 Milliarden DM im Jahr 1997, die im Bereich der Bauwirtschaft auf den Markt kommen werden, um konkret Arbeitsplätze zu sichern. Ja, sicher, das ist doch einfach nachzurechnen. Da kann man nicht sagen, das sei ein kleiner Hupfer. 2 Milliarden DM sind zumindest aus unserer Sicht schon noch ein ganz ansehnlicher Betrag.

(Abg. Weimer SPD: Wie sagte Winston Churchill?)

Es kommt ein Weiteres hinzu. Auch dies befindet sich in der Umsetzung und liegt als Kabinettsvorlage vor, nämlich daß wir einem Dienstleistungsbereich, den ich für wesentlich halte und der nach meiner Einschätzung in der Vergangenheit unter Wert gehandelt worden ist, mehr Bedeutung beimessen wollen. Wir werden im Bereich Fremdenverkehr und Tourismus durch eine Vielzahl von Aktivitäten und Initiativen dafür Sorge tragen, daß wir die Spitzenstellung des Landes Baden-Württemberg halten, daß wir die Vielzahl der dortigen Arbeitsplätze sichern und nach Möglichkeit zusätzliche Arbeitsplätze dazugewinnen können. Da haben wir ganz konkrete Maßnahmen, die in der Erarbeitung sind, bei denen wir im Zeitplan liegen und die wir

(Minister Dr. Döring)

mit denen erarbeiten, die mit diesem Themenbereich befaßt sind und damit zu tun haben.

Mir geht es darum, daß wir in einem Bereich, der für Innovation und Zukunftsorientierung von großer Bedeutung ist, auch aus dem Parlament mehr Unterstützung erfahren. Wir haben eine Reihe von Forschungs- und Entwicklungsinstituten mit hervorragenden Ergebnissen und hervorragenden Forschungsaufträgen. Da macht mir Sorge – ich habe das beim letzten Mal gesagt, ich sage das hier wieder –, daß an verschiedenen Stellen im Haus die Meinung vorherrscht, da könne man durchaus auch das eine oder andere schließen. Exakt dies wäre falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Wir würden damit einen absoluten Fehler machen und damit nur dazu beitragen, uns selbst die Zukunftsfähigkeit abzuschneiden. Dies darf unter gar keinen Umständen geschehen.

Der Euro ist immer wieder angesprochen worden.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Hoffentlich kommt der nicht!)

Ein ganz kleines bißchen verräterisch ist es ja schon, verehrter Herr Deuschle, wenn Sie den Euro ansprechen und dann gleichzeitig vor sich selber warnen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Das war bezeichnend. Sie sprechen den Euro an. Dann zitieren Sie einen Zeitungsartikel, in dem in diesem Zusammenhang vor Ihnen gewarnt wird.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Den zweiten Teil, Warnung vor den Republikanern, unterstreiche ich in vollem Umfang.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Deuschle REP: Es geht ja um den Staat!)

Um was es wirklich beim Euro geht, das muß man sich noch mal vergegenwärtigen. Ich meine, wir tun gut daran, wenn wir von unserer Seite aus am Zeitplan festhalten und auch alle Anstrengungen unternehmen, um die Kriterien einzuhalten. Wenn der Zeitpunkt da ist – und er ist in einem knappen Jahr da –, dann sollten wir darüber entscheiden, wie die weitere Vorgehensweise sein wird.

Sie wollen den Euro nicht. Sie brauchen den Euro als Thema zur Panikmache und zur Angstmache. Sie hoffen, auf diese Weise Wählerstimmen zu gewinnen. Dies ist ein Weg, den ich für grundsätzlich falsch halte. Politik mit Angst zu machen ist grundsätzlich falsch.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Jahr 1994 nachweislich mehrere Investitionen von baden-württembergi-

schen Firmen, die ursprünglich hier geplant waren, nicht bei uns, sondern aufgrund der Währungsunterschiede zum Beispiel in Italien realisiert worden sind, wenn wir sehen, daß 50 % unseres gesamten Exports in den EU-Raum gehen, dann kann ich nur sagen: Niemand ist so auf den Euro angewiesen wie wir in Baden-Württemberg.

(Abg. Schonath REP: Wir haben doch jetzt schon einen hohen Exportanteil mit der D-Mark!)

Deswegen müssen wir diesen Fahrplan einhalten. Wir bemühen uns darum, ihn einzuhalten, um positive Ergebnisse bei der Beschäftigungssicherung in Baden-Württemberg und in Deutschland zu erreichen. Der Euro muß kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu, den ich auch nicht nachvollziehen kann.

(Abg. Deuschle REP: Darf man fragen?)

– Klar. Sie lehnen den Euro insgesamt ab und führen dazu an: Wegen des Euro wird jetzt so gespart. Meine Damen und Herren, wir müssen doch solche Haushalte, wie wir sie angetroffen haben, in Ordnung bringen, mit und ohne Euro.

(Zuruf des Abg. Dagenbach REP)

Es kann wohl keine Diskussion darüber geben, daß die Haushaltskonsolidierung notwendig ist, daß die Sparmaßnahmen notwendig sind, unabhängig vom Euro. Aber daß das eine zusätzliche Argumentation ist,

(Abg. Dagenbach REP: Ihre Hauptargumentation!)

die uns hilft, die Haushalte zu konsolidieren, kann ich überhaupt nicht in Zweifel ziehen, sondern diese Argumentation will ich in jedem Fall aufgreifen.

(Abg. Deuschle REP: Zwischenfrage!)

Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden uns mit Sicherheit bezüglich der Arbeitsmarktpolitik und auch der Wirtschaftspolitik weiter über geeignete Maßnahmen unterhalten.

Wir werden dies auch deswegen tun müssen, weil wir hoffentlich an ein paar Stellen auch zu konkreten Gemeinsamkeiten kommen und ich mir wünsche, daß das nicht nur verbale Ankündigungen von Ihnen sind. Wenn Sie den gesamten Bereich anschauen, von Multimedia über Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und die Institute, die wir haben, bis zum Dienstleistungsbereich, den wir angesprochen haben, und in dem Zusammenhang übrigens auch das Thema Messe, dann sind hier viele Möglichkeiten zur konkreten Zusammenarbeit gegeben. Ich staune ja darüber, wie sich manche jetzt bei dem Thema Messe aus dem Fenster hängen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

die bisher jeden Messestand bekämpft haben, egal wo er hätte entstehen sollen, weil man gesagt hat: Der Verkauf über die Straße ist das Sinnvollste, was man machen kann.

(Minister Dr. Döring)

Plötzlich sind das jetzt diejenigen, die die Messe am meisten entdecken, die überhaupt nicht begreifen, daß ein Riesenunterschied besteht zwischen einer Regionalmesse und einer landesweit, bundesweit oder international bedeutungsvollen Messe. Das alles kann man vergessen und braucht darauf nicht weiter einzugehen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Aber daß wir in diesem Zusammenhang massive Anstrengungen unternehmen, 1997 in ein regionales Messekonzept für das ganze Land Baden-Württemberg mehrere hundert Millionen DM an Investitionen hineinzustecken, unterstreicht auch, daß wir auf dem richtigen Weg zur Sicherung von Beschäftigung und Arbeit in Baden-Württemberg sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle? –

(Abg. Deuschle REP: Dableiben!)

Bitte schön, Herr Abg. Deuschle.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Weimer hat mir das Wort erteilt, Herr Deuschle sagt: „Dableiben“. Ich mache alles, was mir die Parlamentarier auftragen.

Abg. Deuschle REP: Herr Wirtschaftsminister, nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis – –

(Abg. Nagel SPD: Frage! – Abg. Brechtken SPD: Sie müssen sagen: Haben Sie zur Kenntnis genommen, daß . . .!)

Präsident Straub: Nein, eine Zwischenfrage.

Abg. Deuschle REP: Die Frage kommt. Das macht ihr doch auch immer so.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, daß Bundesbankpräsident Tietmeyer erst gestern zu weiteren Einsparungen mit der Begründung aufgefordert hat, daß sonst die Einhaltung der Währungskriterien von Maastricht nicht zu erreichen wäre. Wieso können Sie sich jetzt hierherstellen und sagen, das sei nur ein Punkt unter anderen? Das ist für die Bundesbank zur Zeit der zentrale Punkt, Herr Wirtschaftsminister.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Wenn Sie die Frage so formulieren, wie der Kollege Brechtken es Ihnen vorgegeben hat, nämlich ob ich das zur Kenntnis nehme, dann sage ich: Ja, ich nehme das zur Kenntnis.

Aber der andere Punkt ist, Herr Deuschle, daß wir bei der Situation, wie wir sie jetzt mit über 50 Milliarden DM Verschuldung haben, nicht sagen können: Das wird weiter so gemacht, egal ob Maastricht, egal ob Euro. Man wird in jedem Fall einen strikten Sparkurs fahren müssen, weil wir die Verpflichtung haben, nachfolgenden Generationen nicht einen Berg von Schulden zu übergeben, sondern ei-

nen Haushalt, mit dem sie noch politische Handlungsspielräume haben. Das ist für mich der Hauptgrund, warum wir sparen müssen. Deswegen wird der konsequente Sparkurs fortgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ich komme noch einmal.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Herr Abg. Brechtken, Sie haben das Wort.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch einige wenige Bemerkungen. Herr Kollege Mühlbeyer, Sie haben das Thema Tarifverträge angesprochen. Das, was Sie gesagt haben, treibt mich schon ein bißchen um, übrigens vor allem, weil ich Sie dem Arbeitnehmerflügel zurechne.

(Abg. Nagel SPD: Schon lange her!)

Ich glaube, es gibt ja einen Konsens bei uns in der Bundesrepublik, auch mit den Gewerkschaften, daß wir sagen: Wir brauchen einen Flächentarifvertrag. Er muß aber im Rahmen einer gesamten tarifvertraglichen Regelung durchaus betriebliche Spielräume erfüllen. Dies ist heute Gegenstand von Tarifverträgen. Aber hier ist vorhin der Tarifvertrag insgesamt in dem Sinn in Frage gestellt worden, daß man sagt: Wir brauchen hier sozusagen ausschließlich betriebsbezogene Positionen. Dies würde dazu führen, daß wir genau das, was wir gestern in der Frage der Verwerfungen etwa in der Bauwirtschaft diskutiert haben, im Binnenland bekommen würden. Es wäre verhängnisvoll, an dieser Stelle einen Betriebswettbewerb ohne Flächentarifverträge zu eröffnen, weil dies zu Verwerfungen führen würde, die übrigens auch Arbeitgeber in der Bundesrepublik im Hinblick auf die weitere Entwicklung nicht wollen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Punkt: Ich bin völlig Ihrer Meinung, daß wir in der Frage unserer Arbeitszeitregelungen tatsächlich Jahresbetrachtungen brauchen, weil wir in der Tat saisonale Schwankungen haben, die man innerhalb des Betriebs abbauen muß. Nur: Sie müssen das immer mit der zentralen Frage koppeln, daß man dann auch die Chance nutzt, wirklich Überstunden abzubauen und dazu mehr Arbeit in den Betrieben zu schaffen, weil man dies heute ausschließlich über den Puffer Überstunden macht. Allein der Überstundenabbau bildet ein ungeheures Potential an Arbeitskräften in der Bundesrepublik. Dies müssen wir vordringlich durchführen.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Ja! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dazu gehört für mich auch der Ausbau von Teilzeitarbeit. Aber ich glaube, auch darüber gibt es einen Konsens.

(Brechtken)

Damit die Harmonie nicht zu groß wird, will ich hier noch eine Bemerkung zu dem machen, was Sie, Herr Hofer, gesagt haben, und zu dem, was der Herr Wirtschaftsminister angesprochen hat.

Ich bin ein völliger Anhänger der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer. Denn ich halte es für einen Unsinn, Betriebssubstanz zu besteuern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

– Moment, Moment. Ich wundere mich, wie schnell ein Oberbürgermeister sein Hemd wechselt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, nein!)

Wenn er im Gemeinderat ist, sagt er, es müsse ein Ausgleich stattfinden, damit die Gemeinden nicht in Gefahr geraten. Wenn er jedoch als wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP/DVP hierherkommt, zieht er seinen Kittel an und sagt: „Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer“.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das widerspricht sich doch überhaupt nicht!)

Führen Sie endlich eine Einigung mit dem Städtetag über den Ausgleich im Bereich der Mehrwertsteuer herbei, dann wird die Gewerkekapitalsteuer auch mit den Stimmen der SPD abgeschafft. Dies ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben damals bei der Verfassungsänderung einen Blankoscheck verlangt, ohne jeden Ausgleich. Es gibt doch einen Konsens, daß wir den Ausgleich brauchen. Gegenwärtig ist man relativ nahe beieinander. Einigen Sie sich mit dem Städtetag über den Ausgleich. Dann können Sie die Gewerkekapitalsteuer abschaffen.

(Abg. Mappus CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Bitte schön, Herr Kollege.

Abg. Mappus CDU: Herr Brechtken, gehe ich richtig in der Annahme, daß Ihre Partei auf Bundesebene derzeit aber jegliche Art von Mehrwertsteuererhöhung ablehnt? Sie haben gerade begründet, daß man in bezug auf die Mehrwertsteuer einen Ausgleich bringen müsse. Andererseits lehnt die SPD auf Bundesebene aber jegliche Art von Erhöhung ab. Wie paßt das zusammen?

Abg. Brechtken SPD: Lieber Herr Kollege, ich empfehle Ihnen, sich einmal mit der Sache zu beschäftigen.

(Lachen des Abg. Mappus CDU)

Daß sich die Bundesregierung derzeit mit dem Städtetag über die Frage des Mehrwertsteueranteils verständigt und man sich gegenwärtig nur über die Größenordnung nicht im klaren ist, dürfte bekannt sein. Aber Sie sollten sich in der Sache einmal sachkundig machen. Dann sind wir einen Schritt weiter.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen zu Abg. Mappus CDU: Lesen Sie einmal die FAZ und das „Handelsblatt“! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Zweiter Punkt: Lohnnebenkosten. Herr Kollege Hofer, da sind wir uns doch völlig einig. Nur, damit dies auch einmal klar ist: Wodurch haben wir denn in der Bundesrepublik in den letzten Jahren den höchsten Schub der Lohnnebenkosten erhalten? Doch durch Ihre Politik, die deutsche Einheit, die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, die dortigen Renten ausschließlich über das Sozialversicherungssystem durch die Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Wir beide – Herr Hofer und ich – und viele andere hier im Haus haben dazu keine Mark beigetragen, weil wir nämlich nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine gesamtstaatliche Aufgabe ausschließlich über den Faktor Arbeit zu finanzieren, allein dies macht derzeit vier Prozentpunkte der Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland aus. Diese Aufgabe muß steuerfinanziert werden, und zwar von allen, auch von denen, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Herr Kollege Hofer, ich bin ja für Gemeinsamkeiten. Aber da reden Sie doch bitte mal mit Ihrem in der Bundesregierung befindlichen Herrn Seehofer, nicht mit Ihrem Parteifreund. Was macht er denn im Augenblick?

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Also „Hofer“ mit „See“. – Was macht er denn im Augenblick? Er gibt der Pharmedia nach, er gibt der Ärzteschaft nach, und zwar mit der Folge, daß wir einen Zwang zur Erhöhung der Krankenkassenbeiträge haben. Was machen wir? Wir erhöhen durch eine falsche Politik erneut die Lohnnebenkosten. Das ist doch eine falsche Politik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Letzter Punkt: Herr Minister Döring, wenn Sie Herrn Schmidt hier ansprechen, dann sollten Sie ihn richtig ansprechen. Schmidt hat mit Recht festgehalten, daß zur damaligen Zeit – Ende der siebziger Jahre, vielleicht noch Anfang der achtziger Jahre – die damaligen Konjunkturprogramme richtig und vernünftig waren. Schmidt hat aber zu Recht festgestellt, daß angesichts der zunehmenden Globalisierung dieses Instrument der Konjunkturpolitik heute nicht mehr greift. Da hat er völlig recht. Das ist auch meine Position.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Na prima!)

Nur: Wenn dies richtig ist, dann müssen Sie dafür sorgen, daß man die heute notwendigen Instrumentarien schafft. Da ist dann zum Beispiel – weil das vorhin angesprochen

(Brechtken)

worden ist – die Frage zweiter Arbeitsmarkt ein wichtiger Beitrag, und dann darf man ihn nicht in den Haushaltsplanberatungen bei den Zuschüssen für die entsprechenden Initiativen in Frage stellen.

Was ich gern hätte – und damit will ich abschließen –, wäre endlich eine Kontinuität in der Haushaltspolitik. Ich sehe die Schwierigkeiten und Probleme. Ich habe dieses Geschäft vier Jahre lang für die SPD-Seite in den Gesprächen im wesentlichen gemacht. Eines sollte man nicht tun, nämlich zuerst in der Forschung und im Wohnungsbau herunterfahren und damit die Kapazitäten kaputtschlagen und nachher, ein, zwei Jahre später, wenn die Ergebnisse bereits negativ sind, wieder aufstocken.

Nein, lassen Sie uns – wir haben bei der Beratung des Haushalts solide finanzierte Vorschläge gemacht – Kontinuität in diesen drei, vier wichtigen Fragen der Technologie und der vom Staat beeinflussten Investitionen erreichen. Da ist Kontinuität wichtig und nicht eine Politik des Stop-and-go, wie Sie es gemacht haben. Da ist Ihre Haushaltspolitik in diesem Land kontraproduktiv für die Arbeitslosen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schlager.

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Herr Döring, es handelt sich bei dem, was wir fordern, nicht um ein Konjunkturprogramm, wenn wir sagen, der Staat dürfe sich nicht aus dem zweiten Arbeitsmarkt und aus der öffentlich geförderten Beschäftigung zurückziehen. Denn Beschäftigungsinitiativen brauchen wir deshalb, weil absolut keine der heute skizzierten Maßnahmen in der Lage sein wird, mittelfristig 7 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Das heißt, entweder gehen wir den Weg des zweiten Arbeitsmarkts, oder wir finden uns mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit ab.

Wir wollen uns damit nicht abfinden, und zwar erstens deshalb nicht, weil sie nicht finanzierbar ist, und zweitens deshalb nicht, weil die sozialen Spannungen und die sozialen Folgekosten in dieser Gesellschaft nicht zu ertragen sind, wenn wir weiterhin diese hohe Arbeitslosigkeit haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Brechtken SPD)

Der zweite Arbeitsmarkt soll ganz bewußt nicht in Konkurrenz zum gewerblichen Arbeitsmarkt treten, sondern parallel dazu und eng mit diesem verzahnt existieren. Deswegen wollen wir ihn auch nicht auf Dauer im Sozialministerium angesiedelt haben, sondern im Wirtschaftsministerium.

Herr Döring, wir wollen Ihnen eine neue Aufgabe zuschustern; denn der zweite Arbeitsmarkt ist ja heute schon in die regionale Wertschöpfung eingebunden. Da werden Produkte erwirtschaftet, die nachher von der Wirtschaft gebraucht und verwertet werden. Ich denke zum Beispiel an Elektronikschrottreycling und Baustoffrecycling. Das ist gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, die aber nicht in vollem Maß in der Konkurrenzwirtschaft entsteht und deswegen öffentlich gefördert werden muß.

(Beifall der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen)

Was Sie, Herr Döring, für das Handwerk angeboten haben, war zu dürftig. Sie haben eine Kommission gebildet – das ist gut –; aber ich erwarte vom Wirtschaftsminister auch, daß er eigene Ideen und eigene Konzeptionen einbringt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Da haben Sie nicht richtig zugehört!)

– Ich habe meine Ohren sehr gespitzt, weil ich auf eine Antwort gehofft habe.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Haben Sie nichts von Deregulierung gehört?)

– Ja, die Deregulierung, der „Bürokratiekosten-TÜV“, ist ihm eingefallen. Aber woher soll denn da die Nachfrage kommen, Herr Döring? Glauben Sie, daß die Bürokratiekosten dafür verantwortlich sind, daß im Bauhandwerk gegenüber dem Vorjahr 14 % der Aufträge ausgeblieben sind? Sie schaffen mit einer Kostensenkung keine Investitionen, keine Nachfrage und keine zusätzlichen Arbeitsplätze.

(Abg. Deuschle REP: Aber weniger Kosten! – Weitere Zurufe von den Republikanern)

– Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß ein entscheidender Nachfrageimpuls in der Wirtschaft dann entsteht, wenn wir in die ökologische Steuerreform einsteigen. Sie verdrehen zum Teil schon die Augen; aber wir werden sie so lange fordern, bis sie eingeführt ist, weil die Wirtschaft sie braucht und weil die Umwelt sie braucht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe)

– Ich wage schon gar nicht mehr zu sagen, was ich darunter verstehe, weil es hier schon so oft vorgebetet worden ist.

(Erneute Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Aber wenn Sie danach fragen, sage ich es Ihnen.

Präsident Straub: Frau Abg. Schlager, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Steim CDU: Welcher Teil der Wirtschaft benötigt eine Ökosteuer?

Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Die ökologische Steuerreform wird die Auftragsbücher des Handwerks füllen.

(Oh-Rufe von der CDU – Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der CDU: So einfach ist das! – Unruhe)

Wenn die Energie schrittweise verteuert wird – jetzt müssen Sie aber zuhören, damit ich Ihnen die Antwort geben kann –,

(Anhaltende Unruhe)

(Sabine Schlager)

dann lohnt es sich, Heizungen zu sanieren. Dann lohnt es sich, Gebäude zu dämmen, dann lohnt es sich, in Solaranlagen zu investieren, und dann lohnen sich kleine, dezentrale Energieerzeugungsanlagen.

(Zuruf von den Republikanern: Dann lohnt sich die Produktion! – Weitere Zurufe)

Dann lohnt sich hier die Kraft-Wärme-gekoppelte Erzeugung von Energie.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Und die Firmen sind im Ausland! – Zurufe von der CDU)

Alle Arbeitsplätze entstehen hier im Inland, weil dann auch hier die Nachfrage entsteht.

Der Zwischenruf, daß dann Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden, stimmt schon deswegen nicht, weil die Energiekosten in der deutschen Wirtschaft im Schnitt bei etwa 2 % liegen. Wenn Sie sie um 10 % erhöhen, liegen sie bei 2,2 %, und Sie tischen uns ein Märchen auf, wenn Sie behaupten, daß ein Betrieb deswegen ins Ausland geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben in der Diskussion um die Arbeitsplätze – das werfe ich vor allen Dingen Ihnen von der FDP/DVP vor – einfach große Scheuklappen, die Ihnen nur den Blick auf Fragen der Kostensenkung freigeben, aber alle anderen Maßnahmen, Wege und Möglichkeiten, wie hier Arbeitsplätze geschaffen werden können, ausblenden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kluck FDP/DVP: Das stimmt doch nicht!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Zurufe: Ohne „See“! – Zuruf von der FDP/DVP: Wir haben einen Wirtschafts-Hofer und keinen See-Hofer!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der ersten Runde habe ich mehr die großen Themen angesprochen. Jetzt hat der Herr Wirtschaftsminister erfreulicherweise auch von sehr konkreten Dingen gesprochen. Ich wünsche ihm bei der Verwirklichung seiner Vorhaben, die er schon zu einem großen Teil angegangen ist, viel Glück.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das wird er brauchen!)

Ich kann Ihnen sagen: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kuhn, und Ihrer Gruppe schadet uns ein erfolgreicher Wirtschaftsminister nicht. Er schadet Ihnen, und Sie wollen das nicht zulassen. Wir freuen uns, wenn er erfolgreich ist. Das war der erste Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens: Lieber Herr Brechtken, Sie sind mit Ihrem Wohnort so nah an meinem, daß Sie auch die Lokalpresse lesen, und ich halte Sie auch für so fair, daß Sie mir das, was erwähnt wurde, nicht unterstellen. Sonst müßte ich Sie bitten, mir mitzuteilen, wo ich das gesagt habe.

(Abg. Brechtken SPD: Sind Sie gegen einen Ausgleich?)

– Ich sage Ihnen: Ich habe bei mir zu Hause in der Stadt – auch im Gemeinderat sind wir uns einig – voll und ganz für die Abschaffung der Gewerbesteuer gestimmt. Ich bin nicht der Meinung wie der Städtetag – man darf bei uns auch anderer Meinung sein –, daß es gelingen kann, einen vollkommenen Ausgleich und eine Sicherung für jede Kommune zu finden, die da vielleicht plus oder minus macht.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist klar!)

Das wird nicht möglich sein.

Ich bin nicht der Meinung, daß wir unbedingt im Grundgesetz eine verfassungsrechtliche Verankerung der Gewerbesteuer brauchen. Bei mir zahlt noch keine der großen Firmen überhaupt einen Pfennig Gewerbesteuer.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Das geschieht alles über Holdings usw.

(Abg. Weimer SPD: Das ist aber klassische Kirchturnpolitik! Das ist Ihre Meinung! Jetzt reden Sie einmal über Stuttgart oder Freiburg!)

– Wenn mir die Zeit nicht abgezogen wird, höre ich auch gern zu.

(Abg. Brechtken SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Lassen Sie mich nur den einen Satz noch schnell sagen; dann bitte gern.

Das, was ich mit Hebesätzen in einer Stadt, die zugegebenermaßen nicht so wohlhabend ist

(Abg. Birzele SPD: Wie die von Herrn Kiel!)

wie etwa die Stadt Fellbach des Herrn Kollegen Kiel, erreichen kann, ist vielleicht ein Zehntel dessen, was ich völlig ohne Einfluß verliere, wenn irgendeine Großfirma eine Holding gründet oder etwas Ähnliches macht. Deshalb ist mir eine kontinuierliche Einnahmequelle mit einer grundsätzlichen Beteiligung an der Umsatzsteuer lieber. Wir waren vom Grundsatz her sehr nahe dran; Sie haben selber gesagt, man sei nahe dran. Damit bin ich einverstanden, und da war die Grundlage für eine Einigung längst gegeben.

Bitte schön.

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Brechtken SPD: Herr Kollege Hofer, darf ich Sie fragen: Sind Sie für die Beibehaltung der Gewerbesteuer? Wenn Sie dafür sind, sind Sie mit mir der Meinung, daß Sie dann genau an der Stelle das Grundgesetz ändern müssen, weil Sie sonst in der Gefahr sind, daß Sie im Hinblick auf die Abschaffung der Gewerbesteuer Schwierigkeiten haben, auch den zweiten Teil zu erhalten?

Abg. Hofer FDP/DVP: Unbestritten.

Abg. Brechtken SPD: Aber Sie haben sich gerade gegen die Grundgesetzänderung ausgesprochen.

Abg. Hofer FDP/DVP: Nein.

Abg. Brechtken SPD: Zweite Frage an Sie, Herr Kollege: Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, daß Sie der Meinung sind, daß die Gemeinden einen Ausgleich brauchen und daß wir im Augenblick in der Situation sind, daß die Spitzenverbände der Kommunen und die Bundesregierung in Gesprächen sind, um eine Einigung zu erzielen, und daß wir dann gemeinsam die Gewerbesteuer abschaffen, wenn diese Einigung hergestellt ist?

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Brechtken, das war insofern eine rhetorische Frage von Ihnen,

(Abg. Brechtken SPD: Das war so beabsichtigt!)

weil ich niemanden kenne, der im Grundsatz irgendwo bestreitet, daß für den Wegfall der Gewerbesteuer ein Ausgleich zu suchen ist.

(Abg. Weimer SPD: Also! Das hat sich vorhin aber anders angehört!)

Ich sage Ihnen nur: Man war vor einem Jahr in dieser Frage schon so eng beieinander, daß nicht einzusehen ist, daß man nach einem Jahr immer noch auf der Stelle tritt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun noch zu einem anderen Punkt, weil Sie, Frau Schläger, gesagt haben: „Das schafft keine Arbeitsplätze.“ Ich möchte nur ganz kurz noch auf das Thema „Bürokratie-TÜV“ eingehen. Das ist mir ein bißchen zu kurz gekommen. Ich sage einfach aus einer 20jährigen kommunalen Erfahrung von unten jetzt hier in diesem Hohen Haus, daß viele dieser bürokratischen Nadelstiche auch bei mir in der Stadt mittlere und kleinere Firmen derartig entmutigt haben, daß sie aufgegeben haben oder mit all ihren Arbeitsplätzen das Weite gesucht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich will Ihnen in der Kürze der Zeit nur drei Beispiele nennen. Ich habe im Regionalparlament gern bei der Ausweisung von Grünzäsuren mitgewirkt. Diese sind notwendig. Aber ich weiß, wie diese zustande gekommen sind, teilweise mit Feldherrngebärde. Wenn da eine Firma drin ist, die dann nicht erweitern kann und deshalb aufgibt, muß man nicht nur die Umweltverträglichkeit prüfen, sondern, wie vorhin der Kollege Mühlbeyer gesagt hat, auch die Arbeitsplatzverträglichkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da kann man die Grünzäsur um 100 m verschieben. Da darf die Grünzäsur nicht wie ein Schwert auf die Arbeitsplätze fallen. Das ist der erste Punkt.

Ich kenne bei mir Gemeinderäte, ganze Fraktionen, die noch niemals einem Gewerbegebiet zugestimmt haben. Dreimal dürfen Sie raten, welcher Fakultät die angehören.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Einmal war das Gewerbegebiet unschön, dann wurden natürlich Böden versiegelt, und außerdem hat man es nicht gebraucht, weil man das ja woanders machen kann. Auch diese Grundeinstellung muß sich ändern, sonst darf man hier keine Krokodilstränen über Arbeitsplätze verlieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich bin dem Wirtschaftsminister dankbar, daß er, auch wenn er wie gegen eine Hydra ankämpft, wenigstens etwas tut.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zum letzten Punkt: Als letztes Beispiel noch eine kleine Maßnahme. Bei uns gibt es eine Tankstelle, die Autos waschen will und drei Arbeitsplätze hat. Das sind auch Arbeitsplätze.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident!)

– Moment. – Bei dieser Tankstelle gibt es drei Arbeitsplätze, und sie will Autos waschen. Nebenan wird ein Wohngebäude gebaut, und mit einem Mal darf die Tankstelle nicht mehr waschen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

In den Garten wurde ein Wohngebäude gebaut.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Birzele SPD: Da wäre es vielleicht gut, die Gemeinde hätte einen Bebauungsplan gemacht!)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, darf ich Sie direkt ansprechen.

(Anhaltende Unruhe – Ministerpräsident Teufel: Ich bin extra hergekommen, um Ihnen Beifall geben zu können für das, was Sie sagen!)

– Danke. Geben Sie mir nicht nur Beifall, sondern auch eine Unterstützung.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Oelmayer?

Abg. Hofer FDP/DVP: Ich möchte nur noch den Satz beenden, weil ich selten Gelegenheit habe, den Herrn Ministerpräsidenten direkt anzusprechen; nachher gleich.

(Abg. Bebber und Abg. Weimer SPD: Was ist mit der Waschanlage?)

Wenn Sie alle Ihre Dienststellen anweisen würden, übrigens auch die kommunale Seite, im Zweifel Vorschriften so auszulegen, daß sie Arbeitsplätze fördern – dafür braucht man nicht unbedingt neue Vorschriften zu schaffen

(Hofer)

–, dann wäre, wie ich meine, auch etwas geholfen. Schaden könnte es nichts. Ich möchte Sie herzlich darum bitten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Hofer, ist es richtig, daß trotz der Verantwortung Ihrer Partei für die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik und jetzt auch im Land – Sie haben die Gewerbegebiete durchgesetzt – 4,66 Millionen Arbeitslose im Land und im Bund entstanden sind?

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der SPD: Wegen! – Anhaltende Unruhe)

Ist es richtig, daß es jetzt auch ein Spitzenergebnis von Arbeitslosen hier im Land gibt? Wo soll denn die Logik sein, wenn Sie unsere Politik angreifen und sagen, wir wollten ökologische Komponenten in der Politik einführen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. Hofer FDP/DVP: Auch das ist nur rhetorisch,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

geht aber haarscharf an der Sache vorbei. Ich habe gar keine Lust, ständig immer die hehren Parolen zu nehmen. Ich sage, übrigens durchaus auch mit Selbstkritik,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

daß ich tagtäglich auf kommunaler Basis – und ich bin froh, daß ich das in diesem Haus einmal sagen kann – erleben kann,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Strümpfelbach-Philosophie!)

wie Leute Ihrer Couleur ständig Dinge boykottieren, die wir wegen der Arbeitsplätze dringend brauchen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie der Republikaner)

Für weitere Fragen stehe ich gern bereit.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Kann ich Sie so verstehen, daß Ihre Partei sich nicht vorstellen kann, daß wir in einem reichen und hochindustrialisierten Land wie der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der ökologischen Belange und der Rettung der Basis unseres Lebens produzieren, leben und arbeiten können?

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Hofer FDP/DVP: Ich kann mir nur vorstellen, daß Sie nicht im Saal waren, als ich gesprochen habe.

(Zustimmung bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich weiß es nicht. Aber ich kann Ihnen sagen, daß wir im Regionalverband ständig Grünzäsuren ausweisen. Aber ich weiß, wie das geschieht.

(Zurufe der Abg. Bebbler und Brechtken SPD)

Jede Grünzäsur kann und wird übrigens glücklicherweise immer mehr

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

daraufhin untersucht, ob sie nicht auch alternativ durch eine entsprechende Überarbeitung bleiben kann. Es ist aber nicht so, daß das Denken aufhört, daß man reinschaut und sagt: „Da ist eine Grünzäsur; auf Wiedersehen, auf Wiedersehen, Arbeitsplätze.“

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Das ist ja ein scharfer Angriff gegen den Regionalverbandsdirektor!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunkts 1 angelangt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Zustimmung zur Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, darf ich um etwas Ruhe bitten.

Mit Schreiben vom 4. Februar 1997, das Ihnen vervielfältigt vorliegt, hat mir der Ministerpräsident mitgeteilt, daß die Landesregierung beabsichtigt, Herrn Ministerialrat Werner Schneider zum neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Er bittet die gemäß § 22 Abs. 1 des Landesdatenschutzgesetzes erforderliche Zustimmung des Landtags herbeizuführen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal um Ruhe bitten.

Die Zustimmung zur Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz erfolgt gemäß § 97 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung ohne Aussprache in geheimer Abstimmung.

Sie finden auf Ihren Tischen einen gelben Stimmzettel. Ich darf Sie bitten, diesen auszufüllen und ihn im Wahlumschlag in die Wahlurne zu werfen, die vom Schriftführer bereitgehalten wird.

Ich darf die Herren Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Ich schließe die Wahlhandlung und darf die Schriftführer bitten, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

(Präsident Straub)

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir in der Tagesordnung fortfahren. Ich werde das Ergebnis nach dem Ende des nächsten Tagesordnungspunkts bekanntgeben.

Ich rufe daher **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Bekämpfung der Korruption – Drucksache 12/197

In diesem Zusammenhang rufe ich auch den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/1049, und den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/1050, auf.

Das Präsidium hat für die Aussprache gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 5 Minuten je Fraktion und für das Schlußwort 5 Minuten festgelegt.

In der Aussprache erteile ich Frau Abg. Netzhammer das Wort.

(Unruhe)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche im Saal zu beenden.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach einer Umfrage des FORSA-Instituts vom Juli 1995 halten 75 % der Befragten Korruption für eine Gefahr für Politik und Wirtschaft, und 34 % aller Manager halten Deutschland für ein ziemlich korruptes Land. Korruptionsfälle, die an die Öffentlichkeit gelangen, wie zum Beispiel der Mannheimer TÜV-Skandal, Bestechungen in der Straßenmeisterei Weinheim oder in der Stadtverwaltung Heilbronn, haben das Bild von einer sauberen, unbestechlichen Verwaltung in Deutschland und auch bei uns in Baden-Württemberg in den Augen der Öffentlichkeit getrübt.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sigmaringen!)

Wir müssen leider feststellen, daß die Fallzahlen steigen und sich teilweise durch ausgeprägte Korruptionsgeflechte qualitativ verschärfen. Bedenklich dabei ist, daß sich durch die Veröffentlichung immer neuer Korruptionsfälle bei unserer Bevölkerung der Eindruck verfestigt, Korruption sei alltäglich und normal.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sigmaringen!)

Diese Vermutung bereitet den Boden für sich weiter ausbreitende Korruption vor.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sigmaringen!)

Dieser Zusammenhang wird durch ein Ergebnis der oben angegebenen Studie bestätigt, wonach 47 % der Deutschen keine Bedenken haben, sich durch die Zahlung von Schmiergeldern Vorteile zu verschaffen, und daß dieses Verhalten bei jüngeren Menschen sogar auf zwei Drittel ansteigt. „Zeitgenossen vom Stamme Nimm“ schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ hierzu.

Die Verschiebung des Rechtsbewußtseins, die sich aus diesen Zahlen ergibt, muß nachdenklich stimmen. Dies beweist nämlich, daß das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentliche Verwaltung und ihre eigene Rechtstreue in einem engen Zusammenhang stehen. Ein Bürger, der seine Verwaltung im großen und ganzen für korrumpierbar hält, ist selbst nur bedingt motiviert, sich an Gesetz und Ordnung zu halten. Ein wesentliches Element, daß unser freiheitlicher Rechtsstaat funktioniert, ist also eine saubere, nicht korrumpierbare Verwaltung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb muß die Korruption in der öffentlichen Verwaltung mit allen Mitteln bekämpft werden, wie es auch der feste Wille der Landesregierung ist und wie sich das aus der Beantwortung unserer Großen Anfrage ergibt.

Durch Korruption entsteht aber auch in vielen Fällen – insbesondere im Straßenbau und im staatlichen Hochbau – ein finanzieller Schaden; denn der Bestechende will in der Regel trotz höherer Angebotspreise öffentliche Aufträge erhalten. Allein auf 10 Milliarden DM pro Jahr wird der Schaden im Baubereich im Bund hochgeschätzt. Angesichts knapper Kassen auf allen staatlichen Ebenen ist das ein Betrag, auf den nicht verzichtet werden kann.

Zu höchster Wachsamkeit gibt aus unserer Sicht auch der Tatbestand Anlaß, daß sich in jüngster Zeit in Baden-Württemberg Korruption und organisierte Kriminalität auch aus dem europäischen Ausland vermischen. Deutschland und Baden-Württemberg mit ihrer Mittellage in Europa sind natürlich ein beliebtes Angriffsziel für international tätige Organisationen, deren Drahtzieher in ihren Heimatländern oft über wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Macht verfügen.

Wir begrüßen es daher ausdrücklich, daß die Landesregierung das Thema Korruption nicht herunterredet. Sie erkennt mit klarem Blick, daß der öffentliche Dienst wie auch die private Wirtschaft grundsätzlich nicht vor kriminellen Einflüssen gefeit sind.

Dennoch besteht kein Grund zur Panikmache. Der überwiegende Teil der Mitarbeiter der Landesverwaltung hält sich strikt an Recht und Gesetz. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, aufgrund von Einzelfällen den öffentlichen Dienst pauschal schlechtzumachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gerade gestern wurde auch von verschiedenen Seiten dieses Hauses dem öffentlichen Dienst wiederholt für seine Arbeit Dank ausgesprochen. Trotzdem ist es richtig und wichtig, daß die Landesregierung Korruption und korruptive Strukturen in der Landesverwaltung noch engagierter als bisher bekämpfen will. Gesetzliche Änderungen im Bereich des Strafrechts sind auf Bundesebene im Moment in der Mache. Wir sehen in dem vorgeschlagenen Maßnahmenpaket, wie es die Innenministerkonferenz am 3. Mai 1996 beschlossen hat und die Landesregierung es umsetzen will, ein wirksames Mittel, Korruption bereits im Ansatz zu bekämpfen.

(Veronika Netzhammer)

Das Gebot von öffentlichen Ausschreibungen, die strikte Trennung von Planung, Vergabe und Abrechnung, die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips und die Einführung des Rotationsprinzips in korruptionsgefährdeten Bereichen halten wir für besonders wirksam. Eine Anzeigepflicht bei begründetem Anfangsverdacht und die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe „Korruptionsbekämpfung“ beim Landeskriminalamt sollen noch schneller als bisher Korruptionfälle aufdecken helfen.

Die Einrichtung eines sogenannten Korruptionsregisters, in das die Firmen, die nachweislich eine schwere Verfehlung begangen haben, eingetragen und damit vom Wettbewerb ausgeschlossen werden, ist nach den Erfahrungen anderer Bundesländer noch abschreckender als strafrechtliche Konsequenzen.

Wichtig ist aber, daß das 18-Punkte-Paket nicht zum Papierstück wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Es muß gewährleistet sein, daß die einzelnen Grundsätze auch regelmäßig und nachhaltig befolgt werden. Alle Verantwortlichen, nicht nur die Landesregierung und die zuständigen Minister, sind gefordert, in ihren Bemühungen, unsere Landesverwaltung sauberzuhalten, nicht nachzulassen. „Wehret den Anfängen“ muß das Motto lauten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Beber.

Abg. Beber SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kollegin hat schon beschrieben, welche verheerende Auswirkung Korruption auf die Moral der Bürger und auf das Ansehen des Staates hat. Wir können insoweit den Lagebericht der Regierung, des Innenministeriums, als einen sehr ausführlichen Bericht und als eine deutliche Problembenennung loben. Allein die Probleme zu benennen und die Lage zu beschreiben reicht nun aber weiß Gott nicht aus.

(Beifall des Abg. Maurer SPD)

Nachdem man bereits seit Mitte 1995 erkannt hat, welche Gefahren aus der Korruption hervorgehen, wäre es eigentlich angebracht, daß mittlerweile konkret etwas geschehen wäre. Wir erwarten deshalb von der Landesregierung, daß sie heute hier darlegt, welche konkreten Maßnahmen bislang realisiert worden sind, um die Korruption wirksam zu bekämpfen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Maßnahmen, die das Land ergreifen kann. Sie haben selbst in Ihrem Bericht dargestellt, daß das Land Maßnahmen ergreifen kann. Es ist da von einem ganzheitlich angelegten Konzept die Rede. Es ist eine ganze Reihe von Punkten aufgeführt, die eben einer Korruption wirksam vorbeugen und diese bekämpfen können.

Die Innenministerkonferenz hat bereits Mitte letzten Jahres entsprechende Empfehlungen beschlossen. Es wäre wohl nicht zuviel verlangt, wissen zu wollen, welche dieser Empfehlungen bisher wirklich umgesetzt worden sind. Ich will sie hier jetzt nicht im einzelnen aufführen.

Ich möchte nur einen Punkt ansprechen, weil diesbezüglich bereits Erfolge zu verzeichnen sind. In einem anderen Land der Bundesrepublik ist die Einrichtung einer Melde- und Informationsstelle für Vergabesperrungen vorgenommen worden. Es ist, da das bereits über ein Jahr läuft, als ein hochwirksames Instrument im Baugewerbe, um Korruption zu vermeiden, festgestellt worden.

Herr Innenminister, ich möchte ganz konkret fragen, warum wir eine solche Stelle gewissermaßen nicht von heute auf morgen auch in Baden-Württemberg einrichten können.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Eine sehr gute Frage!)

Herr Innenminister, es ist fatal, wenn Sie gewissermaßen durch öffentliche Äußerungen die Gefahr, die von der Korruption für den Staat ausgeht, herunterspielen. Sie haben davon geredet, daß es nicht um einen Flächenbrand gehe. Andererseits hat aber Herr Zachert vom BKA gesagt, daß wir bisher nicht so immun gegen Korruption waren, wie wir uns immer eingeredet haben.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, es hat doch keinen Sinn, zu sagen, daß das alles noch nicht so schlimm sei und daß die meisten Beamten doch ordentlich arbeiteten.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Die Tatsache, daß es Korruptionfälle gibt, geht schon an die Substanz des Staats, an die Substanz der Rechtsordnung und an die Substanz der Moral der Bürger in diesem Land. Das Ganze, das wir bisher wissen, wird von Experten als Spitze des Eisbergs bezeichnet. Das heißt, es gibt keinen Grund, das auch nur ansatzweise herunterzureden.

Ich möchte kurz begründen, weshalb ich meine, daß das auch heruntergeredet und nicht richtig ernst genommen wird. Der Regierungsentwurf der Bundesregierung zum Korruptionsbekämpfungsgesetz enthält keine Abschaffung der sogenannten Unrechtsvereinbarung. Herr Schäuble, Sie waren heftig dafür, daß man das abschaffen sollte, weil im Einzelfall nicht nachgewiesen werden kann, daß eine solche Unrechtsvereinbarung getroffen worden ist. Dieser Entwurf der Bundesregierung enthält keine Kronzeugenregelung und keine Telefonüberwachung. Übrigens: Aus dem Ausland gezahlte Schmiergelder können noch immer steuerlich abgesetzt werden.

Der Entwurf der Bundesregierung ist so untauglich, wie seinerzeit das Geldwäschegesetz gewesen ist. Tauglicher ist das, was der Bundesrat vorgelegt hat. Deshalb haben wir Sie in unserem Antrag aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die Bundesregierung angehalten wird, die weitergehenden Forderungen, die in dem Bundesratsentwurf enthalten sind, zu übernehmen.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

(Bebber)

Wir haben in unseren Antrag außerdem aufgenommen, daß auch für Korruptionsfälle der Einsatz technischer Mittel in Wohnungen zur Strafverfolgung und die Vermögensziehung bei voller Beweislastumkehr aufgenommen werden soll.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat im wesentlichen auch den Hintergrund, daß die Regierung auf eine Anfrage eines Abgeordneten dieses Hauses erklärt hat, daß man für eine wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität die Abschöpfung von Verbrechengewinnen für ein wirksames Mittel halte und die Ermittlungsmöglichkeiten um den Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung ergänzt werden müßten. Allerdings steht darin nicht die Beweislastumkehr. Herr Schäuble, ich weiß nicht, ob Sie von dem abgekommen sind, worüber wir uns noch bis vor kurzem einig waren. Deshalb wünschen wir diesbezüglich auch eine namentliche Abstimmung, damit klargestellt wird, wie die Positionen sind.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Oh! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ach du liebe Zeit! – Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Ich darf zum Abschluß noch darauf hinweisen, daß namhafte Experten im In- und Ausland davon sprechen, daß bei der EU gewissermaßen als Standard gelte: Korruption ist das Einfallstor des organisierten Verbrechens. Organisiertes Verbrechen greift weitgehend auf korruptive Maßnahmen zurück. Die Mafia in Italien – und nicht nur die in Italien – begeht ihre Straftaten weitgehend auch dadurch, daß Beamte und Angehörige des öffentlichen Dienstes mit entsprechenden Geldern und Scheinen willfährig gemacht werden. Die Verbindung ist offensichtlich. Deshalb meinen wir, daß die Korruptionsfälle auch in die neuen Bekämpfungsmaßnahmen aufgenommen werden müssen, wie wir sie vor eineinhalb Jahren in der damaligen Regierung und einvernehmlich in diesem Haus beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Korruption im Staat hat man bis vor wenigen Jahren vielleicht mit einer Bananenrepublik oder allenfalls mit Italien in Verbindung gebracht. Aber das deutsche Berufsbeamtentum hatte eher Attribute wie korrekt, pflichtbewußt, rechtstreu und penibel.

Vor zwei Jahren haben wir Grünen hier im Parlament eine Fraktionsinitiative zur Diskussion gestellt. Die Landesregierung hat damals abgewiegt, was Korruption angeht. Immer wenn es konkret wurde, wurde gesagt, das sei zwar denkbar, aber doch nicht so sehr wahrscheinlich. Immer wenn wir konkret gefragt haben, wurde gesagt, daß es geprüft werde. Das heißt, vor zwei Jahren noch wurde eine lästige Pflichtübung absolviert. Man hatte nicht den Eindruck, daß es der Landesregierung wirklich ernst bei diesem Thema war.

Aus der Beantwortung der Großen Anfrage geht hervor, daß das jetzt offensichtlich anders geworden ist. In der

Antwort sind Formulierungen zu finden wie die, daß die Korruption den Staat bedrohe und daß Korruption einen ganz erheblichen Schaden verursache. Ich kann also als Punkt eins feststellen, daß wir uns hier einig geworden sind.

Als Punkt zwei muß man allerdings fragen: Was ist aus den Absichtserklärungen, was ist aus den Worten tatsächlich geworden? Die Umsetzung fällt doch erheblich hinter das zurück, was an Ankündigungen in verbalen Aussagen gemacht worden ist.

Meine Damen und Herren, ich will vier Aussagen festhalten.

Erstens: Es sind in Baden-Württemberg Einzelfälle, bei denen man von Korruption sprechen kann. Aber diese Einzelfälle häufen sich.

Zweitens: Es gibt keinen Bereich, der korruptionsuntauglich wäre. Eigentlich ist die gesamte Palette von Korruption bedroht: von A bis Z, von Arbeitserlaubnis bis Zulassungsstelle.

Drittens: Es sind mal kleine Beträge, mal ganz große. Das geht von zweistelligen bis zu siebenstelligen Beträgen.

Viertens: Die Dunkelziffer ist erheblich größer als das, was ans Tageslicht kommt.

Als fünften Punkt möchte ich einen Gedanken benennen, der in der Antwort der Landesregierung nur sehr kurz angedeutet war. Auf internationaler Ebene ist Korruption oftmals ein ganz normaler und völlig üblicher Vorgang. Die Zeitung „Newsweek“ hat vor kurzem berichtet, Schätzungen gingen dahin, daß deutsche Firmen jährlich 500 Millionen bis 600 Millionen DM an Bestechungsgeldern im Ausland bezahlten, um an Aufträge zu kommen, einfach deswegen, weil das üblich ist und es ausländische Mitbewerber auch tun. Es ist also in der Branche offensichtlich gang und gäbe. Ich gebe zu, daß es sicherlich ein ganz schwieriges Problem ist, aus diesem System auszusteigen.

National gibt es ganz erheblichen Bedarf, zum Teil wegen direkter Bestechung, zum Teil auch deswegen, weil sich Anbieter zusammenschließen, weil sie Absprachen treffen, weil vermeintliche Konkurrenten gar kein konkurrierendes Angebot einreichen. Es ist oftmals festzustellen, daß feste Schmiergeldzuschläge bezahlt werden, 3 % oder 5 % in festen Sätzen auf die Auftragssumme draufgepackt werden. Das hat dann fast schon wieder deutsche Gründlichkeit. Wie die Mehrwertsteuer einberechnet wird, wird dann offensichtlich auch der Schmiergeldzuschlag kalkuliert. Da braucht man sich nichts vorzumachen: Das führt zu ganz erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden. Korruption setzt Marktwirtschaft außer Kraft.

Was tut die Landesregierung? Ich habe schon gesagt, man könne nicht in Abrede stellen – das wollen wir auch nicht –, daß sich die Landesregierung ernsthaft mit diesem Thema beschäftige. Das ist unser Fazit aus der Antwort auf die Große Anfrage. Ich will aber drei Punkte benennen, wo es ausdrücklich Schwachstellen gibt, und dabei ganz eng am Text der Antwort der Landesregierung bleiben.

(Jacobi)

Erstens: Wir haben nicht den Eindruck, daß eine Korruptionsbekämpfung wirklich systematisch, prioritär in allen Bereichen der Verwaltung in Baden-Württemberg betrieben wird. In der Antwort sind die Bereiche Hochbau, Umwelt und das Innenministerium genannt. Aber wir haben nicht den Eindruck, daß Korruptionsbekämpfung wirklich überall systematisch, prioritär betrieben wird wie beispielsweise in Hessen, wo der Rechnungshof konsequent bei allen freihändigen Vergaben eingeschaltet wird. Dazu braucht der Rechnungshof natürlich auch die entsprechende Ausstattung.

Ich zitiere aus der Antwort der Landesregierung zur strukturellen Korruption:

Ganz überwiegend wurden solche Verdachtsfälle eher zufällig und nicht als Folge einer systematisch betriebenen Verdachtsgewinnung bekannt.

Das heißt also, hier ist ein Manko, hier ist ein Defizit. Es gibt bislang keine systematische Korruptionsbekämpfung, obwohl sie eindeutig notwendig wäre.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Auch zum zweiten Punkt möchte ich ein Zitat aus Ihrem Haus, Herr Schäuble, in die Debatte einführen. Sie sagen ja, daß es weniger an Vorschriften als an deren Anwendung fehle. Wörtlich heißt es dazu in der Antwort:

Nach den bislang vorliegenden Erkenntnissen wird Korruption weniger durch ein unzureichendes Regelwerk korruptionshemmender Vorschriften, wohl aber durch ein häufig zu beobachtendes Vollzugsdefizit der bestehenden Vorschriften begünstigt.

Das heißt, es mangelt im Vollzug. Das glaube ich sofort. Aber in der Antwort auf die Große Anfrage fehlt die Auskunft, weshalb dies der Fall ist. Liegt es an fehlendem Personal, an fehlenden rechtlichen Grundlagen? Fehlt es an Einsicht, oder fehlt es an Schulung? Was ist die Ursache für dieses Vollzugsdefizit, und wie wollen Sie es ändern?

Dritter Punkt: Es ist ein Maßnahmenpaket beschlossen worden, das durchaus stattlich ist und eindrucksvoll klingt. Man liest aber, daß zur Umsetzung dieses Maßnahmenpakets derzeit eine Verwaltungsvorschrift ausgearbeitet werde. Mittlerweile sind mehrere Monate ins Land gegangen. Gibt es nun diese Verwaltungsvorschrift? Wird sie veröffentlicht? Wird dem Parlament diese Verwaltungsvorschrift zur Kenntnis gegeben? Gibt es sie noch nicht, wenn nein, warum nicht, und wann kommt diese Vorschrift?

Meine Damen und Herren, ich will stichwortartig eine Reihe von Punkten benennen, die aus unserer Sicht für die Korruptionsbekämpfung wichtig sind. Teilweise sind diese Punkte auch in Ihrem Konzept, Herr Minister, enthalten, teilweise nicht.

Wir brauchen eine verstärkte behördliche Innenkontrolle. Der Deutsche Städtetag hat im vergangenen Sommer ein aus meiner Sicht sehr umfangreiches Paket vorgelegt, in dem genau auch dieser Punkt schwerpunktmäßig behandelt worden ist. Protokolle und Akten müssen den Entscheidungsablauf ganz konkret dokumentieren. Das Vier-Au-

gen-Prinzip muß konsequent angewandt werden. Innere Kontrollinstitutionen und -instanzen sind bei großen und bei kleinen Behörden notwendig.

Zweiter Punkt: Rotation. Das geht sicher nicht in allen Bereichen der Verwaltung, aber zumindest dort, wo nach dem Buchstabenprinzip gearbeitet wird.

Dritter Punkt: Externe Kontrollen beispielsweise durch den Rechnungshof.

Vierter Punkt: Meldepflicht. Man kann es auch anders nennen: Korruptionsregister. Es muß systematisch erfaßt werden, was an Korruptionsfällen zutage gebracht wird. Firmen oder Anbieter, die sich hier straffällig gemacht haben, müssen konsequent ausgeschlossen werden. Aus unserer Sicht, Herr Minister, müßten dazu auch die Vergaberichtlinien geändert werden.

Fünfter Punkt schließlich: Schwerpunktstaatsanwaltschaften oder meinetwegen spezialisierte Dezernate in den Staatsanwaltschaften, ähnlich wie es andere Bundesländer – Bayern oder Hessen – bereits mit Erfolg betreiben.

Meine Damen und Herren, ich sage zum Schluß: Staatsanwaltschaften und Rechnungshöfe in Deutschland sagen, daß Korruption zu einer ernsthaften Bedrohung geworden ist, einer Bedrohung, die sich metastasenartig ausdehnt. Gegen Korruption ist sicher ein Maßnahmenbündel notwendig. Wir fordern die Landesregierung auf: Setzen Sie Ihre Ankündigungen um. Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen. Dann hätten Sie in diesem Fall auch unsere Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiesswetter.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Korruption ist ein krimineller Sumpf, in den sowohl Vertreter der Wirtschaft als auch Beamte und Politiker insbesondere auf kommunaler Ebene verwickelt sind.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Für mich ist die Bekämpfung dieser Kriminalität unter drei Gesichtspunkten besonders wichtig.

Erstens: Eine saubere, integre Verwaltung ist in einem Rechtsstaat eine der Grundvoraussetzungen. Nur wenn die Gleichbehandlung aller Bürger gewährleistet ist, wenn der Bürger überzeugt ist, daß die Entscheidungen, die ihn betreffen, ausschließlich nach Gesetz und Recht getroffen werden, funktioniert ein freier, liberaler Staat. Der Bürger muß seiner Verwaltung vertrauen können.

Zweitens: Für den Verfechter einer auf fairen Wettbewerb ausgerichteten freien Marktwirtschaft dürfen ausschließlich der Preis, die Leistung, die Qualität von Produkten Kriterium für einen Kaufentscheid oder für die Vergabe von Aufträgen sein. Der freie Wettbewerb wird ausgehebelt, wenn die Annahme zusätzlicher Leistungen darüber entscheidet,

(Kiesswetter)

welches Produkt gekauft und welcher Auftrag vergeben wird. Korruption ist der Feind der freien Marktwirtschaft.

Drittens: Unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten ist ein erhöhter Preis ein Schuldentreiber.

Für uns Liberale ist es deshalb ein Hauptanliegen, die Korruption zu bekämpfen. Effektive Korruptionsbekämpfung kann aber nicht nur durch die Strafverfolgungsbehörden im Alleingang erfolgen. Erforderlich ist ein gemeinsames Vorgehen von Politik, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und anderen Kräften der Gesellschaft. Vor allem die Wirtschaft muß erkennen, daß ein gemeinsames Vorgehen gerade in ihrem eigenen Interesse erforderlich ist. Aus diesem Grund werden wir die Lösungsvorschläge der Landesregierung zur Korruptionsprävention innerhalb der Verwaltung mittragen.

Meine Damen und Herren, dies allein reicht jedoch nicht aus, um die Korruption in den Griff zu bekommen.

Es ist weiter erforderlich, die Tatbestandsvoraussetzungen der Bestechungsparagraphen im Strafgesetzbuch zu ändern. Auch die Annahme von Vorteilen muß strafbewehrt werden, wenn auch nur eine entfernte Möglichkeit eines Zusammenhangs mit der Amtstätigkeit des Amtsträgers in Frage kommt. Nach der jetzigen Rechtslage ist den Handelnden eine sogenannte Unrechtsvereinbarung nachzuweisen, das heißt eine Übereinstimmung zwischen Täter und Zuwender, daß das Gewähren eines Vorteils als Gegenleistung für eine bestimmte Amtshandlung erfolgt.

Bei der Erweiterung des jetzigen Tatbestands auf die Möglichkeit eines Zusammenhangs müßte dann nur noch nachgewiesen werden, daß dem Geber auch in Zukunft Vorteile gewährt werden können. Darunter würden vor allem die in der Praxis häufig vorkommenden sogenannten Anfütterungsfälle fallen, das heißt Geschenke und Vorteile, die nicht unmittelbar auf eine konkrete Amtsleistung abzielen, jedoch das Klima für ein wohlwollendes Verhalten des Beamten für die Zukunft bewirken sollen. Dies ist nach der bestehenden Gesetzeslage leider nicht strafbar. Diese sogenannten Anfütterungsfälle zu verhindern wäre eine wirksame Voraussetzung, Korruption bereits im Keim zu ersticken und auch gesellschaftlich zu ächten.

Auch der Begriff des Amtsträgers muß erweitert werden. Alle Personen, die öffentliche Aufgaben erfüllen, müssen auch dann, wenn diese Aufgaben im Rahmen einer privatrechtlichen GmbH übernommen werden, erfaßt werden.

Die in jüngster Zeit bekanntgewordenen Fälle in der freien Wirtschaft erfordern, daß dort wettbewerbsverzerrende Korruptionsdelikte unter einem erhöhten Strafraum verfolgt werden können. Insofern ist § 12 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom Antragsdelikt in ein Offizialdelikt zu ändern. Auch eine Anzeigepflicht ist notwendig.

Ich hoffe, daß im Bundestag alsbald entschieden wird, um dieses Krebsübel der freien sozialen Marktwirtschaft in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD:
Über welchen Gesetzentwurf denn?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Troll.

Abg. Troll REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von den Vorrednern ist bereits fast alles Wichtige und meist auch Richtige zur Frage Korruption in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung gesagt worden. Ich spare mir Wiederholungen.

Die von der CDU-Fraktion angefragten Tatbestände zum Phänomen der Korruption sind von der Landesregierung aus unserer Sicht in zutreffender Form beantwortet worden. Den Sachbearbeitern in den Ministerien gebührt Anerkennung für diese Lagedarstellung.

(Beifall bei den Republikanern)

Einschränkend will ich nicht verhehlen, daß sich diese „Fleißarbeit“ unseres Erachtens an einem zu restriktiven und zu eng gefaßten „Korruptionsbegriff“ orientiert. Bei aller Zustimmung zu den Aussagen der Landesregierung: Nach unserer Auffassung müssen in einer Erörterung und Lagedarstellung der Korruption nicht nur Dienstpflichtverletzungen und Straftaten aufgezeigt werden. Wir und große Teile in der Bevölkerung verstehen unter dem Begriff „Korruption“ auch alle ethisch-moralisch vorwerfbaren Praktiken, die im gesellschaftlichen oder politischen Bereich zu einer wie auch immer gearteten Vorteilserlangung für Personen oder Gruppen führen, ohne daß dabei nachweisbar gegen Normen verstoßen wird.

Daher ist beeindruckend, wie mühelos es der anfragenden CDU-Fraktion gelungen ist, bislang nicht straf- oder disziplinarrechtlich sanktionierte Praktiken der „politischen Korruption“ aus dem Fragenkatalog herauszuhalten. Nach dem Motto „Was nicht gefragt ist, wird auch nicht beantwortet“ schweigt sich die Landesregierung hierzu aus. Doch darüber sind sich viele Beobachter von Politik und Gesellschaft lange im klaren: Neben den von der Landesregierung aufgezeigten Facetten der Korruption gibt es die in jeder Hinsicht verschwiegenen, jedoch existenten Erscheinungsformen der politischen Korruption.

Meine Damen und Herren, der „Krake der Korruption“, von dem ich eingangs sprach, kommt nicht nur im Gewand der klassischen Kriminalität oder gar der OK daher. Glaubt man dem von der CDU goutierten Nachrichtenmagazin – dem mit dem Wahrheitsmonopol –, dann stehen für diese Spielart der Korruption insbesondere „Ämterpatronagen“, „Parteibuchfilz“ oder – allgemein im Volksmund so genannt – „Vetterleswirtschaft“.

Hierzu darf ich folgende Erkenntnis weitergeben: Seit dem Sturz der SED-Machthaber wird deren Korruptionsverhalten überall mit Abscheu betrachtet. Das geht mit der Selbstzufriedenheit einher, daß bei uns dergleichen undenkbar sei. Denn Korruption – gerade auch politisch motivierte Korruption – ist nicht nur die zwangsläufige Folge unkontrollierter Machtausübung.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, täuschen wir uns nicht: Korruption jeder Spielart gedeiht – auch unter demokratischen Verhältnissen – immer dann, wenn ein Mangel an Kontrolle besteht. Auch hier im Land gibt es „politische Korrupti-

(Troll)

on“ fördernde Strukturen. Alle sprechen von Parteibuchwirtschaft; zutreffender wäre es, von strafbarer Kumpanei zu sprechen. Aber auch Parteibuchwirtschaft ist strafbare Korruption.

Eine Unterart dieser Korruptionserscheinung, die sich sogar ungeniert und unbehelligt ausbreitet, ist die Ämterpatronage. Ich spreche von der Bevorzugung von Parteigünstlingen bei der Vergabe öffentlicher Ämter. Einer aus den Reihen der CDU-FDP/DVP-Koalitionsfraktionen hat denn auch vor nicht allzu langer Zeit zutreffend seine Insiderkenntnisse wie folgt wiedergegeben – ich zitiere –: „Je höher und besser dotiert das Amt, desto unerlässlicher sind Parteizugehörigkeit und Parteigunst.“ So können Sie von der CDU und der FDP/DVP, aber auch jeder andere Interessierte es in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“, Heft 29 von 1992, nachlesen. Der Verfasser der von mir wiedergegebenen Feststellungen zu Parteibuchwirtschaft, Ämterpatronage und Korruption ist der allseits geschätzte Kollege Kiesswetter, der rechtspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion.

Eines muß ich Ihnen, Herr Kiesswetter, gleichwohl vorhalten: Gegen politische Korruption, Ämterpatronage und Parteibuchwirtschaft zu Felde zu ziehen ist die eine Seite; die andere Seite der Lebenswirklichkeit zeigt sich jedoch darin, daß es Ihre Partei, die FDP/DVP, war, die nach der Landtagswahl 1996 mit dem dreisten Anspruch, die Stelle des Landesdatenschutzbeauftragten mit einem Parteigänger Ihrer Couleur zu besetzen, an die Öffentlichkeit trat.

Daher zum Schluß noch meine direkte Frage an den Kollegen Kiesswetter: Wie erklären Sie die von mir aufgezeigte Glaubwürdigkeitslücke? Diese Frage können Sie mir schriftlich beantworten. Das muß nicht jetzt gleich sein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Oder auch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, wir treten für eine entschlossene und wirksame Bekämpfung jeder Korruptionsform ein. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion den Ihnen vorliegenden Entschließungsantrag hier eingebracht.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme mit allen Kollegen darin überein – ich will das auch noch einmal ausdrücklich klarstellen –, daß man das Thema der Korruption in unserer ganzen Gesellschaft, damit in unserem Staat und konsequenterweise natürlich auch in unserem Bundesland Baden-Württemberg sehr ernst nehmen muß. Es ist auch völlig richtig, daß es bei diesem Thema immer noch ein großes Dunkelfeld gibt, das auch nur mit den bekanntesten Schwierigkeiten Schritt für Schritt erhellt werden kann. Wahr ist aber auch – das möchte ich ebenfalls unterstreichen –: Je mehr man sich mit dem Problem im Detail befaßt und dabei auch zusätzliche Erkenntnisse gewinnt, desto mehr muß man feststellen, daß die Korruption für alle, die hier Verantwortung tragen, damit natürlich auch für die Politik, für die Landesregierung, für die Polizei und für die Justiz – übrigens auch für die Wirtschaft –, wirklich eine ganz erhebliche und brisante Herausforderung darstellt.

Deshalb bin ich dafür dankbar, daß Sie anerkannt haben, welche in meinen Augen doch erheblichen Vorarbeiten die ganze Landesregierung – es war ja nicht allein das Innenministerium; eine solche Große Anfrage kann nur im Zusammenspiel verschiedener Ressorts beantwortet werden – geleistet hat. Ich muß aber darauf hinweisen, daß auch bei einer so komplexen Materie der Satz gilt, daß Rom nicht an einem Tag erbaut worden ist.

Ich darf jetzt einfach einmal die Daten in Erinnerung rufen. Die Antwort auf die Große Anfrage ist, glaube ich, im November letzten Jahres ausgegeben worden. Jetzt, verehrter Herr Jacobi, haben wir Mitte Februar, also wenige Monate später.

(Abg. Bebbler SPD: Aber Sie haben doch nicht mit der Großen Anfrage angefangen, über das Thema nachzudenken!)

Ich darf auch darauf hinweisen, daß in der umfassenden Antwort auf diese Große Anfrage bereits im Detail Maßnahmenbündel aufgezeigt werden. Zeitgleich – darauf nimmt ja auch die Antwort auf die Große Anfrage Bezug – haben wir im Kabinett eine Kabinettsvorlage beschlossen, die nicht nur die Situation beschreibt – was auch wichtig ist –, sondern unter der Ziffer 3 auch ganz konkrete Punkte anspricht. Wir sind ja auch schon in der Umsetzung.

Richtig ist, Herr Kollege Jacobi, daß diese nun wirklich sehr wichtige Verwaltungsvorschrift, die Sie angesprochen haben, noch nicht erlassen ist. Aber das kann doch jetzt, Mitte Februar, wenige Monate danach, auch noch gar nicht der Fall sein. Diese Verwaltungsvorschrift, für die mein Haus federführend ist, bedarf der intensiven Abstimmung mit fast allen Ressorts der Landesregierung und dann auch mit den Verbänden, insbesondere mit den Verbänden der Wirtschaft. Sosehr wir uns bemühen, die Dinge voranzubringen, wir brauchen natürlich schon etwas Zeit.

Wir haben – Herr Kollege Bebbler, Sie haben danach gefragt, was schon ins Werk gesetzt worden ist – bereits ein zielgruppenorientiertes Fortbildungskonzept entwickelt. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe, die der Sensibilisierung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst dient, damit man das von Ihnen angesprochene Vollzugsdefizit Schritt für Schritt etwas besser abbauen kann, ist die Hälfte der vorgesehenen Fortbildungsveranstaltungen bereits durchgeführt worden. Wir haben ferner – was in meinen Augen sehr wichtig ist – beim Landeskriminalamt die Koordinierungsgruppe „Korruptionsbekämpfung“ eingerichtet. An dieser sind beteiligt – und nur so kann sie eigentlich erfolgreich sein – die Generalstaatsanwaltschaften, der Rechnungshof, die Gemeindeprüfungsanstalt, das Prüfungsamt für die Sozialversicherung Baden-Württemberg, die Landeskartellbehörde, die Oberfinanzdirektion und natürlich auch die kommunalen Landesverbände. Durch die enge Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung dieser Stellen erreichen wir bereits eine höhere Effektivität in der Korruptionsbekämpfung.

Sie, Herr Kollege Jacobi, haben, glaube ich, das Thema „Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften“ angesprochen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

(Minister Dr. Schäuble)

Wir haben im Bereich der Justiz wie auch bei der Polizei die Ermittlungsführung in Korruptionsverfahren durch Spezialisten und entsprechend zusätzlich qualifizierte Beamte in die Hand genommen. Ich habe gerade – Herr Kollege Goll, ich darf Sie hier mit einbinden – vom Leitenden Oberstaatsanwalt hier in Stuttgart bei einer Einführungsveranstaltung erfahren, daß auf diesem Gebiet ein erfreuliches Beispiel dafür vorhanden ist, wie Polizei und Staatsanwaltschaft immer enger zusammenarbeiten. Auch da sind wir ja bereits auf dem richtigen Weg.

Zusätzlich wurde bereits eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich vor allem noch einmal zur Aufgabe gestellt hat, mit einer Konzeption für Behörden und Bedienstete konkrete Handreichungen für das Vorgehen beim Auftreten eines Korruptionsverdachts zu erarbeiten, weil sich da oft für einen, der irgendwo einen vagen Verdacht hat, die praktische Schwierigkeit stellt: Wie gehe ich damit um? Wir gehen auch so weit, daß wir in bestimmten Fällen die Angehörigen der Landesverwaltung verpflichten, bei Korruptionsverdacht die Strafverfolgungsbehörden einzuschalten.

Ein weiteres Thema, das angesprochen worden ist und das ich persönlich auch für einen ganz wichtigen Punkt in der gesamten Kette halte, ist das Korruptionsregister. Herr Kollege Bebber, die Einrichtung dieses Registers ist nicht beabsichtigt, sie ist von der Landesregierung bereits beschlossen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebber SPD: Aber nicht umgesetzt!)

– Entschuldigung! Da darf ich jetzt noch einen Hinweis machen, dem Sie meines Erachtens zustimmen müssen: Wir brauchen ein solches Register, aber wir müssen uns über viele Detailfragen noch beraten. Ich habe selbst aus eigener Erfahrung zum Beispiel das Problem: Wenn ein bestimmtes Unternehmen sündigt, dann muß ein solches Unternehmen natürlich in ein solches Register kommen, was dann für eine bestimmte Zeit dazu führt, daß es von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen wird.

Wir müssen uns aber auch mit dem Problem auseinandersetzen, was man dann tut, wenn das Unternehmen zum Beispiel die schwarzen Schafe etwa in der Führungsetage auswechselt. Wie kann man dem Unternehmen dann wieder eine Chance für die Zukunft geben? Denn es kann nicht wahr sein, daß Hunderte von Arbeitsplätzen völlig unschuldiger Mitarbeiter betroffen sind, auch wenn die Spitze ausgewechselt wurde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist übrigens beim Frankfurter Register, das ich sehr gut kenne, nicht so ganz einfach gelöst. Da gibt es sehr viele Fragen. Es muß ganz klar sein – und wir stehen hier ja auch in intensivem Kontakt mit dem Wirtschaftsministerium –, verehrte Kolleginnen und Kollegen, daß die Details in diesem Register sowohl im Wirtschaftsausschuß als auch im Innenausschuß beraten werden müssen. Dabei werden dann noch viele Probleme im Detail zu besprechen sein.

(Abg. Bebber SPD: Das hätten Sie schon vor einem Jahr machen können!)

– Da war ich, glaube ich, noch nicht Innenminister, wenn ich richtig nachrechne. Oder?

(Abg. Bebber SPD: Im Mai 1996 Innenministerkonferenz! – Zurufe von der CDU: Wer war denn da Innenminister?)

– Sie haben ja jetzt – –

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Bebber SPD: Im Mai 1996 Innenministerkonferenz-Beschluß! Das hätte man anschließend umsetzen können!)

– Wenn ich es richtig im Kopf habe – aber Sie können mich gerne belehren; Sie schauen mich ja auch schon so böse an wie ein Lehrer einen Schüler, der es nicht so macht, wie er es will –,

(Abg. Bebber SPD: Ich strahle Sie auch freundlich an, wenn Sie das wollen!)

wurde ich Anfang Juni Innenminister. Oder täusche ich mich da?

(Abg. Bebber SPD: Es ging doch um die Umsetzung!)

Bin ich irgendwo im falschen Film? Also Herr Bebber!

(Anhaltende Unruhe)

Aus dem, was ich gesagt habe, und zwar Punkt für Punkt, ganz konkrete Schritte, wird deutlich, mit welcher Intensität die Landesregierung an diesem Thema arbeitet

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

und auch bereits konkrete Schritte vollzogen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt komme ich zu Ihrem Antrag.

(Abg. Bebber SPD: Zwischenfrage! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bebber?

Innenminister Dr. Schäuble: Natürlich.

(Abg. Sieber CDU: Wenn es der Wahrheitsfindung dient!)

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Bebber SPD: Stimmen Sie mir zu, daß die Innenministerkonferenz im Mai 1996 einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Korruption beschlossen hat und im Anschluß daran verschiedene Länder Maßnahmen ergriffen haben, aber Sie in Baden-Württemberg offensichtlich keine Konsequenzen aus diesem Beschluß der Innenministerkonferenz gezogen haben? Wenn doch, dann bitte ich, das einmal darzulegen.

Innenminister Dr. Schäuble: Das ist doch unerhört.

(Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir haben doch noch im Herbst des letzten Jahres die vorhin erwähnte Kabinettsvorlage eingebracht und beschlossen. Ich habe jetzt minutenlang aufgezählt, wie der Verfahrensstand im einzelnen ist, was bereits umgesetzt ist und was uns demnächst bevorsteht, übrigens auch Ihnen im Wirtschaftsausschuß wie vermutlich auch im Innenausschuß.

Jetzt will ich einmal zu Ihrem Antrag kommen; denn man sieht ja auch an Ihrem Antrag, daß Ihnen offensichtlich die Korruptionsbekämpfung nicht so wichtig ist,

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Aktionismus!)

sondern daß Sie hier einfach nur eine Show abziehen wollen. Nehmen wir einmal den ersten Punkt Ihres Antrags. Er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber der Bundesregierung darauf hinzuwirken,

1. daß der weiter gehende Gesetzentwurf des Bundesrates eines Korruptionsbekämpfungsgesetzes . . . in bezug auf . . .

– dann kommen die einzelnen Spiegelstriche –
übernommen wird.

Jetzt müßten Sie, der Sie doch so mit hehrem Anspruch heute morgen antreten,

(Abg. Sieber CDU: Eigentlich!)

doch zunächst einmal wissen, daß dieser Gesetzentwurf, übrigens eine Initiative – aber das werden Sie wissen – von Bayern und Berlin, im Herbst 1995

(Abg. Bebber SPD: SPD-Minister!)

im Bundesrat mit der Stimme Baden-Württembergs beschlossen worden ist.

(Abg. Bebber SPD: Richtig!)

Dann müßten Sie, der Sie uns hier doch heute morgen so im Brustton des Guter-Mensch-sein-Wollens erfreuen, doch auch wissen, daß der Bundesrat im Herbst letzten Jahres mit einer großen Rede unseres Ministerpräsidenten Erwin Teufel

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung, der, wie Sie richtig gesagt haben, hinter dem Entwurf des Bundesrats zurückbleibt,

(Abg. Bebber SPD: In dem Punkt!)

geantwortet hat. Sie müßten doch wissen, Sie, der Sie uns doch heute alle so belehren wollen, daß inzwischen die ganze Geschichte im Innenausschuß des Bundesrats behandelt worden ist.

(Abg. Sieber CDU: Jetzt!)

Der Innenausschuß des Bundesrats hat zu dem gesamten Paket, was ja verständlich ist, auch gewisse Änderungsvorschläge eingebracht.

Und jetzt kommt die Krönung: Sie werden wissen – wenn Sie es abstreiten, dann glaube ich Ihnen das nicht –, daß jetzt das gesamte Gesetzespaket im Innenausschuß des Deutschen Bundestags liegt.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Da liegt es gut! – Abg. Weimer SPD: Da liegt es jetzt aber schon lange!)

Sie werden auch wissen, daß derzeit sehr viele Gesetzentwürfe im Innenausschuß des Deutschen Bundestags liegen. Es wird Ihnen als einem altgedienten Parlamentarier auch klar sein, daß weder die Landesregierung noch die Bundesregierung einen Einfluß darauf hat, wann und in welcher Reihenfolge der Innenausschuß des Deutschen Bundestags, der in diesem Punkt sich selbst verantwortlich ist, diese Gesetzentwürfe behandelt.

(Abg. Weimer SPD: Da lagert es jetzt! Endgelagert!)

Deshalb ist die Ziffer 1 dieses Antrags einfach lachhaft und ein reiner Schauantrag.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Jetzt zur Ziffer 2.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Die CDU blockiert es im Ausschuß! – Abg. Bebber SPD: Die Bundesregierung blockiert!)

Man muß ja auch dem kleinen Mann, dieser armen SPD, meinen Freunden, etwas gönnen. Ich kann Sie ja verstehen, daß Sie darauf immer wieder zurückkommen.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also reden wir doch nicht darum herum. Natürlich gibt es insbesondere zum Thema Beweislastumkehr, aber auch zum Einsatz technischer Mittel zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität – wenn ich an die visuelle Überwachung denke – gewisse unterschiedliche Betrachtungsweisen zwischen der FDP und der CDU.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Und den Grünen! – Abg. Weimer SPD: Jetzt zur Sache!)

Aber, lieber Herr Weimer, lieber Herr Kollege Bebber, freuen Sie sich nicht zu früh. Ich tröste Sie: Es gibt auch innerhalb der CDU unterschiedliche Betrachtungsweisen.

Zum Beispiel sagt der Bundesinnenminister, daß bei ihm eine Beweislastumkehr schlicht und ergreifend aus verfassungsrechtlichen Gründen überhaupt nicht in Betracht kommen kann.

(Minister Dr. Schäuble)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Einmal hat er recht! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Einmal hat er recht!)

Jetzt kommt das Größte. Es wird auch von erheblich wichtigen Persönlichkeiten der SPD gesagt, und nicht umsonst ist Professor Meyer, der auf Bundesebene und auch bei uns ein sehr hohes Ansehen genießt, auf den Gedanken gekommen, daß man über die Steuerverwaltung dieses Problem des Zugriffs auf die Gewinne der Verbrecher besser lösen kann.

(Abg. Bebbler SPD: Herr Schäuble, das machen Sie dann mit? – Abg. Weimer SPD: Bei Meyer sind Sie dabei? – Abg. Bebbler SPD: Bei der Meyer-Lösung machen Sie mit?)

Also langer Rede kurzer Sinn: Sie wissen ganz genau, daß man mit mir alles machen kann,

(Oh-Rufe von der SPD)

was den besseren Zugriff auf die Gewinne der Verbrecher ermöglicht, allerdings mit der klaren Aussage, daß natürlich nur eine verfassungsrechtlich zulässige Lösung in Betracht kommen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Sie, die großen Strategen in diesem bedeutenden Landtag von Baden-Württemberg, werden vielleicht zur Kenntnis genommen haben,

(Lachen der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

daß jetzt auf Bundesebene auch durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung die Gespräche im Vorfeld zwischen der CDU, der CSU und der FDP ohnehin schon begonnen haben, aber inzwischen auch mit der SPD im Vorfeld bereits Gespräche geführt werden, bei denen es sowohl um die Frage des Einsatzes technischer Mittel zur besseren Überwachung von Gangsterwohnungen als auch um die Frage des verbesserten Zugriffs auf die Gewinne und Vermögen der Verbrecher geht. Dazu liegt auch ein ganz konkreter Gesetzentwurf der Bundesregierung vor. Darüber sind die Gespräche zwischen der SPD, der CDU, der CSU und der FDP in vollem Gang.

Ich war jetzt gerade am Montag mit Mitgliedern des Innenausschusses aus allen Fraktionen des Deutschen Bundestags zusammen. Ich hätte ihnen eigentlich sagen sollen, sie sollten schnell noch die Ziffer 1 für Sie behandeln. Dort ist gesagt worden, Herr Bebbler, daß es auf allen Seiten erklärtes Ziel ist, auf Bundesebene noch in diesem Jahr – wenn möglich, vor der Sommerpause, weil es danach wirklich schwierig wird – dieses gesamte Maßnahmenbündel zu verabschieden.

Ich muß wirklich sagen, Ziffer 1 und 2 Ihres Antrags sind Schauanträge des notleidenden kleinen Mannes; sie werden abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Vorhin ist namentliche Abstimmung beantragt worden, also Abstimmung über die Anträge. Es ist auch Überweisung beantragt worden. Gerade eben wurde Abstimmung in der Sache angekündigt.

Kann ich also davon ausgehen, daß wir jetzt über die Anträge in der Sache abstimmen?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

– Gut.

Wir kommen zunächst zu Ziffer 1 des Antrags Drucksache 12/1049. Wer Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Dann rufe ich Ziffer 2 des Antrags Drucksache 12/1049 auf. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wer Ziffer 2 des Antrags Drucksache 12/1049 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer den Antrag ablehnen möchte, antworte bitte mit Nein, wer sich enthalten möchte, mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Schmid, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben G.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt vor:

An der Abstimmung haben sich insgesamt 140 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 32 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 94 Abgeordnete;
14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Die Ziffer 2 des Antrags Drucksache 12/1049 ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Bebber, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Dr. Caroli, Drexler, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Heiler, Junginger, Birgit Kipfer, Maurer, Dr. Walter Müller, Nagel, Pfeifle, Dr. Puchta, Redling, Reinelt, Christine Rudolf, Schmiedel, Schöffler, Seltenreich, Staiger, Teßmer, Weimer, Wettstein, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Birgitt Bender, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Bloemecke, Dr. Carmina Brenner, Buchter, Döp-

(Stellv. Präsident Birzele)

per, Dr. Döring, Drautz, Marianne Erdrich-Sommer, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Inge Gräßle, Stephanie Günther, Haas, Haasis, Hackl, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Hofer, Jacobi, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Kretschmann, Kuhn, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oelmayer, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Renate Rastätter, Rau, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Annemie Renz, Dr. Repnik, Ruder, Rükkert, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Schefold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Sabine Schlager, Schmid, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Dr. Eva Stanien-da, Dr. Steim, Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Renate Thon, Tölg, Traub, von Trotha, Veigel, Dr. Vetter, Christa Vossuschulte, Wabro, Wacker, Walter, Winckler, Zeiher, Zimmermann.

Der Stimme e n t h a l t e n haben sich:

Dagenbach, Deuschle, Eigenthaler, Hauser, Herbricht, Dr. Hildebrandt, Käs, König, Krisch, Rapp, Dr. Schlierer, Schonath, Troll, Wilhelm.

*

Ich rufe nun den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/1050, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Bevor ich nun Tagesordnungspunkt 4 aufrufe, komme ich zum **Tagesordnungspunkt 2** zurück:

Zustimmung zur Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung zur Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz bekannt:

Insgesamt wurden 125 Stimmzettel abgegeben. Mit Ja haben 114 Abgeordnete gestimmt, mit Nein drei Abgeordnete; sieben Abgeordnete haben sich enthalten. Ein Stimmzettel war ungültig.

Damit, meine Damen und Herren, hat der Landtag mehrheitlich der Bestellung des Herrn Werner Schneider zum Landesbeauftragten für den Datenschutz zugestimmt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Situation der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken in Baden-Württemberg – Drucksache 12/649

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags 5 Minuten und für die Aussprache 5 Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Ich erteile das Wort

(Abg. Weimer SPD: Müller!)

Herrn Abg. Dr. Müller.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe. – Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz vom September 1996 hat für die Beschäftigten der baden-württembergischen Reha-Kliniken ganz andere, verheerende Folgen. Sie werden durch dieses Beschäftigungsförderungsgesetz in die Arbeitslosigkeit befördert. Allein die BfA hat zirka 7 000 Vertragsbetten gekündigt. Kliniken im Schwarzwald, in Bad Schussenried, in Bad Rappenau wurden bereits geschlossen. An allen Standorten wird über Kurzarbeit und über Sozialpläne verhandelt.

Nach einer Statistik des Bundesverbands der Privatkrankeanstalten haben am 1. Februar 1997 56,3 % der Kliniken einen Belegungsrückgang von mehr als 30 %, 27,5 % haben Sozialpläne erstellt, 53,1 % haben bereits Kurzarbeit.

Der Wirtschaftsminister unseres Landes, Dr. Walter Döring, sprach laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 22. Januar von einer „unumgänglichen Marktberreinigung“.

(Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist das falsche Wort am falschen Platz.

(Abg. Nagel SPD: Vom falschen Mann!)

Es handelt sich nicht um eine Marktberreinigung, es handelt sich um einen Flächenbrand in allen Bäder- und Kurorten des Landes Baden-Württemberg.

Ich meine, das ist auch ein Wort zur falschen Zeit, weil bei einer Rekordarbeitslosigkeit von mehr als 400 000 Menschen im Land vom verantwortlichen Minister zu erwarten ist, daß er die Arbeitslosigkeit nicht neoliberal analysiert,

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Immer wird der Döring kritisiert! – Abg. Bebber SPD: Immer auf die Schwächsten!)

sondern daß er um jeden Arbeitsplatz, auch im Rehabilitationsbereich, kämpft.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und was ist mit den Lohnzusatzkosten?)

7 000 hochqualifizierte Fachleute, Herr Minister Döring, werden unter Umständen bald in der Arbeitslosigkeit sein. Betroffen sind nicht nur die Reha-Einrichtungen, sondern auch die Standorte, vorzugsweise im ländlichen Raum, die Gastronomie mit sinkenden Übernachtungszahlen, das Handwerk und der Einzelhandel, über Kurtaxe und Fremdenverkehrsabgaben auch die Gemeinden. Oft lebten die Gemeinden von Klinikbeteiligungen, zum Beispiel die Gemeinde Bad Rappenau des Kollegen Zimmermann.

(Oh-Ruf des Abg. List CDU)

Aus diesen Gewinnen wurden innerhalb kurzer Zeit Verluste. Der Bäcker in einem Kurort wie Bad Schussenried darf heute sonntags Brötchen backen, aber er weiß nicht mehr, wem er diese Brötchen dann verkaufen kann.

(Dr. Walter Müller)

(Beifall bei der SPD – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das wissen andere Bäcker auch nicht mehr!)

Betroffen ist der ländliche Raum. Dort gibt es keine Alternativen am Arbeitsmarkt. In der Vergangenheit hat man Investitionen ja immer abgelehnt mit dem Argument „kurzsächlich“. An vielen kleinen Standorten kann nur durch die Gäste für die Einheimischen die Infrastruktur überhaupt erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, in der gesundheitspolitischen Diskussion habe ich den Eindruck, daß Herr Seehofer, nachdem er an der Phalanx der pharmazeutischen Industrie scheiterte und sich an den kassenzahnärztlichen Vereinigungen die Zähne ausbiß,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was?)

sich willkürlich die Reha-Kliniken für seine Sparaktionen aussuchte. Wie verträgt sich dieser Eingriff zum Beispiel mit Seehofers Motto: Vorfahrt für die Selbstverwaltung?

(Abg. Drexler SPD: Zahnlos!)

Mit der Parole „morgens Fango, abends Tango“ werden Kur und Rehabilitation in einen Topf geworfen. Damit wird die Rehabilitationsmedizin vorsätzlich diskreditiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Rehabilitation ist ein wissenschaftlich fundierter Zweig der Schulmedizin, der sich historisch in den Kurorten entwickelt hat. Im Vordergrund stehen Diagnostik und Therapie von Funktionseinschränkungen in Beruf und Alltag, die Motivation zur aktiven Krankheitsbewältigung und bei den Anschlußheilbehandlungen die sehr wichtige Einübung in eine veränderte Lebensführung. All das hat mit der klassischen Badekur nichts zu tun.

Es besteht nun die Gefahr, daß diese wichtigen und hochspezialisierten Einrichtungen kaputtgespart werden und unser Gesundheitssystem damit eines wichtigen Bausteins beraubt wird,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Nichts als Schlagworte, Herr Müller!)

dies in einer Zeit, Herr Kollege Repnik, in der chronische Krankheiten eine immer größere Bedeutung bekommen, in der die Menschen immer älter und damit rehabilitationsbedürftiger werden und in der viele Menschen Unfälle oder Krebserkrankungen überleben, aber danach in der Rehabilitation lernen müssen, mit der veränderten Lebenslage umzugehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schlierer REP)

Es ist doch ein Widersinn, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, wenn Sie einerseits die Lebensarbeitszeit verlängern wollen und andererseits bei Rehabilitationsmaßnahmen streichen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wenn Menschen künftig bis 65 arbeiten müssen, brauchen sie nicht weniger, sondern mehr Rehabilitationsmaßnahmen.

(Zurufe von der CDU)

Interessanterweise sind die Kostenträger gar nicht an Kürzungen im Reha-Bereich interessiert. Jede in die Rehabilitation investierte Mark – so sagt zum Beispiel die LVA – kommt durch verlängerte Erwerbstätigkeit wieder dreifach herein.

(Beifall des Abg. Brechtken SPD – Abg. Brechtken SPD: Volkswirtschaftlicher Unsinn!)

Die Arbeitsunfähigkeit sinkt in den folgenden drei Jahren nach jeder Maßnahme signifikant.

Meine Damen und Herren, in 53 % der Einrichtungen ist Kurarbeit vereinbart. Ursache dafür ist nicht in erster Linie die Deckelung, sondern der Imageverlust der Rehabilitationsmaßnahmen durch die völlig daneben liegende Kurkampagne des Bundesgesundheitsministers.

Was hat die ganze öffentliche Diskussion um die Gestaltungsleistung gebracht? Sie werden heute abend verkünden: „Die Gestaltungsleistungen sind vom Tisch.“ Aber das nützt den Kurorten heute in keiner Weise mehr.

(Abg. Döpper CDU: Doch! – Abg. Dr. Repnik CDU: Natürlich hilft das!)

Die kranken Menschen im Land wollen nicht länger als Mißbraucher eines Systems oder als Drückeberger dastehen. Darum stellen sie heute gar keine Anträge mehr. Das Problem besteht nicht in der Deckelung, sondern darin, daß sich die Menschen nicht mehr trauen, Anträge zu stellen, Herr Kollege Repnik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Wir halten auch die Zuzahlungsregelung für sozialpolitischen Unsinn und die zeitliche Begrenzung einer Maßnahme im Intervall für ebenso sinnlos.

Wir wollen eine qualitätskontrollierte Rehabilitation, die medizinische, psychische, physiotherapeutische und psychosoziale Ansätze integriert. Wir wollen auch die Einebnung der Grenzen zwischen stationärer Behandlung im Akutkrankenhaus und Rehabilitationsmaßnahme.

Abschließend zur Haltung des Landes Baden-Württemberg, dem Land mit den meisten Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland.

Im Windschatten der SPD-regierten Länder kann die Einstufung der Rehabilitation als Gestaltungsleistung erfreulicherweise verhindert werden. Das ist gut, hilft aber vielen Kliniken

(Lachen des Abg. Dr. Repnik CDU – Abg. Dr. Repnik CDU: Im Windschatten! Abenteuerlich, Müller! Sie reden sich um Kopf und Kragen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

in der aktuellen Not nicht weiter.

(Dr. Walter Müller)

Herr Minister Vetter, Sie verbreiten in den Kliniken die Botschaft, die sogenannte Blockadehaltung der SPD-regierten Länder habe eine differenzierte Lösung verhindert.

(Zurufe von der SPD)

Ich nenne dies eine unredliche Argumentation. Das Beitragsentlastungsgesetz – darum geht es doch – kam nicht als politisches Ufo aus dem Weltraum. Es wurde in Bonn von CDU und FDP beschlossen. Auch die CDU-Abgeordneten aus unserem Land haben dieser Regelung zugestimmt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir Sozialdemokraten haben es pauschal abgelehnt, weil wir die Streichung der Prävention, die Senkung des Krankengelds und die Zuzahlungsregelung für falsch hielten. Gerade diese Zuzahlungsregelungen sind ja heute die Krux, die die Antragszahlen in diesem Maß sinken lassen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Können Sie einmal konstruktive Vorschläge machen?)

Es wäre Ihnen, Herr Minister Vetter, auch unbenommen geblieben, die Zustimmung des Landes von Konzessionen des Bundes abhängig zu machen. Sie waren im Bundesrat ja das Zünglein an der Waage. Statt dessen haben Sie Ihre Rede kommentarlos zu Protokoll gegeben.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Schmiedel SPD: O nein! Unglaublich!)

Monatelang wurden die Warnungen der SPD und der Kliniken vor den Folgen als Panikmache abgetan. Nun kommen spät, allzu spät Sozialminister Vetter mit seiner bayerischen Kollegin, nachdem das Kind bereits mit dem Bad ausgeschüttet worden ist, und wollen die von der CDU und der FDP im Herbst beschlossenen Kürzungen mit Hilfe der SPD-regierten Länder teilweise rückgängig machen.

Mit dieser Haltung, Herr Minister Vetter, erinnern Sie mich etwas an den Vater in Goethes „Erkönig“. Im Herbst:

Sei ruhig, bleibe ruhig, mein Kind.
In dürrn Blättern säuselt der Wind.

Heute, wenige Monate später:

Dem Vater grauset's. Er reitet geschwind,
er hält in den Armen das ächzende Kind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Rabenvater!)

Dieser Antrag kommt zu spät und wird in seinem Volumen nicht ausreichen. Wenn dies kein Schauantrag zur Beruhigung der Wählerinnen und Wähler sein soll, muß deutlich nachgelegt werden.

Die Landesregierung muß die von ihren Bonner Parteifreunden angezettelte Tango-Fango-Diskussion wieder mit einem klaren Bekenntnis zur Rehabilitation zurücknehmen. Herr Minister, Sie müssen die Menschen im Land über die Bedeutung der Reha und über den Anspruch auf eine Reha-Maßnahme informieren.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Die Bedeutung der Reha stellt doch keiner in Frage! – Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Sie müssen mit gezielten Informationskampagnen auch die niedergelassene Ärzteschaft informieren. Der verantwortliche Minister muß dafür sorgen, daß die gesetzlichen Vorgaben „Reha vor Rente“ und „Kur vor Pflege“ nicht weiter ausgehöhlt werden.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Der verantwortliche Minister muß dafür sorgen, daß die sozialpolitisch falschen Zuzahlungen sofort zurückgenommen werden. Die Gestaltungsleistungen sind wohl vom Tisch. Herr Seehofer braucht aber bei den Zuzahlungen ein ganz klares Stoppsignal.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Mit euch kann man nicht Zukunft gestalten!)

Wir brauchen auch, meine Damen und Herren, vom Wirtschaftsminister keine neoliberalen Analysen, sondern wir brauchen ein klares Handlungskonzept, wie die negativen arbeitsmarkt-, struktur- und wirtschaftspolitischen Folgen überwunden werden können. An jedem Kurbett in Baden-Württemberg hängen zwei weitere Arbeitsplätze. Die Modelluntersuchung, mit der immer durch die Lande gezogen wird, kommt zu spät und ist in ihrem Volumen deutlich zu gering.

Wir fordern die Landesregierung auf, über den Bundesrat gegen die für unser Land schädlichen Regelungen initiativ zu werden. Die Not in den Kur- und Rehabilitationseinrichtungen des Landes ist groß. Wir beantragen daher eine Abstimmung über unseren Antrag.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Namentliche Abstimmung?)

Angesichts der Dringlichkeit der Situation können wir uns nicht mit einer Überweisung zufriedengeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Repnik CDU: Haarscharf am Thema vorbei!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Döpfer.

Abg. Döpfer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Auslöser für die jetzige Situation der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken in Baden-Württemberg war zweifelsfrei das Sparpaket aus Bonn mit den entsprechenden Spargesetzen. Eine weitere Arbeitsplatzgefährdung durch immer weiter steigende Lohnnebenkosten – hier müssen wir uns nur die Rentenversicherungsbeiträge und die Krankenversicherungsbeiträge anschauen – können wir uns einfach nicht leisten.

(Abg. Drexler SPD: Jetztet!)

Eine der Sparmaßnahmen betrifft den Kurbereich. Kuren sind ein wesentlicher Bestandteil des Leistungskatalogs in der Kranken- und Rentenversicherung. Wir hatten aber in

(Döpfer)

den Jahren 1992 bis 1995 eine 50prozentige Kostensteigerung im Vorsorge- und Rehabilitationsbereich.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Diese Kostensteigerungen sind nicht ohne weiteres begründbar. Es kann nicht allein aufgrund des Gesundheitszustands unserer Bevölkerung zu dieser massiven Ausweitung gekommen sein.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Richtig!)

Eine Rückführung der Ausgaben auf ein vertretbares Niveau ist unumgänglich. Schon immer gelten in der Sozial- und in der Krankenversicherung die Grundsätze: Die Versorgung muß ausreichend und zweckmäßig sein. Das Maß des Notwendigen darf nicht überschritten werden.

Unter Beachtung dieser Grundsätze kam es unter anderem ab 1. Januar 1997 zu folgenden Änderungen durch das Beitragsentlastungsgesetz: erstens Verkürzung der Kurdauer, zweitens Verlängerung der Kurintervalle und drittens Erhöhung der Eigenbeteiligung.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hatte im Bundesrat die Anträge gestellt, die Punkte 1 und 2 erst zum 1. Januar 1998 in Kraft treten zu lassen und den dritten Punkt stufenweise einzuführen. Leider, Herr Schmiedel, blieben diese Anträge im Bundesrat ohne Erfolg.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: So ist es! Alles abgelehnt! Totale Verweigerung! – Unruhe)

– Leider. Jetzt müssen Sie sich mal fragen, Herr Schmiedel – – Eine weitere einschneidende Änderung war durch das Zweite Krankenversicherungsneuordnungsgesetz geplant. Die Kur- und Rehabilitationsleistungen sollten von Pflicht- in Gestaltungsleistungen umgewandelt werden. Diese Gefahr ist gebannt. Es ist sichergestellt, daß Kuren und Rehabilitationsleistungen im Angebot der Krankenkassen bleiben. Das hilft, Herr Dr. Müller, den Kurorten ganz erheblich.

Es erscheint mir wichtig, die Kuren differenziert zu betrachten. Das eine ist die Vorsorgekur, die überwiegend von den Krankenkassen bezahlt wird und bei der durchaus mehr Eigenverantwortung und auch mehr Zuzahlung verlangt werden können. Ich weiß, wovon ich spreche; ich habe die Praxis mehr als 20 Jahre lang miterlebt.

(Abg. Drexler SPD: Also alle zwei Jahre in Kur!)

– Herr Drexler, Ihnen würde es auch nicht schaden, wenn Sie sich besser informieren würden.

Das andere sind die Rehabilitationsleistungen.

(Abg. Drexler SPD: Soll ich mich darüber informieren, ob er auch zur Kur gehen kann? – Weitere Zurufe)

– Ich kann Sie ja einmal beraten. Bei Ihrem Aussehen sind Sie nicht kurbedürftig.

(Abg. Drexler SPD: Wir gehen doch gar nicht zur Kur! Soll ich jetzt zur Kur gehen? Scheuermann soll zur Kur! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Der Scheuermann braucht eine Kur! – Abg. Dr. Repnik CDU: Warum ausgerechnet der Scheuermann? – Weitere Zurufe)

– Sie können ja nachher darüber abstimmen lassen, Herr Drexler.

Das andere sind die Rehabilitationsleistungen der Rentenversicherung, die zur Verhütung von Erwerbsunfähigkeit vorgesehen sind. Unter Beachtung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Rente“ sind diese Maßnahmen von großer Bedeutung.

Genau da setzt eine weitere Bundesratsinitiative von Baden-Württemberg und Bayern an. Jetzt können Sie aufpassen, Herr Schmiedel. Ihr Ziel ist, 1,5 Milliarden DM mehr für Rehabilitationsleistungen zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die Rehabilitation hat damit nichts zu tun!)

Bei der geplanten Änderung des Sechsten Sozialgesetzbuchs geht es darum, die Ausgabenbegrenzung für Rehabilitationsleistungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung festzulegen. Diese Maßnahme würde dazu führen, daß den Rentenversicherungsträgern im Jahr 1997 für die Rehabilitation rund 1,5 Milliarden DM mehr als bisher zur Verfügung stehen. Die Entscheidung im Bundesrat wird in diesen Tagen fallen. Es bleibt zu hoffen, daß der Bundesrat dieser für Baden-Württemberg so wichtigen Initiative zustimmt. Unser ganz besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Minister Dr. Vetter, für Ihren Einsatz in dieser Richtung.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na! Er hat die Rede zu Protokoll gegeben; das war kein Einsatz! – Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

Über diese Initiativen hinaus gibt es natürlich weiter gehende Überlegungen zur Entlastung und Stärkung unserer Kurorte. In einer Arbeitsgruppe beim Sozialministerium arbeiten alle Kreise und Verbände aus dem Rehabilitationsbereich zusammen.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Wie kann das Kurwesen umgestaltet werden? Das fängt bei der Attraktivität der Kuren an und geht von Überlegungen einer Kombination von Urlaub und Kurbehandlung bis hin zu einer aktiven und professionellen Öffentlichkeitsarbeit.

Parallel zu den Überlegungen des Sozialministeriums ist das Wirtschaftsministerium dabei, ein neues Konzept zu erarbeiten. Zusammen mit dem Heilbäderverband wird ein Landeskurorteplan erarbeitet. Dieser soll Möglichkeiten vorsehen, wie sich die Heilbäder im privat finanzierten Gesundheitsmarkt etablieren können.

Das gestiegene Gesundheitsbewußtsein in der Bevölkerung bietet erfolversprechende Ansatzpunkte. Hier gibt es in Zukunft einen großen Markt, der erschlossen werden muß.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Beifall! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Repnik CDU: Herr Müller, so kann man auch reden; da war Substanz dahinter!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Renz.

Abg. Annemie Renz Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Täglich neue Horrormeldungen zur Gesundheitspolitik aus Bonn. Ich habe den Eindruck: Das Chaos kann gar nicht mehr größer werden, als es schon ist. Heute ist in der Presse nachzulesen, daß Herr Seehofer gar von seinen Parteifreunden aus Bayern Prügel bezieht.

(Abg. Döpfer CDU: Das ist lebendige Demokratie!)

Was hat uns die Diskussion zur Gesundheitspolitik in Bonn gebracht? Baden-Württemberg wurde mitten im Herzen getroffen, nämlich in seiner Spitzenposition als Kur- und Bäderland.

Seit Jahren wird – im übrigen nicht nur im Bereich der Reha-Kliniken – die Mißbrauchsdiskussion um die Kuren und die Prävention geführt, angezettelt von der Politik. Sie kennen alle die Stichworte „Fango/Tango“, „Bauchtanz auf Krankenschein“ usw. Schon mit dieser Diskussion wurde der Prävention und dem ganzen Reha-Bereich ein Bärendienst erwiesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann wurde im vergangenen September das Beitragsentlastungsgesetz und das Gesetz für mehr Wachstum und Beschäftigung verabschiedet – im übrigen mit Zustimmung der Landesregierung –, was zu enormen Leistungseinschränkungen im Bereich der Reha, der Vor- und der Nachsorge geführt hat. Aber, meine Damen und Herren, zu mehr Wachstum und Beschäftigung hat es meines Wissens nicht geführt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Noch nicht!)

Vielleicht meint Bischof Lehmann dies, wenn er von Moge-packungen spricht, von Versprechungen, die Politiker in unredlicher Weise machen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Da meint er uns nicht!)

Wozu führen nun die Leistungseinschränkungen, wenn schon nicht zu mehr Beschäftigung und Wachstum? Zum einen ist ein drastischer Rückgang von Kuranträgen zu verzeichnen. Eine Klinik mußte bereits schließen; wir haben es gehört. Die Menschen sind sehr verunsichert. Zum anderen können sich viele die enorm gestiegene Zuzahlung einfach nicht mehr leisten.

(Abg. Döpfer CDU: Es gibt auch Härtefallklauseln!)

Es ist ein großer Rückgang beispielsweise bei Mutter-Kind-Kuren zu verzeichnen. Das betrifft viele alleinerziehende Mütter, die sich die Zuzahlung in der Tat nicht leisten können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Döpfer CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

Meine Damen und Herren, gespart wird auch bei den Nachsorgekuren für Krebspatienten. Diese Nachsorgekuren sind nicht nur von vier auf drei Wochen gekürzt worden, sie sollen auch von drei auf zwei Nachsorgekuren begrenzt werden.

(Abg. Döpfer CDU: Der Wert ist sowieso umstritten!)

Meine Damen und Herren, ich empfehle denen, die immer vom Mißbrauch reden: Fahren Sie einmal nach Aulendorf. Dort ist eine große Klinik für Krebsnachsorge. Da können Sie schwer- und schwerstkranke Menschen sehen, die wirklich nur noch kurze Zeit zu leben haben und denen so eine Kur guttut.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Das ist doch etwas ganz anderes! – Abg. Dr. Schlierer REP: Was soll diese Aussage? Das ist so ein Schwachsinn!)

Kranke Menschen, die sowieso gehandikapt sind, sind die Leidtragenden dieser Politik. Dabei wird keine Mark gespart. Im Gegenteil, es wird wieder zu mehr Krankenhausaufenthalten kommen und zu Operationen, die wesentlich teurer als die Präventivmaßnahmen sind.

(Abg. Dr. Schlierer REP: So einen Stoß habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Denken Sie nur an Bandscheibenerkrankungen. Das senkt die Kosten im Krankheitswesen überhaupt nicht; im Gegenteil, es treibt sie nach oben. Das ist meiner Meinung nach eine kurzsichtige und unverantwortliche Politik, der wir nicht folgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine Anmerkung noch zur beruflichen Rehabilitation. Gerade ist das Rentenalter von der Regierung erhöht worden. Viele Menschen fühlen sich aber angesichts der zunehmenden Arbeitsdichte, immer mehr in immer kürzerer Zeit arbeiten zu müssen, schon mit 60 Jahren enorm ausgelagt.

(Abg. Rech CDU: Ich bin heute schon ganz kaputt!)

Gerade jetzt kommt der beruflichen Rehabilitation eine besondere Bedeutung zu.

Weiter wird es durch die Leistungskürzungen zu mehr Arbeitslosen kommen.

(Abg. Döpfer CDU: Das ist doch ein Stoß!)

Die Landesregierung selbst geht davon aus, daß etwa 40 Reha-Einrichtungen schließen müssen, und rechnet mit einem Verlust von 6 000 bis 7 000 Arbeitsplätzen. Hochqualifizierte Arbeitsplätze in dem von Ihnen jahrelang gebetsmühlenhaft herbeigeredeten Dienstleistungssektor!

Herr Minister Vetter, Sie schreiben in Ihrer Antwort auf den SPD-Antrag, daß Sie im Grundsatz das Sparpaket der Bonner Regierung mittragen und daß es im Reha-Bereich

(Annemie Renz)

zu einem Anstieg der Kosten um 37 % gekommen sei. Dies – so Ihre Antwort – sei medizinisch nicht erklärbar. Punkt, fertig!

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das sagen Mediziner! –
Abg. Döpfer CDU: Das ist auch richtig!)

So einfach ist das. Sehr geehrter Herr Minister, das klingt ganz deutlich nach der Mißbrauchskeule. Ich finde, da haben Sie es sich zu einfach gemacht.

Denn die Ursachen liegen doch auf der Hand. Allein die demographische Entwicklung mit den Folgen der Multimorbidität begründet dies. Dazu kommt der erschreckende Anstieg von chronischen Erkrankungen, beispielsweise Krebs. Nicht einmal etwa 10 % der kranken Menschen leiden derzeit an Akuterkrankungen; der Rest leidet an chronischen Krankheiten. Nicht zu vergessen sind natürlich die enormen Kosten durch den Fortschritt der Medizin; manche nennen es auch Machbarkeitswahn.

Weiter verschweigen Sie, Herr Minister Vetter, daß gerade der Aufbau der Rehabilitation in den neuen Bundesländern zu einem enormen Kostenanstieg geführt hat. In den alten Bundesländern sind die Leistungen für Reha-Maßnahmen nach meinen Informationen dagegen rückläufig.

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

Natürlich sind auch wir der Meinung, daß strukturell etwas verändert, verbessert werden kann und muß.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Aber Vorschläge machen
Sie keine!)

Beispielsweise muß es zukünftig eine Bedarfsplanung geben. Bislang wurde ja auf Teufel komm raus gebaut, ohne daß eine Bedarfsplanung zugrunde lag. Aber, was wir im stationären Bereich abbauen, muß im ambulanten Bereich aufgebaut werden.

Wir bleiben dabei, den gesamten Bereich der Prävention und Rehabilitation zu stärken; denn vorsorgen ist allemal besser als heilen.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die bisherige Debatte hat es gezeigt: Das Sprichwort „Jede Medaille hat zwei Seiten“ trifft ganz besonders für den Bereich zu, den wir gerade diskutieren, nämlich für die Neuordnung des Gesundheitswesens.

Die eine Seite ist der erklärte und über alle Fraktionen hinweg wohl auch akzeptierte Wille, die Lohnzusatzkosten zu senken,

(Zuruf von der CDU: Aha!)

um damit zu konkurrenzfähigen Arbeitskosten und zur Grundvoraussetzung für den Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu kommen.

Die andere Seite ist die Tatsache, daß das Gesundheitswesen ein innovativer Dienstleistungsbereich ist – Frau Renz, da gebe ich Ihnen völlig recht –, übrigens nicht nur im Kur- und Reha-Bereich, sondern auch im Bereich der Arzt- und Zahnarztpraxen und der daran hängenden Heil- und Heilhilfsberufe.

Die Wachstumsdynamik ist durch die demographische Entwicklung, aber auch durch ein zu begrüßendes steigendes Gesundheitsbewußtsein in unserer Bevölkerung vorprogrammiert. Beide Gesichtspunkte unter einen Hut zu bringen ist sicher nicht einfach, und die derzeit geführte und notwendige Diskussion auch innerhalb der Koalitionsfraktionen und zwischen Bund und Ländern ist für mich kein Zeichen von Chaos oder von Schwäche, sondern der ernsthafte Versuch, einerseits die Kosten im Gesundheitswesen zu begrenzen und andererseits die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Aber angesichts der hohen Steigerungsraten der vergangenen Jahre im Bereich der Kuren muß schon die Frage erlaubt sein, ob das, was im Bereich der Vorsorgekuren solidarisch finanziert worden ist, wirklich der Frage nach der zwingend notwendigen medizinischen Indikation standhalten kann.

Allerdings darf das nicht dazu führen – da gebe ich Ihnen, Herr Kollege Müller, recht –, daß man das Kind mit dem Bade ausschüttet und den Grundsatz „Reha vor Rente und Kur vor Pflege“ über Bord wirft. Das stand übrigens, auch als die Gestaltungsleistungen noch im Raum standen, zu keinem Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens zur Disposition. Die Kassen hätten sehr wohl weiterhin Kuren als Gestaltungsleistungen anbieten können, wenn sie dies gewollt hätten. Sie hätten sich halt dann überlegen müssen, wo sie an anderer Stelle Einsparungen und damit Wettbewerbsvorteile hätten erzielen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kluck
FDP/DVP)

Übrigens: Anschlußrehabilitation und Mütterkuren waren sowieso nicht von diesen Maßnahmen betroffen. Das sollte man auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Döpfer CDU: Das wird verschwiegen!)

– Das wird verschwiegen.

Nachdem die Krankenkassen aber in einer konzertierten Aktion,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Wie ist das eigentlich mit der Zahnbehandlung?)

ich vermute, weil ihnen die ganze Richtung nicht gepaßt hat, die derzeit von Seehofer eingeschlagen wird, die Streichung von Kuren aus ihrem Leistungsangebot angedroht hatten, war es richtig, Herr Vetter, daß die Landesregierung darauf hingewirkt hat, Kuren und Reha-Maßnahmen im Pflichtkatalog der Krankenkassen zu belassen, wenn sie anders nicht dazu bereit gewesen wären, allerdings – und dazu stehen wir – unter strengerer Indikationsstellung und mit einer höheren Eigenbeteiligung der Patienten.

(Dr. Noll)

Wer nun in den Aufschrei derer einstimmt, die eine Benachteiligung chronisch Kranker und sozial Schwacher befürchten, nimmt schlicht und einfach nicht zur Kenntnis, daß im Gegenzug die Härtefallregelungen deutlich verbessert werden,

(Beifall bei der FDP/DVP)

so daß niemand unzumutbar belastet wird.

Herr Müller, Sie haben davon gesprochen, daß nicht nur durch das Gesetz, sondern auch schon durch die Ankündigungen psychologisch eine Stimmung in der Bevölkerung entstehe, wir könnten uns diese Kuren gar nicht mehr leisten. Ich würde mir wünschen, daß Sie einen kleinen Teil der Energie, den sie dazu aufwenden, hier Horrorszenarien und Ängste in der Bevölkerung zu schüren, darauf verwenden würden, auch darauf hinzuweisen, daß es selbstverständlich verbesserte Härtefallrichtlinien gibt.

Ich darf aus der Stellungnahme der Landesregierung nur einen Satz zitieren:

So sind weiterhin von der Zuzahlungspflicht ganz oder teilweise befreit zum Beispiel die Bezieher von Kranken- und Übergangsgeld, Sozialhilfe oder von geringem Einkommen.

Wer sagt da, daß Einkommensschwache sich Kuren nicht mehr leisten könnten?

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sollten nicht immer nur die eine Seite betonen, sondern auch die andere Seite in Betracht ziehen. Damit würden Sie auch unseren Heilbädern einen Dienst leisten, weil sich dann nämlich die wirklich bedürftigen Leute trotzdem wieder um eine Kur bemühen würden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Müller? – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Abg. Noll, könnten Sie der Ehrlichkeit halber auch noch einmal die Grenzen für eine Härtefallregelung nennen, und könnten Sie auch sagen, daß das für den Normalverdiener bei einer dreiwöchigen Kur bedeutet, daß er unter Umständen 750 DM zahlen muß,

(Abg. Scheuermann CDU: Ist das schlimm?)

mit Veränderung im Krankengeld, mit Veränderung im Bereich der Arbeitslosenhilfe und in anderen Bereichen?

(Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Müller, wenn Sie des Lesens kundig sind, so finden Sie das alles in der Stellungnahme der Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: Also eine rhetorische Frage!)

Wenn man summarisch die Tatsache betrachtet, daß Personen mit einem Einkommen bis zu 3 000 DM bzw. 3 500 DM von einer Zuzahlung befreit sind, dann kann ich Ihre Kritik einfach nicht nachvollziehen.

Ich kann und will hier auch nicht wegdiskutieren, daß zwar ein abgemildeter, aber doch deutlicher Nachfrageausfall für unsere Heilbänder, Kurorte, Kliniken und Kureinrichtungen eingetreten ist und wohl auch weiterhin eintreten wird. Wenn ich dies aber saldiere und sehe, daß in diesem Bereich in drei Jahren Steigerungen von 50 % stattgefunden haben, und dann der Stellungnahme der Landesregierung entnehme, daß der Verlust bei etwa 15 bis 20 % liegt, dann gibt es per Saldo unter dem Strich immer noch 30 % Plus. Es gibt andere Bereiche im Gesundheitswesen, die mit 30 % Steigerung recht gut leben könnten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Aber auch hier muß natürlich ein Umdenken einsetzen, dessen Inhalt sein muß: Es gibt für die Leistungserbringer auch ein Leben außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung. Für die Heilbäder und Kurorte heißt das: Sie müssen sich noch intensiver als bisher Kundenschichten des privat finanzierten Gesundheits-, Kur- und Tourismusmarkts erschließen. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht; wir haben eingangs festgestellt, daß das Gesundheitsbewußtsein steigt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dazu brauchen wir auch eine schlüssige Konzeption der betroffenen Kurorte und der Kliniken. Die Zeit reicht jetzt nicht aus, dies darzustellen, aber Sie sind des Lesens kundig. In der Stellungnahme der Landesregierung wird darauf hingewiesen, welche Programme die Regierung in Zusammenarbeit von Sozialministerium und Wirtschaftsministerium anbietet, geplant und teilweise bereits umgesetzt hat, um den Kurorten diesen Umstieg zu modernen Gesundheitsdienstleistungen zu erleichtern.

Ich denke, wenn die Beteiligten im Kurwesen diesen Wandel zu modernen Gesundheitsdienstleistungen nicht nur als Risiko, sondern auch als Chance sehen, dann werden alle – die Sozialversicherten, die Privatgäste und natürlich auch die Betriebe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – in unserem nach wie vor attraktiven Kur- und Bäderland Baden-Württemberg davon profitieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Herbricht.

Abg. Herbricht REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im „Badischen Tagblatt“ vom 7. November 1996 charakterisierte Minister Hermann Schaufler die Auswirkungen der Gesundheitsreform als verheerend und unter-

(Herbricht)

stellte der Bundesregierung einen Sparwahn. Der Herr Minister wörtlich:

Alles ist Maastricht untergeordnet.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt die Leier!)

Eine Politikabschätzung findet nicht mehr statt.

Für solche und ähnliche Äußerungen versieht man uns gemeinhin mit dem Etikett der Europafeindlichkeit.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da ist was dran!)

Nun denn, willkommen im Club, Herr Minister.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ihr seid die einzigen, die diesen Blödsinn nachplappern!)

In den verschiedenen Drucksachen der Landesregierung zur Bäderproblematik liest man dies jedoch anders. So antwortet die Landesregierung auf den Berichts Antrag der SPD, Drucksache 12/124, daß sie die vorgesehenen Einschränkungen bei Kuren und medizinischen Rehabilitationsmaßnahmen grundsätzlich mitträgt, denn sie seien ein wichtiges Signal, das anzeige, daß die Belastbarkeit der sozialen Sicherungssysteme an Grenzen stößt.

Warum nun stoßen unsere sozialen Sicherungssysteme an Grenzen? Doch in erster Linie deshalb, weil wir Millionen von Arbeitslosen haben, und diese resultieren daraus, daß wir unsere Industrie schutzlos einem globalen Markt aussetzen. Dort, wo die Marktwirtschaft noch durch Reglementierung eingeschränkt ist, fordert der globale Freihandel bekanntlich die Beseitigung dieser Hemmnisse. Sein Ideal und Endziel ist die Zerstörung bzw. der völlige Abbau von Zöllen und aller Art von Handelsbeschränkungen, Stichwort GATT. Ist dieses Ziel erreicht, wird die menschliche Arbeit dann so billig wie Dreck, und es ist unmöglich, einen Sozialstaat aufzubauen oder zu erhalten.

(Große Unruhe)

Ein sozioökonomisches System wie das der Demokratie, welches dann noch auf freiem Welthandel beruhen soll, muß in einer Welt mit schnell wachsender Bevölkerung letztlich in der sozialen Katastrophe enden. Deutschland und andere Staaten haben besonders in diesem Jahrhundert zugelassen, daß das Militär die Politik dominiert. Die Ergebnisse sind bekannt.

(Große Unruhe)

Soll nun der Wirtschaft erlaubt sein, was dem Militär verboten ist? Wir fordern den Primat der Politik über die Wirtschaft zurück.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Landesregierung verteidigt in besagter Drucksache auch die Anrechnung von Kurtagen auf den Urlaub. Hätten

doch, so meint sie, medizinische Rehabilitationsmaßnahmen ein ähnliches Ziel wie ein Erholungsurlaub.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Herbricht, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Herbricht REP: Ja, sicher.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Herbricht, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie zum Schutz der Kureinrichtungen Schutzzölle erheben wollen?

(Große Unruhe)

Abg. Herbricht REP: Sie können einen Sozialstaat, den Sie ja wohl erhalten wollen, meines Erachtens letzten Endes nur dann erhalten, wenn Sie die heimische Wirtschaft schützen und sie nicht einem globalen Wettbewerb, wie er von manchen angestrebt wird, aussetzen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Also ja!)

Das ist allerdings nicht nur ein deutsches Problem, sondern das ist meines Erachtens auch ein europäisches Problem. Hier bin ich im Gegensatz zu anderen der Ansicht, daß wir das nur europäisch lösen können.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aha! Schutzzölle! – Anhaltende Unruhe)

– Durch alle möglichen Arten von Schutz der heimischen Industrie. Das kann unter Umständen natürlich auch ein Schutzzoll sein.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt schon der Deuschle raus!)

Was den Urlaub angeht, hat die Landesregierung offensichtlich die irrije Auffassung, daß Kuren, insbesondere Vorsorgekuren, eine Art Erholung durch Entlassung in ein Urlaubsmilieu darstellen. Dies trifft bestenfalls auf die Müttergenesungskuren sowie bei Vorsorgekuren für Arbeitnehmer mit gesundheitsgefährdenden Arbeitsplatzbedingungen zu.

(Große Unruhe)

Alle anderen Kuren setzen das Vorhandensein bereits objektiv bestehender Krankheitszustände oder zumindest eine akute Krankheitsgefährdung voraus. Daher haben sich auch in den letzten Jahrzehnten viele Heilbäder und Kurorte auf indikationsspezifische Behandlungen spezialisiert und erwarben in der Kur- und Rehabilitationsmedizin den Rang von Fachkliniken.

(Große Unruhe)

Die dort praktizierten Therapiekonzepte sind so gestrafft und der Tag ist mit Anwendungen so vollgepackt, daß der Kurgast gar keine Zeit für Wanderungen oder Tennis hat. Hier von Urlaub zu sprechen, wie es die Landesregierung tut, geht völlig an der Realität vorbei.

(Herbricht)

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Repnik
CDU: Ist aber auch nicht negativ!)

Ober beabsichtigt man demnächst, Kuren voll auf den Urlaub anzurechnen?

Betrachtet man die Äußerungen von Wirtschaftsminister Döring auf der diesjährigen CMT, dann erscheinen die Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Landesregierung oder Bundesratsinitiativen wie eine Beruhigungspille. Auf der CMT sprach der Minister von einer „Marktbereinigung bei den Kurorten“, von einer „gewissen Auslese“, die notwendig sei, um die gesamte Bäderlandschaft zu stärken.

Meine Damen und Herren, bei solchen Äußerungen schrillen bei uns alle Alarmglocken. Denn das Argument des notwendigen Strukturwandels kennen wir ja zur Genüge aus der Landwirtschaft. Dort hören wir schon seit Jahren, daß dieser oder jener Betrieb nicht konkurrenzfähig sei und verschwinden müsse, damit es den anderen, den sogenannten leistungsfähigen Betrieben, bessergehe. Nur geht es denen nach einiger Zeit genauso schlecht, und sie verschwinden dann auch.

(Unruhe)

Nun, meine Damen und Herren, ich will gar nicht verhehlen: Uns paßt in diesem Bereich der Rehabilitation die ganze Richtung nicht. Allein die oberschwäbischen Heilbäder haben in ihre Kureinrichtungen in den letzten Jahren 150 Millionen DM investiert. Wir brauchen keinen Strukturwandel, der diese Investitionen wieder platt macht und gewachsene Strukturen zerschlägt.

(Beifall bei den Republikanern)

Das Programm der Bundesregierung mit seinen vorgesehenen Streichungen von mehr als 3,26 Milliarden DM im Rehabilitationsbereich ist weder ein Förder- noch ein Spar-konzept. Was das Sparen betrifft, so wurde die Kurmedizin in den fünfziger Jahren ja gerade deshalb in das Leistungssystem der Sozialversicherung aufgenommen, weil sie hilft, anderweitige Kosten einzusparen.

Die Landesregierung antwortete auf eine Anfrage meiner Fraktion, daß Aufwand und Einsparungen . . .

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Abg. Scheuermann CDU: Es wird auch Zeit!)

Abg. Herbricht REP: . . . – ich werde es tun – im Verhältnis 1 : 3 stünden. Die Weltgesundheitsorganisation beziffert den volkswirtschaftlichen Vorteil von Vorsorgemaßnahmen sogar auf 4 : 1. Die Sparpläne ergeben folglich keinen Sinn, denn sie führen lediglich zu einer Kostenverlagerung innerhalb des Sozialbereichs. Darüber hinaus zerschlagen sie gewachsene und funktionsfähige Strukturen. Das bisherige Ergebnis: drei Kliniken geschlossen, 2 000 Arbeitsplätze bereits aufgelöst, weitere 4 000 vor der Kündigung, bei 50 % aller Kureinrichtungen Kurzarbeit beantragt, für 15 % Sozialpläne vorbereitet. Die Zahlen gehen ständig nach oben.

Das Land steht vor dem drohenden Verlust von 20 % seiner hochqualifizierten Arbeitsplätze im Kurbereich, für die es in den meist strukturschwachen Regionen kaum eine berufliche Alternative gibt. Nicht gerechnet sind dabei die vielen Existenzen und Arbeitsplätze, die als Zulieferer im Umfeld der Kureinrichtungen angesiedelt und gleichfalls gefährdet sind.

Wir haben es hier mit einer grundsätzlich falschen Sparpolitik zu tun.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Herbricht REP: Das Gebot der Stunde wäre, hier entscheidend Widerstand zu leisten. All die verzweifelten Gegenmaßnahmen wie Kompaktkuren, Werbe- und Aufklärungskampagnen sind – so gut, wie sie sein mögen – nichts anderes als Sterbehilfen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Herbricht REP: Ja. – Ich habe hier den Eindruck, daß manche durchaus bereit sind, Widerstand zu leisten. Allerdings fehlt es Ihnen an Mut. Wir – und ich rede da von allen Oppositionsfraktionen – würden Ihnen in dieser Frage gegenüber Bonn gern das Rückgrat stärken, vorausgesetzt, Sie haben eines.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Sozialminister Dr. Vetter.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Redet der Herr Marktbereiniger auch noch? Der Minister Marktbereiniger? – Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Sozialminister Dr. Vetter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden mit Ihren Bemerkungen die Regierung und die Regierungsfractionen nicht auseinandertreiben können,

(Beifall des Ministers Dr. Döring – Abg. Weimer SPD: Das sind sie immer!)

und Sie werden uns auch nicht in die Defensive bringen. Ich will nämlich klipp und klar sagen, daß ich in dieser ganzen Diskussion sehr empfehle, es mit der Wahrheit zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Weimer SPD: In dem Moment, wo Sie das sagen, sind Sie es!)

Die Wahrheit, meine Damen und Herren, ist, daß ein Topf von Versicherungsgeldern zur Verfügung steht, der im übrigen von vielen versicherungsfremden Dingen entlastet werden muß. Mit diesem Topf muß die Selbstverwaltung zurechtkommen. Deswegen gehen, lieber Herr Kollege Müller, Formulierungen wie „Wir brauchen mehr Reha und mehr Behandlungen“ an der Sache vorbei.

(Minister Dr. Vetter)

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen:
Aber da sparen Sie doch!)

Die Kollegin Renz hat es besser gesagt. Sie hat klipp und klar das Thema erkannt.

(Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Walter Müller
SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, jetzt nicht.

Meine Damen und Herren, mit diesem Topf muß die Selbstverwaltung zurechtkommen. In der Tat gilt erstens: Wir haben im Jahr 1997 den Höhepunkt der Gesundheitsleistungen erreicht. Soviel Geld wie in diesem Jahr ist in der Republik noch nie ausgegeben worden.

(Abg. Mühlbeyer CDU: So ist es!)

Zweitens: Wir haben in den Jahren 1990 bis 1996 ein Wachstum im Gesundheitsbereich von 60 % in der Republik gehabt.

(Abg. Mühlbeyer CDU: So ist es!)

Drittens: Wir haben in den letzten Jahren im Kurbereich – jetzt streiten wir uns nicht über Zahlen – ein Wachstum von 25, 35 bis hin zu 50 % gehabt, unterschiedlich in den neuen und in den alten Ländern.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das ist das Faktum. Deswegen kann ich nur sagen: Wer hier nur beklagt, daß da und dort etwas eingespart werden muß, versteht nichts von Geld.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Döpfer CDU: Jawohl!)

Unser Thema ist ganz einfach – ich sage es in einer ganz einfachen Formel, was uns bewegt; wir sind schon längst weiter als Sie; ich sage Ihnen nachher, wie weit wir in unseren Verhandlungen gekommen sind –, daß Sie auf eine vernünftige Basis zurückgehen müssen. Ob das das Jahr 1994, ob es das Jahr 1993 ist, darüber ist noch zu verhandeln. Diese vernünftige Basis muß vernünftig fortentwickelbar sein. Es darf der medizinische Fortschritt nicht behindert werden, es dürfen notwendige Kuren nicht behindert werden, es dürfen notwendige ärztliche Behandlungen nicht behindert werden, und es darf die notwendige Verschreibung von Arzneien nicht behindert werden. Wir brauchen eine vernünftige Fortschreibung auf einer vernünftigen Basis.

Meine Damen und Herren, da können Sie jetzt reden, wie Sie wollen: Wir sind schon längst soweit, diese baden-württembergische Lösung hinzubekommen. Das heißt, wir sitzen bereits mit den Kassen zusammen. Wir sitzen bereits mit den Kur- und Bädereinrichtungen zusammen. Wir sitzen mit den Ärzten und den Krankenversicherungen zusammen. Wir wollen in Baden-Württemberg eine Lösung der Vernunft haben. Erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung: Sie bringen mich überhaupt nicht in die Defensive. Auch ich habe an der Gesamtkonzeption der Rentenversicherung und der Krankenversicherung Kritik

geübt. Ich empfehle, es immer mit der Wahrheit zu halten. Meine Damen und Herren, was ist da zu kritisieren?

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist nicht zu kritisieren, daß es ein Beitragsentlastungsgesetz gibt und daß es ein Erstes und ein Zweites Neuordnungsgesetz im Krankenversicherungswesen gibt, sondern es ist zu kritisieren, daß alle Maßnahmen konzentriert auf einmal durchgeführt worden sind, daß die Zuzahlungen erhöht worden sind, daß die Dauer der Kuren reduziert worden ist, daß die Kurintervalle verlängert worden sind, daß jetzt mit dem Zweiten NOG die Kuren nur noch als Gestaltungsleistungen deklariert worden sind, daß auch hier die Zuzahlungsproblematik diskutiert worden ist und daß dann noch – das ist zuletzt hinzugekommen – ein Bundesausschuß allein darüber entscheiden soll, wie die Qualität der Kuren ist und wie das alles zu gestalten ist. Das Thema war also die Häufung von Belastungen.

Dies, meine Damen und Herren, kann Baden-Württemberg nicht akzeptieren. Das sage ich genauso kritisch gegenüber meinen Freunden im Bund. Ich habe ihnen gesagt: Ihr wißt gar nicht, was da alles an der Basis passieren kann, wenn wir das falsch ordnen. Ich weiß, meine Damen und Herren, was passieren kann und was passiert ist. Ich stelle auch nur fest: Unter dem Signum einer Verbesserung der Lohnnebenkostensituation und einer Verbesserung der Arbeitsplätze dürfen schließlich nicht mehr Arbeitsplätze kaputtgehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

als da auf der anderen Seite gerettet werden. Der Saldo muß stimmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Das, meine Damen und Herren, ist der Ausgangspunkt.

Lieber Kollege Müller, deswegen beschäftigt sich Ihre Bemerkung jetzt nur mit den möglichen Auswirkungen. Sie muß aber in der Analyse schärfer werden. Ich sage es noch einmal: Wir müssen ein System finden, wie wir mit diesem Topf von Versichertengeldern verantwortlich umgehen. Machen wir uns nichts vor: Da gibt es keine Zuschüsse mehr aus Steuergeldern oder andere Dinge. Mit diesem Topf muß vernünftig umgegangen werden. Das machen wir in Baden-Württemberg mit einer vernünftigen baden-württembergischen Lösung.

Ich habe das Amt ja erst angetreten und finde diese Situation jetzt so vor. Ich habe mit Blüm und Seehofer gezackert. Das ist die Wahrheit. Wir haben deutlich gemacht, daß wir diese Häufung nicht wollen. Wir haben im Bundesrat einen Antrag gestellt und haben gesagt: Diese Häufung von Zuzahlung plus Verkürzung der Kur plus Verlängerung der Intervalle geht nicht. Es ist nicht wahr, was Sie vorhin gesagt haben, ich hätte meine Rede zu Protokoll gegeben.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Denn das Gesetz wurde im Bundesrat mit Ihrer Mehrheit total abgelehnt, so daß es gar nicht mehr zur Behandlung unserer Anträge kam.

(Minister Dr. Vetter)

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! Wer hat es denn gerettet?)

Deswegen ist es halt nicht wahr, wenn Sie sagen, ich hätte meine Rede zu Protokoll gegeben. Morgen werde ich Sie beim Wort nehmen. Morgen geht es um den Antrag, den wir, Baden-Württemberg und Bayern, gestellt haben, im Bereich der Rentenversicherung 1,47 Milliarden DM mehr in die Kurbereiche hineinzugeben und dazu vom Basisjahr 1993 auf das Basisjahr 1994 zu gehen. Da will ich einmal sehen, was die SPD-Mehrheit im Bundesrat macht.

(Abg. Dr. Repnik CDU: So ist es! – Weitere Zurufe von der CDU und Gegenrufe von der SPD)

Ich fordere Sie dazu auf, morgen dafür Sorge zu tragen, daß es im Bundesrat zu einer Mehrheit für die von uns beantragte Verbesserung im Kurbereich kommt. Bitte sorgen Sie morgen dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Dr. Walter Müller SPD und Kiel FDP/DVP)

Wir haben uns zweitens, meine Damen und Herren, bei der Novelle, beim Zweiten GKV-Neuordnungsgesetz, sofort dafür eingesetzt – es ist baden-württembergischer Initiative zu verdanken; mit diesem Verdienst brauche ich mich gar nicht zu schmücken; das ist so geschehen –,

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

daß die Gestaltungsleistungen vom Tisch sind und die Kuren im Pflichtleistungsbereich bleiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Müller SPD)

Damit ist es den Krankenkassen untersagt, die Kuren herauszunehmen und zu sagen: Die Kuren brauchen wir nicht mehr.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin der Überzeugung, das wäre eine falsche Lösung gewesen. Die Kuren bleiben also Pflichtleistungen.

(Abg. Schmiedel SPD: Warum nicht gleich so?)

Meine Damen und Herren, in zähen Verhandlungen ist es gelungen, zu erreichen, daß dies jetzt in der Pflicht der Krankenkassen bleibt.

Ebenso wichtig ist noch eine zweite Änderung, die wir ebenfalls erreicht haben, daß nämlich, wie schon bisher bei der Anschlußrehabilitation, nun auch bei medizinisch notwendigen Leistungen festgelegt werden kann, daß eine Zuzahlung nur in Höhe der Zuzahlung für eine Krankenhausbehandlung, also in Höhe von 12 DM und nicht von 25 DM, erfolgt. Auch dies ist ein Erfolg, den wir erreicht haben. Das heißt also, diese notwendigen Kurleistungen werden wie Anschlußheilbehandlungen, also wie Krankenhaus behandelt. Das war der zweite Erfolg.

Ein weiterer Erfolg war, daß es uns gelungen ist, in den Verhandlungen mit Bonn zu erreichen, daß die geplante

Koppelung von Beitragssatzerhöhungen und Zuzahlungserhöhungen bei Kur- und Reha-Maßnahmen, für die die Zuzahlung täglich 25 DM beträgt, nicht zum Tragen kommt, daß die Zuzahlung limitiert und gedeckelt bleibt. Das war der dritte Erfolg in diesen Verhandlungen.

Den vierten Erfolg erhoffe ich mir morgen, wenn wir zusammen mit Bayern den Antrag stellen, daß auch in der Rentenversicherung eine Abfederung erreicht wird.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Da kommt es für die SPD zum Schwur!)

Darüber hinaus, meine lieben Kollegen von der Opposition, haben wir uns zusammen mit dem Wirtschaftsministerium mit den Kur- und Bädereinrichtungen zusammengesetzt und versuchen, dort zu helfen, örtlich, mit konkreten Hilfsmaßnahmen und auch mit Geld. Das versuchen wir jetzt fortzuführen. Wir werden mit den Kur- und Bädereinrichtungen auch neue Formen der Kuren – da muß natürlich etwas geschehen – diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich komme wieder zurück auf meinen Appell zur Wahrheit. Die Wahrheit ist: Ich bin gegenüber diesen Maßnahmen kritisch gewesen, und ich habe etwas zur Abfederung der Maßnahmen in Baden-Württemberg erreicht. Dieser Bereich ist ein großer Dienstleistungs- und Arbeitsplatzfaktor.

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin von dem ächzenden Kind in irgendwelchen Armen gesprochen.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: In Ihren!)

Ich kann nur sagen: Gibst du das Kind dem, der ist rot, dann ist das arme Kind bald tot.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Antrags Drucksache 12/649. Abschnitt I ist ein Berichtsantrag, der erledigt ist.

Zu Abschnitt II ist Abstimmung beantragt. Wer dem Abschnitt II des Antrags Drucksache 12/649 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 14.15 Uhr. Sie wird mit Punkt 5 – Fragestunde – fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.07 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14.16 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/1003

Ich rufe auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Caroli SPD – Endgültige Zusage für die Finanzierung der Bauausführungsplanung für die B 33 – Ortsumgehung Hornberg

Das Wort zur Verlesung seiner Anfrage erhält Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Ich frage die Landesregierung:

- a) Kann das Ministerium für Umwelt und Verkehr nunmehr definitiv für 1997 zusagen, daß die Ausschreibung und Vergabe der Ausführungsplanung für die B 33 – Ortsumgehung Hornberg – eingeleitet wird, und gegebenenfalls hierfür die zeitlichen Abläufe benennen?
- b) Welcher früheste Baubeginn ist technisch möglich, und welche Realisierungschancen bestehen zu welchem Zeitpunkt?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Staatssekretär Müller.

Staatssekretär Ulrich Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich darf die beiden Teile der Frage namens der Landesregierung wie folgt beantworten:

Zu Buchstabe a: Im November 1996 ist damit begonnen worden, die Planung auszuschreiben. Wir werden im November 1997 die Ausführungsplanung vergeben, wenn die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, was die Planungsmittel anbelangt, sichergestellt sind. Ende 1999 wird die Ausführungsplanung fertiggestellt sein.

Zu Buchstabe b Ihrer Frage: Wir werden Ende 2001 mit den Bauarbeiten beginnen können, sofern die finanziellen Voraussetzungen dafür vorliegen. Die Fristen sind relativ lang. Das ist bekannt. Aber das hängt mit dem komplizierten Bauwerk und damit zusammen, daß wir, sowohl was die Planungsmittel als auch was die eigentlichen Baumittel anbelangt, in einer schwierigen Situation sind. Das heißt, daß wir einerseits gar nicht schneller planen können und andererseits auch nicht schneller zu planen brauchen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Staatssekretär, was verstehen Sie unter den haushaltsrechtlichen Voraussetzungen in der zweiten Hälfte 1997 für die Ausschreibung und die Vergabe der Ausführungsplanung?

Staatssekretär Ulrich Müller: Es ist ein mehrjähriger Planungsprozeß, der insgesamt ungefähr 2 Millionen DM kostet. Deswegen brauchen wir Verpflichtungsermächtigungen. Sie sind zunächst einmal für die Folgejahre, über 1997 hinaus, nur zu 30 % freigegeben. Wir müssen nun versuchen, entweder eine erhöhte Freigabe zu erreichen oder

Mittel aus dem Landesstraßenbau innerhalb der Region umzuschichten, um die Planung durchführen zu können.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Ist die Landesregierung bereit, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß diese Voraussetzungen dann auch geschaffen werden, damit das Zug um Zug durchgeführt werden kann?

Staatssekretär Ulrich Müller: Wir sind dazu bereit, und wir wären froh, wenn wir dabei Verbündete hätten. Wenn Anträgen der SPD zugestimmt worden wäre, worin unter Hinweis auf nicht mehr erforderliche Planungsmittel begehrt wurde, 30 Millionen DM zu streichen, wäre die Situation noch sehr viel schwieriger geworden. An unserer Bereitschaft liegt es also nicht.

Stellv. Präsident Birzele: Ich rufe auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Deuschle REP – Dienstfahrzeuge von Landräten

Herr Abg. Deuschle, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Deuschle REP: Ich frage die Landesregierung zum Thema Dienstfahrzeuge von Landräten:

- a) In welchen Landkreisen Baden-Württembergs und auf welcher rechtlichen Grundlage erhalten die Landräte als Vorsitzende der Verwaltungsräte ihre Dienstfahrzeuge von den jeweiligen Sparkassen kostenlos zur Verfügung gestellt?
- b) Inwieweit ist sichergestellt, daß der jeweilige Verwaltungsrat bei der Beschaffungsmaßnahme den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wahrt, und welche Rolle spielen dabei die zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu a: Landräte als Vorsitzende des Verwaltungsrats haben derzeit in folgenden Landkreisen Dienstfahrzeuge, die von den Kreissparkassen beschafft wurden: im Bodensee-, im Ostalb- und im Zollernalbkreis sowie in den Landkreisen Freudenstadt, Ravensburg, Reutlingen und Tuttlingen.

Das Dienstfahrzeug in Sigmaringen wurde vor kurzem von der Sparkasse zurückgenommen.

(Heiterkeit – Abg. Weimer SPD: Was wurde es? Ich habe es akustisch nicht richtig verstanden! Zurückgenommen? Warum?)

Diese Praxis – es gibt ja Gelegenheit zu Zusatzfragen –

(Heiterkeit)

(Minister Dr. Schäuble)

besteht in den genannten Landkreisen größtenteils seit Jahrzehnten. Den laufenden Unterhalt, also die Kosten für Benzin, Wartung und Reparaturen, trägt der jeweilige Landkreis, und auch die Kosten für Kraftfahrzeugsteuern und -versicherungen werden vorwiegend von den Landkreisen übernommen.

Das Sparkassengesetz für Baden-Württemberg und die Satzungen der Sparkassen enthalten hinsichtlich dieser finanziellen Beziehungen zwischen der Sparkasse und ihrem Gewährträger keine speziellen Vorschriften. Allgemeine Grundlage ist § 6 Abs. 5 des Sparkassengesetzes. Danach sind die Geschäfte der Sparkassen unter Beachtung des öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen.

Zu b: Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit war früher in § 25 des Sparkassengesetzes enthalten, der zum 1. April 1992 durch den bereits genannten § 6 Abs. 5 mit den kaufmännischen Grundsätzen ersetzt wurde. Kaufmännischen Grundsätzen entspricht ein wirtschaftlich vernünftiges Verhalten. Die Sparkassen haben hier unter Beachtung des öffentlichen Auftrags einen größeren Handlungsspielraum. Ihre Selbstverwaltungsorgane haben zunächst eigenverantwortlich über die Anschaffung bzw. den Abschluß einer Vereinbarung mit dem Gewährträger über die Bereitstellung eines Dienstfahrzeugs zu entscheiden. Darauf hat das Innenministerium bereits in seiner Antwort auf eine entsprechende parlamentarische Initiative im Jahr 1985 hingewiesen.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Selbstverwaltungsorgane die gesetzlichen Vorschriften beachten. Gegenüber den Rechtsaufsichtsbehörden besteht keine speziell geregelte Berichtspflicht. Neben der Information im Rahmen der Jahresabschlußprüfung haben sie jederzeit die Möglichkeit, sich nach § 53 Abs. 3 des Sparkassengesetzes unterrichten zu lassen und gegebenenfalls eine Beanstandung auszusprechen.

Ergänzend zu der vom Regierungspräsidium Tübingen veranlaßten Prüfung in Sigmaringen wird das Innenministerium alle Rechtsaufsichtsbehörden bitten, nochmals auf die genannten Grundsätze hinzuweisen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Inwieweit sieht die Landesregierung in dem dieser Anfrage zugrunde liegenden Sachverhalt ein bestehendes Kontrolldefizit in bezug auf Landräte?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und Kreisräte! – Abg. Bebbler SPD: Hat das Regierungspräsidium rechtzeitig eingegriffen oder nicht?)

Innenminister Dr. Schäuble: Wir haben ja jetzt einmal das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, also das strafrechtliche Verfahren, und wir haben zweitens das Disziplinarverfahren, das ja als Sofortmaßnahme zur Suspendierung von Herrn Binder geführt hat. Es ist ja auch so, daß in der Konkurrenz der beiden Verfahren das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren vorgeht. Das Disziplinarverfahren wird also erst dann weiterbetrieben werden, wenn das strafrechtliche Verfahren abgeschlossen sein

wird. Deshalb müssen, Herr Kollege Hackl, bevor über weitere Maßnahmen nachgedacht werden kann, zunächst einmal die beiden Verfahren, die ich genannt habe, zu Ende gebracht werden. Dann wird die Klarheit vermutlich doch noch wachsen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Minister, ist die Landesregierung bereit, dem Landtag über die Ergebnisse der Prüfung von Verwaltungsratsreisen der Sparkassen durch die Regierungspräsidien zu berichten?

Innenminister Dr. Schäuble: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Herr Minister, ich stimme Ihnen zu, daß die Verfahren abgewartet werden sollen. Aber jetzt frage ich einfach einmal den gesunden Menschenverstand von Dr. Thomas Schäuble: Sind Sie nicht mit mir der Auffassung, daß die Grundsätze einer sparsamen Haushaltsführung, die Sie eben selber zitiert haben, im Fall des Dienstwagens des Sigmaringer Landrats eindeutig nicht eingehalten worden sind?

Innenminister Dr. Schäuble: Noch einmal: Durch die Änderung des Sparkassengesetzes im Jahr 1992 ist im Gesetz das Kriterium der Sparsamkeit durch das Kriterium der kaufmännischen Grundsätze ersetzt worden. Nachdem Sie mich aber persönlich ansprechen, kann ich Ihnen sagen, daß ich der Auffassung bin, daß das Problem nicht im Ob, also nicht darin besteht, ob eine Sparkasse für den Gewährträger ein Auto anschafft. In meinen Augen ist es nicht richtig, ein Auto mit dieser Ausstattung, dieser Lackierung und diesem ganzen Firlefanz anzuschaffen.

(Abg. Weimer SPD: Gut, danke!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Hackl, Zusatzfrage.

Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Teilen die Landesregierung und der zuständige Minister die Auffassung, daß die enge Verquickung von Bürgermeistern und Landräten und die daraus resultierende mangelnde Kontrolle eine der Ursachen für die dauerhaften Verfehlungen des Landrats von Sigmaringen sind?

Innenminister Dr. Schäuble: Nein.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Kluck.

Abg. Kluck FDP/DVP: Sind der Landesregierung weitere Dienstleistungen der Sparkassen für Verwaltungsratsvorsitzende bekannt, und gibt es dazu Stellungnahmen der Aufsichtsbehörden?

Innenminister Dr. Schäuble: Zumindest kann ich jetzt darüber nichts berichten, Herr Kollege Kluck.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Innenminister, hält die Landesregierung das Verfahren im badischen Landesteil unseres Bundeslandes unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und

(Deuschle)

der Sparsamkeit für sinnvoller? Das Verfahren ist ja, was die Dienstfahrzeuge von Landräten betrifft, im badischen Landesteil anders geregelt als im württembergischen Teil.

Innenminister Dr. Schäuble: Ich will noch einmal klarstellen, was ich bereits auf die Zusatzfrage von Herrn Kollegen Weimer hin sagen konnte. Ich sehe in der Tatsache, daß Sparkassen Dienstfahrzeuge für ihren Gewährträger anschaffen, kein Problem und erst recht kein Rechtsproblem. Dies muß vor Ort in eigener Verantwortung entschieden werden. Für mich ist hier die Frage des Wie, die Frage der Ausstattung, problematisch.

Insofern kann ich auch Unterschiede zwischen Württemberg und Baden nicht bewerten. Allerdings ist, wenn ich es richtig im Kopf habe, Herr Kollege Deuschle, auch im Falle der Sparkasse Pforzheim, die ja badisch ist, eine Hilfe gegeben worden.

(Abg. Deuschle REP: Richtig, ja!)

Aber darin sehe ich kein Rechtsproblem.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfragen mehr. Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen und die Attraktivität des Studienstandorts Baden-Württemberg – Drucksache 12/175

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung der Großen Anfrage 5 Minuten je Fraktion, für das Schlußwort 5 Minuten.

Ich erteile Frau Abg. Bregenzer das Wort.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hochschulen in Deutschland und in Baden-Württemberg verlieren für ausländische Studierende an Attraktivität – so im Spätherbst letzten Jahres das Lamento von Bonn bis Stuttgart, unterfüttert vom Sonderbericht der 14. Sozialerhebung der HIS: nur noch 4,3 % Bildungsausländer an unseren Hochschulen.

Im Kontrast dazu stehen Aussagen von Hochschulprofessoren in Baden-Württemberg und eine Ausarbeitung des Statistischen Landesamts, die einen überdurchschnittlichen Anstieg der ausländischen Studierenden feststellten. Junge Menschen aus anderen Ländern der Welt an Hochschulen in Baden-Württemberg sind ein Indiz für den guten Ruf der Hochschulen. Sie sind zukünftige Türöffner für die deutsche Wirtschaft und Boten für gegenseitiges Kulturverständnis. Deshalb sind sie wichtig.

Schwache Pflänzchen – noch viel mehr schwache – sind in Gefahr, wenn sie durch gezielte Vorwürfe in Mißkredit gebracht werden, aber auch dann, wenn Probleme und Schwierigkeiten ausgeblendet werden. Deshalb unser Antrag, und deshalb haben wir allen Anlaß, den Autorinnen und Autoren der ausführlichen und deutlichen Antwort zu danken.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Diese Antwort empfiehlt sich als hervorragendes Beispiel für andere Abteilungen und andere Häuser.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Ich ziehe aus der vorliegenden Antwort über den Status quo eine durchaus positive Bilanz. Der Anteil der ausländischen Studierenden an der Gesamtstudierendenzahl ist in den letzten 15 Jahren um 45 % auf durchschnittlich 9 % angestiegen. Wir haben inzwischen einen relativ hohen Anteil ausländischer Studierender aus anderen EU-Ländern. Diese Entwicklung ist eine gewollte, mit dem Erasmus-Programm und anderen Programmen geförderte. Sie wird und sie muß sich noch fortsetzen.

Daß vor diesem Hintergrund die relativen Anteile der Studierenden aus anderen Erdteilen, für die es diese Programme nicht gibt, stagnieren oder zurückgehen, ist für mich zunächst eine rechnerisch logische Konsequenz.

Unsere Hochschulen in Baden-Württemberg haben im Bundesvergleich die höchsten Anteile ausländischer Studierender. Sie werden von jungen Leuten vom amerikanischen Kontinent überproportional bevorzugt. Dies ist eine hervorragende Leistungsbilanz unserer Hochschulen, und ich möchte die Gelegenheit dieser Debatte dazu nutzen, den Verantwortlichen in den Hochschulleitungen und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich zu danken, die ihre Kraft engagiert und jenseits aller Bürokratie den jungen Menschen aus der ganzen Welt widmen.

(Beifall des Abg. Dr. Klunzinger CDU – Abg. Dr. Klunzinger CDU: Bravo!)

Erfreulich ist, daß zunehmend mehr junge Menschen mit ausländischem Paß und deutschem Abitur bzw. Fachhochschulreife, sogenannte Bildungsinländer, an den Hochschulen sind. Auch diese Studierenden können zu wichtigen Türöffnern und Botschaftern werden. Daß wir hier noch viel zu tun haben – das sage ich auch als Schulpolitikerin –, belegt die Tatsache, daß im Gegensatz zur altersgleichen deutschen Bevölkerung, von der knapp ein Drittel ein Studium aufnimmt, der Hochschulzugang von Bildungsinländern nur bei 8,2 % liegt. Der unselige Kopftuchstreit ist nicht unbedingt eine Hilfe, um zu erreichen, daß noch mehr jugendliche Bildungsinländer an unsere Hochschulen kommen.

Die Antwort der Landesregierung zeigt aber auch in aller Deutlichkeit, daß die Verantwortung für geringe oder abnehmende Zahlen ausländischer Studierender, vor allem aus dem asiatischen Raum, weniger bei den einzelnen Hochschulen liegt als vielmehr an den Rahmenbedingungen, die im wesentlichen die Politik und die Ministerialbürokratie vorgeben.

Herr von Trotha, Sie haben in der Antwort auf unsere Große Anfrage die Schwierigkeiten benannt und ein Maßnahmenbündel dargestellt. Sie haben dieses in die KMK eingebracht. Es ist in der Ministerpräsidentenrunde am 18. Dezember 1996 beraten worden. Wir erwarten heute von Ihnen einen Sachstandsbericht: Was wurde aufgenommen? Was konnten Sie umsetzen? Was zieht Baden-Württemberg für Konsequenzen? Wie sieht es aus mit der Anerkennung ausländischer Studienleistungen, mit der Zulassung

(Carla Bregenzer)

zum Studium schon nach zwölf Schuljahren, mit der Verstärkung des Auslandsmarketings vor allem für unsere Fachhochschulen, mit der Einrichtung auslandsorientierter Modellversuche und Studiengänge in Baden-Württemberg?

Zwei Haupthindernisse werden im Zusammenhang unserer Thematik immer wieder genannt: zum einen die Unübersichtlichkeit unserer Studiengänge mit der Verpflichtung zum Studium von Fächerkombinationen. Hier könnte Baden-Württemberg noch eine Vorreiterrolle übernehmen und den Hochschulen über die Experimentierklausel nicht nur mehr Finanzhoheit, sondern auch die Hoheit über die Ausgestaltung der Studiengänge geben. Wie soll – um ein Beispiel zu nennen – ein junger Studierender amerikanischer Herkunft mit einem Magisterstudiengang mit einem Studienfach mit den deutschen Verhältnissen, die ihm zwei volle Fächer abverlangen, zurecht kommen?

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

Auf diese Weise ist Deutschland für ihn eine nachteilige Option. Angesichts der in Kürze anstehenden Beratungen zur Novellierung des Hochschulgesetzes wäre die Gelegenheit günstig wie nie, mit höherer Flexibilität die Anpassung an international gültige Bedingungen zu erreichen.

Das zweite Haupthindernis ist die finanzielle Situation ausländischer Studierender. Nur ein Viertel von ihnen erhält ein Stipendium. 53 % von ihnen müssen sich ihr Studium mit Erwerbstätigkeit finanzieren. Sie durften nach bislang geltender Regelung nur drei Monate im Jahr und nur während der Semesterferien arbeiten. Von dieser Vorschrift gab es Ausnahmen lediglich für EU-Länder und für solche Länder, die als reich gelten, nicht für Studierende aus Osteuropa, aus Afrika und aus Asien. Der Fall einer jungen Studentin, die in Tübingen im siebten Semester stand und gezwungen war, ihr Informatikstudium aufzugeben, weil sie auf Anweisung des Landesamts keine Arbeitserlaubnis mehr erhielt, hat dazu beigetragen, daß das Landesamts diese Regelung auf Nachfrage und auf heftigen Protest zurückgenommen hat. Wir konnten heute im Tübinger Lokalblatt ja lesen, daß diese Regelung offensichtlich nicht mehr gilt. Deshalb, Herr Minister, wäre ich Ihnen für einen knappen Bericht zum Sachstand und vor allem darüber dankbar, wie verlässlich die neue Entwicklung ist. Ich freue mich, daß auf diese positive Weise eine parlamentarische Initiative von unserer Seite im besten Sinn gegenstandslos geworden ist.

Auf die Auswirkungen, die die aktuelle Lage unserer Hochschulen für ausländische Studierende in der Zukunft haben wird, werde ich in der zweiten Runde eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Klunzinger.

Abg. Dr. Klunzinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Internationalität der Wissenschaftsbeziehungen ist nicht nur eine Kernfrage der auswärtigen Kulturpolitik. Für ein exportorientiertes und exportintensives Land wie Baden-Württemberg ist die Attraktivität seiner Hochschulen zugleich auch ein wichtiger Standortfaktor. Dies ergibt sich in der Tat aus der Feststellung, daß ausländische Studierende, die heute zu uns kommen, die Gesprächspartner und die Entscheidungsträger von morgen in ihren Heimatstaaten sein werden. Deshalb sind die internationalen Wissenschaftsbeziehungen Brücken für den ideellen wie auch für den materiellen Transfer von Gütern. Man kann es ganz banal sagen: Ausländische Studierende bei uns sind potentielle Türöffner für die deutsche Wirtschaft. Ich denke, wir sind uns darin alle einig,

(Abg. Weimer SPD: Bei den Republikanern bin ich mir nicht so sicher!)

daß für ein Land wie Baden-Württemberg mit seiner ausgeprägten Forschungs- und Industrielandschaft solche Brückenfunktionen überlebensnotwendig sind. – Hier hätte ich an sich Beifall erwartet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Rauschender Beifall!)

Meine Damen und Herren, die beiden aktuellen Fragen lauten: Welches sind die Gründe, die ein Studium in Deutschland für ausländische Studierende weniger attraktiv machen? Und was muß getan werden, um die Situation zu verbessern?

Bei beiden Fragen bewegen wir uns nicht auf politischem Neuland. Das zeigt auch die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage. Es ist erfreulich, festzustellen, daß die baden-württembergischen Hochschulen ein reichhaltiges Beziehungsgeflecht zu den Hochschulen in aller Welt unterhalten. Und das ist auch gut so.

Zunächst zur Diagnose. Frau Bregenzer hat schon einige Punkte genannt. Die Zeit verrinnt, und deshalb will ich mich relativ kurz fassen.

Die Gründe dafür, daß ein Studium in Deutschland für ausländische Studierende nur wenig attraktiv ist, sind folgende: In erster Linie ist es die Sprachbarriere, dann sind es die langen Studienabläufe, dann ist es die der deutschen Massenuniversität fremde und wenig individuelle soziale Betreuung, die für ausländische Studierende abschreckend wirkt, dann die aus der akademischen Freiheit folgende wenig verschulte Anleitung, die Ausländer von ihren Heimatuniversitäten nicht gewohnt sind, und selbstverständlich die historische Vorgabe der frankophonen und anglophonen Staaten, so daß die Hochschulen im angelsächsischen und im französischen Sprachraum natürlich als attraktiver empfunden werden.

Nun zur Therapie: Was muß getan werden? Wer mehr Nachteile hat als andere, der muß mehr tun. Es ist gut, daß auf Bundes- und auf Länderebene bereits entsprechende Maßnahmenbündel ergriffen worden sind, die auch Gegenstand des heutigen Themas sind und die in der Drucksache nachgelesen werden können.

Abschließend: Aus unserer Sicht ergeben sich folgende Handlungszwänge:

Erstens: Ausländische Studierende müssen Erleichterungen beim Hochschulzugang bekommen.

(Dr. Klunzinger)

Zweitens: Das Studienangebot an den deutschen Hochschulen muß stärker international ausgerichtet werden.

Drittens: Das wissenschaftliche Weiterbildungsangebot für solche Interessenten, die bereits in ihrem Heimatland einen Abschluß gemacht haben, muß ausgebaut werden.

Wir müssen aber vor allem die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, damit auch an deutschen Hochschulen die üblichen internationalen Hochschulgrade verliehen werden können.

(Beifall bei der CDU)

Die soziale und fachliche Betreuung muß verbessert werden, insbesondere für ausländische Studierende, etwa durch eine Quote bei der Vergabe der Wohnheimplätze. Besonderes Augenmerk muß auf die Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Hochschulen gerichtet werden. Diesbezüglich ist mit Genugtuung festzustellen, daß viele baden-württembergische Hochschulen intensive Kooperationen mit ausländischen Hochschulen unterhalten. Wir wollen sie dazu ermuntern, auf diesem Weg voranzuschreiten.

Schließlich muß natürlich auch das deutsche Ausbildungsangebot vor Ort in einem stärkeren Marketing in den Zielregionen publik gemacht werden.

Aber alles dies hilft nicht, wenn nicht auch Maßnahmen ergriffen werden, die zum Abbau der Sprachbarriere beitragen.

Ich komme zum Schluß. Das Thema ist viel zu komplex, um es in 5 Minuten erschöpfend zu erörtern. Der Herr Minister ist in der beneidenswerten Lage, unendlich und ohne Beschränkung reden zu dürfen. Er wird sicherlich das noch Erforderliche sagen und auch darüber berichten, was zu tun ist und was er zu tun gedenkt.

Ich möchte mit folgendem Gedanken abschließen: Man darf das Thema auch nicht eindimensional sehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Wir beschäftigen uns heute damit, daß ausländische Studierende zu uns kommen. Umgekehrt ist es ein beklagenswerter Zustand der Gegenwart, daß kaum mehr Mobilität der deutschen Studenten besteht, ins Ausland zu gehen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Wenn Brücken gebaut werden, dann verläuft über sie ein Weg herüber, aber auch hinüber. Die stärkere Bereitschaft deutscher Studenten, im Ausland zu studieren, wird ebenfalls ein wirksamer und wichtiger Beitrag zur Internationalität der Wissenschaftsbeziehungen sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich kann mich dem Lob meiner beiden Vorredner anschließen.

Ich möchte mich zunächst einmal bei der SPD-Fraktion für die Große Anfrage bedanken. Ich denke, es war an der Zeit, diese Anfrage einzubringen. Ich möchte mich auch bei der Regierung für die Antwort bedanken, weil ich das Gefühl habe, daß in ihr das Problem richtig erkannt und auch dargestellt wurde, das Problem, daß der Anteil ausländischer Studierender aus manchen Ländern stagniert oder sogar zurückgeht. Es wird wahrscheinlich von rechts außen gesagt werden, daß dies Gott sei Dank so sei und auch gut so sei.

(Abg. Deuschle REP: Warten Sie doch erst einmal ab! – Abg. Rapp REP: Haben Sie doch einmal Geduld, Herr Kollege! – Abg. Deuschle REP: Wir sind doch nicht dümmer als Sie!)

Ich kann nur sagen: Gott sei Dank, daß Sie hier rechts außen isoliert sind und wir in diesem Haus ansonsten wirklich an einem Strang ziehen.

Dennoch will ich etwas Wasser in den Wein gießen. Hier wird auch nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ verfahren, denn man muß schon danach fragen, wer im Land und auch im Bund an der Regierung ist.

Wenn ich die Lage im Bund betrachte, dann kann ich nur sagen: Herr Kinkel hat 10 % seiner Mittel für die Förderung der auswärtigen Kulturpolitik gestrichen; er hat Goethe-Institute geschlossen. Davon hängt wiederum die Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland ab, was wiederum Voraussetzung für ein Studium in Deutschland ist. Das heißt, das Ganze ist natürlich nicht gut für uns.

Stipendienprogramme für ausländische Studienbewerber wurden radikal gestrichen. Zum Beispiel fiel allein bei der Alexander-von-Humboldt-Stiftung jedes vierte Stipendium weg. Der DAAD – ein weiterer Punkt – hat heute nicht mehr Stipendien als vor der deutschen Einigung zu vergeben. Herr Spranger, seines Zeichens Entwicklungshilfeminister, ließ das FH-Stipendienprogramm für Ingenieurstudenten aus Entwicklungsländern sterben. Dagegen bauen Frankreich und Japan mit der gleichen Argumentation, wie wir sie hier alle verwenden, nämlich mit der Standortargumentation, ihr Stipendienprogramm gerade aus.

Warum also werden all die Probleme, die in der Antwort detailliert aufgeführt werden, nicht schon längst angegangen? Die Entwicklung ist ja keineswegs neu. Die Zahl der ausländischen Studierenden – es wurde angeführt – ist in den letzten 15 Jahren mehr gestiegen als die der deutschen Studierenden, was allein erfreulich wäre. Zurückzuführen ist diese Zahl aber auf den hohen Anteil der sogenannten Bildungsausländer,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bildungsinländer!)

der Bildungsinländer – vielen Dank, das war ein Versprecher –, die, wenn man es richtig betrachten und ein anderes Staatsbürgerrecht zugrunde legen würde, Deutsche wären. Dann würde die Statistik wieder ganz anders aussehen. Trotzdem ist es ein Erfolg der Integration, daß wir überhaupt schon so weit sind.

Sorgen macht die zurückgehende Zahl der Studierenden aus angelsächsischen Ländern und aus den Industrienatio-

(Dr. Salomon)

nen Süd- und Südostasiens. Hier befürchtet man aus Standortgesichtspunkten mittel- und langfristig Schäden für die deutsche Wirtschaft. Die Gründe hierfür sind auch alles andere als neu. Sie wurden auch von meinen Vorrednern schon angesprochen.

Das ist zum einen die mangelnde Betreuung ausländischer Studierender. Ein englischer Gastprofessor hat neulich auf die Frage, was denn der Unterschied zwischen dem deutschen und dem englischen System sei, geantwortet: „Germans, they don't care about students.“ Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen.

Ein weiterer Grund: die Intransparenz des Studiums, die Unklarheit über Länge, Aufbau und Kosten des Studiums.

Ein weiterer Grund: kleinkarierte Auslegungen der deutschen Behörden, auch der deutschen Hochschulen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse zur Zulassung an deutschen Hochschulen.

Die sprachliche Barriere habe ich bereits erwähnt.

Ein ganz wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang: die ausländerrechtlichen Hemmnisse. Vielfach sind die Anforderungen zum Nachweis ausreichender Mittel für den Lebensunterhalt in Deutschland als Voraussetzung für die Erteilung eines Einreisevermerks so hoch, daß es abschreckend wirkt und die Leute die Nachweise nur ganz schwer erbringen könnten.

Ebenfalls gibt es Probleme wegen Anforderungen der Ausländerbehörden bei der Verlängerung bereits bestehender Aufenthaltserlaubnisse, bei Studienfachwechsel, bei der Aufnahme von Zusatzstudien oder bei der Zulassung zur Promotion.

Ein Punkt in dieser ganzen Angelegenheit ist für mich bemerkenswert: das Erkennen von Hemmnissen im ausländerrechtlichen Bereich seitens des Wissenschaftsministeriums und das Versprechen, hier Abhilfe zu schaffen. Mir drängt sich manchmal der Verdacht auf, daß zwischen den Hochschulpolitikern der Union und den Innenpolitikern der Union zu wenig gesprochen wird. Vorher war der Innenminister noch da, er geht jetzt gerade. Es ist schade, daß der Herr Innenminister gerade den Saal verläßt,

(Abg. Dr. Klunzinger CDU: Er geht trotzdem!)

weil ich das Gefühl habe, daß in der Ausländerpolitik – vielen Dank, Herr Schäuble – ein Afrikaner, der bei uns zu Gast ist, eher als Asylbewerber oder – ich will jetzt nicht übertreiben – eher als Drogendealer gesehen wird und nicht, wenn er Student ist, als Repräsentant eines Landes, der hier lernt,

(Abg. Deuschle REP: Wie denken Sie über solche Menschen eigentlich?)

und später, wenn er in sein Heimatland zurückkommt, Teil der dortigen Elite ist und, wenn er hier studiert hat, bestimmt High-Tech aus Deutschland lieber kauft, wenn er dort in führenden Positionen tätig ist. Ich denke, zwischen Hochschulpolitik und Innenpolitik knirscht es einfach. Die Hochschulpolitik ist international, die Innenpolitik ist eher restriktiv. Das muß man einfach einmal festhalten.

Man muß überhaupt festhalten, daß die Zukunft unseres Landes als Kultur- und Industrienation im wesentlichen von der Offenheit – ganz wichtig: von der Offenheit – anderen Kulturen gegenüber abhängt. Die „Scientific community“ ist als isoliert nationale gar nicht denkbar. Das sagt ja schon der Begriff.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Antwort des Wissenschaftsministeriums gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß zumindest das Wissenschaftsministerium dieses Problem erkannt hat. Vielleicht reicht ja schon die Lichtung des bürokratischen Dschungels bezüglich Zulassung und Ausländerrecht, um eine bestimmte Aufbruchstimmung zumindest zu vermitteln.

Ich bin aber auch deshalb ein Stück weit pessimistisch: Materiell versprochen wird in der Antwort überhaupt nichts. Man könnte zwar sagen: „Einsicht ist der erste Weg zur Besserung“, wenn nicht die konkrete Politik gleichzeitig neue Barrieren aufbauen würde.

Meine Damen und Herren, 100 DM Studiengebühren dienen nicht der Erhöhung der Akzeptanz und der Attraktivität der deutschen Hochschulen für ausländische Studierende. 1 000 DM Gebühren für Langzeitstudierende erst recht nicht, wenn man weiß, daß sprach- und arbeitsrechtliche Probleme natürlich studienzeitverlängernd sind.

(Abg. Rapp REP: Die sind doch gar nicht betroffen!)

Ich habe bislang in dem Gesetzentwurf, mit dem diese 1 000 DM eingeführt werden sollen, keine besondere Klausel für ausländische Studierende gelesen.

(Abg. Deuschle REP: Das wäre ja noch schöner!)

Mein Fazit ist dennoch insgesamt gesehen positiv: Ich hoffe, daß der Einsicht, die das Wissenschaftsministerium zeigt, auch ein konkretes Handeln folgen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Weimer SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das Glück, vor dem Vertreter der Republikaner zu sprechen – das Glück deshalb, weil ich dadurch allen meinen Vorrednern danken kann, die sich einstimmig dafür ausgesprochen haben, daß das Land Baden-Württemberg ein blühendes internationales Hochschulland sein und vielleicht noch stärker werden muß. Ich möchte in diesen Dank ausdrücklich auch das Ministerium und den Herrn Minister einbeziehen. Ich meine, daß die Beantwortung dieser Großen Anfrage wirklich als hervorragend zu bezeichnen ist.

Ich will, daß Baden-Württemberg eine internationale Hochschullandschaft wird, ist und bleibt. Dies dient dem

(Pfister)

wissenschaftlichen Fortschritt. Dies dient insbesondere aber auch den Menschen, weil dadurch Kulturverständnis gefördert werden kann. Dies dient schließlich dem Exportland – darauf wurde hingewiesen – Baden-Württemberg.

Wir wissen aus Erfahrung, daß junge Ingenieure, die hier in Baden-Württemberg ausgebildet worden sind und später in ihrem Heimatland ein Unternehmen eröffnet haben, auch für die baden-württembergische Wirtschaft nur von Vorteil sind.

Man kann diese Internationalisierung der Wissenschaften auf zweifache Art und Weise betreiben. Man kann hergehen und sich überlegen, was man machen kann, um die bestehende Hochschullandschaft noch besser international zu gestalten. Dazu sind einige Vorschläge gemacht worden. Man kann aber auch hergehen und in Baden-Württemberg eine internationale, englischsprachige Universität in freier Trägerschaft ins Leben rufen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, daß dies ein Vorschlag ist,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Damit es mondäner wird, wie es Herr Kiesswetter sagt!)

mit dem die FDP/DVP seit langer Zeit liebäugelt. Wir würden es sehr begrüßen, wenn eine solche internationale Universität in Stuttgart angesiedelt werden könnte. Die Zeichen dafür stehen nicht schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich das richtig lese, ist es tatsächlich so, daß sich in der Zwischenzeit private Sponsoren bereit erklärt haben, etwa im Bereich von Stiftungsprofessuren tätig zu werden. Wenn das stimmt, was gestern in der Zeitung zu lesen war,

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

daß eine solche private internationale Universität ab 1998 starten könnte, dann wäre das in unserem Sinn ein ganz großer Erfolg.

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren, daß wir auch im Interesse der Internationalisierung der Wissenschaften im Land Baden-Württemberg eine solche internationale Universität in privater Trägerschaft wünschen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Weimer SPD: Jetzt müssen Sie nur noch einen Finanzierungsvorschlag machen, Herr Kollege! Dann sind wir auch mit dabei!)

Zu den Zahlen, die hier genannt worden sind: Es ist richtig, daß in den letzten 15 Jahren der Anteil ausländischer Studierender gestiegen ist. Das ist positiv, selbst wenn man berücksichtigt, daß in diesen Zahlen die Bildungsinländer enthalten sind. Die Europäer haben überproportional zugelegt. Das ist normal. Was mir Sorge macht, Herr Kollege Dr. Salomon, ist, daß der Zustrom gerade aus dem asiatischen Raum doch relativ gering ist.

Insgesamt muß man sagen, daß wir in Baden-Württemberg nicht schlecht liegen. Wir haben im Ländervergleich sogar

eine hervorragende Position. Wenn Sie sich aber die Situation in Deutschland insgesamt anschauen, fällt natürlich schon auf, daß etwa im Jahr 1995 43 000 aus Japan kommende junge Leute in den USA studiert haben, dagegen in Deutschland nur 1 200, daß 36 000 aus Indien kommende junge Leute in den USA studiert haben, aber in Deutschland nur 600, und daß 10 000 aus Indonesien kommende junge Leute in den USA studiert haben, in Deutschland aber nur 2 000, obwohl es vor 15 Jahren noch 6 000 waren.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Hört, hört!)

Man sieht an diesen Zahlen, daß wir durchaus die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit haben, noch weitere Beiträge zu leisten, damit diese Internationalisierung zustande kommt.

Da gibt es viele Hemmnisse. Ich habe heute morgen mit großem Interesse zufällig in einer Rottenburger Zeitung,

(Abg. Weimer SPD: Tübinger!)

in einer Tübinger Zeitung gelesen, daß angeblich, entgegen der bestehenden Rechtslage, das Landesarbeitsamt in Stuttgart monatelang verhindert hat, daß Studierende aus armen Ländern ihr Studium durch einen Nebenjob finanzieren.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! Bonn, Herr Kollege! Bonn!)

Das scheint im Augenblick vom Tisch zu sein. Wenn es aber Möglichkeiten geben soll, daß wir noch mehr jungen Ausländern die Chance geben, in Baden-Württemberg zu studieren, müssen solche restriktiven Hemmnisse verhindert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Das muß abgeschafft werden.

Zweitens – um einen weiteren Gedanken zu nennen; ich brauche die anderen Punkte nicht zu wiederholen –: Ich gestehe, Herr Kollege Weimer, daß es mir in der Seele leid tut, daß es in der auswärtigen Kulturpolitik in der Vergangenheit zu Streichungen kommen mußte.

Wenn wir erreichen wollen, daß es in der Zukunft im Sinn des Austauschs mit jungen Studierenden aus dem Ausland zu weiteren Verbesserungen kommt, ist natürlich eine wichtige Voraussetzung auch die Sprache. Das ist ganz klar. Die sprachlichen Voraussetzungen können zweifellos dadurch geschaffen werden, daß wir in der Zukunft auch deutsche Auslandsschulen fördern. Eigentlich dürften wir keine Goethe-Institute schließen, sondern eigentlich müßten wir noch mehr Goethe-Institute eröffnen.

(Abg. Dr. Salomon und Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Pfister FDP/DVP: Mir wäre es sehr recht, wenn hier in der Zukunft eine Trendwende stattfinden könnte. Ich will mich jedenfalls sehr dafür einsetzen. Ich meine, ich habe hierbei auch die Unterstützung des ganzen Hauses.

Eine vorletzte Bemerkung, Herr Minister: Wenn es irgendwo eine Möglichkeit gibt, noch mehr Internationalisierung zu erreichen, dann meines Erachtens besonders bei den Fachhochschulen. Gerade an den Fachhochschulen gibt es dafür große Möglichkeiten. Allerdings müßte man dann auch hergehen und diese Fachhochschulen internationalisieren. Ich habe mich kürzlich mit Vertretern von Fachhochschulen unterhalten. Sie sagen mir: Der Begriff „Fachhochschule“ hat zwar für uns einen guten Klang, aber in der Welt draußen fangen Sie mit dem Begriff „Fachhochschule“ überhaupt nichts an. Man müßte sich überlegen, ob da nicht auch von der Begrifflichkeit her einiges geschehen müßte. Zum Beispiel gäbe es auch die Möglichkeit, anzubieten, daß internationale Abschlüsse wie Bachelor oder Master in der Zukunft auch an deutschen Hochschulen vergeben werden. Auch dies könnte dazu beitragen, daß diese Internationalität gewahrt und verbessert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, eine allerletzte Bemerkung. Ich komme zum Schluß.

Stellv. Präsident Birzele: Nein, Herr Abgeordneter. Ihre Redezeit ist schon länger abgelaufen.

(Zuruf des Abg. Dr. Klunzinger CDU)

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich weiß. Herr Präsident, ich formuliere meinen Schlußsatz.

Ich will ausdrücklich unterstreichen, was Herr Klunzinger gesagt hat: Es darf keine Einbahnstraße sein. Wir müssen genauso auch darauf schauen, daß junge Deutsche im Ausland studieren. Am besten geschieht dies dadurch, daß man nicht einfach einmal ein Semester im Ausland studiert, sondern daß wir integrierte internationale Studiengänge anbieten,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

an denen zwei oder drei Länder beteiligt sind.

Beides muß geschehen: Wir müssen daran interessiert sein, daß junge Leute aus dem Ausland zu uns kommen und den Wissenschaftsstandort verbessern und internationalisieren.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wir müssen aber genauso daran interessiert sein, daß junge Deutsche möglichst oft im Ausland studieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hehn CDU – Zuruf des Abg. Bebbler SPD – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Gnadenlos überzogen! – Abg. Dr. Klunzinger CDU: Eine Gleichheit gab es da nicht! – Zuruf: 60 % überzogen! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident! – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wissenschaftsministerium hat die Große Anfrage der SPD sehr ausführlich beantwortet. Das ist ganz sicher eine Fleißarbeit der beteiligten Beamten gewesen. Ich habe mich aber andererseits auch gefragt, welche Kosten bei der Beantwortung dieser Großen Anfrage, die immerhin über fünf Monate in Anspruch nahm, entstanden sind.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Lest einmal eure Anfragen durch!)

Die Landesregierung räumt in ihrer Antwort ein, daß es tendenziell eine rückläufige Attraktivität unserer Hochschulen gibt, wobei vor allem die Zahl der ausländischen Studierenden aus den süd- und südostasiatischen Ländern stagniere bzw. sogar zurückgehe. Baden-Württemberg hat nach Meinung der Landesregierung als exportorientiertes Land ein gewisses Interesse daran, daß auch in Zukunft die Führungseliten anderer Länder soweit wie möglich hier studieren können. Dies wird von Ihnen mit einer Art Türöffnerfunktion für die deutsche Wirtschaft begründet.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß nicht, Herr Minister von Trotha, ob diese Aussage – in ihrer Pauschalität, wohlgemerkt – richtig ist. Wir kennen auch Fälle in Deutschland, in denen Studierende nach Deutschland und nach Baden-Württemberg gekommen sind

(Zurufe der Abg. Weimer SPD und Walter Bündnis 90/Die Grünen)

und nach Beendigung ihres Studiums bei uns geblieben und nicht in ihr Heimatland zurückgegangen sind, was für die Menschen in ihrem Heimatland sicher besser gewesen wäre.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Es gibt auch umgekehrte Fälle!)

Ich bin auch der Meinung, daß diese Aussage zwar zum Beispiel für den Maschinenbaustudenten gilt, der hinterher entscheidet, aus welchem Industrieland Fahrzeuge gekauft werden; aber bei einem Kunststudenten wird das in dieser Form schon nicht gelten.

Für die mangelnde Attraktivität nennen Sie fünf Punkte: erstens die Sprachbarrieren, zweitens die international zu langen und schwer überschaubaren Studien- und Prüfungsabläufe,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

drittens die nicht ausreichende fachliche, viertens die unbefriedigende soziale Betreuung der ausländischen Studenten und fünftens die Tatsache, daß die deutschen Hochschuldiplome und -abschlüsse eben nicht mit den angelsächsischen Abschlüssen vergleichbar sind.

Es stellt sich aber für uns die Frage, ob es für diese abnehmende Attraktivität nicht vielleicht noch andere Gründe

(Deuschle)

gibt, Herr Minister von Trotha, ob es nicht auch an der zur Zeit herrschenden geistig-kulturellen Situation in Baden-Württemberg und in Deutschland liegt.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das ausländerfeindliche Klima, das die Reps schaffen!)

Welchen Grund sollte ein interessierter junger ausländischer Student haben, in einem Land zu studieren, in dem es praktisch kaum mehr Eliten gibt

(Lachen des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Drautz FDP/DVP: Wie meinen Sie das?)

bzw., wenn man die Potsdamer Studie vom letzten Jahr zugrunde legt, in dem Eliten ihre Funktion gar nicht mehr wahrnehmen wollen?

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Sie gehören bestimmt nicht zur Elite mit diesem Geschwätz!)

Welchen Grund sollte ein junger ausländischer Student, der vielleicht auch sein eigenes Volk noch achtet,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das ist schon schmerzgeldpflichtig, was Sie da schwätzen!)

haben, hier in einer Umgebung zu studieren, in der es an solchen Tugenden der Selbstachtung immer mehr mangelt?

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Fischer SPD: Das darf doch nicht wahr sein! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist die abendländische Dekadenz, Herr Kollege!)

Vielleicht erwarten die hier Studierenden auch, nicht an Massenuniversitäten oder in überfüllten Seminaren studieren zu müssen, sondern vernünftige Studienbedingungen vorzufinden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das Wort „Masse“ hat den gleichen negativen Beigeschmack wie bei Oswald Spengler! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die könnten ja hier reinkommen! Der Plenarsaal ist immer halbleer!)

Dazu machen Sie hier in Baden-Württemberg mit der Änderung der Studienbedingungen vernünftige Ansätze; das möchte ich Ihnen zugestehen.

Aber es war ja wohl gerade die SPD,

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aha! Schon wieder!)

die bisher verhindert hat, daß die Studiendauer an deutschen Hochschulen sinnvoll verkürzt wird. Das ist ja wohl nicht zu bestreiten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weimer SPD: Ist das ein dummes Geschwätz!)

Ein weiterer Punkt, den Sie ansprechen, sind die unterschiedlichen Mentalitäten bezüglich des Lernverhaltens. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Sie sagen ja selber: Die ausländischen Studenten sind aus ihrer Heimat mehr passives Lernverhalten gewohnt und kennen

auch intensivere Betreuungssysteme. Andererseits gehören, auch nach Ihrer Aussage, gerade aktives Lernverhalten und kreatives Lernen richtigerweise zu den Anforderungen an unseren Universitäten. Ich glaube, daran sollte man auch in Zukunft nichts ändern. Wir können nicht, nur um andere einzubeziehen, auch noch unsere Stärken abbauen und geringachten. Das kann nicht der Sinn einer guten Hochschulpolitik sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns also auf unsere Stärken besinnen

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

und ein vernünftiges, attraktives Angebot machen. Sie wissen, wir haben an den deutschen Universitäten andere Probleme. Wir haben viele Studenten, die nicht richtig studieren können, weil sie in überfüllten Lehrsälen arbeiten müssen. Wir sollten es also nicht zu einer Benachteiligung dieser Studenten kommen lassen, wenn wir nur noch geringe Mittel haben.

(Abg. Weimer SPD: Ja, was jetzt?)

Von daher plädieren wir dafür – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Deuschle REP: Wir plädieren dafür, wie bisher weiterzumachen und auch in diesem Bereich unsere Traditionen weiter aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister von Trotha.

(Abg. Weimer SPD: Was hat er jetzt gesagt? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war eine Nullaussage! – Abg. Drautz FDP/DVP: Der hat die falsche Rede dabei gehabt! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war die angekündigte Wende in der Ausländerpolitik! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Herr Präsident, liebe Damen, sehr geehrte Herren! Ich bin sehr dankbar für die Große Anfrage und die heutige Debatte. Ich bin auch dafür dankbar, daß unsere Bemühungen anerkannt worden sind. Mit „unseren“ meine ich natürlich nicht nur die Bemühungen meines Hauses, sondern selbstverständlich auch all derjenigen, die in den Hochschulen dazu beitragen.

Wenn man die Beiträge dieser Debatte charakterisieren will, braucht man gar nicht ins Ausland zu gehen, sondern kann mit Goethe feststellen:

Wie fruchtbar ist der kleinste Kreis,
wenn man ihn nur zu pflegen weiß.

Wir waren uns hier eigentlich alle einig, was wir zu unternehmen haben. Denn Hintergrund dieser Debatte ist ja die unbestreitbare Tatsache, daß eine Reihe von Ländern durch

(Minister von Trotha)

die Zahl ihrer Studierenden nicht nur unterrepräsentiert ist, sondern daß diese Zahl stagniert und teilweise sogar deutlich zurückgeht. Dies betrifft vor allem Studierende aus dem angelsächsischen Raum und aus den Schwellenländern Süd- und Südostasiens.

Dadurch besteht die Gefahr, daß die künftigen Führungseliten – Sie sehen, ich habe nichts gegen Eliten, allerdings meine ich Leistungseliten, das muß dabei auch klar sein – der europäischen und außereuropäischen Partner über immer weniger Kenntnisse und Beziehungen zu Deutschland verfügen werden mit allen negativen Auswirkungen, die sich daraus für unser politisches, wirtschaftliches und kulturelles Beziehungsgeflecht ergeben können.

Die Deutschen stellen heute etwa 1,3 % der Weltbevölkerung mit stark fallender Tendenz. Wir können also nicht erwarten, daß man uns in einer globalisierten Welt in der Weise wahrnimmt, wie wir es gern wollen und wie wir es auch über Jahrzehnte hinaus gewohnt waren.

Nun ist inzwischen eigentlich allen hinreichend klar: Wir müssen uns aufmerksamer und aktiver um ausländische Studierende und Wissenschaftler bemühen. Denn sie sind die künftigen Gesprächspartner.

Herr Klunzinger sprach von den Entscheidungsträgern von morgen, Frau Bregenzer sprach von den Türöffnern. Beides ist sicherlich richtig. Sie bereichern aber auch den wissenschaftlichen Austausch. Hinzu kommt: Baden-Württemberg als exportorientiertes und exportintensives Land ist in ganz besonderem Maß darauf angewiesen, ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler bei uns zu Gast zu haben.

Wir haben auch immer noch hervorragende Voraussetzungen. Wir haben viele erstklassige Hochschullehrer und noch mehr erstklassige Forscher. Vier Nobelpreisträger seit 1991, davon zwei aus Baden-Württemberg, das zeigt doch: Hier werden Spitzenleistungen erbracht.

Dennoch bewerben sich zuwenig ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler um einen Studien- oder Forschungsaufenthalt bei uns. Echte Bildungsausländer machen nur magere 4,5 % aller Studierenden in Deutschland aus. In Baden-Württemberg sind es knapp 6 %. Damit liegen wir über dem deutschen, aber weit unter dem internationalen Durchschnitt. Frankreich und Großbritannien können auf über 10 % ausländische Studierende verweisen, der Anteil in unserem Nachbarland Schweiz beträgt sogar 20 %.

Es muß also bedenklich stimmen, wenn sich trotz hoher Studiengebühren immer mehr junge Leute, vor allem aus dem asiatischen Raum, für ein Studium in den USA, in Kanada, in Australien oder in Großbritannien entscheiden.

Einige ganz wenige Zahlen: In den USA studieren derzeit 450 000 Ausländer, davon allein 82 000 Chinesen. In Deutschland sind es zum Vergleich 5 800 und in Baden-Württemberg 1 000 Chinesen.

(Abg. Weimer SPD: Entschuldigung, da muß man jetzt die Relationen beachten!)

– Selbstverständlich. Die USA sind größer. Das ist eine Relation. Auf der anderen Seite ist auch die Hochschullandschaft in Relation zu setzen. Auf keinen Fall erreichen wir einen Prozentsatz, der dem in den USA vergleichbar wäre.

Ähnlich drastisch, noch deutlicher, ist übrigens das Verhältnis bei den japanischen Studierenden. Auf 43 000 in den USA kommen 1 500 in Deutschland und 390 in Baden-Württemberg. Sie studieren überwiegend an Kunsthochschulen

(Abg. Deuschle REP: Kunsthochschulen, ja!)

und Musikhochschulen und Germanistik. Sie studieren überwiegend nicht dort, wo wir sie auch gern hätten, nämlich an Universitäten und Fachhochschulen, wo es um High-Tech geht.

Auch aus den wirtschaftlich boomenden Ländern Süd- und Südostasiens kommt nur eine geringe Zahl von Studierenden nach Baden-Württemberg. So ist die Zahl der Thailänder mit 31 und vor allem die der Inder mit nur 90 Studierenden unter den Stand von 1980 und 1981 gefallen. Die Zahl der Indonesier hat sich im gleichen Zeitraum auf 175 halbiert.

Ich habe vor anderthalb Jahren in Djakarta vor dem Alumni-Club einen Vortrag gehalten und habe dabei gelernt, daß es in Indonesien über 10 000 Akademiker gibt, die in Deutschland ausgebildet worden sind. Von den bei uns Ausgebildeten sind übrigens drei im Kabinett Suharto. Die Namen werden Ihnen geläufig sein, etwa der von Herrn Habibie, der uns als Forschungsminister in der Zusammenarbeit in großem Maß behilflich war. Ich denke außerdem an Herrn Wardiman als Erziehungsminister, der uns bei den Hochschulkontakten helfen will. Der dritte ist der Landwirtschaftsminister. Ihn kenne ich nicht so gut.

(Heiterkeit)

Von den Philippinen kommen 21 Studierende, aus Malaysia 15, aus Singapur 6.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Das reicht auf keinen Fall.

Nun sind die Gründe für die mangelnde Attraktivität deutscher Hochschulen vielschichtig. Ich kann hier nur einige wenige nennen.

Erstens: die immer bedeutsamer werdende Sprachbarriere.

Zweitens: die im internationalen Vergleich zu langen und schwer überschaubaren Studien- und Prüfungsabläufe. Studium als Open-end-Veranstaltung wird außerhalb Deutschlands nicht verstanden und auch nicht geschätzt, so daß wir Schwierigkeiten haben, Ausländer für uns zu gewinnen, obwohl wir nicht immer Studiengebühren verlangen.

Drittens schließlich ist die nicht ausreichende fachliche und soziale Betreuung der ausländischen Studierenden zu nennen. Auch hier werden wir viel nachholen müssen.

(Minister von Trotha)

Als entscheidendes Hindernis für ein Ausländerstudium erweist sich aber auch immer mehr die Tatsache, daß Hochschulstrukturen und Studienabschlüsse vom international verbreiteten angelsächsischen Standard abweichen. Bei einem Bachelor, einem Master oder einem PhD weiß man in der Welt, was diese Examina bedeuten. Das führt dazu, daß wir mit unseren Diplomen Probleme haben in der internationalen Akzeptanz und der Bewertung internationaler Studienabschlüsse.

(Abg. Weimer SPD: Machen wir doch den Bachelor!)

Wir haben übrigens einige wenige Studiengänge, in denen Sie auch in Baden-Württemberg schon heute den Master machen können: in Stuttgart ist das etwa das Studium „Infrastructure Planning“ und in Pforzheim der Studiengang „Master of Business Administration“ und in Karlsruhe „Resources Engineering“.

Der von der Kultusministerkonferenz dazu verabschiedete Maßnahmenkatalog zur Stärkung der Attraktivität des Hochschulstandorts Deutschland ist ganz wesentlich in unserem Haus vorbereitet worden. Das heißt, er beruht auf Vorarbeiten in meinem Haus. Er ist von der Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Dezember letzten Jahres gebilligt worden.

Insofern, Frau Bregenzer, bitte ich um Verständnis. Wir werden diesen Katalog so rasch wie möglich umsetzen, aber in zwei Monaten haben wir natürlich die Welt des Ausländerstudiums noch nicht in ihren Grundfesten verändert.

Was wollen wir tun?

Erstens: Unsere Hochschulen brauchen flexiblere Strukturen. Ein zentrales Problem ist die mangelnde Kompatibilität deutscher Hochschulabschlüsse mit dem angelsächsischen System, das im internationalen Wettbewerb eindeutig dominiert. Es ist aber nicht nur eine Frage der Diplome, sondern – Herr Kollege Pfister hat recht – wir müssen uns auch überlegen, wie wir den Fachhochschulen sozusagen ein „standing“ im internationalen Raum geben, weil der Begriff „Fachhochschule“ ein deutscher Begriff ist, ein Markenzeichen, ein Qualitätsmerkmal, aber international nicht einfach zu vermitteln ist. Wir überlegen – und wir haben dazu die Stellungnahme der Fachhochschulen erbeten –, ob wir die Fachhochschulen im internationalen Vergleich etwa als „University of Applied Sciences“ oder „University of Applied Studies“ kennzeichnen sollen. Hier sind wir erst am Beginn der Debatte, und wir werden uns sicherlich mit Ihnen verständigen.

Zweitens: Das Studienangebot an unseren Hochschulen muß eine stärkere internationale Orientierung bekommen. Das Maßnahmenspektrum reicht von einer Modularisierung der Studienangebote und häufigeren studienbegleitenden Prüfungen für Teilgebiete unter Einführung etwa des Credit-Point-Systems bis hin zur Möglichkeit für ausländische Studierende, Prüfungsklausuren oder auch Abschlußprüfungen – ich glaube, Herr Kollege Klunzinger hat es schon angesprochen – wahlweise auch in Englisch oder auch in einer anderen Sprache zu absolvieren.

Drittens: Der Aufbau integrierter internationaler Studiengänge mit Doppeldiplomierung muß fortgesetzt werden. Unsere Hochschulen in Baden-Württemberg haben hier bundesweit heute schon einen Spitzenplatz. Zur Zeit bestehen an den Hochschulen des Landes rund 40 bi- oder trinationale Studiengänge, internationale und multinationale Studiengänge, die übrigens auch sehr stark nachgefragt werden.

Besonders begrüße ich – und das ist eine Entwicklung der allerneuesten Zeit – die neuen Programme „Auslandsorientierte Studiengänge“ und „Studiengänge für ausländische Bachelors“, die zur Zeit durch den DAAD ausgeschrieben werden und die bereits in diesem Jahr mit einem Förder volumen von 9 Millionen DM jährlich bedient werden sollen. Die Ausschreibung läuft zur Zeit, und ich freue mich, daß schon heute vor Ausschreibungsschluß sicher ist, daß Baden-Württemberg mindestens 20 Vorschläge für weitere auslandsorientierte Studiengänge einreichen wird.

Diese Programme sind zweisprachig angelegt. Sie beginnen mit einem Grund- oder Aufbaustudium, sollen mindestens 50 % Ausländeranteil haben und einen obligatorischen Auslandsaufenthalt vorsehen.

Besonders interessant scheint mir dabei – um nur ein Beispiel zu nennen – der Vorschlag der Universität Stuttgart zu sein, zusammen mit der indonesischen Partnerhochschule in Yogyakarta einen gemeinsamen Studiengang „Applied Biotechnology“ aufzubauen, der zu gleichen Teilen Studienaufenthalte an beiden Hochschulen vorsieht. Das Lehrangebot soll in englischer Sprache erfolgen und dann übrigens auch mit einem Mastergrad abschließen.

Viertens: Ausländische Studierende brauchen eine bessere Betreuung. In den angelsächsischen Ländern ist dies eine Selbstverständlichkeit. Studenten erhalten dort von der Bewerbung an bis zum Tutor, der ihnen auf dem Campus zur Verfügung steht, im fachlichen und im sozialen Bereich alle wünschenswerten Hilfestellungen.

Ich meine, dies werden zentrale Voraussetzungen sein, wenn wir der Idee einer internationalen Universität in Baden-Württemberg nähertreten wollen. Ich begrüße, daß hier hochinteressante Konzepte entwickelt werden. Die Ergebnisse dieser Besprechung, die gestern dazu in unserem Haus stattgefunden hat, haben auch diese Debatte erreicht. Ich selbst habe heute mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der wohl größten deutschen Firma gesprochen, gestern mit einem Repräsentanten einer der erfolgreichsten baden-württembergischen Firmen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Die zahlen alle bei uns keine Steuern!)

Das heißt, wir tun hier etwas. Allerdings setzen wir nicht auf das erste beste Konzept, sondern die Konzepte müssen stimmen, was die Curricula angeht, was die Organisation angeht

(Abg. Weimer SPD: Und die Finanzierung!)

und was die Finanzierung angeht. Gerade, was den letzten Aspekt angeht, aber nicht nur den, ist bisher noch kein taugliches Konzept auf dem Markt. Das muß man in aller Nüchternheit sehen.

(Minister von Trotha)

Auf jeden Fall halte ich den von den Studentenwerken entwickelten Gedanken für richtig, im Rahmen von Pilotprojekten Servicepakete mit sozialer und fachlicher Betreuung zu entwickeln, die ausländischen Studierenden gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden. Ein solches Angebot könnte beim Wohnheimplatz anfangen, über die Krankenversicherung bis zum fachlichen Tutorenprogramm und bis zu kulturellen Angeboten reichen.

Fünftens: Wir müssen dafür sorgen, daß Sprachbarrieren durch verstärkte fremdsprachliche Lehrangebote an den Hochschulen, aber auch durch Erleichterungen beim Nachweis der unbedingt erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse und durch verstärkten Deutschunterricht an Hochschulen und anderen Einrichtungen schnell überwunden werden. Von der Situation der Goethe-Institute ist schon gesprochen worden. Wir sollten auch wie die Briten und die Franzosen weltweit standardisierte Verfahren für die deutsche Sprachprüfung einführen.

Sechstens: Die Aufnahmebedingungen für ausländische Studierende sind oft zu star. Ich begrüße deshalb die Initiative der Kultusministerkonferenz, darüber neu nachzudenken und neue Bewertungsvorschläge zu erarbeiten. Im übrigen sollten unsere Hochschulen auch weniger bürokratisch und großzügiger die Studienleistungen anerkennen, die von Ausländern mitgebracht werden. Schließlich sollten – auch das ist schon deutlich geworden – die Visa und die ausländerrechtlichen Regelungen einheitlicher gehandhabt und vereinfacht sowie restriktive Regelungen flexibler gestaltet werden.

Ein siebter und letzter Punkt: Wir müssen unsere Jugend ermutigen, häufiger im Ausland zu studieren, vor allem auch außerhalb Europas und außerhalb der USA. Ich denke hier nicht zuletzt an einen Studienaufenthalt in Asien, nach Möglichkeit verbunden mit einem „homestay“. In der Japanologie etwa haben wir unser Angebot verbessert. Unsere Führungskräfte von morgen brauchen jedenfalls mehr Internationalität, als wir derzeit vermitteln, um den globalen Herausforderungen gewachsen zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Sprachkenntnisse und Auslandserfahrungen werden immer wichtiger und müssen sozusagen zu einem selbstverständlichen Bestandteil unserer Studien werden. Wir haben aber auch ein vitales außenpolitisches Interesse daran, daß unsere Jugend zu Weltoffenheit und zu Toleranz erzogen wird.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir dies vor dem Hintergrund der letzten Jahre sehen, möchte ich mir das zu eigen machen, was der frühere amerikanische Präsident Roosevelt 1942 einmal so formuliert hat: „Nie zuvor hatten wir so wenig Zeit, um so viel zu tun.“ Wir werden deshalb in Baden-Württemberg auch den Appell dieses Hauses aufnehmen und in diesem Jahr die Umsetzung der genannten Maßnahmen zügig angehen und dabei in der Kultusministerkonferenz offensiv auf ein einheitliches Vorgehen drängen. Wir werden dies auch im Verhältnis zum Bund tun, wenn es um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes geht.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, daß es uns dann auch wieder gelingen wird, mehr Studierende, aber auch die Besten der Besten nach Deutschland zu bringen und dem deutschen Hochschulsystem den ihm gebührenden Spitzenplatz international zu sichern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Minister von Trotha, die Umsetzung des Maßnahmenkataloges – das ist für mich das Fazit Ihrer Darstellung – ist an den Hochschulen offensichtlich schon weiter fortgeschritten als im Bereich von Politik und Verwaltung. Dort hieß es für mich doch zuviel und zu häufig „es sollte“ und „es müßte“.

Ich habe auch den Eindruck, daß zu viele Widersprüche zwischen Wort und Tat existieren. Sie fordern heute in Ihrer Pressemitteilung eine konzertierte Aktion von Hochschulen, Politik und Verwaltung, und dabei fordern Sie auch zusätzliche Stipendienprogramme – so das Wort. Aber seit dem 5. Februar dieses Jahres verantworten Sie einen Haushalt, in dem die Stipendienmittel um 30 % gekürzt wurden – so die Tat. Ich fürchte, daß die Studieninteressierten in den Entwicklungsländern und in den Schwellenländern solche Signale sehr wohl wahrnehmen.

Servicepakete zur fachlichen und sozialen Betreuung werden dringend gefordert. Aber wie sieht es damit an unseren Hochschulen konkret aus, vor allem dann, wenn die Mittel für Tutorien und Hilfskräfte gekürzt werden? Es ist doch nachvollziehbar, daß sich junge Menschen aus Asien und Lateinamerika eher dorthin orientieren, wo sie neben der englischen Sprache und klareren Strukturen der Studiengänge eine intensive Betreuung und optimale Studienmöglichkeiten haben. Vielleicht ist ja die gute und individuelle Betreuung der Studierenden an Kunst- und Musikhochschulen ein wichtiger Grund für den dortigen Andrang Studierender aus dem asiatischen Raum, obwohl sie ja, wie wir seit gestern wissen, unseren Schülerinnen und Schülern eher in den naturwissenschaftlichen Fächern überlegen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Klunzinger CDU)

Wir werden mit unseren Hochschulen nur dann attraktiv bleiben, wenn wir auch die materielle Konkurrenzfähigkeit wahren können. An diesem Punkt, meine ich, haben wir einiges zu beklagen. Es bleibt nicht unbemerkt in einer Welt von Internet und Wissenschaftsvernetzung, daß an baden-württembergischen Hochschulen Fachzeitschriften abbestellt werden, abends die Bibliotheken schließen, an den Wochenenden gar nicht erst geöffnet sind, daß die Betreuung der Studierenden durch die Streichung von Tutorien noch weiter verschlechtert wird. Dieser Solidarpakt, der in Wahrheit ein zehnjähriges Streichungsprogramm ist und den Sie heute in Ihrer Pressemitteilung als ein Programm zur Qualitätsverbesserung zu feiern versuchen, wird auch an den Hochschulen in andern Ländern der Welt nicht unbemerkt bleiben.

Schon im Juli letzten Jahres stellte die angesehenste amerikanische Zeitschrift „Science“ mit ihrer Überschrift „Der

(Carla Bregenzler)

Untergang der deutschen Universitäten“ fest, daß es in Deutschland um die Universitäten nicht besonders gut bestellt sei. Die „International Herald Tribune“ berichtete letzte Woche von der Sorge um den Verlust des Weltprestiges deutscher Universitäten. Wir müssen alle gemeinsam etwas dagegen unternehmen. Da kann es nicht sein, daß wir dem Finanzminister weiterhin den Zugriff auf unsere Bildungshaushalte genehmigen.

Dennoch will ich positiv zusammenfassen: Unsere Hochschulen sind international renommiert. Der Studienstandort Baden-Württemberg ist attraktiv. Die verantwortlichen Frauen und Männer an den Hochschulen nehmen ihre Aufgaben ernst. Geben wir ihnen die notwendigen Mittel an die Hand und ab und zu auch die notwendigen Impulse. Und vor allem: Reden wir die Hochschulen nicht schlechter, als sie sind. Ihre Reputation ist aller Anstrengung wert.

Wir sind bereit, mit Ihnen, Herr von Trotha, gemeinsam die Hochschulen im Land vor weiteren Begehrlichkeiten des Finanzministers zu bewahren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Beitrag der Länder und der Gemeinden zur Erfüllung der Eintrittskriterien in die Europäische Währungsunion und zur Stabilität der Deutschen Mark – Drucksache 12/195

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung der Großen Anfrage gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von 5 Minuten je Fraktion und für das Schlußwort 5 Minuten.

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Mappus.

Abg. Mappus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Jahr 1998 naht. Damit naht auch die endgültige Entscheidung über die Frage, wer in die Währungsunion innerhalb Europas aufgenommen wird. Ich gehe zunächst einmal davon aus, daß die demokratischen Parteien in Bundestag und Bundesrat, die die europäische Wirtschafts- und Währungsunion mitbeschlossen haben, nach wie vor dazu stehen, auch wenn aus dem einen oder anderen Bundesland ab und zu andere Zeichen zu vernehmen sind. Es wäre eine schicksalshafte Fügung im negativen Sinne, wenn man zum jetzigen Zeitpunkt die Wirtschaft damit verunsichern würde, über Zukunft oder Nichtzukunft der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ständig zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, diese Wirtschafts- und Währungsunion wird 40 Milliarden DM Transaktionskosten für die deutsche Wirtschaft überflüssig machen. Allein diese Tatsache belegt, glaube ich, daß die Diskussion bisher in die richtige Richtung ging, daß wir diese Union brauchen und daß eine Verunsicherung nicht stattfinden darf.

(Beifall bei der CDU)

Aber richtig ist auch, daß diese Währungsunion nur kommen darf, wenn die Stabilitätskriterien, die festgelegt wurden, auch strengstens eingehalten werden. Neben der Regelung in Sachen Inflation gibt es vor allem die zwei Referenzwerte: jährliche Verschuldung und genereller Schuldenstand der einzelnen Mitgliedsländer. In diesem Zusammenhang werden wir natürlich in den nächsten Monaten vor allem die Diskussion haben, meine Damen und Herren, wie diese Verschuldung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auf die einzelnen Ebenen – auf Bund, auf Länder und auf Kommunen – aufgeteilt werden wird. Das Problem besteht darin, daß die Bundesrepublik Deutschland in einem hohen Maße eine föderative Struktur hat, die dies aus rechtlichen Gründen nicht ganz einfach macht.

Wir haben zum einen die Frage zu klären, wie die vertikale Aufteilung dieser Verschuldung stattfindet, also wieviel Prozent der Gesamtverschuldung der Bund, wieviel Prozent die Länder und wieviel Prozent die Kommunen auf sich nehmen müssen. Vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen ist eine Regelung 50 : 50 angedacht, 50 % Bund und 50 % die Länder. Die Länder sind aus nachvollziehbaren Gründen für eine Regelung 40 : 60, also 60 % Bund und 40 % die Länder. Ich vermute, daß dieses Problem noch verhältnismäßig einfach zu bewältigen sein wird.

Erheblich schwieriger wird es in der Frage werden, wie die horizontale Aufteilung zwischen den einzelnen Ländern aussehen wird. Hier wird es sicherlich deshalb Streit geben, weil natürlich die Verschuldungssituation in den einzelnen Ländern riesige Unterschiede aufweist, meine Damen und Herren.

Eines – ich darf dies für die CDU-Fraktion so direkt ausdrücken – kann natürlich nicht sein: Es kann nicht sein, daß die Länder, die in den letzten Jahren erhebliche Sparmaßnahmen eingeführt haben, zum Beispiel Baden-Württemberg, durch die bestraft werden,

(Abg. Deuschle REP: So ist es aber!)

die in der Vergangenheit das Geld gut und gerne unter den Leuten verteilt haben, im Zweifel das Geld, das über den Länderfinanzausgleich aus Baden-Württemberg kam.

(Beifall bei der CDU – Abg. Herrmann CDU: Alles SPD-regierte Länder!)

Ein Blick in die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU kann vor allem im Hinblick auf die statistischen Angaben sehr deutlich aufzeigen, welche Länder ganz erhebliche Probleme haben werden.

Unseres Erachtens muß eine Aufteilung gefunden werden, die zum Beispiel der Bevölkerungszahl Rechnung trägt, die aber nicht, wie dies von SPD-geführten Ländern vorgeschlagen wurde, der Verschuldung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre entspricht; denn das würde bedeuten, daß ein Großteil der Verschuldung infolge der Maastrichter Kriterien von Baden-Württemberg mitgetragen werden müßte. Ich sage noch einmal: Es kann nicht sein,

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

(Mappus)

daß die Regierung Teufel die Schulden der Regierung Lafontaine und anderer tragen muß, weil wir – –

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

– Entschuldigung, wenn das Land Bremen eine Pro-Kopf-Verschuldung von 24 000 DM hat und das Saarland eine Pro-Kopf-Verschuldung von 15 000 DM, Baden-Württemberg aber eine in Höhe von 4 000 DM, dann kann es ja wohl nicht wahr sein, daß wir automatisch für die Schulden der anderen zuständig sind. Wir sollten schon die Kirche – –

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ihnen ist wohl nicht klar, was Föderalismus bedeutet!)

– Föderalismus, Herr Kollege, bedeutet mit Sicherheit nicht, daß die einen unverantwortlich das Geld ausgeben und die anderen dafür aufkommen müssen. Das ist nicht die Vorstellung von Föderalismus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Im übrigen, wenn Sie von Föderalismus reden: Ich gehe einmal davon aus, daß Ihnen das Instrument des Länderfinanzausgleichs einigermmaßen geläufig ist.

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Und genau dieses Instrument sieht ja den föderativen Charakter der unterschiedlichen Finanzkraft mehr als deutlich vor.

Ich sage noch einmal: Wir brauchen eine gerechte Lösung. Ich gehe davon aus, daß wir in einer zweiten Runde noch sehr viel deutlicher genau über dieses Problem diskutieren werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rech CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Puchta.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Friede und Freiheit in Europa sind das wichtigste politische Ziel für uns alle. Und dieses wichtige politische Ziel wollen und werden wir uns auch etwas kosten lassen. Aber dennoch kann es doch wohl nicht angehen, daß man die ökonomische Vernunft bei der Gestaltung der Europäischen Währungsunion vor der Tür läßt. Es geht darum, diesen Euro möglichst kostengünstig einzuführen.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Das heißt: Wir Sozialdemokraten wollen den Euro; aber es muß einen doch skeptisch machen, daß man nun ausgerechnet denen, die schon bei der deutschen Währungsunion von A bis Z versagt haben, wieder ihre Voraussagen und ihre Ankündigungen abnehmen will, ohne diese kritisch hinterfragen zu dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Helmut Kohl hat einmal gesagt, daß man die deutsche Währungsunion aus der Portokasse bezahlen könne. Inzwischen haben wir in den vergangenen sechs Jahren Netto-transferleistungen in Höhe von mehr als 900 Milliarden DM an die ostdeutschen Bundesländer geleistet.

(Unruhe)

Nun sage ich Ihnen: Helmut Kohl wird auch aus dem Euro einen „Teuro“ machen. Das ist die Gefahr, vor der wir hier warnen.

(Abg. Deuschle REP: Sie haben doch Maastricht mitbeschlossen! – Zuruf von der CDU: Solange er keinen „Neuro“ daraus macht!)

Daß dieser „Teuro“ uns alle belastet, erkennen wir bereits jetzt, wir brauchen gar nicht über die Zukunft zu reden. Der Euro verursacht bereits jetzt dadurch, daß man auf Teufel komm raus an diesen damals unsinnig festgelegten Konvergenzkriterien festhält, Probleme.

Für diese Kriterien gibt es nämlich keine ökonomisch vernünftigen Gründe, aber es ist natürlich richtig: Wenn man sie einmal festgelegt hat, dann muß man sie auch einhalten. Dies führt nun dazu, daß wir heute bereits Hunderttausende von Arbeitslosen in Deutschland und in Europa nur deswegen haben, weil im Augenblick auf europäischer Ebene eine Brüning-Politik hoch drei betrieben wird.

(Abg. Deuschle REP: Richtig! Sie übernehmen unsere Worte!)

Meine Damen und Herren, dieser Euro führt momentan dazu, daß bereits Milliarden von D-Mark aus Deutschland wegfließen. Wir erleben es tagtäglich.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Pfisterer CDU: Ihre eigenen Leute klatschen nicht! Der Redner wird allein gelassen! – Abg. Herrmann CDU: Keiner von der SPD klatscht!)

– Also, wissen Sie: Zum ersten kann man es sich nicht ausuchen, woher der Beifall kommt.

(Zurufe von der CDU)

Zum zweiten ist es so, daß es sich hier schlicht und einfach um Tatsachen handelt. Allein in den vergangenen zwei Monaten hat der Dollar um 15 % an Wert zugenommen, und das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß kein Vertrauen in die Währungspolitik, die die Regierung Kohl betreibt, besteht.

(Beifall bei den Republikanern)

Deshalb muß man sich fragen, was eigentlich das richtige, vernünftige Kriterium wäre. Ökonomische Stabilität zwischen verschiedenen Ländern zeigen immer gerade die Wechselkurse an. Das heißt, würden sich die Wechselkurse tatsächlich aufeinander zubewegen, dann käme darin genau das zum Ausdruck, was man eigentlich erreichen will.

Aber was hat die Regierung Kohl gemacht? Die Regierung Kohl hat bei der EU-Kommission zugestimmt, daß die ursprünglichen Bandbreiten von 2,5 % seit 1993 auf 15 % er-

(Dr. Puchta)

weitert wurden. Dies kann doch letztlich wirklich keine Stabilität bedeuten. Deshalb müssen wir uns fragen: Was ist jetzt in dieser verworrenen Situation zu tun?

Wir wollen also auf der einen Seite den Euro – zur Zeit am ehesten sinnvoll als Parallelwährung einzuführen –; auf der anderen Seite existieren unsinnige Konvergenzkriterien, die bereits heute zur Arbeitslosigkeit führen. Das bedeutet schlicht und einfach, daß man sich überlegen muß, wie wir dieses Europa dahin bekommen, daß die Menschen dahinterstehen. Dazu müssen wir nicht nur ein Europa des Geldes verwirklichen, sondern wir brauchen ein Europa der stabilen Wirtschaft, ein Europa der stabilen Beschäftigung, und wir brauchen auch ein Europa der stabilen sozialen Verhältnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Schwacher Beifall!)

Nur wenn diese drei Kriterien erfüllt sind, nur dann wird dieser Euro auf Dauer von Erfolg getragen sein.

(Lachen des Abg. Pfisterer CDU – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Was schlagen Sie jetzt zu tun vor? – Abg. Deuschle REP: Für wen reden Sie denn? Für die SPD?)

Meine Damen und Herren, ich denke, Sie machen es sich wirklich zu einfach, wenn Sie die Augen davor verschließen, daß inzwischen schon Unternehmensberater aus Ihren Kreisen wie beispielsweise Roland Berger ganz offiziell davon sprechen, daß die Eurowährung, wenn man sie jetzt und in dieser Weise einführt, zu mehr Arbeitslosigkeit in Europa führen wird

(Beifall bei den Republikanern)

und daß dieses Mehr an Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird, daß die sozialen Verhältnisse in Europa nicht mehr stabil sind.

(Beifall bei der SPD und den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Meine Rede von heute morgen! – Abg. Herrmann CDU: Die Gewerkschaften sagen aber das Gegenteil, die Arbeitgeberverbände auch! – Gegenruf des Abg. Nagel SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Wem darf ich für die Grünen das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen: Meine Damen und Herren, bis zu der im Vertrag von Maastricht vorgesehenen Entscheidung ist es knapp mehr als ein Jahr. Man kann ja nicht sagen, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den hochentwickelten Ländern Europas so unübersichtlich wäre und sich in der kurzen Frist von 13, 14 Monaten so revolutionär ändern könnte, daß nicht jetzt eine politische Entscheidung möglich wäre. Man kann umgekehrt nicht sagen, daß die Wirtschaft, die Produktion und die Menschen nicht auf klare Bestimmungen angewiesen wären, wie es denn laufen wird, damit sie sich danach richten können.

Was geschieht statt dessen von seiten der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien? Man hat den Eindruck, sie

betreiben die europäische Einigung in der Form eines Pokerspiels oder, vielleicht besser gesagt, in der Form einer Wette, deren Ausgang ungewiß zu sein scheint.

Wenn man klare Äußerungen zu der Frage: „Wie verhält sich denn die Bundesregierung in der Frage, wer zur Europäischen Währungsunion gehören soll, wer sie beginnen soll, unter welchen Bedingungen sie denn ab 1999 stattfinden soll?“, haben will, dann heißt es: „Das entscheiden wir 1998“, und man handelt in den letzten Monaten mit geschönten Zahlen,

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

statt deutlich zu sagen, worauf es ankommt und was dabei hinterher herauskommt.

Politik kann man sowieso nicht als Wette und als Pokerspiel betreiben. Das kann man vielleicht als Wahltaktiker und als Fraktionsvorsitzender bei der Zählung seiner eigenen Fraktion, aber als Kanzler eines großen Landes, als Ministerpräsident eines großen Landes, das noch dazu im Zentrum des Einigungsprozesses Europas steht, kann man sich so etwas nicht leisten und sollte man schleunigst damit aufhören.

Wie wird es denn sein? Trotz der geschönten Zahlen von seiten des Finanzministers sagen alle die, denen man es zu rechnen kann, daß ausgerechnet Deutschland die in Maastricht genannten Verschuldungskriterien nicht erfüllen wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Wie ist es denn überhaupt dazu gekommen? Herr Puchta hat gesagt, sie seien unsinnig. Da sind wir uns ja einig: Unabhängig von den Maastrichter Kriterien die Staatsschulden zurückzuführen ist ganz sicher kein unsinniges politisches Ziel. Dazu werde ich, wenn es die Zeit zuläßt, nachher noch etwas sagen. Aber man hat den Eindruck, daß diese Größen 3 % des Bruttoinlandsprodukts bei der Neuverschuldung und 60 % bei der Gesamtverschuldung genau die Größen sind, die es einer ausgewählten Zahl von europäischen Mitgliedsländern erlaubt hätten, mit der Währungsunion zu beginnen – unter Ausschluß derer, die man zu diesem Zeitpunkt nicht haben wollte.

Das schafft nun eine eigentümliche Spaltung zwischen den Ländern Europas, die sich auch an einem zweiten Umstand noch leicht zeigen läßt: Wenn Deutschland die Kriterien nicht erreicht, dann soll verschoben werden. Das hat Herr Teufel ja ausdrücklich in diesem Landtag schon erklärt. Und, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, Sie waren ja bisher – –

(Abg. Döpper CDU: CSU haben wir keine!)

– CDU und FDP, irgendwie so etwas, ja.

(Heiterkeit)

Sie waren ja bisher für die Verschiebung.

(Abg. Döpper CDU: Bei uns ist keiner in der CSU!)

(Dr. Hildebrandt)

Jetzt sind Sie für den Beginn mit einem besonders kleinen Kreis. Wenn Deutschland die Kriterien nicht erfüllt, wird verschoben, wenn sie Italien nicht erfüllt, bleibt es außen vor –

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: CDU/
DVP!)

mit all den Lasten, die auf dieses Land zukommen, wenn es ausgeschlossen wird. Das heißt, wir visieren eine Spaltung Europas an und eine Einigung Europas unter der Hintertür der deutschen Hegemonie. Ich frage: Wie soll das dann aufgenommen werden in den anderen europäischen Mitgliedsländern, wenn es um das Ziel der europäischen Einigung geht?

Ein Zweites kommt dazu: Sie betreiben im Augenblick eine Politik, die die Angebotsseite stärken soll. Sie erleichtern die Belastungen der Unternehmen und versprechen eine Wachstumsschraube für die nächsten Jahre, die alles verbessern soll. Gegenwärtiger Effekt ist zunächst ein anderer: Sie begeben sich mit der Senkung der Ausgaben in eine Spirale, die die Einnahmeseite wieder senkt, die entsprechend die Arbeitslosigkeit erhöht, die also, abgesehen davon, daß sie die Erfüllung der Maastricht-Kriterien in Frage stellt, auch die wirtschaftliche Krise in Deutschland verschärft.

Jetzt frage ich Sie: Halten Sie denn dieses D-Mark-Modell, das durchgesetzt werden soll – der Euro soll ja so stark sein wie die D-Mark; die Europäische Zentralbank soll ja so stark sein wie die Bundesbank –, dieses D-Mark-Modell mit 4,5 Millionen Arbeitslosen, für so attraktiv, daß wir die anderen europäischen Mitgliedsländer dafür gewinnen können oder dazu zwingen können, das gleiche zu tun? Die Europäische Währungsunion, so eingesetzt, wie sie jetzt geplant ist, wird zweifellos dazu führen, daß Arbeitsplätze verlorengehen und daß die Arbeitslosigkeit ansteigt, statt zu sinken. Die Kosten werden in dem absehbaren Zeitraum steigen.

Es gibt aber eine Alternative zu dieser Politik. Das ist das Entscheidende. Es gibt die Alternative, mit der Währungsunion zu beginnen, und zwar nicht unter Ausschluß einer großen Zahl der europäischen Länder, und die Politik der Währungsunion durch eine solche, die wirtschaftliche Stabilität und vermehrt Angebot an Arbeitsplätzen zu ihrem Ziel hat, zu ergänzen, also endlich eine Beschäftigungsunion in Europa einzugehen und die Politik des Herunterkonkurrierens und Herunterdrehens der Produktion sein zu lassen. Diese Alternative gibt es. Sie gibt es allerdings nicht mit der jetzigen Mehrheit im Bundestag und in diesem Landtag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des
Abg. Deuschle REP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Freudenberg.

(Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP stellt das Rednerpult höher. – Abg. Rech CDU: Jetzt bekommt es ein höheres Niveau!)

Abg. Dr. Freudenberg FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier und heute geht es um die Haushaltsdisziplin, insbesondere der Länder in Deutschland. Mit der Diskussion um die Erfüllung der Eintrittskriterien in die Europäische Währungsunion kommt eine Schwachstelle der deutschen Finanzverfassung in die öffentliche Debatte. Denn es wird immer deutlicher, daß wir in Deutschland keine modernen, ausgewogenen Sanktionsmittel gegen undiszipliniertes Haushaltsgebaren einzelner Länder haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Artikel 109 Abs. 1 des Grundgesetzes sagt lapidar, daß Bund und Länder in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig sind. Die folgenden Absätze geben dann den volkswirtschaftlichen Diskussionsstand der sechziger Jahre wieder, wie gemeinsam zum Schutz des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu verfahren sei.

Artikel 115 des Grundgesetzes zieht für den Bund eine weitere, an den investiven Ausgaben orientierte Korsettstange ein, die von den Verfassungen einiger Länder übernommen wurde.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als Zwischenergebnis festhalten, daß das Thema „gemeinsame Haushaltsdisziplin in Deutschland“ sowohl vom rechtlichen Rahmen als auch vom tatsächlichen Vollzug her ein unbefriedigendes Bild abgibt. Dieser Mangel an solidarischer Pflicht der Länder ist vor dem Hintergrund der harten Ausgleichspflichten der Finanzkraft im Rahmen des Länderfinanzausgleichs um so erstaunlicher. Wir Baden-Württemberger zählen zu den Hauptleidtragenden jener unausgewogenen Verteilung der Pflichten. Länder wie das Saarland und Niedersachsen sind pleite gewirtschaftet, erfreuen sich aber stattlicher Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der
CDU)

Es lohnt sich, einmal darüber nachzudenken, was wir, trotz mangelhafter gemeinsamer Haushaltsdisziplin bestimmter Länder in Deutschland, im Rahmen der Währungsunion auf diesem Gebiet von unseren europäischen Partnerstaaten verlangen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt hören wir von der FDP/DVP und der CDU die gleiche Rede!)

Meine Damen und Herren, wir erwarten nicht weniger als eine solidarische Haushaltspolitik, damit von den Haushaltspolitiken der Partnerstaaten keine negativen Wirkungen auf Wirtschaft, Geldstabilität und die finanzielle Situation der Partnerländer ausgehen.

Deutschland hat die Diskussion über die Stabilität des Euro um den sogenannten Stabilitätspakt bereichert, den unsere Partnerländer schließlich akzeptiert haben. Ziel dieses Abkommens ist es auch, nach 1999 eine strenge Haushaltsdisziplin für einen möglichst harten Euro und für niedrige Zinsen zu gewährleisten. Dazu soll zunächst ein verbessertes Frühwarnsystem eingeführt werden, um die Haushalts-

(Dr. Freudenberg)

situation der Mitgliedsstaaten in der Euro-Zone unter Kontrolle zu bringen.

Die Mitgliedsstaaten werden verpflichtet, Stabilitätsprogramme mit mittel- und langfristigen Zielwerten aufzustellen, an denen ihre Haushaltspolitik regelmäßig gemessen wird.

Wenn die Neuverschuldung dennoch den Referenzwert übersteigt, wird ein gestufter Sanktionsmechanismus ausgelöst. Nach Fristsetzung wird dem Haushaltssünder eine Zwangseinlage zur Zentralbank abverlangt. Schließlich verfällt diese Zwangseinlage bei weiterem Verstoß.

In Deutschland ist viel bejammert worden, daß dieser Sanktionsmechanismus nicht automatisch erfolgt, sondern auf Beschluß der Währungspartner unter Stimmausschluß des Haushaltssünder. Dennoch würden wir Baden-Württemberger es uns von Herzen wünschen, daß das Thema „gemeinsame Haushaltsdisziplin mit den anderen deutschen Ländern“ einen nur annähernd gleichen Sachstand hätte wie auf der Ebene der Euro-Partner.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Beantwortung der Großen Anfrage zeigt, wie dringend das Grundgesetz in Richtung gemeinsamer, stabilitätsge-rechter Haushaltspolitik novelliert werden müßte. Im entscheidenden Abschnitt „Sanktionen gegen Haushaltssünder unter den Bundesländern“ herrscht Rechtsunsicherheit und Ratlosigkeit. Baden-Württemberg kann daher nur darauf drängen, daß auch im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine Stabilitätsdiskussion angestoßen wird, die den schuldenfreudigen deutschen Ländern härtere Pflichten auferlegt.

Man könnte sich darüber hinaus vorstellen, daß solche Länder Nachteile beim Länderfinanzausgleich hinnehmen müssen,

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

wenn sie die gemeinsamen Stabilitätsziele verfehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Döpfer CDU)

Nutzen wir also den erneuten Schub einer europäischen Haushaltsdiskussion auch für die Haushaltsdisziplin in Deutschland.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, noch die Feststellung: Baden-Württemberg ist hier ein Vorbild. Es ist das einzige Bundesland, das für seinen Verantwortungsbereich die Maastricht-Kriterien erfüllt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Döpfer CDU – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Krisch.

(Abg. Krisch REP stellt das Rednerpult tiefer. – Abg. Rech CDU: Jetzt geht es wieder abwärts!)

Abg. Krisch REP: Richtig. – Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Alles ist Maastricht untergeordnet. Eine Politikabschätzung findet nicht statt.

Dieses Zitat stammt von Herrn Minister Schaufler.

(Abg. Mappus CDU: Von wem?)

– Schaufler.

(Zuruf des Abg. Pfeifle SPD)

Wir sind der CDU dankbar dafür, daß sie Republikaner-Themen aufgreift, das heutige Thema in die Debatte bringt und daß mit der Fragestellung der CDU und mit der Antwort der Landesregierung unsere Themen und unsere Thesen bestätigt werden. Unsere Thesen lauten: Der Vertrag von Maastricht ist miserabel formuliert und wurde zum Nachteil Deutschlands ausgehandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Die geplante Währungsunion wird zu einer Verarmung der Bevölkerung unserer Länder und unserer Kommunen führen, und die Arbeitslosigkeit wird durch den Euro noch größer. Es wird noch mehr Kapital aus Deutschland abfließen, und zusätzlich wird sich die Einwanderung Arbeitssuchender in unser Land erhöhen.

Die Bonner SPD-Fraktion hat sich dieser Meinung gestern mit einer dpa-Meldung angenähert, und der Kollege Puchta hat heute in diesem Plenum erstmals Republikaner-Forderungen vertreten. Dafür danke ich.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Lachen des Abg. Bebber SPD – Abg. Herrmann CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Mühlbeyer CDU: Herr Präsident!)

Den Politikern in Bund und Ländern müssen all diese Fakten bekannt sein, doch bisher spricht nur unsere Fraktion diese Dinge an und aus.

(Glocke des Präsidenten)

Ich kann daraus nur den Schluß ziehen – –

(Glocke des Präsidenten – Abg. Rapp REP: Der Kollege weiß etwas!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Herrmann?

Abg. Krisch REP: Ich möchte ihn bitten, bis zum Schluß zu warten. Wenn meine Rede beendet ist, dann kann er fragen.

Ich kann aus all dem eben Gesagten nur den Schluß ziehen: Die Bevölkerung wird absichtlich falsch informiert. Als Beleg dafür verwende ich die vorliegende Große Anfrage der CDU-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Als Beispiel, Herr Kollege, gebe ich Ihnen nur einen Hinweis mit einem neuen Argument. Die Landesregierung be-

(Krisch)

hauptet in der Antwort auf die vorliegende Große Anfrage Drucksache 12/195, der Vertrag von Maastricht enthalte Regelungen zur Koordinierung der Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten, wonach diese Mitgliedsstaaten verpflichtet seien, übermäßige Defizite zu vermeiden. Sie behauptet, dies sei explizit in dem dem Vertrag beigelegten Protokoll festgelegt, und verweist auf Absatz 3 des Protokolls. Diese Aussage, meine Damen und Herren, ist fragwürdig; denn die Vertragssprache in Europa ist Französisch oder Englisch. Vergleichen Sie die Originalfassung der Verträge. Dann werden Sie bestätigen: Jeder gute Jurist wird zwischen der französischen und der englischen Formulierung Unterschiede finden, die geeignet sind, je nach der politischen Einstellung die eine oder andere Auslegung zuzulassen.

Trotz all dieser Ungewißheiten wollen Sie in zwei Jahren die Stufe 3 der Europäischen Währungsreform einleiten, den Euro einführen. 1992 haben vier Fraktionen dieses Hauses gegen unsere Stimmen für den Vertrag von Maastricht gestimmt. Aber erst vier Jahre später, vier lange Jahre später, hat der Bundesminister der Finanzen seine Vorstellungen zur innerstaatlichen Umsetzung von EG-rechtlichen Vorgaben zur Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite vorgestellt – viel zu spät. Die Konsequenz wird sein, im Eilverfahren, unter Zeitdruck, hauruckartig wie in der letzten Haushaltsberatung dieses Landtags zu beschließen, und die Ergebnisse werden genauso fehlerhaft sein wie der 1997er Haushalt der Landesregierung.

Denn wie wollen Sie Aufteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern festlegen, wenn laut Aussage der Landesregierung noch heute keinerlei abgesicherte Relationen der Haushaltsdefizite und Schuldenstände von Bund, Ländern, Kommunen und der Sozialversicherung für das Inlandsprodukt ausgewiesen werden können? Wie wollen Sie Aufteilungsschlüssel festlegen, wenn alle bisher gemachten Aussagen unverbindlich und nicht abgesicherte Modellrechnungen sind? Wie können Sie, meine Damen und Herren, die Verantwortung dafür übernehmen, den unwiderruflichen Schritt in diese Währungsunion zu gehen? Sie verletzen damit eindeutig die wichtigste Vorschrift des Grundgesetzes, Schaden vom deutschen Volk zu wenden und seinen Nutzen zu mehren.

(Beifall bei den Republikanern)

Wie definieren Sie eigentlich „verfassungswidriges Verhalten“? Der Herr Kollege Bebbler sollte es sich sehr überlegen, bevor er eine andere Fraktion in diesem Haus verleumdet und beleidigt, wie gestern geschehen.

(Abg. Bebbler SPD: Ich habe keinen Ordnungsruf des Präsidenten gekriegt, habe also offensichtlich nicht beleidigt!)

Meine Damen und Herren, wenn der Bundesminister der Finanzen im Jahr 1994 das Defizit der Gebietskörperschaften um 30 Milliarden DM über dem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einstuft, ist das doch ein Hinweis darauf, welche anderen Bewertungen in Ländern mit völlig unterschiedlichen politischen und Finanzstrukturen zusammenkommen können. Jede Koordinierung der öffentlichen Schuldenpolitik zwischen verschiedenen zwischenstaatli-

chen Ebenen in Deutschland wegen der Euro-Währungsreform führt zu einer weiteren Belastung der Kommunen. Der Vertrag von Maastricht beeinträchtigt die kommunale Selbstverwaltung. Er führt zu einer dramatischen Einschränkung demokratischer Rechte.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Krisch REP: Ich fasse zusammen und formuliere meine Meinung in einem Satz: Bei Ratifizierung des Vertrags von Maastricht haben die Ratifizierer damals gegen rechtskräftige Bestimmungen des Grundgesetzes verstoßen, haben sich also verfassungswidrig verhalten.

(Abg. Herrmann CDU: Das sagen Sie, aber nicht das Bundesverfassungsgericht!)

Die Feinde unserer Verfassung, Herr Kollege Herrmann, sitzen nicht auf der rechten Seite dieses Hauses. Dort sitzen die Beschützer und die Wahrer unserer Verfassung.

(Beifall bei den Republikanern – Oh-Rufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt können Sie Ihre Zwischenfrage stellen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt ist aber die Redezeit um für den Quark da!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Herrmann, die Redezeit des Herrn Abg. Krisch ist zwar schon seit langem abgelaufen; aber bitte schön, Sie sollen die Frage noch –

(Abg. Herrmann CDU: Ich verzichte auf meine Zwischenfrage! – Abg. Bebbler SPD: Das ist sehr weise!)

Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rückert.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade Baden-Württemberg, gerade unser Land

(Abg. Brechtken SPD: Dieses unser Land!)

als ein Land mitten im Herzen Europas, muß das größte Interesse an einem Zusammenwachsen der europäischen Staaten haben.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Richtig!)

Wir haben mit dem Binnenmarkt den ersten Schritt getan, und dem muß nun mit dem Euro der nächste Schritt folgen.

(Beifall der Abg. Rech CDU und Kiesswetter FDP/DVP – Abg. Rech CDU: Ganz genau!)

Schon auf dem bisherigen Weg der europäischen Einigung können wir feststellen: Die Europäische Union hat uns im Südwesten Deutschlands Wohlstand und Wirtschaftswachstum gebracht. Schon heute hängt jeder sechste Ar-

(Staatssekretär Rückert)

beitsplatz in Baden-Württemberg direkt oder indirekt vom Export in die EU ab. Je enger die Verbindungen zu den anderen Staaten der EU werden, desto sicherer werden die wirtschaftlichen Impulse, die davon für unser Land ausgehen.

Es kommt nicht von ungefähr, daß gerade die Exportindustrie für den Euro kämpft und um Jahrzehnte zurückgeworfen würde, wenn er nicht käme.

(Oh-Rufe von den Republikanern)

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist aus meiner Sicht wichtig, weil der Euro unserer Wirtschaft Planungssicherheit gibt und dann zu den wichtigsten Handelspartnern keine Risiken der Wechselkursschwankungen mehr bestehen, weil dann auch gegenüber dem Dollar- und dem Yen-Raum eine gemeinsame europäische Währung mit hohem Gewicht besteht, mit der der Standort Europa und damit auch der Standort Deutschland gestärkt wird, weil dies eine offensive Antwort Europas auf die Globalisierung der Märkte ist, weil Transaktionskosten in Höhe von rund 40 Milliarden DM im Jahr allein für die deutsche Wirtschaft wegfallen, weil der Binnenmarkt mit seinen großen Wachstums- und Wohlstandsimpulsen dauerhaft gestärkt wird und weil Umrechnungen für unsere Verbraucher wegfallen.

Meine Damen und Herren, gerade wir als Baden-Württemberger, die wir für uns in Anspruch nehmen können, daß die Maastricht-Kriterien von uns rundum erfüllt werden und deshalb der Euro an unserem Land nicht scheitern wird, sollten jetzt fürwahr nicht Angst vor der eigenen Courage haben, sondern die anderen Länder im Bundesgebiet in die Pflicht nehmen, auf daß auch dort, wo sie bisher nicht erreicht sind, die Kriterien noch voll erfüllt werden.

(Zuruf von den Republikanern)

Es ist ja unbestritten, daß in der Bundesrepublik – darüber wird überhaupt nicht mehr gesprochen: wir sind in der Zwischenzeit praktisch ein inflationsfreier Raum – die geldpolitischen Kriterien rundum erfüllt sind.

So soll die Inflationsrate maximal um 1,5 Prozentpunkte über den Verbraucherpreissteigerungen der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegen. Das können wir für die Bundesrepublik insgesamt positiv abhaken.

Die Zinsen sollen maximal um 2 Prozentpunkte über dem Zinsniveau der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegen. Das wird von der Bundesrepublik erfüllt.

Keine Abwertungen im europäischen Wechselkurssystem während der letzten zwei Jahre: Wird erfüllt.

Daß wir bundesweit Probleme mit den Fiskalkriterien haben, mit der Vorgabe, daß im laufenden Jahr 1997 das öffentliche Defizit 3 % des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten darf, und mit der Vorgabe, daß der Schuldenstand nicht über 60 % des Bruttoinlandsprodukts hinausgehen darf, ist ein Faktum. Aber ich meine: Das muß gerade uns als Baden-Württemberger veranlassen, daß wir nunmehr die notwendige Bündelung der Kräfte einfordern, daß wir Bundestag und Bundesrat auffordern: „Setzen wir Zeichen

mit der Steuerreform, die dann auch eine Schubwirkung haben wird“, daß wir von den Arbeitgebern fordern: „Wenn ihr Unternehmer diesen Euro so wollt, dann setzt jetzt bitte Zeichen und schafft Arbeitsplätze.“ Das ist letztlich ein vertretbares Geben und Nehmen.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Wir fordern die anderen Länder auf, vergleichbar solide wie wir an ihre Haushaltspläne heranzugehen und auch schmerzhaft Einsparungen vorzunehmen, um gemeinsam mit uns die Vorgaben zu erfüllen. Werfen wir deswegen jetzt nicht die Flinte ins Korn, sondern versuchen wir mit Mut, die Kriterien zu erfüllen.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wir wollen deswegen nunmehr innerhalb der Bundesrepublik mit Nachdruck an einem nationalen Stabilitätspakt mitarbeiten. Es ist ein Fakt, daß wir bei unserem föderalen Aufbau alle miteinander – Bund, Länder und Gemeinden – diese Kriterien gemeinsam zu erfüllen haben. Deswegen gilt genau das, was Sie, Herr Kollege Mappus, vorhin schon angesprochen haben.

Wir haben als Land Baden-Württemberg eine ganz klare Leitlinie. Wir wollen in der rechtlichen Umsetzung einen wirksamen Mechanismus zur Einhaltung der Defizitobergrenzen finden, ohne daß die verfassungsrechtlich gewährleistete Haushaltsautonomie der Länder und der Gemeinden eingeschränkt wird.

Die vertikale und die horizontale Verteilung müssen so geregelt werden, daß ohne Ausnahmetatbestände auch entsprechende Folgerungen gezogen werden. Wir wollen im horizontalen Ausgleich unter den Ländern eine Verteilung nach Einwohnern oder nach Finanzkraft anstreben. Die Finanzdefizite anhand eines Referenzzeitraums der letzten zurückliegenden Jahre zu verteilen, wie von einigen Ländern gefordert wird, ist für uns inakzeptabel.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Richtig!)

Damit würden letztlich die finanzpolitischen Sünder der letzten Jahre belohnt und würden diejenigen, die sich um einen soliden Haushaltsausgleich bemüht haben, bestraft.

Genauso muß es für den Fall der Sanktionen sein. Sie müssen verursachergerecht gelöst werden. Das Land, das sein Defizitlimit nicht schafft, ist in die Pflicht zu nehmen. Verursacherorientierte Lösung ist die Vorgabe der Stunde und nicht so eine fadenscheinige Verbrüderung unter der Überschrift Solidarlösung. Die würde ja letztlich bedeuten, daß wir all jene, die nicht solide gewirtschaftet haben, besserstellen. Das geht, meine Damen und Herren, auch von der SPD, ja über die Parteigrenzen hinweg. Wir Baden-Württemberger sind mit dieser Fragestellung nicht nur einig mit den Bayern, wir sind auch einig mit Hessen und mit Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Brechtken SPD: Das Problem sind ja überwiegend die neuen Länder!)

– Nicht nur, Herr Kollege Brechtken.

(Staatssekretär Rückert)

Für uns ist klar: Wir können nicht den Kopf für den haushaltspolitischen Schlendrian anderer Länder hinhalten. Wer die Fahne des föderalen Prinzips und die Eigenstaatlichkeit der Länder in Deutschland hochhält, der muß auch seiner Verantwortung gerecht werden und kann sich ihr nicht entziehen, wenn es um einen stabilen Euro und ein stabiles Europa geht.

Ich habe keine Bedenken, daß wir mit den Gemeinden klarkommen. Sobald die Kriterien für die vertikale und die horizontale Verteilung in der Bundesrepublik geklärt sind – ich weiß, daß gegenwärtig schon Kontaktgespräche mit den kommunalen Landesverbänden laufen –, werden wir im Einvernehmen mit unseren kommunalen Landesverbänden einen Ausgleich zwischen Land, Städten, Kreisen und Gemeinden finden.

Die Europäische Währungsunion wird jedenfalls von uns so gut wie möglich unterstützt werden. Wir wollen, daß die von uns gemeinsam mitgetragenen Vorgaben, nämlich die strikte Einhaltung der Maastricht-Kriterien, die Vorrang haben muß vor Terminen und vor der Zahl der Teilnehmer,

(Abg. Weimer SPD: Ja!)

letztlich auch beim Beschluß des Europäischen Rats über die Teilnahme an der Währungsunion noch uneingeschränkt gelten.

Da muß ich Ihnen sagen: Ich war schon recht überrascht, als ich als Vertreter des Finanzministers in der letzten Finanzausschußsitzung des Bundesrats in Bonn war, daß dort der gemeinsame Antrag von Baden-Württemberg und Bayern von den A-Ländern nicht mitgetragen worden ist. Ich frage mich, wer hier den soliden Weg geht. Wir weichen davon nicht ab; wir halten uns fest an diese Vorgabe. Gerade deswegen, Herr Dr. Puchta, muß ich Ihnen – –

(Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Präsident!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Puchta?

Staatssekretär Rückert: Ja, bitte.

Abg. Dr. Puchta SPD: Herr Staatssekretär, können Sie mir dann erklären, warum die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen als einzige – Sachsen hat beispielsweise zugestimmt – die Ziffer 3 der Beschlußvorlage gerade in dieser Finanzausschußsitzung abgelehnt haben, in der es heißt:

Der Bundesrat erinnert in diesem Zusammenhang an seine Entschliebung zum Vertrag über die Europäische Union. Er hatte bereits damals eine enge und strikte Auslegung der Stabilitätskriterien beim Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion gefordert.

Diese Ziffer wurde von allen SPD-regierten Ländern befürwortet; Sie haben sie aber abgelehnt. Warum?

Staatssekretär Rückert: Ich weiß nicht, in welcher Sitzung das geschehen ist.

(Abg. Weimer SPD: Sie haben doch gerade von der Sitzung geschwätzt! – Abg. Dr. Puchta SPD: 16. Januar 1997!)

Dort haben wir deswegen nicht mehr zugestimmt, weil die SPD-Mehrheit von den strengeren Vorgaben unseres Gesamtpapiers abgewichen ist. Wir haben gesagt: Wenn unsere klaren unzweideutigen Vorgaben nicht drin sind, dann ziehen wir nicht mit. Tatsache war, daß im Vorfeld Nordrhein-Westfalen noch mit uns an einem gemeinsamen Papier gearbeitet hat, dann aber nach SPD-internen Besprechungen nicht mehr mitgezogen hat. Das war es. Wir wollten die strengste Vorgabe setzen, und als das keine Mehrheit gefunden hat, haben wir nachher nicht mehr mitgemacht.

(Abg. Brechtken SPD: Da wart ihr beleidigt! – Heiterkeit)

– Lieber Herr Brechtken, Sie kennen ja die parlamentarischen Gebräuche. Ich meine, daß Sie das öfter auch mal so praktiziert haben.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Was? Beleidigt sein?)

Nun liegt mir noch sehr daran – weil wir hier wirklich in der Gesamtverantwortung stehen –, daß wir uns tunlichst darum bemühen, nicht populistisch zu argumentieren und unsere Bevölkerung nicht zu verunsichern. Herr Dr. Puchta, mich hat schon geschmerzt, daß Sie eingangs Äußerungen gemacht haben, die interessanterweise nur Beifall von der Republikaner-Seite bekommen haben,

(Beifall bei den Republikanern)

und daß Sie sich da ziemlich nahe – –

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

– Sie wissen aber auch, daß Sie mit Ihrem Spitzenkandidaten Dr. Spöri im letzten Landtagswahlkampf unter anderem auch deswegen gescheitert sind, weil Sie populistisch gegen den Euro angetreten waren.

(Lachen bei der SPD und den Republikanern)

Meine Damen und Herren, es ist nicht zu bestreiten, daß immer noch ein bedeutender Teil unserer Bevölkerung dem Euro skeptisch gegenübersteht, weil Bürgerinnen und Bürger befürchten, daß die stabile D-Mark gegen einen unbekannteren, eventuell weichen Euro ausgetauscht wird. Hier ist Überzeugungsarbeit zu leisten, und die Landesregierung hat auch unter Federführung des Wirtschaftsministeriums bereits Zeichen gesetzt. Wir müssen das in den nächsten Monaten fortsetzen. Unsere Bevölkerung muß wissen, daß die Einführung des Euro keine Währungsreform ist und daß sie kein Währungsrisiko wie in den zwanziger Jahren oder wie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutet, sondern daß es um eine Währungsumstellung geht, bei der stabiles nationales Geld durch stabiles europäisches Geld abgelöst wird.

(Beifall der Abg. Kiel und Kiesswetter FDP/DVP – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

(Staatssekretär Rückert)

Der Euro muß stabil sein wie die D-Mark; sonst wird er nicht kommen. Die Europäische Zentralbank in all ihren Kompetenzen wird sogar stärker ausgestattet sein als die Deutsche Bundesbank. Dies ist eine gute Voraussetzung für einen stabilen Euro.

Wir wollen, daß alle Konvergenzkriterien erfüllt werden. Wir wollen, daß das, was unser Bundesfinanzminister Waigel als europäischen Stabilitätspakt ausgehandelt hat, auch umgesetzt wird. Ich meine, daß Landesregierung und Bundesregierung damit auf einem guten Weg sind.

Abschließend: Der Euro eignet sich nicht zum Schüren von Ängsten in der Bevölkerung. Ich bitte sehr, daß wir uns in unserer Argumentation sachlich austauschen

(Abg. Brechtken SPD: Daran haben Sie sich vorhin bei Ihrer Polemik nicht gehalten, Herr Kollege!)

und uns auch ernsthaft bemühen, unsere Bevölkerung sachlich zu informieren. Das gebietet uns unsere gemeinsame Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Mappus.

Abg. Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Redner vor Herrn Staatssekretär Rückert hat gemeint, die Maastrichter Verträge seien nicht verfassungsgemäß und es gebe in diesem Land nur noch eine einzige Partei, die die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen garantieren könne. Dazu nur soviel: Für die Rechtmäßigkeit von Gesetzen ist – Gott sei Dank! – immer noch das Bundesverfassungsgericht und sonst niemand zuständig. Das Bundesverfassungsgericht aber hat in einem Urteil bestätigt, daß die Maastrichter Verträge nicht verfassungswidrig, sondern eindeutig verfassungskonform sind. Das ist ein Fakt. Deshalb sollte man sich nicht hierherstellen und sagen: Wir sind diejenigen, die die Verfassung hochhalten, und deswegen sind die Maastrichter Verträge nicht zu halten.

Mich beunruhigt an dieser Debatte aber etwas ganz anderes. Mich beunruhigt nicht nur hier, sondern im ganzen Land, daß alles, was kommt, zunächst einmal kaputtgeredet, zerredet und miesgemacht wird, bis am Schluß überhaupt nichts mehr übrigbleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Genau das war hier der Tenor.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Mappus, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Mappus CDU: Gern.

Abg. Krisch REP: Herr Kollege, Sie haben mich direkt angesprochen; denn ich war ja der Redner vor Herrn Rückert. Stimmen Sie mir zu, daß in der Antwort der Landesregierung mitgeteilt wird, der Wissenschaftliche Beirat sage, zur Umsetzung der Maastricht-Kriterien sei eine Änderung von Artikel 109 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes erforderlich?

Das würde bestätigen, daß die Ratifizierung zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem die rechtsgültigen Grundgesetzbedingungen nicht den Vorschriften des Vertrags von Maastricht entsprachen. Das ist per definitionem grundgesetzwidrig.

Abg. Mappus CDU: Verehrter Herr Kollege, ich würde Sie schon bitten, die ganze Anfrage und die ganze Antwort auf die Anfrage einmal durchzulesen.

(Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Sie haben eine Passage vorgelesen. Aber es ist schon eine geradezu nobelpreisverdächtige Argumentation, zu sagen,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Soviel Lob hat er nicht verdient!)

daß, wenn jemand die Verfassung ändern muß, um bestimmte Dinge umzusetzen, dann deshalb das Ganze verfassungswidrig ist. Das ist ja wirklich toll! Dann hätten Sie in den letzten 50 Jahren nicht ein einziges Mal die Verfassung ändern dürfen; sonst wäre das jedesmal verfassungswidrig gewesen. Das ist doch wirklich absurd, juristisch absurd!

(Beifall des Abg. Birk CDU)

Tatsache ist – ich sage es noch einmal –, daß das Bundesverfassungsgericht bestätigt hat, daß der Maastrichter Vertrag verfassungskonform ist.

Ich sage nochmals: Mich beunruhigt, daß immer alles kaputtgeredet wird. Jetzt frage ich doch einmal: Erkennen eigentlich manche nicht, daß wir in einer Welt leben, in der Globalisierung stattfindet, in der Internationalisierung stattfindet, in der gerade die Bundesrepublik immer mehr vom Export abhängig ist, in der wir mehr als 50 % dessen, was wir produzieren, exportieren? Hat jemand einmal die Idee gehabt, nachzufragen, warum eigentlich die USA, Kanada, Mexiko in einem Höllentempo genau das zu kopieren versuchen, was wir hier in Europa machen? So schlecht kann das ja eigentlich nicht sein.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Sonst würden die dort nicht versuchen, das im Eilzugtempo nachzuvollziehen und nachzumachen.

Ein Weiteres: Tatsache ist und bleibt doch, daß nicht nur die Politik, jetzt einmal von der extremen Rechten abgesehen, sondern auch Banken, Wirtschaftsverbände, Unternehmen, daß in seltener Einmütigkeit all diejenigen, die mit Wirtschaft zu tun haben, der Meinung sind, daß dieser Euro unverzichtbar ist. Meine Damen und Herren, das kann doch kein Zufall sein. Es wird ja wohl kaum so sein, daß die Betroffenen für etwas sind, obwohl sie im Vorhinein wissen, daß es für sie schädlich ist. Insofern sollte man ein Stück weit auf diese Einmütigkeit vertrauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein weiterer Punkt: Herr Dr. Puchta, wenn ich richtig informiert bin, dann tummeln Sie sich im Nebenberuf ab und zu noch an der Universität.

(Mappus)

(Abg. Dr. Puchta SPD: Auch da sind Sie nicht richtig informiert!)

Ich finde es wirklich erschreckend und im übrigen nicht ganz ungefährlich,

(Abg. Weimer SPD: Jetzt seien Sie bitte vorsichtig!)

wenn ein Hochschulprofessor sich hier hinstellt und von „Brüningscher Finanzpolitik“ in bezug auf den Euro redet.

(Abg. Zeller SPD: Da können Sie noch etwas lernen! – Abg. Dr. Puchta SPD: Wenn Sie in der Schule aufgepaßt hätten, dann wüßten Sie das! – Abg. Weimer SPD: Wissen Sie, wer das war? – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

– Ich habe in der Schule sehr wohl aufgepaßt. Aber ich gehe erstens davon aus, daß Sie etwas in der Minderheit sind, denn im Bundesrat hat Ihre Partei zugestimmt. Dann müssen Sie ja offensichtlich der Meinung sein, daß Lafontaine, Schröder und Genossen Anhänger von Brüningscher Finanzpolitik sind, denn die haben zugestimmt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Bei was haben sie zugestimmt? – Abg. Zeller SPD: Sie verwechseln Äpfel mit Birnen!)

Zweite Feststellung: Der Vergleich mit der Weimarer Republik ist wirklich so unsinnig, daß es sich eigentlich gar nicht lohnt, darüber zu diskutieren. Ich möchte Ihnen aber nur einmal zwei Punkte nennen, warum er unsinnig ist.

(Abg. Drexler SPD: Bei der Arbeitslosigkeit sind wir fast soweit! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Punkt eins: Der Herr Staatssekretär hat Ihnen doch erklärt – offensichtlich scheinen Sie das nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen –, was der Unterschied zwischen einer Währungsumstellung und einer Währungsreform ist. Wir hatten doch in der Weimarer Republik, wenn ich das noch richtig nachvollziehen kann, eine völlig kaputte Währung. Heute haben wir ja wohl genau das Gegenteil.

(Abg. Deuschle REP: Sie machen doch die D-Mark kaputt! – Abg. Dr. Puchta SPD: Es ging doch um die Arbeitslosigkeit aufgrund des Defizits! Sie müssen zuhören!)

Das ist auch der Argumentationsansatz, warum viele den Euro nicht wollen. Wir haben eine der stabilsten Währungen, wenn nicht die stabilste Währung der Welt, meine Damen und Herren. Das ist doch nicht abzustreiten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Worüber reden Sie denn?)

Ich frage natürlich auch – –

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nicht der Kehlkopf ist entscheidend, sondern der Kopf!)

– Herr Dr. Puchta, jetzt sind Sie auf der Palme oben. Jetzt klettern Sie wieder runter.

(Glocke des Präsidenten)

Dann kann ich in aller Ruhe weitermachen.

(Abg. Zeller SPD: Tun Sie nicht so arrogant! – Gegenruf von der CDU: Was regt ihr euch so auf da drüben? Das sind die Argumente unserer Gegner!)

– Sie haben es wirklich nötig. Wenn Sie vorhin von „Brüningscher Finanzpolitik“ – –

(Abg. Heinz Goll SPD: Ein arroganter Typ ist das!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, dem Redner zuzuhören.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, das tun Sie nicht.

(Abg. Nagel SPD: Das ist doch eine Mappus-Show! – Abg. Heinz Goll SPD: Weniger Arroganz! – Glocke des Präsidenten)

Abg. Mappus CDU: Sehen Sie, das ist typisch für den Zustand der SPD: Wenn man eine andere Meinung hat, dann wird man zuerst einmal niedergemacht. Ich empfehle Ihnen einmal etwas Zurückhaltung, weil Sie genau mit diesem Populismus gegen den Euro das mieseste Landtagswahlergebnis Ihrer Geschichte eingefahren haben. Das sollte Ihnen eigentlich einmal zu denken geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich versuche noch einmal, in der Sache zu begründen. Seien Sie doch einmal so gut und hören Sie mir zu.

(Abg. Drexler SPD: Sie müßten gescheiter argumentieren, dann würde man zuhören! – Gegenruf von der CDU: Das sagt der Richtige! – Unruhe)

Sie haben vorhin argumentiert, die Auswirkungen seien jetzt schon da, die Währungen würden kaputtgehen, und Sie haben das mit dem Vergleich der D-Mark zum Dollar begründet. Ich frage mich natürlich, warum denn, wenn diese Argumentation stimmen würde, im gleichen Zeitraum zum Beispiel der Wechselkurs des Schweizer Franken von 1,25 DM auf 1,14 DM heruntergegangen und somit die D-Mark nach oben gegangen ist. Sie müssen schon die Argumente in ihrer Gesamtheit sehen. Sie können doch nicht eine Währung herausgreifen, die nach Meinung aller Experten seit langem unterbewertet war und die deshalb in den letzten Monaten nach oben ging, und alles andere, was im währungspolitischen Raum passiert, beiseite schieben, damit es in Ihr Argumentationsschema paßt.

Die D-Mark ist nach wie vor mit die stärkste Währung, die es gibt, und es ist nicht so, wie Sie, Herr Dr. Puchta, argumentiert haben, daß die Konvergenzkriterien völlig falsch seien. Diese Kriterien sind von existenzieller Bedeutung, wenn es um die Sicherung der Stärke des zukünftigen Euro geht.

Im übrigen halte ich es schon für einen Erfolg – aber darüber wird ja auch nicht mehr geredet; die Erfolge sind ja gottgegeben, und für das, was vielleicht ab und zu negativ

(Mappus)

läuft, ist im Regelfall die CDU zuständig –, daß die Europäische Zentralbank nach Frankfurt kommt

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

und daß von allen Mitgliedsländern die Bundesrepublik als einziges Mitgliedsland das System hat, das jetzt allgemein umgesetzt wird, nämlich das System, daß die Notenbank unabhängig von der Politik ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir sind bisher das einzige Land in ganz Europa, in dem das so praktiziert wird. Aber genau dieses Modell ist in Form der Maastrichter Verträge umgesetzt worden, und die Zentralbank kommt nach Frankfurt. Aber das wird, wie gesagt, alles großzügig unter den Tisch gekippt.

Eine letzte Bemerkung zu diesem Thema; dann komme ich zum Ende.

(Abg. Rapp REP: Das wäre gut!)

Wer davon redet, daß die Maastrichter Verträge Strukturen in Europa zertrennen, der ist offensichtlich nicht so ganz informiert, was in den Maastrichter Verträgen noch alles drinsteht.

Zunächst einmal gibt es die sogenannte GASP, also die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die ich für sehr wichtig halte.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich habe dem Redner etwas mehr Redezeit zugestanden, weil Sie ihn laufend unterbrochen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Das kann ja wohl nicht wahr sein! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Weil er von der CDU ist! Das ist ja absurd! Das gab es ja noch nie! – Unruhe)

– Ich darf Sie bitten, jetzt zur Ruhe zurückzukehren.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Was ist denn das für eine Sitzungsleitung? – Abg. Nagel SPD: Das ist eine Landtagssitzung und nicht eine Sitzung der nordbadischen CDU!)

Abg. Mappus CDU: Da gebe ich Ihnen völlig recht; denn dort kommen sachlichere Zwischenrufe als die, die von Ihnen heute kamen. Das muß ich auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich zum Schluß kommen und einen letzten Satz –

Stellv. Präsident Weiser: Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen, und ich möchte das Plenum noch einmal darauf hinweisen, daß ich niemanden brauche, der die Sitzungsleitung ersetzt. Dazu gibt es eine Geschäftsordnung, und die wird eingehalten.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP – Abg. Nagel SPD: Dann müssen Sie Ihrem Amt aber auch neutral gerecht werden!)

– Herr Kollege Nagel, ich verbitte mir Ihre Rüge gegenüber dem Präsidenten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Mappus CDU: Also zum Schluß –

(Zuruf: Gott sei Dank! – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Weiser: Ich darf noch sagen, daß Herr Kollege Mappus die Redezeit bis jetzt weit weniger überzogen hat als gestern Herr Kollege Wintruff. Ich sage das, damit wir wissen, über was wir reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Anhaltende Unruhe)

Wir können das gern im Präsidium besprechen. Aber hier im Plenum des Landtags bestimmt der Präsident die Regularien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Abg. Mappus CDU: Wenn ich darf, komme ich gerne zum Schluß.

(Anhaltende Unruhe)

Wenn man unterschiedliche Auffassungen hat, wie die Ausgestaltung der Maastrichter Verträge auszusehen hat, kann man hier gern darüber diskutieren. Das ist überhaupt keine Frage. Ich bitte nur darum, jetzt nicht in billigem und durchsichtigem Populismus zu versuchen, das ganze Konzept kaputtzumachen

(Zuruf des Abg. Herbricht REP)

und alles so lange zu zerreden, bis überhaupt nichts mehr geht. Die deutsche Wirtschaft braucht klare, schnelle und deutliche Entscheidungen, damit ihre Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden kann. Dazu sind die Maastrichter Verträge notwendig, und diese Fraktion und diese Regierung stehen dahinter. Deshalb bitte ich darum, sachlich zu bleiben und diese Politik zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Reform der Haushaltswirtschaft und des Rechnungswesens – Drucksache 12/196

Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Steim CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gehen Sie davon aus, daß ich meine Redezeit nicht überziehen werde.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Oh, das ist schön! – Abg. Zeller SPD: Sie sollten am Anfang nicht soviel versprechen!)

– Bitte?

(Dr. Steim)

(Abg. Pfisterer CDU, zur SPD gewandt: Es kommt darauf an, wie oft ihr unterbrecht! – Weitere Zuru-
fe)

– Nein, selbst dann nicht.

55 % der Abgeordneten des Landtags haben beruflich mit dem öffentlichen Dienst zu tun und verstehen deswegen sehr viel vom herkömmlichen Haushaltsrecht – mit Einnahmen und Ausgaben, mit dem Stichtag 31. Dezember. Dies hat sich seit den Zeiten des Alten Fritz, als es noch die Domänen und Kriegskammern gab, nicht wesentlich verändert.

Die CDU ist der Meinung, daß ein schlanker Staat auch ein Standortfaktor ist, und hat deswegen diese Große Anfrage eingebracht. Sie ist dankbar, daß diese so ausführlich von der Landesregierung beantwortet worden ist.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt weiß ich endlich, warum ihr seit 20 Jahren die Standortdebatte führt: weil ihr in der Regierung seid! – Gegenruf des Abg. Pfisterer CDU: Gott sei Dank!)

Die Richtung, in die das Finanzministerium argumentiert und mit Pilotprojekten übt, ist richtig, lediglich die Geschwindigkeit ist zu gering.

(Beifall der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

– Danke.

Allein die Tatsache, daß die Anfrage vom Juli letzten Jahres stammt, im Oktober beantwortet wurde und erst heute diskutiert wird, zeigt, wie langsam alles vorwärtsgeht, denn die ersten Pilotprojekte sind bereits im Jahr 1994 studiert und im Jahr 1995 eingerichtet worden. Meiner Meinung nach könnten, nachdem das Finanzministerium weiß, daß die Richtung stimmt, gleichzeitig mehrere Projekte laufen.

Durch die Verknüpfung der Fachhochschule Nürtingen und der privaten Beratungsfirma von Professor Horvath, der gleichzeitig an der Universität in Stuttgart im öffentlichen Dienst steht und daher die entsprechende Erfahrung mitbringt, kann man erwarten, daß mit Kennzahlen eine dezentrale Budgetierung möglich sein wird, die – kurz gesagt – folgendes erreichen wird:

Die Amtschefs sind wirkungsvoller, weil sie direkten Zugriff haben, die Mitarbeiter besser motiviert, weil sie ihren Erfolg messen können, und wir Politiker werden höchstwahrscheinlich ein kleineres, verdichtetes Zahlenwerk haben, damit wir unsere Politik richtiger und schneller durchführen und analysieren können.

Wenn behauptet wird, daß 170 000 DM pro Einführung pro Amt und anderthalb Personen zusätzlich benötigt werden, dann ist natürlich das Klassenziel nicht erreicht. Je mehr Ämter Sie gleichzeitig umstellen, um so günstiger, um so schneller spielen Sie die Kosten ein, und wir werden den schlanken Staat vielleicht doch noch erreichen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Im übrigen: Auch die SPD versucht mit ihrem Konzept das gleiche Ziel zu erreichen. Wir sind, wie man gestern, heute

und morgen in Düsseldorf gesehen hat bzw. noch sieht, der Auffassung, daß auf sehr vielen Ebenen über die Einführung von EDV und Schulung Personalstellen abgebaut werden können. Langfristig müssen Personalstellen abgebaut werden, damit der Bürger mit uns allen zufrieden sein kann.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Seltenreich.

Abg. Seltenreich SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Reform der Haushaltswirtschaft und des Rechnungswesens“, so lautet das Thema der Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion. Wir haben gehört, diese Anfrage datiert vom Juli 1996.

Vorweg: Auch die Vertreter der SPD im Bund, im Land und in den Gemeinden bejahen die Modernisierung der Verwaltung. Den Veröffentlichungen der Regierung und den Protokollen des Landtags zufolge findet die Diskussion um den schlanken Staat und mehr Wirtschaftlichkeit allerdings bereits mit Volldampf statt.

Bundeskanzler Kohl hat den schlanken Staat zu einem zentralen Thema seiner Regierung gemacht – übrigens: ein schlanker Kanzler wäre mir lieber –,

(Abg. Pfisterer CDU: Der ist aber stabil, kräftig!)

wie jüngst in einem Grußwort zu einem diesbezüglichen Kongreß zu lesen war, der in Düsseldorf stattfand. Dies will offensichtlich auch die Landtagsfraktion der CDU der Öffentlichkeit deutlich machen.

(Unruhe)

Deshalb wohl diese Anfrage, die bereits letztes Jahr offene Türen eingerannt hatte. Eigentlich bräuchten wir uns derzeit mit diesem Thema im Plenum nicht zu beschäftigen, es sei denn, man will mit diesem Thema ins Schaufenster und sich als Staatsmodernisierer profilieren. Dazu taugt diese Anfrage unserer Meinung nach nicht. Das hätten Sie sich sparen können.

Gut, die Senkung der Staatsquote – koste es, was es wolle – ist seit langer Zeit das Anliegen wirtschaftsliberaler Kreise. Andererseits haben die Verantwortlichen in Gesellschaft und Wirtschaft recht, die die Modernisierung der Verwaltung und des Haushaltsvollzugs vom Staat einfordern – schon deswegen, weil in der Zwischenzeit eine neue Unternehmenskultur und neue Managementmethoden da sind.

Der Umfang und die Schulden der öffentlichen Haushalte verschreiben den bisherigen Wirtschaften entsprechende wirksame Reformen. Städte wie Ludwigsburg oder Mannheim haben bereits vor Jahren auf eine diesbezügliche Modernisierung der Verwaltung hingearbeitet. Der Grund waren die knappen Finanzen, vor allem durch die Überforderung der Gemeindekassen durch Bund und Land, aber auch eigene Haushaltspolitik.

(Seltenreich)

Ob die Erfahrungen der Kommunen übertragbar sind, welche Folgen die öffentliche Finanzwirtschaft in Zeiten privatwirtschaftlicher, gewinnorientierter Managementmethoden zeitigt, wird mitunter von fachlicher Seite kritisch betrachtet. So sagt dies zum Beispiel Professor Rürup von der TH Darmstadt aus. Jedenfalls danken wir diesen Kommunen wie auch der kommunalen Gemeinschaftsstelle in Köln für diese Vorreiterrolle. Sie haben Begriffe wie Bürgernähe, Produktplanung, Budgetierung, KVP – also kontinuierlicher Verbesserungsprozeß –, Qualitätsmanagement, Contracting, Controlling usw. in viele Amtsstuben und politische Gremien hineingebracht, wahrscheinlich auch zu Ihnen.

Die angestrebte Modernisierung der Verwaltung und des Rechnungswesens ist ein schwieriges Geschäft und stößt oft an rechtliche und ordnungspolitische Grenzen. Die Diskussionen um die Flexibilisierung der Arbeitszeit, um Führungspositionen auf Zeit im öffentlichen Dienstrecht belegen dies. Zuletzt beschäftigte uns das gestern. Wir haben ja durch den Zwischenruf unseres Freundes Brechtken gehört, daß da anscheinend eher die CDU am Bremsen ist, was die Veränderung des Dienstrechtes betrifft, als zum Beispiel die SPD.

Ob allerdings mit diesen Maßnahmen in Zukunft auch nachhaltige Erfolge verbunden sind, muß erst einmal gesehen werden, das muß die Zukunft weisen. Soweit sind wir noch nicht.

So schreibt heute die „Welt“ – die „Welt“ ist kein sozialdemokratisches Kampfblatt – zum Thema Outsourcing, also dem Vergeben von Aufträgen der öffentlichen Hand an Private vor allem, und zur Frage: „Was machen wir anschließend mit den Beschäftigten?“ – ich zitiere –:

Abgesehen davon, daß es nicht erstrebenswert ist, das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern: Nicht nur die Beamten, auch die Angestellten im öffentlichen Dienst können in den meisten Fällen nicht entlassen werden. Bleiben die Opfer des Outsourcing jedoch bei ihrem Dienstherrn, ist der Rationalisierungseffekt dahin.

Damit merken Sie, wie eng die gesamte Brücke ist, auf der wir laufen. Besser kann man dieses Dilemma nicht beschreiben.

In der Tat gibt es zwei Wege, den Staat zu verschlanken: Das ist einerseits die Rationalisierung, die wir sehr begrüßen, andererseits auch die Rationierung. Hierbei müßte mehr ein Thema im Vordergrund stehen: Der Rückbau von Normen. Denn die Gesetze sind es ja, denen wir die Aufgaben zu verdanken haben. Ich glaube, daß man nicht hergehen und versuchen kann, über eine Verwaltungsreformdiskussion Druck in die Verwaltung zu bringen – die Menschen in den öffentlichen Verwaltungen arbeiten mehr als jemals; das müssen Sie gerade bei den Kommunen sehen –, sondern wir müssen überlegen, welche Gesetze wir abschaffen müssen, damit der Staat schlank bleibt. Ich hätte erwartet, daß die CDU stärker hier einsteigt und nicht nur sagt: „Gut, wir haben ja den Gemeinden einen Teil der Gesetze abgenommen“. Das geschah aber nur deswegen, weil Sie vorne Marscherleichterung empfohlen, hinten aber wieder die Kanonen angehängt haben. Das heißt: Sie haben die

Gemeinden belastet und dafür sozusagen Normenrückbaugeschenke gemacht, aber nicht im Sinne eines Beitrags zu einer echten Verwaltungsreform.

Ich muß die Sprechzeit beachten.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Ich will deshalb nur noch einmal sagen: Wir als Parlament bräuchten ein Überdenken der Gesetzesfolgen, der Einschätzung von Gesetzen, also auch das, was amerikanische Finanzwissenschaftler vorschlagen: die Sunset legislation, also die Überprüfung der Gesetze nach Ablauf einer Periode zu beginnen, ob sie in der nächsten noch gebraucht und gewünscht werden oder überhaupt wirksam waren. Das bedeutet, daß wir in der parlamentarischen Arbeit neue Schwerpunkte setzen müssen. Wir müssen auch das Finanzministerium auffordern, uns neue Wege zu zeigen, denn es gibt auch Risiken innerhalb dieser Verwaltungsreform und des neuen Haushaltsrechts.

(Abg. Zeller SPD: Jawohl! Das ist immer gut!
Neue Wege!)

Wir wollen von daher gesehen auch zur Verschlinkung des Staates und der Verwaltung unseren Beitrag leisten. Wir wollen aber auch die Risiken dieses Wandels, auch für die parlamentarische Steuerung, herausarbeiten. Wir wollen auch wissen, wie sozialverträglich zum Beispiel eine Dienstrechtsreform, wie die Steuerbarkeit des Haushaltsvollzugs, gerade bei der dezentralen Budgetierung, in Zukunft ist und wie es mit dem Ausbau und Angleichen einer geeigneten parlamentarischen Kontrolle gegenüber diesen neuen Instrumenten geht.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Erdrich-Sommer.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Meine Damen und Herren! Diese Diskussion wird schon seit Jahren geführt. Ich habe die alten Plenarprotokolle nachgelesen. Vor zwei Jahren hat einmal Herr Maurer mit dem Herrn Ministerpräsidenten darüber gestritten oder mit ihm darüber diskutiert, ob die Diskussion über die Reform hier schon seit 30 Jahren oder seit den dreißiger Jahren geführt wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Dreißigjähriger Krieg!)

Ich habe das nicht ganz so ernst genommen. Ich merke aber, je mehr ich mich mit diesem Thema beschäftige, daß es tatsächlich so ist. Ich meine sogar, daß der Ministerpräsident mit seiner Behauptung recht hat, daß die Diskussion seit den dreißiger Jahren geführt wird.

Auch diese Große Anfrage der CDU bringt nicht viel Neues auf den Tisch. Das heißt, es wird kaum etwas abgefragt, was nicht schon einmal gefragt worden ist. Die Antworten gleichen erstaunlich denen, die ich in unseren dicken Wälzern nachgelesen habe. Ich habe mir die Mühe gemacht, das nachzulesen.

(Abg. Sieber CDU: Ehrlich wahr?)

(Marianne Erdrich-Sommer)

Das heißt, im Grunde ist alles, was an dieser modernen Haushaltswirtschaft positiv ist, bekannt. Wir Grüne haben natürlich sehr stark vermerkt, daß in den Haushaltsberatungen 1997 bei zwei Universitäten ein Einstieg in die Globalhaushalte gefunden wurde, weil im Grunde alle Fraktionen sagten, hier müsse etwas passieren, hier sei der Reformbedarf groß. Ich werte gerade die Tatsache, daß diese Globalhaushalte bei Universitäten eingeführt werden, als ein Zeichen dafür, daß dies jeder will.

Ich werde mir auch ersparen, hier jetzt die ganzen Vorteile aufzuzählen. Ich meine, Sie wissen das alles.

Eine Sache, nämlich, daß die sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung der Kern und der wichtigste Vorteil dieser Reform sein soll, ist relativ wichtig. Das hat man natürlich abgefragt. Das wurde auch bestätigt.

An einer Frage in dem Fragenkatalog bin ich hängengeblieben. Diese eine Frage halte ich für eine ganz zentrale – die muß hier noch einmal diskutiert werden –, nämlich die Frage, welche Rolle das Finanzministerium bei einer modernen dezentralen Budgetverantwortung spielt. Das finde ich im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit ganz wichtig.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn nämlich die Grundaussage stimmt, daß der Erfolg einer Reform der Haushaltswirtschaft entscheidend davon abhängt, ob die Akteure Vertrauen in den Fortbestand ihrer Haushaltsansätze haben, ob wir dieses Vertrauen vermitteln können, und wenn es stimmt, daß nur dann, wenn dieses Vertrauen vorhanden ist, sich die Wirtschaftlichkeit auch einstellt, hat das Finanzministerium hier ein Problem. Das will ich einmal ganz gelinde sagen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Nicht nur das Finanzministerium!)

– Nicht nur das Finanzministerium, natürlich auch dieser Landtag. Denn erinnern Sie sich einmal daran, was ich als Abgeordnete hier erlebt habe: Nachtragshaushalt 1996, ein Haushaltsstrukturgesetz und einen Haushalt 1997, in dem die Feuerschutzsteuer gekürzt wurde, bei dem die Feuerwehren aufgeschrien haben, weil sie sich in ihrem Bestand massiv gefährdet gefühlt haben und nicht wußten, wie das weiterläuft.

Ich will an die Eltern erinnern, die natürlich bei den Haushaltsansätzen für die Schülerbeförderung überrascht worden sind.

Ich will an die Theater erinnern, die unter Haushaltsvorbehalt Zuschüsse zugesagt bekommen haben – mir fallen da Konstanz und Freiburg ein – und dann baß erstaunt waren, als ihnen diese Zuschüsse gestrichen oder gekürzt worden sind.

All diese Gruppen würden weder dem Finanzministerium noch diesem Haushalt ein entsprechendes Vertrauen aussprechen. Sie würden mit Sicherheit der Bevölkerung eher das Gegenteil sagen: „Glaubt denen lieber nicht, die machen da, was sie wollen.“ Das ist ein ganz großes Problem.

Ich möchte auch als Problem nennen, daß es dieses Vertrauen nicht gerade schürt, wenn uns der Herr Finanzmini-

ster in der Sitzung, in der wir über den Haushalt 1997 abgestimmt haben, gleichzeitig geschätzte Steuerminderungen für den Haushalt 1997 von knapp 300 Millionen DM vorgestellt hat. In den Zeitungen wurde dann schon darüber spekuliert, ob der Nachtragshaushalt erst direkt vor der Sommerpause oder schon wieder weit vor der Sommerpause verabschiedet werden muß.

Das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Finanzpolitik des Landes muß zurückgewonnen werden. Sonst können wir nicht in eine moderne Haushaltswirtschaft eintreten. Unter der Vorgabe einer verstärkt eingesetzten dezentralen Budgetverantwortung ist ein solches Vorgehen mit Nachtragshaushalten nicht mehr möglich.

Die Budgetierung heißt für die Haushaltserstellung, sowohl für die Planung im Finanzministerium als auch für die Haushaltsberatungen hier im Parlament, daß wir eine größere politische Souveränität beweisen müssen und weniger Haushaltsverschleierung betreiben dürfen. Die Steuerschätzungen, die der Finanzminister immer aus Bonn mitbringt und hier dann als Maßstab aller Dinge auflistet, können für uns nicht mehr der einzige Maßstab sein. Es ist doch bekannt, daß die Neigung, Einnahmen optimistisch hoch und Ausgaben haushaltsfreundlich niedrig zu bewerten, das Geschäft eines Finanzministers sehr viel leichter macht; denn dann hat er einfach ein größeres Haushaltsvolumen, mit dem er operieren kann.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Kollegin, ich darf Sie darauf hinweisen, daß Ihre Redezeit schon eine ganze Weile überschritten ist.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Danke. Ich werde mich in zwei Sätzen, wenn ich darf, kurz fassen.

Die ganze Geschichte heißt also: Wir hängen an dem Vertrauen in unsere Finanzpolitik. Wir müssen uns aber auch fragen, was wir als Parlament verändern müssen. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich sehr gern in Details verlieren, werden sich nicht besonders gern von dem alten System trennen. Ich denke aber, insgesamt wird es dem Parlament sehr guttun, wenn wir zum Beispiel zu einer dezentralen Budgetverantwortung kommen

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

und über die großen Ziele der Politik reden

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP/DVP sowie der Abg. Kurz CDU und Seltenreich SPD)

und wenn wir darüber reden, welche Rahmenbedingungen wir brauchen, und nicht nur Verwaltungsarbeit hier im Parlament leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das war sehr gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kiel.

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt könnte auch überschrieben werden: „Dezentrale Ressourcenverantwortung“. Denn das ist das Eigentliche, um das es hier geht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Diese wiederum ist letztlich nichts anderes als die Delegation von Verantwortung auf die Ebene, die die Arbeit auch tatsächlich macht. Nun ist Delegieren aber eine schwierige Aufgabe. Richtiges Delegieren will gelernt sein. Ohne das geht es nämlich nicht. Dennoch ist Delegieren in einem modernen Staat einfach unverzichtbar. Bei näherem Hinsehen wird man dann auch feststellen: Die Zahl der Entscheidungsebenen bei der Landesverwaltung ist einfach zu groß.

Nun kenne ich natürlich auch die Probleme, die mit dem Delegieren verbunden sind, die insbesondere diejenigen betreffen, die delegieren sollen. Sie geben nämlich Entscheidungsbefugnisse ab, bleiben aber in der Verantwortung für das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen. Auf das Land bezogen ist letztendlich der Minister derjenige, der den Kopf dafür hinhalten muß, zumindest was die politische Verantwortung angeht, aber nicht nur das.

Die Erfahrungen in den Kommunen zeigen aber, daß es richtig ist, zu delegieren, und daß es sich einfach bewährt hat. Da nehme ich das auf, was Sie, Frau Erdrich-Sommer, gesagt haben, nämlich Vertrauen zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu haben. Freilich gehe ich nicht so weit wie Sie, daß ich sagte, einmal vorgegebene Budgets dürfen nicht verändert oder gekürzt werden. Dies ist eine Angelegenheit, über die der Landtag zu befinden hat, je nachdem, in welcher finanziellen Situation man ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Aber innerhalb des Budgets, das man hat, muß man dieses Vertrauen haben. Denn schließlich sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in ihrem Privatleben problemlos in der Lage, sich Kleidung zu kaufen, ein Auto zu kaufen, Möbel zu kaufen, gar noch ein Haus zu bauen und deshalb kostenbewußt und sachorientiert zu handeln.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: So kompetent sind die?)

– Wie bitte?

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: So kompetent sind die?)

– Davon gehe ich aus. Sie geben doch ihre Kompetenz nicht beim Pfortner ab, wenn sie irgendwo in ihren Dienst treten.

Manchmal behandeln wir diejenigen, die in leitenden Funktionen sind, so, als würde man annehmen, sie seien völlig inkompetent.

Zweitens: Wir haben in der Bundesrepublik drei Buchhaltungssysteme, das des Landes, das uralte ist und unverzüglich ersetzt werden muß, das der Kommunen, das alt, aber immerhin noch gebrauchsfähig ist,

(Abg. Seltenreich SPD: Die Kameralistik!)

und schließlich die weltweit verbreitete kaufmännische Buchführung, zu der wir wohl kommen müssen.

Die Kommunen zumindest, deren Betriebe, für die letztendlich auch die Oberbürgermeister und Bürgermeister verantwortlich sind, längst die kaufmännische Buchführung haben, werden in den nächsten Jahren wohl geschlossen die kaufmännische Buchführung einführen. Das Modell Wiesloch zeigt ja, daß das denkbar und richtig ist. Das Land sollte also ebenso verfahren.

Die Umstellung des Buchungssystems kann – und das ist der entscheidende Vorteil – dazu genutzt werden, bei allen, die damit zu tun haben, mehr Kostenbewußtsein zu wecken. Ich bin mir sicher, daß nicht jeder den Unterschied zwischen Ausgaben und Kosten kennt. Da das jetzige Buchführungssystem aber nicht auf Kosten, sondern auf Ausgaben ausgerichtet ist, ist hier ein Umdenken erforderlich, was wiederum Eigenverantwortung notwendig macht und nur mit Vertrauen gewonnen werden kann.

Vielleicht haben in diesem Bereich sogar noch manche Politiker Nachholbedarf, um den Unterschied zwischen Kosten – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Reinhold-Maier-Stiftung macht Seminare!)

– Also ist es doch offenbar notwendig, daß man diesen Unterschied kennt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haushaltspolitik leichtgemacht!)

Ich will es jetzt nicht mit Beispielen belegen.

Lassen Sie mich schließlich, drittens, noch sagen: Den Vorschlag, Prämien für verantwortungsbewußtes Verhalten der Beteiligten zu zahlen, halte ich schlicht für Unfug. Warum ist das Unfug? Warum sollen wir eigentlich Prämien zahlen für jemanden, der seine Arbeit pflichtbewußt und korrekt macht? Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Das kann man doch von jedem Beamten erwarten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dafür wird er bezahlt und die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst auch. Ich will das auch gar nicht auf den öffentlichen Dienst beschränken. Verflixt noch mal, man wird dafür bezahlt, daß man seine Arbeit korrekt und ordentlich macht. Dafür muß man nicht auch noch eine Prämie bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wohl wahr!)

Mein Fazit – –

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Da kommt ein „minus Null“, dann muß ich jetzt aufhören.

Was jetzt vom Finanzministerium in die Wege geleitet wird, ist ein richtiges und wichtiges Signal für eine größere Effizienz des baden-württembergischen Staates. Unsere

(Kiel)

Fraktion wird, soweit sie irgendwie kann, dabei behilflich sein, daß es möglichst schnell umgesetzt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Jawohl!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schonath.

Abg. Schonath REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Grundgedanke, durch Einführung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten die Wirtschaftlichkeit der Landesverwaltung zu fördern, wird von uns Republikanern grundsätzlich begrüßt. Der Vergleich mit sogenannten Center-Organisationen in der Wirtschaft hinkt jedoch, da allein die Bildung von kleineren abgeschlossenen Einheiten in der Landesverwaltung nicht automatisch zu mehr Wirtschaftlichkeit führt.

Die dezentrale Budgetverantwortung, so wie sie bereits bei einigen Pilotämtern des Landes eingeführt worden ist, stellt zwar für die davon betroffene Behörde eine größere Haushaltsfreiheit dar, jedoch führt dies nicht zwangsläufig zu sparsamem Haushalten. Vielmehr bestimmt die Behörde weitgehend selbständig, für welche Zwecke sie die ihr zur Verfügung stehenden Mittel verwendet, ohne daß der Umfang der einzelnen Planstellen finanziell ausgeglichen wird und nicht verbrauchte Mittel ins nächste Jahr übernommen werden.

Aber läßt sich davon auch ein Sparsamkeitseffekt ableiten? Dies darf zu Recht bezweifelt werden. Deshalb ist es unerlässlich, auch eine Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen und sich streng daran zu halten.

In den Behörden hat sich in jahrzehntelanger Gewohnheit so mancher Schlendrian eingeschlichen, schließlich mußte nie kostendeckend gearbeitet werden. Leistungen der Landesbediensteten wurden kaum in geeigneter Weise ermittelt, Beförderungen oft nur nach jahrelangem „Absitzen“ gewährt, und mit zunehmendem Alter stieg auch ganz automatisch die Entlohnung an.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Um den „schwerfälligen Apparat“ mit seiner bisherigen Praxis umzustellen, bedarf es eines Umdenkens in den Köpfen aller daran mitwirkenden Personen.

Ein Ausweiten der bisher laufenden Modellversuche auf den gesamten Staatshaushalt bedeutet aber auch einen Verlust der Haushaltskontrolle durch das Parlament, einen Verlust der Transparenz sowie einen Verlust der Haushaltsklarheit. Offensichtlich konnten in den vergangenen zwei Jahren bei den beteiligten Ämtern des Modellversuchs noch keine ausreichenden Erfahrungswerte gesammelt werden, da der Modellversuch auf zwei weitere Jahre verlängert wurde.

Es hat sich bereits gezeigt, daß sich bei der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung erhebliche Schwierigkeiten ergeben haben. Ursache dafür ist das bereits erwähnte Umdenken der Beschäftigten in den Pilotämtern, das sich eben nicht erzwingen läßt. Langjährige Mitarbeiter sind sicher kaum bereit, ihre festgefahrenen Gewohnheiten zu än-

dern. Einzige positive Resonanz bei den Pilotämtern ist die Möglichkeit der Übertragbarkeit und gegenseitigen Dekungsfähigkeit der Mittel. Sparsamer bzw. wirtschaftlicher wird deswegen aber noch nicht gearbeitet. Der Umdenkungsprozeß wird sicher noch viele Jahre in Anspruch nehmen und wahrscheinlich niemals den wünschenswerten Stand erreichen, der hierfür erforderlich wäre.

Dieses System wäre dem bisherigen auf jeden Fall vorzuziehen, wenn damit anhaltend Kosten gesenkt werden könnten. Dies ist bislang jedoch nicht erkennbar und darf auch für die Zukunft bezweifelt werden. Diverse Untersuchungen bei Landesbehörden haben ergeben, daß es ein großes Potential an Effektivität und Wirtschaftlichkeit in der Landesverwaltung gibt. Die Verwirklichung und Umsetzung lassen bisher jedoch leider zu wünschen übrig.

Die zunehmende Tendenz der Bildung von Landesbetrieben nach § 26 der Landeshaushaltsordnung führt auch dazu, daß diese Betriebe aus dem Staatshaushalt ausgegliedert werden, sich also der Kontrolle des Parlaments weitgehend entziehen, und auf diese Weise der tatsächliche Umfang der Staatsschulden verschleiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Das Entlohnungssystem im öffentlichen Dienst ist als veraltet und überholt anzusehen. Es bildet kaum Anreize für Innovation und Leistung. Insgesamt sind im Land die Personalkosten viel zu hoch. Sie könnten bei einem effizienten und wirtschaftlicheren Arbeiten mit entsprechenden Anreizsystemen mit großer Sicherheit gesenkt werden. Ähnlich wie in der Industrie, wo nur eine Leistungsverdichtung und rationelles Arbeiten zum Überleben von Firmen geführt haben, kann die öffentliche Verwaltung in Zukunft auch nur bestehen, wenn es ihr gelingt, sich zumindest annähernd daran zu orientieren.

Ressourcenüber- bzw. -unterschreitungen bleiben im Pilotprojekt unberücksichtigt, verantwortungsvolles Verhalten wird nicht belohnt. Insofern existieren keine wirklichen Bedingungen, die für aussagekräftige Ergebnisse jedoch absolut notwendig wären. Das ganze Projekt wird halbherzig und unter unwirklichen Voraussetzungen angegangen. Deshalb wird das Ergebnis nicht den gewünschten Erfolg bringen können. Wie aus der Antwort auf die Große Anfrage zu entnehmen ist, liegen auch keine anderen Erkenntnisse über Einsparmöglichkeiten vor.

(Abg. Nagel SPD: Jetzt kommen die Wasserstandsmeldungen!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Schonath REP: Ja, ich komme gleich zum Schluß. Das ist noch ein wichtiger Punkt.

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

Der Modellversuch hat keine Auswirkungen auf die Personalausgaben oder auf die Stellenpläne ergeben.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Hochinteressant!)

(Schonath)

Dies und nur dies ist aber das anzustrebende Ziel. Insofern muß das gesamte Pilotprojekt ernsthaft in Frage gestellt werden.

Bei Situationen, wie wir sie derzeit haben, also daß während eines Haushaltsjahres durch Steuermindereinnahmen einschneidende Sparmaßnahmen erforderlich sind, kann finanzpolitisch nicht wirksam gegengesteuert werden. Das System der dezentralen Budgetverantwortung ist demnach nur dann funktionsfähig, wenn sich genug Geld in der Staatskasse befindet. Bisher konnten keinerlei Einspareffekte aufgezeigt werden. Insgesamt muß das System mit Recht in Frage gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Stellv. Präsident Weiser: Ihre Redezeit ist zu Ende!

Abg. Schonath REP: Bei der Festsetzung der Gebühren ist zu befürchten, daß sowohl nach dem Äquivalenzprinzip als auch nach dem Kostendeckungsprinzip mit erheblich höheren Gebühren zu rechnen ist. Die Bürger werden dies nicht einsehen. Die Dienstleistungsbehörde Staat wird noch mehr in Verruf kommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Staatssekretär Rückert.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Sieber CDU: Jetzt sprechen die Fakten!)

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie – und zwar der große Teil dieses Hauses – uns auf unserem Weg wohlwollend begleiten.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Jawohl!)

Wir wissen, daß wir gegenwärtig unter ganz besonderen Sparzwängen stehen und daß wir uns anstrengen müssen, mit immer knapper werdenden Ressourcen den ständig steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Ich danke Ihnen, daß Sie uns auf dem Weg begleiten, den wir seit 1993 gehen, nämlich den Weg eines sukzessiven Umstellungsprozesses, daß Sie unsere Modellphase mittragen, in der wir einzelne Bausteine haben, zum Beispiel eine dezentrale Budgetverantwortung und globale Titel mit gegenseitiger Deckungsfähigkeit, und daß Sie akzeptieren, daß wir diesen Bausteinen auch zwingend eine Kosten- und Leistungsrechnung als Vorgabe mit auf den Weg geben, um sie als Führungsinstrument und als Verwaltungscontrolling zu haben.

Sie wissen, daß wir zahlreiche Modellversuche stufenweise auf den Weg gebracht haben, und ich bitte doch, wenn die Umsetzung etwas länger dauert als ursprünglich angenommen, daraus nicht zu schlußfolgern, daß eine nichtmotivierete Mitarbeiterschaft nicht entsprechend leistungsbereit sei.

Tatsache ist, daß das EDV-System erst auf diese neuen Systeme umgestellt werden muß und daß das sukzessiv und stufenweise funktioniert. Wir wissen, daß unsere Mitarbeiter, die wir mit diesen Modellprojekten betrauen, diese Mo-

dellprojekte sehr wohl positiv bewerten und daß zu uns sehr viel an Kreativität und Motivationssteigerung zurückkommt. Deswegen meine ich auch, daß wir auf einem guten und richtigen Weg sind.

Die entscheidende Frage ist: Wie sieht es, wenn wir diese Modellversuche abgeschlossen haben, mit einer weiteren, vielleicht landesweiten Ausdehnung aus? Da müssen wir Ihnen sagen, daß es notwendig ist, zu prüfen, wie die Relation zwischen Kosten und Nutzen aussieht. Auch das gehört zur bewertenden Gesamtabwägung. Wir haben mit einer gutachterlichen Bewertung dieser Frage eine Unternehmensberatungsgesellschaft beauftragt. Wir gehen davon aus, daß uns noch in diesem Jahr das Ergebnis vorliegt und daß wir Ihnen dann entsprechende Vorschläge machen können.

Nun bin ich sehr dankbar, daß in verschiedenen Beiträgen, zum Beispiel von Ihnen, Frau Erdrich-Sommer, aber auch von Ihnen, Herr Kiel, deutlich gemacht worden ist, daß die Einführung der dezentralen Budgetverantwortung auch Auswirkungen auf die haushaltsrechtlichen und politischen Steuerungs- und Kontrollfunktionen des Parlaments haben wird. Da möchte ich ganz einfach auf einige wenige Dinge hinweisen.

Zum einen: Wenn wir das einführen, werden wir eine entsprechende Rechtsänderung vornehmen müssen. Denn das, was wir bisher proben, proben wir mit einer Experimentierklausel als Ausnahme. Das wird dann künftig die Regel werden, und das wird bedeuten, daß wir Rechtsänderungen im Haushaltsgrundsatzgesetz vornehmen müssen, zum Beispiel beim Stichwort „Jährlichkeit“ – sprich: Übertragbarkeit nichtverbraucher Mittel – und beim Stichwort „Spezialität“: Wir wollen dann die gegenseitige Deckungsfähigkeit in einem großen Bogen über sogenannte Globaltitel spannen. Und daraus müssen wir eben dann die rechtlichen Konsequenzen ziehen. Wir meinen aus unserer Sicht, daß ein nicht aufzulösendes Junktim zwischen der dezentralen Budgetverantwortung und der Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung und des Verwaltungscontrollings – das eine bedingt das andere – hergestellt werden muß. Wir meinen aber auch, daß eine gesetzliche Ermächtigung zur Bildung einer sogenannten Steuerungsreserve notwendig ist.

Eine solche Reserve, für die es im geltenden Haushaltsrecht bisher keine gesetzliche Grundlage gibt, ist zur Gewährleistung der globalen Steuerungsfunktion der Finanzpolitik, einerseits durch die Regierung, andererseits aber auch durch Sie als Parlament, notwendig. Denn wenn wir auf der einen Seite den Ebenen, die globale Mittel mit der Konsequenz bekommen, daß erwirtschaftete Mittel dort nicht abgezogen werden, Planungssicherheit geben wollen – und das wollen wir auch –, dann müssen auf der anderen Seite wir als Regierung und auch Sie als Parlament auf sich verändernde Situationen reagieren können. Frau Erdrich-Sommer, Sie haben das ganz richtig erkannt.

Nicht um die Mitarbeiter zu bevormunden, sondern um unserer Verantwortung gerecht zu werden, brauchen wir ein solches Instrument, mit dem wir gegebenenfalls auf Veränderungen bei den Steuereinnahmen reagieren können. Ich meine, Sie haben in Ihren Wortmeldungen sehr wohl signa-

(Staatssekretär Rückert)

lisiert, daß Sie das nicht nur mittragen, sondern auch als notwendig erachten.

Wir meinen als zweites, daß dann, wenn wir solche Instrumente und solche Globalhaushalte anbieten, aber auch – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Seltenreich? –

Staatssekretär Rückert: Bitte.

Abg. Seltenreich SPD: Meine Frage betrifft die Steuerungsreserve. Wir haben ja bereits eine Steuerungsreserve, allerdings negativer Art, nämlich die sogenannte globale Minderausgabe. Was machen wir mit ihr?

(Abg. Sieber CDU: Streichen!)

Staatssekretär Rückert: Lieber, verehrter Kollege Seltenreich! Wir haben uns ja vorgenommen, die globale Minderausgabe in den nächsten Jahren sukzessiv nach unten zu fahren.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme aus dem Bereich der Kommunal финанzen. Ich habe ein solches Instrument überhaupt nicht gekannt, und ich könnte mir vorstellen, daß wir die globale Minderausgabe stufenweise senken und es unser Ziel ist, auf sie nach einigen Jahren ganz zu verzichten, weil wir dafür die Steuerungsreserve haben. Sie sehen, daß da eine Veränderung stattfindet, die letztendlich Ihnen auch noch politischen Handlungsspielraum geben muß.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist die Frage: Bekommen wir ihn, oder behält ihn sich das Finanzministerium vor? –
Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Da sind wir skeptisch!)

– Darüber werden wir in den Einzelberatungen zur Änderung des Haushaltsgrundsatzgesetzes zu befinden haben.

Aber jetzt noch etwas anderes, und ich will da nicht schönfärben. Wir meinen, daß darüber hinaus auch eine gesetzliche Verpflichtung zur Abschöpfung einer Effizienzrendite gegeben sein muß. Denn wer hat dann, wenn wir es mit einem solchen Instrument ermöglichen, daß erwirtschaftete Mittel umfassend und zu 100 % weiterverwendet werden dürfen, am Schluß den Erfolg? Sicher die Verantwortungsebene unten. Aber wir wollen dabei doch auch etwas für unseren Gesamthaushalt gewinnen. Deswegen werden wir uns Gedanken darüber machen müssen, in welcher Höhe wir eine Effizienzrendite einplanen, damit es zu einem vernünftigen und vertretbaren gegenseitigen Geben und Nehmen kommt.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Ein Sparbüchse wollen wir auch nicht konstruieren!)

Denn wenn wir das nicht tun, hat letztendlich nur das einzelne Ressort einen Gewinn, und der gesamte Landeshaushalt geht leer aus. Hier haben Sie letztendlich auch ureigenste Interessen.

Nun noch ein Letztes: Wir müssen wissen – das ist auch schon angedeutet worden –, daß sich eine solche neue

Haushaltsgestaltung auch im parlamentarischen Budgetrecht auswirken wird.

Ich habe sehr viel Sympathie für den neuen Weg, denn ich kann mir gut vorstellen, daß es viel effizienter ist, über Ausgabenblöcke zu diskutieren und über Ausgabenblöcke durchaus auch streitig meinungsbildend zu diskutieren, als uns an jedem einzelnen klitzekleinen Haushaltstitel festzuhalten. Das würde bedeuten, daß dann aber auch wir als Politiker akzeptieren müssen, daß wir Verantwortung nach unten abgeben und daß wir uns praktisch auf die große Steuerung zurückziehen, aber auch konzentrieren – aus meiner Sicht ein vernünftiger Weg. Ich möchte Ihnen das ganz einfach so deutlich mit auf den Weg geben.

Wenn ich auch da ein Ja höre, dann meine ich, daß wir uns letztendlich durch eine solche Umgestaltung in der Beratung des Staatshaushalts nicht etwas wegnehmen lassen, sondern daß wir damit die Möglichkeit haben, zielgerichteter, aufgabenorientierter zu diskutieren. Dann haben Sie es in der Hand, Zielvorgaben zu setzen, über Qualität und Quantität Vorgaben zu machen und dann die Regierung in die Verantwortung zu stellen, das umzusetzen, und über entsprechende Instrumentarien das Ergebnis abzufragen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Und zu kontrollieren!)

Meine Damen und Herren, mein Fazit: Ich meine, wir sind auf einem guten Weg. Ich bin mit Ihnen, Herr Dr. Steim, auch der Meinung: Wir müssen uns sputen. Aber ich darf Ihnen sagen: In dem halben Jahr, in dem ich jetzt dabei bin, haben wir gerade in jenen Bereichen, die diese Modellversuche machen, wirklich motivierte Mitarbeiter kennengelernt, die sich kreativ und engagiert der Herausforderung stellen. Die von Ihnen artikulierten Ungeduld sollte deshalb nicht als Kritik verstanden werden, sondern als Ansporn, der den Mitarbeitern deutlich macht: Ihr seid auf einem guten Weg; wir erwarten von euch noch in diesem Jahr einen Bericht. Dann können wir daraus die Schlußfolgerungen ziehen.

Ich möchte für das Finanzministerium dazu beitragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** auf:

Aktuelle Debatte – Gesundheitsreform – Berücksichtigung baden-württembergischer Positionen – beantragt von der Fraktion der CDU

Ich darf darauf hinweisen, daß sich das Präsidium noch einmal eingehend mit der Frage beschäftigt hat, daß bei Aktuellen Debatten frei gesprochen werden muß. Für den Ablauf der Aktuellen Debatte gilt im übrigen das übliche Verfahren.

Ich darf das Wort Herrn Abg. Dr. Repnik erteilen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Der Zettel ist zu ausführlich, Herr Kollege! Abgeben! –
Abg. Pfister FDP/DVP: Der Zettel bleibt hier!)

Abg. Dr. Repnik CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen heute über dieses Thema noch einmal sprechen, weil die SPD im September 1996 im Bundesrat ein zustimmungspflichtiges Gesetz wieder einmal, wie immer, abgelehnt hat, weil ein Anruf aus der Baracke kam. Wir können auf diese Art und Weise die Zukunft nicht gestalten. Deswegen müssen wir ein zweites Neuordnungsgesetz machen, das im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig ist. Wir werden darüber heute diskutieren.

Herr Müller, ich nehme an, daß Sie nachher zu diesem Thema auch sprechen werden, und ich möchte Sie im Hinblick auf die Debatte von vorhin und die Debatte beim Sozialhaushalt doch wirklich bitten, irgendwelche Schlagwörter wie „Es wird kaputtsaniert“ bleiben zu lassen.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Wenn es stimmt, wird es wiederholt!)

Das steht doch in Ihren Briefen drin.

(Abg. Bebber SPD: Eben drum! Der Wahrheit die Ehre!)

Von Kaputtsanieren kann in der Tat keine Rede sein, wenn man bedenkt, daß zwischen 1991 und 1996 die Kosten im Gesundheitswesen

(Abg. Bebber SPD: Frei reden!)

von 174 Milliarden DM auf 229 Milliarden DM gestiegen sind.

Lieber Herr Bebber, ich habe keine Ahnung, von was Sie eine Ahnung haben, aber eines sage ich Ihnen: Wenn jemand immer seinen Senf dazugibt,

(Abg. Bebber SPD: Zur Sache, Schätzchen!)

läuft er Gefahr, daß er irgendwann als Würstchen erkannt wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Nagel SPD: Da klatscht der Haas! – Lachen bei der SPD)

Es macht auch keinen Sinn, von „Klau bei Kuren“ und von Zweiklassenmedizin zu sprechen. Es macht auch keinen Sinn – deswegen haben wir das Thema „Gesundheitsreform“ noch einmal angesetzt –, daß man sich immer nur Einzelpunkte – wie heute mittag die Kuren – herauspickt. Man muß das ganze System im Auge haben und sichern. Die SPD macht inhaltlich überhaupt keine zukunftsweisen Vorschläge.

Die CDU sagt folgendes: Wir werden am paritätischen und subsidiären Prinzip festhalten. Das heißt, die Leistungsfähigkeit und die Qualität können nur durch eine Stärkung der Selbstverwaltung und durch Einfordern der Eigenverantwortung gesichert werden. Auch wenn Sie nachher die Parität ansprechen – wir sind in Bonn ja noch nicht weitergekommen, weil es einen Dissens zwischen der FDP und der CDU gibt – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Es gibt innerhalb der CDU einen Dissens!)

– Es gibt einen Dissens zwischen der FDP und der CDU. Wir werden am paritätischen System festhalten, an einem System, das sich in der Sozialpolitik seit 100 Jahren bewährt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Wir stehen vor großen Herausforderungen in der Gesundheitspolitik. Es geht darum, daß das Gesundheitswesen bezahlbar bleibt und keine Zweiklassenmedizin entsteht. Wir sind auch bereit, unpopuläre Maßnahmen wie Zuzahlungen, denn ohne sie kommt man nicht mehr aus, als unverzichtbar in den Raum zu stellen. Die Herausforderungen betreffen die demographische Entwicklung, den medizinisch-technischen Fortschritt und selbstverständlich viele neuen Erkrankungen. Vor denen dürfen wir die Augen in der Tat nicht verschließen.

Deswegen sagen wir auch: Wir werden die Kostensteigerungen nur begrenzen können und mit Sicherheit im Gesundheitsbereich keine großen Sparmaßnahmen auf den Weg bringen können, wenn wir dieses System erhalten wollen.

Ich nenne nur einige Zahlen: Wir haben jedes Jahr 350 000 neue Tumorerkrankungen. Wir haben in Deutschland über 60 000 HIV-Infizierte und etwa 16 000 HIV-Erkrankte. Wir können mit dem medizinischen Fortschritt, vor allem mit Arzneimitteln, dafür sorgen, daß viele HIV-Infizierte nicht erkranken. Dafür brauchen wir Geld. Das muß zukünftig gesichert werden. Es darf doch nicht passieren, wie es vor ein paar Tagen in der „Stuttgarter Zeitung“ stand, daß eine Klinikärztin, weil das Budget erfüllt war, um Arzneispenden bitten mußte, damit sie ihre Krebspatienten noch behandeln konnte.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Was tun Sie denn dagegen, Herr Kollege?)

Deswegen sagen wir: In kleinen Bereichen brauchen wir – –

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ihr wollt doch den niedergelassenen Ärzten mehr Geld geben!)

In kleinen Bereichen brauchen wir die Zuzahlung, damit wir die großen Risiken absichern können. Zuzahlungen halten wir für richtig. Mit der Sozialklausel, die wir haben, kann kein Mensch behaupten, das sei unsozial.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Wie war das mit der schlanken Verwaltung?)

Über 20 Millionen in Deutschland, ein Viertel der Bevölkerung, sind durch Befreiungen und durch Härtefallregelungen zuzahlungsbefreit.

Des weiteren haben wir eine Überforderungsklausel, die besagt, daß nicht mehr als 2 % des Bruttoeinkommens dafür ausgeben werden darf.

(Dr. Repnik)

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Und in wievielfacher Ausfertigung muß man die Anträge dafür einreichen?)

– Frau Bender, ich freue mich auf die zweite Runde. Meine Redezeit für die erste Runde ist gleich zu Ende. Ich freue mich auf die zweite Runde. Wir werden dabei noch zwei, drei Dinge ansprechen.

Für chronisch Kranke wird die Zuzahlung sogar auf 1 % des Einkommens abgesenkt. Wer da von unsozial oder gar von einer Zweiklassenmedizin spricht, der redet an der Wahrheit vorbei.

Ich spreche noch etwas an, damit Sie darauf eingehen können. Gott sei Dank ist die Positivliste vom Tisch.

(Abg. Birzele SPD: Was? – Weitere Zurufe von der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Wer die Positivliste fordert – –

(Lebhafte Unruhe – Abg. Birzele SPD: Das sagt der Apotheker! – Zurufe der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen und Nagel SPD – Glocke des Präsidenten)

Wer die Positivliste fordert, ist der Totengräber jeder alternativen Medizin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Das ist doch absurd! – Abg. Haas CDU: Seit wann kennt sich der Birzele mit Positivlisten aus?)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Marsch durch die Institutionen verändert viele Menschen, aber der Marsch durch die Institutionen der Pharmazie und der Krankenhaushierarchie hat niemanden so verändert wie Horst Seehofer, den Bundesgesundheitsminister.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

1992 als Anwalt des kleinen Mannes angetreten, weiß er sich 1997 nicht anders zu retten als durch Zuzahlungen, durch Beitragserhöhungen und durch einseitige Belastung der Versicherten. Was er 1992 selber verkündet hat, nämlich – Zitat – „es ist zutiefst unsozial, die chronisch Kranken zu belasten“, vergißt er, und er schlägt eine Politik ein, die den Interessen bestimmter Gruppen innerhalb des Gesundheitssystems intensiv dient.

Es ist ja so, daß man heute den Eindruck haben könnte, der Gesundheitsminister in Bonn sei Herr Möllemann von der FDP,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Er ist nicht der Schlechteste!)

der Fachbeirat sei die Bundesvereinigung der Zahnärzte,

(Unruhe)

und im Bereich der Pharmazie sei Frau Yzer Beraterin, die erst vor wenigen Tagen einen Beratervertrag bekommen hat,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Die wird es erst!)

ohne daß sie ihr Bundestagsmandat zurückgegeben hat. Das ist die Realität, eine traurige Realität. Ich stehe mit dieser Einschätzung nicht allein. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten die „Stuttgarter Zeitung“ von heute:

Schon in den zurückliegenden Jahren ließ die Gesundheitspolitik der Bundesregierung eine klare Linie vermissen . . . Doch nicht nur die Feindbilder wechselten, auch die Konzepte . . ., denn die Koalitionsspitzen haben jetzt abermals eine radikale Kehrtwendung vollzogen.

Es ist eindeutig klargeworden, daß sich die Politik in diesem Bereich radikal verändert hat. Ich bin froh – das war das einzig Positive an Ihrer Rede, Herr Kollege Repnik –, daß Sie ein klares Bekenntnis zur paritätischen Finanzierung abgelegt haben. Ich bin froh, daß Sie das machen, und ich hoffe, Sie bleiben auch dabei. Dann haben wir ja gute Chancen, diese Sache im Bundesrat noch abzuwenden.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Im Bundesrat wird nichts mehr passieren, mein Freund!)

Aber man darf natürlich eines nicht machen, Herr Repnik: Man darf nicht die SPD im Jahr 1994 ausklammern und sagen: „Wir machen das durch nicht zustimmungspflichtige Gesetze jetzt alles allein“ und uns 1997 vorwerfen, daß der Karren im Dreck steckt. Das haben Sie ganz allein zu verantworten. Es war Ihre Politik, die die Krankenhäuser ausgenommen hat, die die kostensparende Verzahnung von ambulanter und stationärer Betreuung und die intensive Verzahnung von stationärer Behandlung und Rehabilitation eliminiert hat. Da stecken die Milliardenbeträge, da könnte man einsparen.

Nun noch ein Wort zur Positivliste, 1992 auch von Herrn Seehofer beschlossen und 1996 in den Schredder geworfen.

(Abg. Haas CDU: Aus gutem Grund!)

Dies ist meiner Ansicht nach ein Kotau vor der pharmazeutischen Industrie. Wir haben in den Jahren 1992 und 1993 etwa 6 Milliarden DM im Bereich der pharmazeutischen Industrie, im Bereich der Medikamente gespart. War jemand kränker in unserer Republik? Ich habe niemanden gesehen.

(Abg. Haas CDU: Es liegt doch an den Ärzten, die das falsche Zeug verschreiben!)

Das heißt also, daß es riesige Einsparpotentiale gibt. Ich habe vor wenigen Tagen von 110 t Sondermüll in Kiel in Form von Arzneimitteln gelesen. Die Kosten für dieses ganze System belaufen sich auf 33 Milliarden DM. Wir haben heute morgen über die Rehabilitation diskutiert, deren Kosten sich auf 8 Milliarden DM belaufen. Die Dimensionen stimmen also vorn und hinten nicht, und ich fordere Sie auf, wieder zu dem bewährten, solidarisch finanzierten System der Krankenversorgung zurückzukehren, wie wir

(Dr. Walter Müller)

es hatten. Wir sehen immer die Entwicklung in den USA: wesentlich teurer, wesentlich unsozialer, höhere Kosten in allen Bereichen. Da wollen wir Sozialdemokraten nicht hin.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bisher hieß das gemeinsame Ziel im Gesundheitswesen ja noch Sparen, und dann konnte und mußte man streiten um das Wie des Sparens.

(Abg. Haas CDU: Einsparen!)

Wir haben Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, oft genug vorwerfen müssen, daß Sie falsch sparen, zum Beispiel mit den Kürzungen bei den Reha-Leistungen, über die vorhin schon debattiert wurde.

Jetzt aber, Herr Kollege Repnik, ist ja selbst dieses Ziel des Sparens bei Ihnen aufgegeben. Jetzt heißt es doch nur noch abkassieren –

(Abg. Haas CDU: Das ist doch nicht wahr!)

abkassieren bei den Versicherten, egal, ob man das nach Ihrem Modell der Zuzahlungen macht oder so, wie wir es jüngst aus der Koalitionsrunde in Bonn vernehmen nach dem Motto: Ärzte und Pharmaindustrie bekommen mehr Geld, und die dann fälligen Beitragserhöhungen werden von den Versicherten bezahlt. Das ist reine Klientelpflege zugunsten der Klientel der FDP,

(Abg. Haas CDU: Was wir nicht wollen!)

und ich wundere mich, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie so etwas mitmachen.

(Abg. Haas CDU: Die FDP/DVP hat ja gerade das Gegenteil gesagt, Frau Bender! Wo waren Sie gerade? Sie müssen Ihre Rede umschreiben!)

So wird nämlich aus dem hehren Ziel der Senkung der Lohnnebenkosten nichts anderes als die Senkung der Löhne, und ich möchte wissen, wie Sie dies vertreten wollen.

Hier gibt es mehrere Sündenfälle. Sehen Sie sich das Beispiel Zahnersatz an. Demnächst gibt es hierfür die Privatabrechnung, verbunden mit einem Festzuschuß der Krankenkassen. Die Ersatzkassen haben ausgerechnet, daß dieses Prinzip ohne Mehrung des Bedarfs an Zahnersatz im Jahr 1996 Mehrkosten von 1,5 Milliarden DM, zu tragen von den Versicherten, nach sich gezogen hätte.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Woher haben Sie die Zahlen?)

– Von den Ersatzkassen, Herr Kollege.

Junge Leute bekommen gar keinen Zahnersatz mehr. Sagen Sie mir jetzt bitte einmal, was das mit dem Solidarprinzip zu tun hat,

(Abg. Haas CDU: Das stimmt doch gar nicht! Sie haben keine Ahnung, Frau Bender! Absoluter Quatsch, was Sie hier erzählen!)

wenn es demnächst heißt: „Entweder du hast Geld, oder du hast Löcher im Gebiß.“ Das kann doch alles nicht wahr sein.

Meine Damen und Herren, ich frage mich, wie Sie die Absicht, die Begrenzung bei den Arzthonoraren und beim Arzneimittelbudget aufzugeben, rechtfertigen wollen. Wir sehen doch gerade hier in diesem Land, daß selbst unter Geltung des Deckels die Ärzte mehr ausgeben, wenn die Selbstverwaltung nicht nachdrücklich auf die Einhaltung dringt. Wie ist es denn in Nordbaden? Nach Angaben der AOK Baden-Württemberg haben die Ärzte in Nordbaden – das sind die, die jetzt streiken, anstatt ihre Patienten zu behandeln – 1995 1,5 Millionen DM mehr als im Bundesdurchschnitt für Arzneimittel ausgegeben. Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß dies medizinisch zu begründen ist.

An die Adresse des Herrn Landessozialministers, des Herrn Vetter, möchte ich sagen: Wenn nun die Begrenzungen bei den niedergelassenen Ärzten und im Arzneimittelbereich aufgehoben werden, was soll dann eigentlich aus den Krankenhäusern werden? Sollen die allein sparen? Für die tragen Sie als Landesminister die Verantwortung. Ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie die ausfüllen wollen.

Wenn man wirklich sparen will, meine Damen und Herren, dann muß man in die Prävention investieren. Die haben Sie aber abgeschafft. Dann muß man das Sparprinzip anhand der Positivliste durchsetzen. Auch die haben Sie gekillt.

(Abg. Haas CDU: Aus guten Gründen!)

Dann muß man für die Verzahnung ambulanter und stationärer Leistungen sorgen. Nirgends am Horizont! Dann ist ein Mittel die Flexibilisierung der Beziehungen zwischen Krankenkassen und Leistungsanbietern, Stichwort Einkaufsmodelle. Auch davon nichts zu sehen,

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Gott sei Dank!)

weil die Leistungsanbieter sich dann dem Wettbewerb stellen müßten. Das wollen sie offenbar nicht.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abg. Bender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ja, bitte.

Abg. Kluck FDP/DVP: Frau Kollegin Bender, sind Sie der Meinung, daß alle homöopathische Naturheilmedizin und ähnliche Dinge überflüssig sind und nicht wirken,

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Schrottreif!)

und wollen Sie deswegen diese unselige Positivliste?

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe mich zu den besonderen Therapierichtungen nicht geäußert, Herr Kollege, aber es ist gut, daß Sie das ansprechen.

(Abg. Haas CDU: Das ist doch in der Frage involviert!)

(Birgitt Bender)

Man müßte selbstverständlich eine Positivliste getrennt nach Therapierichtungen haben und für die Naturheilverfahren eine eigene.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Lachen bei der CDU – Abg. Haas CDU: Erster Rückzieher! Prima, sauber!)

Und jetzt sage ich zum Schluß, weil meine Redezeit zu Ende ist:

(Abg. Haas CDU: Gott sei Dank!)

Herr Minister, das Prinzip Schadensbegrenzung, auf das Sie sich heute bei der Reha-Diskussion berufen haben, reicht nicht. Ich möchte von Ihnen wissen, ob das C im Namen der CDU noch für das Solidarprinzip im Gesundheitswesen steht oder ob das Prinzip jetzt heißt: Möllemann, geh du voran, wir folgen dir.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Herr Repnik hat doch dazu etwas gesagt! Herr Möllemann gehört zur FDP!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

(Abg. Haas CDU: Den hätten Sie fragen müssen!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Zielkonflikt, der in diesem Stoff drinsteckt, heute morgen ja schon ausführlich diskutiert: einerseits die Senkung der Lohnzusatzkosten – da sind wir uns alle einig –, andererseits die wirtschaftliche Dynamik, die im Gesundheitswesen steckt. Ich denke, wenn wir die althergebrachten Rezepte „Beitragssatzstabilität um jeden Preis“, „keine Möglichkeiten für Entwicklungsperspektiven wirtschaftlicher Art“ zum allein herrschenden Dogma machen, dann bremsen wir genau die wirtschaftliche Dynamik, was Sie, Herr Müller, heute morgen heftig beklagt haben.

Wo könnte die Lösung dieses Problems, dieses Zielkonflikts sein? Herr Repnik, Sie haben es angesprochen, daß über den Arbeitgeberanteil hinaus Zuzahlungen verlangt werden müssen. Darüber sind wir uns wohl einig; denn sonst müßten wir eine Steigerung der Lohnzusatzkosten hinnehmen. Das wollen wir nicht.

Jetzt ist die prinzipielle Frage, die nicht nur zwischen FDP und CDU, sondern auch innerhalb der CDU umstritten ist, wie denn diese Zuzahlung „gerecht“, möchte ich fast sagen, vonstatten gehen sollte. Ich denke, es ist eigentlich eine Fiktion, zu sagen, diese solidarische Finanzierung würde noch bestehen. Denn wenn man die Zuzahlungen mit hineinrechnet, zahlt der Versicherte in der Tat mehr als der Arbeitgeber.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch schlimm genug! Soll er noch mehr zahlen?)

– Ja, dazu stehen wir ja. Wir wollen eine solidarische Grundversicherung, an der sich der Arbeitgeber hälftig beteiligt. Bei allem, was darüber hinausgeht, können wir

nicht darum herumkommen, die Patienten in Eigenverantwortung mit in die Pflicht zu nehmen.

(Abg. Haas CDU: Das ist etwas anderes! – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Aber die Frage ist jetzt diese solidarische Teilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

(Abg. Haas CDU: Die paritätische!)

– Die paritätische. – Wenn ich das über die Zuzahlung mache, die ja, wenn die Kasse den Beitrag erhöht, die jeweiligen Patienten betrifft, die zum Beispiel ein Medikament brauchen, dann betrifft es eben nur die Kranken.

(Abg. Haas CDU: Die Betroffenen!)

Wenn ich das aber über den Beitragssatz mache und all das, was an Beitragssatzerhöhung kommt, was über die ursprüngliche hälftige Finanzierung hinausgeht, auf alle Versicherten verteile,

(Abg. Haas CDU: Wer legt denn das fest?)

dann scheint mir das solidarischer zu sein.

(Abg. Haas CDU: Von wegen!)

Ich bitte einfach die Kollegen von der CDU, das einmal zu überlegen.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Und was wird dann mit der Kaufkraft?)

Der zweite Punkt: Sie haben das Thema Zahnersatz angesprochen. Es ist klar, daß ich mich da herausgefordert fühle. Ich meine aber, zum Thema „Herausnahme des Zahnersatzes für jetzt unter 19jährige“ müssen Sie auch erwähnen, daß wir die Anstrengungen im Bereich Prävention sehr stark forciert haben und noch weiter forcieren werden.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Schultern!)

Das heißt, wer heute all die Möglichkeiten, vom Kindergarten bis zu der hervorragenden Jugendzahnpflege des Landes Baden-Württemberg, in Anspruch nimmt, hat eine gute Chance, daß er nicht irgendwann einmal zahnersatzpflichtig wird.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist ja Unsinn! – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Verursacherprinzip!)

– Es ist natürlich schön, wenn Sie, unbeleckt von wissenschaftlicher Kenntnis, nicht zur Kenntnis nehmen wollen,

(Abg. Bebbler SPD: Vorsicht! Seien Sie einmal vorsichtig!)

daß Zahnverlust in den allermeisten Fällen kein hinzunehmendes Schicksal, sondern selbst verschuldet ist. Das ist leider so. Die Wissenschaft ist sich darüber heute einig.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Birzele SPD: Wie hoch? Herr Kollege, wie hoch selbst verschuldet?)

(Dr. Noll)

Nehmen Sie auch einmal zur Kenntnis, daß es dann, wenn wirklich eine schwere Grunderkrankung, beispielsweise ein schwerer Diabetes bei einem Parodontosepatienten, im Hintergrund ist, selbstverständlich weiterhin Zuschüsse zum Zahnersatz geben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Sie müssen schon immer die volle Wahrheit sagen.

Jetzt noch etwas zum Thema Festkostenzuschüsse. Sie, Frau Bender, übernehmen Zahlen von einer Partei, denn die Krankenkasse ist natürlich in dem Fall Partei.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Die Berechnung unserer Seite – jetzt sage ich, daß ich in dem Fall auch Partei bin – sagt: Es wird deutliche Rückgänge im Zahnersatzmarkt geben. Es sagt einem doch auch der logische Menschenverstand

(Abg. Bebbler SPD: Was soll dieses Zeichen? Müssen Sie sich an den Kopf greifen?)

– ich habe meinen logischen Menschenverstand gezeigt, nichts anderes, ich habe niemandem den Vogel zeigen wollen –:

(Heiterkeit)

Wenn der Zahnarzt jetzt mit dem Patienten frei über die Preise verhandeln muß, zum Beispiel auch für Zahnersatz, dann wird das zu einem Rückgang der Kosten führen. Derzeit jammern ja die Zahntechniker schrecklich, weil sie Angst davor haben, daß plötzlich in das System wieder Markt hereinkommt. Markt hat in aller Regel zur Senkung der Kosten geführt und wird auch in diesem Fall zur Senkung der Kosten führen.

Noch eine kleine Anmerkung: Sie wissen ganz genau, daß die Zahnärzte zunächst einmal auf jeden Fall ein Minus machen werden, weil sie nämlich gezwungen werden, diese Sicherheitslinie, daß sie nur den 1,7fachen Satz nach GOZ abrechnen dürfen, einzuhalten. Das ist jetzt vielleicht ein bißchen zu weit führend. Es ist aber ein Schutz in der Weise, daß die von Ihnen befürchtete Überforderung der Patienten mit Sicherheit nicht zustande kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Vielleicht noch ein Wort.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, Ihre Redezeit zu beachten.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn ich noch ein Wort zum Thema Budget sagen darf: Das ist Ihre Lösung für die ganzen Probleme.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Eine Lösung ist es nicht!)

Ich sage Ihnen, Herr Müller und Frau Bender: Das ist Betrug an beiden Seiten, Betrug an dem, der die Leistung erbringt, weil er arbeiten muß und nicht weiß, was er hinterher dafür bekommt und möglicherweise umsonst arbeitet, und Betrug an den Patienten,

(Abg. Bebbler SPD: Sie sind verbohrt! – Gegenruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Sie haben keine Ahnung von der Praxis!)

denen Sie vorgaukeln, daß zu begrenzten Mitteln unendliche Leistungen für jeden zur Verfügung stünden. Sie wissen alle, daß das nicht sein kann und nicht sein wird.

Wenn Sie wissen, daß zum Beispiel am kinderherzchirurgischen Zentrum in Tübingen im letzten Quartal keine Operationen mehr durchgeführt werden, weil die Budgets erschöpft sind,

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

frage ich mich, warum man dann zum Beispiel bei Kuren Krokodilstränen vergießen muß,

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Genau!)

aber nicht erkennt, daß die Budgetierung genau dazu führt, daß absolut Notwendiges nicht mehr geleistet werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich haben wir heute vormittag schon einen Teil dieser Debatte geführt.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Sehr richtig!)

Ob es unbedingt notwendig gewesen wäre, jetzt die Parlamentsstenografen noch einmal zu beschäftigen, möchte ich in Frage stellen.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Genau! – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Da gibt es kein Budget!)

Aber es gibt in der Tat eine ganze Reihe von Gesichtspunkten, die man im Sinn einer Vertiefung dieser Diskussion hier noch erörtern kann. Ich will zunächst einmal ein paar Punkte erwähnen, die sicherlich vom Zahlenhintergrund her nicht unwichtig sind.

Die derzeitige Diskussion über die Reform des Gesundheitswesens ist durch eine Hektik und eine Unklarheit geprägt, wie sie schlimmer nicht sein könnte. Wir haben zwischen 1977 und heute in diesem Bereich 46 größere Gesetze mit über 68 000 Einzelbestimmungen gehabt. Dann haben wir 1988 das Gesundheits-Reformgesetz und 1992 das Gesundheits-Strukturgesetz bekommen. Im letzten Jahr waren das GKV-Weiterentwicklungsgesetz und das Krankenhausneuordnungsgesetz in der Diskussion. Jetzt haben wir das Beitragsentlastungsgesetz, und zum Schluß kommen noch drei Entwürfe für ein Neuordnungsgesetz der gesetzlichen Krankenversicherung. Ich sage: Wir schaffen inzwischen soviel Verwirrung, Verunsicherung und soviel

(Dr. Schlierer)

Unklarheit mit einer solchen Fülle von Bestimmungen, die sich wirklich in raschester Reihenfolge ablösen, daß es für die Beteiligten im Gesundheitswesen eigentlich keinerlei Planungssicherheit mehr gibt.

(Beifall bei den Republikanern)

Es hätte eigentlich von seiten derjenigen Parteien, die in Bonn das Sagen haben, etwas zu hören sein müssen, wie man künftig mit einer klaren Linie in diesem Bereich fahren will. Vielleicht, Herr Kollege Repnik, können Sie dazu nachher etwas deutlich machen.

Nun ein Wort zu der Kostenentwicklung. Es ist in der Tat so, daß wir auf der einen Seite in den letzten Jahren eine enorme Steigerung der Kosten hatten, wobei die gesetzliche Krankenversicherung interessanterweise im Zeitraum 1995/96 eine hochinteressante Entwicklung durchgemacht hat. Wir hatten ja 1995 noch einen Überschuß von über 7 Milliarden DM

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU)

und dann im ersten Halbjahr 1996 eine Unterdeckung von 7,3 Milliarden DM. Diese Zahlen zeigen auch, daß die verschiedenen Maßnahmen in ihrer Auswirkung offensichtlich gar nicht richtig abgeschätzt werden konnten. Den Vorwurf, daß die Wirtschaftlichkeitsreserven durch die Selbstverwaltung nicht genutzt werden konnten, halte ich für nicht begründet. Ich meine allerdings, daß wir auf dem Weg, der sich jetzt mit den Neuordnungsgesetzen abzeichnet, diese Finanzproblematik kaum in den Griff bekommen werden.

Dazu einige Einzelpunkte. Zu Recht wird angesprochen, daß wir auf der einen Seite Lohnzusatzkosten reduzieren wollen. Das bedeutet, daß wir die Beitragssätze im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung stabil halten müssen oder senken sollten. Auf der anderen Seite muß auch klar sein, daß sich jede Anhebung des Versichertenbeitrags auch wirtschaftlich niederschlagen wird.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es gibt hierzu ja Berechnungen des Bundesgesundheitsministers, die zeigen, daß mit einem entsprechenden Kaufkraftverlust unter Umständen auch gesamtwirtschaftlich ein Nachteil erkauft wird. Wie das abzuwägen ist, darüber gibt es bis heute bei allen Berechnungsmodellen keine klaren Aussagen.

Zweiter Punkt: Zu den Budgets oder auch zur Positivliste kann ich nur eines sagen: Bei jedem, der sich über die innere Finanzmechanik dieses Bereichs Klarheit verschafft, besteht eigentlich kein Zweifel daran, daß Rationierungsversuche in keinem Fall das Problem lösen können. Jetzt frage ich einmal den linken Flügel, ob er bereit ist, offen zu sagen, ob er dieses System im Prinzip vollständig verstaatlichen will oder nicht. Entweder Sie gehen hin und rationieren alle Bereiche. Dazu gehören nicht nur das Arzneimittelbudget und die Honorare. Dann müssen Sie sagen: Ich rationiere bis hinein in die Versorgung, in die Arztzahlen alles. Dann sind Sie eventuell in der Lage, das System mit solchen Rationierungen noch leistungsfähig zu

halten. Das, was Sie hier vorschlagen, kann aber nicht funktionieren.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU)

Wohin das in der wirklich katastrophalen Entwicklung führen kann, haben wir ja bei den Budgets gesehen.

Nun noch ein Letztes zur Frage der Kuren und Reha-Maßnahmen. Dazu haben wir ja schon heute vormittag einiges gehört. Ich muß allerdings sagen: Bei aller Anerkennung der Tatsache, daß wir hier enorme Steigerungsraten hatten – letzten Endes aber hier weitaus weniger als in den mitteldeutschen Bundesländern –, muß doch eines auch klar sein, Herr Minister. Hier gibt es ja auch eine klare Antwort Ihres Hauses. Wir haben einmal nachgefragt, wie sich das wirtschaftlich rechnet. Bisher müssen wir davon ausgehen, daß eine nicht durchgeführte Reha-Maßnahme die Gesamtwirtschaft 25 000 DM kostet, während die durchgeführte Maßnahme mit 10 000 DM zu Buch schlägt. Wenn Sie dann gesamtwirtschaftlich saldieren, kommt uns die Reha-Maßnahme gesamtwirtschaftlich immer günstiger als die nicht durchgeführte Reha-Maßnahme. Das, meine ich, ist in Ihren Konzepten bisher zuwenig berücksichtigt.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Müller.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Machen wir die zweite Runde gleich!)

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man bräuchte 20 Minuten, um all das auszuräumen, was in der ersten Runde falsch gesagt wurde.

(Lachen bei der CDU – Abg. Haas CDU: Bei Ihnen braucht man eine halbe Stunde!)

Herr Kollege Repnik, erstens zur Positivliste: keine Rationierung, sondern das Gegenteil. Das heißt, wir hätten kein Arzneimittelbudget, wenn wir die Positivliste hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Birzele SPD: Sehr gut! – Abg. Haas CDU: So ein Quatsch! – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Das hat damit überhaupt nichts zu tun! Das sind zwei verschiedene Dinge!)

Außerdem sollten Sie keine Nebelkerzen werfen. Bei der Erarbeitung der Positivliste waren auch Homöopathen und Vertreter der Phytopharmakaindustrie dabei.

Zweiter Punkt: Herr Kollege Noll, bei der Zahnmedizin haben Sie ein etwas idealistisches Bild gezeichnet.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Man soll an das Gute im Menschen glauben!)

Es gibt sozialmedizinische Untersuchungen, nach denen bei Kindern 80 % der Karies bei 10 % der Kinder versammelt sind. Das sind Kinder aus den Unterschichten, wo die Eltern nicht so aufpassen. Da können Sie doch nicht sagen: Jeder hat die Möglichkeit, sich die Zähne zu putzen. Mancher lernt es, mancher lernt es nicht. Derjenige, der es nicht

(Dr. Walter Müller)

lernt, ist mit 18 Jahren auch nicht in der Lage, das zu finanzieren, weil er keinen Arbeitsplatz findet. Ich denke, Sie sollten sich mit der sozialmedizinischen Dimension vertraut machen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?)

– Sie können gern fragen, wenn meine Redezeit vorbei ist.

Ein dritter Punkt: Der Kollege Repnik hat gesagt, daß die CDU zur paritätischen Finanzierung steht. Aber wir müssen feststellen, daß schon heute nicht mehr paritätisch finanziert wird.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Logisch!)

Durch Zuzahlung zahlen 60 % die Versicherten

(Abg. Dr. Repnik CDU: Die Betroffenen zahlen!)

und nur 40 % die Arbeitgeber.

Sie haben weitere Hürden eingebaut, zum Beispiel mit dieser unsäglichen Beitragsrückerstattung. Das heißt also: Wer nicht krank ist, der kriegt noch Beiträge zurück; wer krank ist, der muß den vollen Preis zahlen. Wo bleibt da die soziale Dimension unseres Gesundheitssystems?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Birzele SPD: Richtig! – Lachen des Abg. Dr. Repnik CDU)

Der letzte Punkt: Wenn Sie sagen, Herr Kollege Repnik, daß Sie die paritätische Finanzierung wollen, dann müssen Sie auch sagen, daß die Automatik, daß die Zuzahlung steigt, wenn der Beitrag steigt, nicht möglich ist. Sonst haben Sie über die Hintertür das gleiche eingeführt. Das heißt, wenn die Krankenkasse den Beitrag um 0,5 Punkte erhöht, wird auch die Zuzahlung entsprechend gesteigert. Sie haben also die Wahl zwischen Pest und Cholera.

(Abg. Haas CDU: Ach!)

Beides wollen wir natürlich nicht, und das ist auch etwas, was Sie als Volkspartei nicht mitmachen dürften.

(Abg. Haas CDU: Sie haben es nicht verstanden!)

Ich appelliere an Sie, den Weg gemeinsam mit der SPD zu gehen. Ich glaube, nur eine „große Koalition“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aha!)

kann in diesen Fragen tatsächlich eine Lösung bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Zum Budget, Herr Kollege Noll. Sie haben uns vorgeworfen, das sei für uns die einzige Lösung, auf die wir setzten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die SPD!)

Das ist natürlich nicht so. Budgets sind eine Sofortmaßnahme. Damit kann man nur etwas festhalten. Aber man

braucht sie, um die Strukturen darunter zu verändern. Wenn man nur die Budgets aufhebt, aber die Strukturen unverändert läßt, dann tritt nichts anderes ein als eine Kostenexplosion.

(Abg. Haas CDU: Nein!)

Man müßte etwas an der Art verändern, die Ärzte zu honorieren.

(Abg. Haas CDU: Jetzt kommt die Neiddiskussion! – Abg. Dr. Walter Müller SPD: Schlagworte!)

Unser Vergütungssystem ist schon vielfach diskutiert worden. Es gibt aus der Ärzteschaft selber, Herr Kollege Haas, Vorschläge, es zu verändern, indem man die sprechende Medizin stärkt, und zwar nicht so, daß plötzlich auch alle Fachärzte dann sprechen, sondern indem man die ärztliche Zeit tatsächlich honoriert und nicht nur das Fummeln mit dem Rezeptblock.

(Abg. Haas CDU: Das ist ja beabsichtigt! Aber Sie haben einen Rückzieher gemacht!)

Daß dazu auch die Positivliste gehört, wurde schon erwähnt.

Herr Kollege Noll, zum Thema Zahnersatz glauben Sie doch selber nicht, daß es gelingen könnte, alle Menschen in die Lage zu versetzen, bis ins hohe Alter ohne Zahnersatz auszukommen.

(Abg. Haas CDU: Wer sagt denn das? – Abg. Pfister FDP/DVP: 19 Jahre!)

Das ist doch ein Technokratenmärchen.

Seien Sie ehrlich und sagen Sie – Sie haben ja das Stichwort Grundversicherung genannt –, daß Sie der Meinung sind, das Solidarsystem soll nur – ich weiß nicht, wie Sie das nennen würden – irgendeine Art von Minimum garantieren,

(Abg. Birzele SPD: Zwei Schneidezähne! Alles andere ist Luxus!)

und alles andere sollen die Leute selber zahlen.

Das aber ist der Ausstieg aus unserem solidarisch getragenen Gesundheitswesen. Das müssen Sie dann auch deutlich formulieren.

(Abg. Haas CDU: VW!)

Ich sage Ihnen: Genau das wollen wir nicht.

(Abg. Haas CDU: Nein, es funktioniert nur bei den Zahnärzten!)

Wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, eines, das übrigens nicht nur die Krankenkassen verpflichtet. Wir wollen auch eine Gesundheitsberichterstattung auf kommunaler und auf Landesebene.

(Abg. Dr. Repnik CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

(Birgitt Bender)

In diesem Sinn ist die Streichung bei den Gesundheitsförderungsmaßnahmen, wie sie uns unsere Landesregierung beschert hat, genau der falsche Weg. Denn in die Prävention zu investieren, das ist völlig richtig. Trotzdem darf man nicht sagen, Herr Noll: Wenn sie nichts geholfen hat, dann zahle ich anschließend nicht mehr. Das nenne ich unsolidarisch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Müller, ich möchte mit Ihnen keine zahnmedizinische Diskussion führen.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Gerne! – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Warum nicht? – Abg. Nagel SPD: Vor allem nicht so verbissen! – Heiterkeit bei der SPD)

Unsere Fachgebiete sind etwas zu unterschiedlich.

Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Jugendzahnpflege in Baden-Württemberg vorbildliche Erfolge erzielt hat und daß wir auf das Thema, das Sie angesprochen haben, nämlich daß sich bei wenigen Jugendlichen viel Karies ansammelt, reagieren werden. Wir werden das System umstellen müssen von einer breitgefächerten auf eine konzentrierte Wirksamkeit in den Bereichen, in denen es wirklich nötig ist.

Wir haben gestern einen Parlamentarischen Abend gehabt. Sie waren auch dabei. Wenn Sie die Kollegen Zahnärzte fragen, werden Sie hören: Im Alter von 17, 18, 19 oder 20 gibt es so gut wie keinen Prothetikbedarf mehr.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Das sind die Fakten, die Sie einmal zur Kenntnis nehmen müssen.

(Abg. Haas CDU: Das ist doch das Problem der SPD, daß sie die Wirklichkeit nicht vor Augen hat!)

Im übrigen sollten Sie hier auch nicht den Eindruck erwecken, als würde das für jetzt gelten. Ich gebe ja gern zu: Die meisten oder alle von Ihnen, die hier sitzen, haben diese Segnungen noch nicht genießen können. Sie wußten vielleicht nicht, wie man sich richtig die Zähne putzt. Deswegen trifft das für Sie alle gar nicht zu. Das sollte man auch in der Öffentlichkeit sagen, weil da auch schon wieder Horrormeldungen durchgehen, es gäbe überhaupt keinen Zahnersatz mehr. Das stimmt nicht. Soviel zu diesem Punkt.

Zum zweiten Punkt, Frau Bender: Ich bin in der Tat davon überzeugt, daß wir uns eine solidarische Finanzierung nur noch für die Grundversorgung werden leisten können.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Dann sagen Sie, was alles herausfallen soll!)

– Es ist doch kein Geheimnis, daß die FDP schon immer dafür eingetreten ist und gesagt hat: Wir wollen eine Grundversorgung, bei der jedem das medizinisch Notwen-

dige in ausreichendem Maß zur Verfügung steht. Bei allem, was darüber hinausgeht, müssen wir an die Eigenverantwortung – und sei es über eine Zusatzversicherung oder sonstige Systeme – denken. Das ist ganz klar.

Aber jetzt vielleicht zum Abschluß – –

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ja, dann definieren Sie die Notwendigkeit! – Zuruf des Abg. Haas CDU)

– Die Grundversorgung zu definieren ist gerade in der Zahnmedizin eine sehr einfach zu lösende Aufgabe.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Und in der Allgemeinmedizin?)

– In der Allgemeinmedizin wird es schwieriger. Trotzdem kommen wir nicht darum herum, das zu tun. Die Ärzteschaft hat nämlich begonnen, darüber nachzudenken, wie so etwas aussehen könnte.

Ich möchte aber außer dem Reagieren noch zwei Punkte als positiven Ausblick bringen.

Wenn wir uns in unseren Nachbarländern umsehen, auch in den weiter entfernten, sehen wir doch, daß es zwei prinzipielle Richtungen gibt. Die eine ist die, die Sie wollen: Reglementierung, Budgetierung. Das führt zu frustrierten Patienten, frustrierten Leistungsanbietern, überlangen Wartezeiten, Rationierung von Gesundheitssystemen – in England bekommt ein Patient ab 65, wenn er noch Raucher ist, keine Bypassoperation mehr – und solchen Dingen. Da gehen wir sehenden Auges hinein, wenn wir diese Richtung verfolgen.

(Lachen des Abg. Birzele SPD)

Die andere Richtung, High-Tech-Medizin, ist sehr teuer. Das ist ja gesagt worden, Beispiel USA. Das nimmt den Aspekt, daß wir Möglichkeiten der Innovation, der Weiterentwicklung einräumen müssen, zum alleinigen Maßstab. Es ist ja unbestritten, daß die amerikanische Medizin qualitativ weit voraus ist. Deswegen besteht für uns der Weg eigentlich nur in einer Mischung dieser Systeme.

Das ist genau dies: das solidarische Grundprinzip, das jedem eine ausreichende, notwendige Versorgung zur Verfügung stellt. Bei allem, was darüber hinausgeht, müssen wir dem Arzt, dem Patienten die Freiheit geben, daß sie sich im gemeinsamen Gespräch überlegen: Wie sieht die optimale Therapie aus? Da will ich eben nicht die Reglementierung haben, daß die Politik sagt: „Die Wirksamkeit von Phytotherapeutika kann nicht nachgewiesen werden. Deswegen wollen wir das weg haben.“ Vielmehr müssen letztlich der Arzt und sein Patient vertreten,

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

wofür sie sich entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich denke, es ist blauäugig, Herr Birzele, zu sagen, man könne den Geldbeutel da völlig außen vor lassen.

(Abg. Bebbler SPD: Das sagt doch niemand!)

(Dr. Noll)

Denn dann können wir uns die ganzen Diskussionen über die Senkung der Lohnzusatzkosten in Zukunft sparen, wenn wir sagen: Wir machen weiter so, alles zum Nulltarif. Das wird leider nicht gehen, so schön das war.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Damit müssen wir uns abfinden.

Ganz zum Schluß, Herr Müller: Auch hier gehört es zur Ehrlichkeit, zu sagen, daß die Härtefallregelungen in all diesen Bereichen – Pharmatherapie usw. – deutlich verbessert werden. Vorgesehen sind deutliche Verbesserungen.

Ich kann Ihnen die Beispielsrechnungen hier natürlich nicht aufmachen. Aber Sie kennen sie sicher. Wenn Sie sich diese Zahlen einmal ansehen, stellen Sie fest, daß es wirklich sehr, sehr hohe Grenzen gibt, bis zu denen man von Zuzahlungen fast völlig befreit ist. Da soll man nicht behaupten, daß derjenige, der einkommensschwach sei, nicht mehr Zugang zu den notwendigen medizinischen Leistungen habe.

Ich denke, Sie sollten sich nicht daran beteiligen, diese Hysterie zu schüren. Sie sollten vielmehr an dem auch von Ihnen propagierten Ziel der Senkung der Lohnzusatzkosten mitwirken, trotzdem eine solidarisch finanzierte, ausreichende Grundversorgung erhalten, dem System für alles, was darüber hinausgeht, Freiheit lassen, das Arzt-Patienten-Verhältnis stärken, um damit letztlich für beide Seiten ein befriedigendes und positives Ergebnis zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Repnik.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sagen Sie einmal etwas zum letzten Beitrag! Ich will einmal wissen, wie die CDU denkt!)

Abg. Dr. Repnik CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man bräuchte in der Tat Stunden und nicht 5 Minuten.

Lieber Herr Müller, wenn Sie schon die Frau Yzer als Lobbyistin im Bundestag anführen, dann schauen Sie sich mal hier um. Schauen Sie sich mal an, wie Herr Brinkmann bei Thermoselect als Lobbyist hier im Landtag aufgetreten ist. Und keiner von uns hat etwas dazu gesagt. Kehren Sie doch vor der eigenen Tür, bevor Sie uns so etwas vorwerfen!

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Brinkmann spricht bei uns nicht über Thermoselect, aber Repnik über Arzneimittel!)

Wissen Sie, Frau Bender, Sie verfallen in die ganz große Gefahr, Sozialneid zu schüren und Klassenkampf zu machen. Was wird gesagt? Es wird gesagt: „Ärzten und Pharmaindustrie wird mehr Geld in den Rachen geschoben – die haben ja eh schon so wahnsinnig viel –, und die Versicherten zahlen die Zeche.“

Wir haben heute mittag – ich möchte gern auf die Einkommen der Ärzte eingehen – über das Kurwesen diskutiert.

Die SPD hat da sehr stark in den Mittelpunkt gestellt, daß da möglicherweise 5 000 bis 7 000 Arbeitsplätze verloren gehen. Jetzt reden wir auch über die mittelständische Industrie in Baden-Württemberg. 25 000 bis 30 000 Angestellte sind in mittelständischen Pharmabetrieben beschäftigt, und zwar hauptsächlich in solchen, die für Phytotherapie, Homöopathie und andere alternative Therapieformen Medikamente herstellen. Ich sage Ihnen: Es ist doch klar, daß Sie mit der Positivliste, die Sie, die Grünen und die SPD, fordern, diesen Markt kaputt machen. Da geht es nicht mehr um 5 000 Arbeitsplätze, sondern dann machen Sie in der Tat 25 000 Arbeitsplätze kaputt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das ist gerade nicht unser Ziel!)

Auch das sollte mal berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich zitiere aus einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag – Herr Präsident, ich darf zitieren –;

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Nein!)

da steht unter anderem folgendes drin:

Bei der gesundheitlichen Versorgung mit Arzneimitteln ist die Einführung einer Liste verordnungsfähiger Arzneimittel (Positivliste) zwingend geboten.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ja, ja!)

Eine Positivliste ist zur Stärkung der Pharmasicherheit unerlässlich zur Verbesserung der Transparenz und zur Sicherung der Strukturqualität des Arzneimittelangebots.

Was heißt denn Strukturqualität? Ich brauche chemisch definierte Arzneimittel, damit die Strukturqualität stimmt.

Es geht weiter:

Die Festbetragsregelung für Arzneimittel mit patentgeschützten Wirkstoffen ist beizubehalten.

Patentgeschützte Wirkstoffe können nur Chemie sein. Dafür kommen alternative überhaupt nicht mehr in Frage. Wenn man sich zu einer Positivliste durchringt, dann muß man davon ausgehen, daß dann diese Liste „Überblick über die Verordnung sogenannter umstrittener Arzneimittel“ gilt. Da steht unter anderem drin: Psychopharmaka, pflanzliche. Also wollen wir Chemie zum Schlafen haben. Da steht drin: Kardiaka, pflanzliche. Also machen wir es mit Chemie. Immunstimulanzien können wir mit Chemie machen. Karminativa. All diese Arzneimittel sollen aus dem Handel genommen werden. Sollen die dann nicht mehr verordnet werden dürfen?

Da machen doch fachbezogene Richtgrößen viel mehr Sinn. Dann hat der Arzt im Rahmen seiner Therapieverantwortung die Möglichkeit, das zu verordnen, was er für richtig und für wichtig hält.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Richtig!)

(Dr. Repnik)

Eines sage ich Ihnen auch, Herr Müller, weil Sie immer meinen, sie könnten bei den Arzneimitteln so wahnsinnig viel einsparen: Wir liegen im Augenblick im ganzen Gesundheitsbereich für Arzneimittel bei 11,7 %. Bei 11,7 %! Das ist der einzige Bereich, der wirklich sehr stark gesunken ist. Wenn wir wirklich Ernst machen mit „ambulant vor stationär“, wird der Arzneimittelbedarf selbstverständlich nicht sinken können.

So, und jetzt zum Schluß, weil die Zeit wieder mal schon zu Ende ist, zu dem sogenannten armen Versicherten, der permanent überfordert werde. Ich habe es gesagt und wiederhole es: 20 Millionen Bundesbürger sind frei von jeder Zuzahlung. 20 Millionen! Darüber hinaus gibt es die Überforderungsklausel: 2 % bzw. bei chronisch Kranken nur noch 1 %. Das ist eine Verbesserung zum Schutz der Versicherten.

Wenn man es einmal in Zahlen ausdrücken darf: Jemand, der im Jahr 25 000 DM verdient und verheiratet ist, zahlt keine Mark zu. Er ist frei von Zuzahlungen in allen Bereichen. Eine Familie ohne Kinder mit einem Jahreseinkommen von 50 000 DM zahlt im Monat maximal 36,21 DM. Das muß einem die Gesundheit doch wert sein. Jemand der 70 000 DM pro Jahr verdient, zahlt als Verheirateter ohne Kind – mit Kindern ist es noch weniger – 52,87 DM.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Wie war das jetzt mit der schlanken Verwaltung?)

Wenn hier jemand von sozialen Härten spricht, dann hat er die Zeichen der Zeit in der Tat total verkannt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sprechen im Gesundheitsbereich von Parität, von Solidarität und Eigenverantwortung, und das waren die Beträge der Eigenverantwortung. Wenn jemand sagt, das sei unsozial, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Dann läuft er neben der Kapp', Entschuldigung.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Müller.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Hast du noch Zeit?)

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Kollege Repnik, es gibt im Parlament schon lustige Situationen. Sie haben den Kollegen Brinkmann angegriffen. Ich bin seit 1992 Mitglied dieses Hauses, habe aber den Kollegen Brinkmann noch nie über Thermostelect sprechen hören.

(Abg. Haas CDU: Wieso habt ihr ihn dann aus dem Umweltausschuß herausgeschossen? Herr Müller, erklären Sie das einmal!)

Ich habe aber den Kollegen Repnik, einen niedergelassenen Apotheker, vorhin sehr intensiv über die Arzneimittelversorgung sprechen hören.

(Abg. Haas CDU: Scheinheiliger geht es nicht mehr!)

Da muß ich schon fragen: Wie paßt das insgesamt zusammen?

(Abg. Haas CDU: Wieso habt ihr ihn dann abgelöst? Mein lieber Mann!)

Das war ein kleines Bonbon. Ich will mich aber auf das Thema Grundleistung/Wahlleistung beschränken.

(Abg. Haas CDU: Bauernopfer Brinkmann!)

Wenn man schon Schwierigkeiten hat, die Positivliste zu definieren, wie will man dann sagen, was zur Grundversorgung und was zur Wahlversorgung gehört?

(Abg. Haas CDU: Das sind mir saubere Sozialdemokraten! Mein lieber Mann!)

Ich will Ihnen an einem Beispiel zeigen, wie kompliziert das sein kann. In der öffentlichen Diskussion sagt man, die Krankengymnastik gehöre in den Bereich der Wahlleistungen. Denken Sie an ein Kind, das von Geburt an spastisch ist und lebenslang Krankengymnastik braucht. Gehen die Eltern zu einer Privatversicherung, wird dort gesagt: Das Kind ist ein Hochrisikofall; es wird nur zu einem Betrag von 300 oder 400 % versichert, weil wir wissen, daß es Krankengymnastik braucht.

Darum ist es unsinnig, Herr Noll, von Eigenverantwortung zu sprechen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das Beispiel ist doch völlig falsch! – Abg. Birk CDU: Das wollen wir doch gar nicht, Herr Müller!)

Eine Eigenverantwortung gibt es für denjenigen, der von Geburt an behindert ist oder von Geburt an krank ist, nicht.

(Widerspruch bei der CDU)

– Dann sagen Sie mir einmal, was Sie wollen. Was ist denn eine Grundleistung, und was ist eine Wahlleistung?

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Das betrifft die Massagen und nicht die Krankengymnastik!)

Das ist gar nicht zu definieren. Darum ist es ein Unsinn, zu sagen: Diejenigen, die chronisch krank sind, sollen noch zusätzlich belastet werden.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Krankengymnastik war nie in der Diskussion!)

Das ist insgesamt einfach eine unmögliche Situation.

(Abg. Haas CDU: Sprechen Sie von Massagen, Herr Müller?)

– Nein, ich spreche von der Krankengymnastik, die im Wahlleistungskatalog enthalten ist. Wer das will, soll es erst einmal definieren, und er wird sehen, daß es nicht geht. Ich möchte jedenfalls nicht als Arzt vor einem Patienten sitzen und ihm sagen: Es tut mir leid, das ist eine Wahlleistung.

(Abg. Haas CDU: Es bleibt doch eine Pflichtleistung!)

Es kommt zu einer Veränderung unserer Medizin, aber auch zu einer Veränderung der ethischen Grundlagen unse-

(Dr. Walter Müller)

rer Gesellschaft, wenn Sie in diesen Bereich gehen. Das sollten Sie sich einmal überlegen.

Der dritte Punkt: Sie sagen, die SPD wolle Reglementierung und Budgetierung. Wir stehen zur Selbstverwaltung, und wir stehen zur Subsidiarität. Wenn Lahnstein umgesetzt wäre, hätten wir schon seit einem Jahr kein Arzneimittelbudget mehr. Dann hätten wir schon seit einem Jahr die Positivliste.

Der Kollege Schlierer hat natürlich überhaupt nicht recht. Die Positivliste ist keine Budgetierung.

(Abg. Weimer SPD: So ist es! – Abg. Haas CDU:
Eine Rationierung ist das! – Abg. Dr. Schlierer
REP: Sie hören nicht zu, Herr Müller!)

Da können Sie das Notwendige verschreiben ohne Ende. Das hätten wir auch in anderen Bereichen, zum Beispiel im Bereich der Krankenhausfinanzierung. Wir wären bei echten Reformen, wenn nicht der Schwenk in Richtung Möllemann und in Richtung FDP unser ganzes Gesundheitssystem aus der Bahn geworfen hätte.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war völlig daneben!)

Ein abschließendes Wort: Herr Kollege Noll, Sie haben von einer hochqualifizierten Medizin in den USA gesprochen. So ein Unsinn! Überlegen Sie sich einmal: Dort machen die Kosten 14,1 % des Bruttosozialprodukts aus, und bei uns sind es 8,7 %.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie haben nicht zugehört; das habe ich auch beklagt!)

In den USA ist es so: Ein Mann wie Sie oder ich bekommt eine Dreifachversorgung, er bekommt High-Tech-Medizin.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

In den USA gibt es aber auch Flächen, die überhaupt nicht mehr versorgt sind, wo es überhaupt keine soziale Dimension mehr gibt, wo die Leute früher sterben und wo die Kindersterblichkeit steigt.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Sie haben ein anderes Versicherungssystem!)

Das soll unser Vorbild sein? Da machen wir nicht mit!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP:
Aber die Qualität ist höher!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Müller, Ihnen empfehle ich: Hören Sie erst einmal zu! Wenn Sie in diesem Zusammenhang nicht zwischen Budgetierung und Rationierung unterscheiden können, sind Sie entweder der Rede nicht gefolgt, oder Sie haben sie nicht begriffen.

Ich habe vorhin gefragt – darauf sind Sie die Antwort schuldig geblieben –, wie Sie dann, wenn Sie Rationie-

rungsinstrumente einsetzen wollen, das systemimmanent durchhalten wollen. Das geht eben nur, wenn Sie im Hinterkopf Ihre alten Illusionen von einer sozialisierten Medizin haben.

(Beifall bei der CDU und den Republikanern –
Abg. Nagel SPD: Da klatschen die noch!)

Das ist Ihr Standpunkt, und den wollen Sie natürlich nicht offenlegen.

(Abg. Haas CDU: Da hat er recht! – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt sagen Sie doch einmal, warum man in Nordbaden für 1,5 Milliarden DM Medikamente braucht!)

Als zweites noch einmal zu der Frage der Budgets und der Budgetierung.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Erklären Sie das doch einmal!)

– Schwätzen Sie nicht dauernd dazwischen, Frau Bender. Sie haben gar nichts kapiert. Bleiben Sie lieber bei Ihrem Bereich, der Juristerei, und überlassen Sie dieses Thema kompetenten Leuten.

Das Problem bei der Budgetierung, meine Damen und Herren, besteht doch darin, daß bis heute kein Weg gefunden wurde, wie man bei überzogenen Budgets den Regreß durchführen will. Wer sich jemals auch praktisch mit dem Problem auseinandergesetzt hat – ich habe das x-mal gemacht, ich werde es sogar heute noch einmal machen müssen –, nämlich in der Verhandlung vor den Prüfungsausschüssen der Ärzte und der Krankenkassen genau festzustellen, wann und wie dieser Regreß wirklich begründbar ist, wird sehr schnell merken: Das geht eben nicht so, wie Sie das einfach auf dem Papier hinschreiben wollen. Deswegen hat sich diese Methode auch im Prinzip totgelaufen. Das können Sie nicht durchhalten. Mit welchen Richtgrößen wollen Sie es denn machen?

In diesem Zusammenhang würde ich nachher, Herr Minister, von Ihnen gern einige Worte zu der Frage hören, wie Sie denn jetzt anstelle der bisherigen Regelung künftig das Problem in den Griff bekommen wollen. Ich will nur auf das rekurrieren, was Herr Fink dieser Tage in einem Interview gesagt hat, wo er aus seiner Sicht geäußert hat, es dürften jetzt keine Schleusen geöffnet werden mit der Folge, daß Mehrbelastungen in Milliardenhöhe entstünden. Irrendwelche Vorstellungen müssen ja da bei Ihnen in den internen Gesprächen in dieser Hinsicht entwickelt worden sein. Den Mantel des bisherigen Schweigens könnten Sie ja jetzt vielleicht wegziehen und uns hier Näheres sagen.

Zum Schluß noch: Das Solidarprinzip muß erhalten bleiben. Ich glaube auch, daß es noch als Solidarprinzip angesprochen werden kann, wenn sich der Umfang der Zuzahlungen in Grenzen hält. Ich glaube allerdings nicht, daß wir die Tatsache, daß wir jetzt diese Zuzahlungsregelungen haben, in irgendeiner Weise als Legitimation dafür nehmen können, in Zukunft weitere Aufweichungen dieses Solidarprinzips hinzunehmen. Da muß in der Tat noch einiges an Erklärungsbedarf letzten Endes von Seiten der Union befriedigt werden, denn die Entwicklung der letzten Tage,

(Dr. Schlierer)

Herr Repnik, war nicht überzeugend. Das war ein Hin und Her, und der Eindruck, der in der Öffentlichkeit entstanden ist, könnte auch so gedeutet werden, daß die Entscheidung noch nicht endgültig gefällt worden ist. Hier werden wir in der nächsten Zeit wahrscheinlich noch Diskussionsbedarf bekommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Sozialminister Dr. Vetter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte heißt „Auswirkungen auf Baden-Württemberg“.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Kaum zu glauben!)

Ich möchte darauf mit Ihrer gütigen Erlaubnis noch einmal zurückkommen dürfen und möchte vorher eine Vorbemerkung machen. Immer dann, wenn die Ideologie ins Spiel kommt, gibt es ganz schlechte Lösungen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist so im Leben, Herr Minister! – Abg. Dr. Walter Müller SPD: Das sehe ich genauso!)

Ich kann nur sagen: Diese Diskussion mit der Positivliste ist falsch. Ich warne Sie davor. Diese Positivliste bedeutet Reglementierung,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

ist Einmischung der Politik in die Therapiefreiheit, ist Zerstörung baden-württembergischer Arbeitsplätze.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Haas CDU: Herr Nagel müßte aufschreien! – Abg. Bebbler SPD: Das ist jetzt keine Ideologie?)

– Nein, das ist keine Ideologie. Meine Aufgabe ist, für Baden-Württemberg zu sorgen. Wenn Sie als Schleswig-Holsteiner das über die Positivliste sagen, verstehe ich das vielleicht. Dort gibt es nicht diese Industrie und diese Arbeitsplätze für die homöopathische Medizin wie bei uns.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch eine Frage der Ausgestaltung! Es will niemand die Homöopathie totmachen, Herr Minister, ganz im Gegenteil!)

– Nein, verehrte Kollegin, Positivliste bedeutet in Wirklichkeit – Sie sehen das an den Ansätzen der Diskussion –, daß alle sogenannten problematisierten Arzneien ausgeschrieben werden. Das sind alle diejenigen, die in die Homöopathiebereiche gehören, alle diejenigen, die in die Alternativbereiche gehören.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Dann muß man die Liste ändern!)

In diesem Fall bin ich von Ihnen enttäuscht, daß Sie als Grüne sich ausgerechnet auf dieses Feld begeben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mein ganzes Weltbild bricht heute abend zusammen!)

Da bin ich eigentlich besser als Sie.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Die wahren Grünen sind wir! – Abg. Haas CDU: Eine große Dummheit, die die Grünen da begehen!)

Ich hüte mich davor – das sage ich in allem Ernst –, mich jetzt als Politiker in diese Fragen der Wirksamkeit und der Therapie einzumischen und eine staatliche Liste zu machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist unerträglich!)

Meine Damen und Herren, das zweite Thema ist das Budget. Ich kann nur sagen: Das Budget heißt Kollektivhaftung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist sozialistische Planwirtschaft in Vollendung!)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Müller?

Sozialminister Dr. Vetter: Ich gestatte, natürlich. Wenn er als Arzt redet, ist das immer vernünftig.

(Abg. Haas CDU: Jetzt muß der nachfragen, weil der das mit der Positivliste noch nicht verstanden hat!)

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Vielen Dank, Herr Minister. Da muß ich Ihnen ausnahmsweise recht geben.

Herr Minister, ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß die Positivliste nicht von der Politik erstellt wurde, sondern von einem wissenschaftlichen Beirat, dem Ärzte, Wissenschaftler, Professoren angehören und nicht Politiker.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist noch schlimmer! – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Und in dem die Naturheilkundler den besseren Platz hätten haben sollen!)

Sozialminister Dr. Vetter: Da kann ich nur sagen: Da wird mein Mißtrauen nicht kleiner.

Meine Damen und Herren, jetzt einmal zur Sache selbst.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich vermag mich durchzusetzen. Vielen Dank.

Zur Sache selbst: Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß wir in Baden-Württemberg eine Situation haben, die sich, auch im Gesundheitswesen, positiv von anderen Situationen abhebt. Tatsache ist, daß unsere Menschen Gott sei Dank gut alt werden und weniger krank sind und bei uns die Lebenserwartung gestiegen ist. Tatsache ist, daß bei uns die Ärzte, die in diese Diskussion hineingezogen werden, als ob sie Abkassierer und Absahner wären, härteste und positivste Arbeit leisten. Ich möchte einmal sagen dürfen: Die Debatte darf nicht verschütten, daß dies ein hart arbeitender Berufsstand ist, der sein Geld mit Anstand verdient, der saubere Arbeit leistet und der auch, meine Damen und Herren, mit seinem eigenen Verschreibungs-

(Minister Dr. Vetter)

verhalten dazu beigetragen hat, daß Baden-Württemberg im Konzert der Bundesländer das disziplinierteste Land ist. Das kann ich mit Zahlen beweisen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen:
Auch in Nordbaden?)

– Darauf komme ich noch. Danke für den Einwurf. Darauf komme ich noch, jawohl.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Da bin ich sehr informiert.

Drittens: Wir haben im Krankenhauswesen in Baden-Württemberg einen Höchststandard, der kaum mehr zu überbieten ist. Da wird ebenfalls hervorragende Arbeit geleistet. Und wir haben eine Struktur, die in der Verzahnung zwischen ambulant und stationär besser geregelt ist als in allen anderen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, wir haben hier auch Krankenkassen mit einem vorbildlichen Beitragssatz. Die AOK hat hier 13,0 % Beitragssatz.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was hat Hamburg?)

Das ist der deutsche Idealwert.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Risikostrukturausgleich!)

Ich kann Ihnen nur sagen: In anderen Bundesländern geht es in die 14 und 15 % hinein. Kein anderes Land hat bei den Krankenkassenbeiträgen einen derart günstigen Satz wie Baden-Württemberg. Deswegen weigere ich mich auch, mich hier in die Beschimpfungsaktion hineinziehen zu lassen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Jawohl!)

Ich kann nur sagen: Wir wären, wenn wir die Auswirkungen des Gesundheitswesens auf Baden-Württemberg abklopfen, gut beraten, diesen 13%-Beitragssatz zu behalten – 13 wäre in diesem Fall für Baden-Württemberg wirklich eine Glückszahl – und alle Anstrengungen zu unternehmen, in diesem Bereich Disziplin zu halten.

Deswegen noch einmal: Wir haben Höchststandards bei den Gesundheitsausgaben und niedrigste Beitragssätze in Baden-Württemberg. Wir haben beste Gesundheitsorganisationen und ein hervorragend arbeitendes Gesundheitswesen. Und wir sind überhaupt nicht diejenigen, die in der Bundesrepublik Deutschland auf der Ausgabenbahn sind. Ich habe heute morgen die Steigerung um 60 % zwischen 1990 und 1996 angeführt. In Baden-Württemberg sind es 36 %, meine Damen und Herren. Das heißt, Baden-Württemberg erweist sich hier als ein wirklich gut geordnetes Land. Es lohnt sich, einmal darüber nachzudenken, daß dieses Gesundheitswesen gut ist, daß es allerdings durch Arbeitslosigkeit und durch die Übernahme von Lasten aufgrund der deutschen Einheit gebeutelt ist. Meine Damen und Herren, im Osten gibt es eben Nachholbedarf.

(Abg. Haas CDU: Trotz Sozialismus! Herr Dr. Müller, zuhören! – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Wegen Sozialismus!)

Dort leben Menschen, die durch den Sozialismus jahrzehntelang von einer ordentlichen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen waren. Und, meine Damen und Herren, das Gesundheitswesen wird auch gebeutelt durch eine Kostenentwicklung in vielen Bereichen, die wir jetzt in den Griff nehmen müssen.

Sie auf dieser Seite des Hauses dürfen uns keine Sekunde Vorwürfe wegen des jetzigen Zustands des Gesundheitswesens machen. Sie sind die Mitverfasser; Sie waren in der Mitverantwortung. Sie haben die Entwicklung dieses Konzepts über Jahrzehnte hinweg mitgetragen, bis hin zu Lahnstein. Deswegen können Sie allenfalls an der Art und Weise, wie wir jetzt sanieren, Kritik üben. Dazu kann ich nur sagen: Das muß in Ordnung gehalten werden, so, wie ich es schon heute morgen sagte. Wir können keine Mengenausweitung und keine Leistungssteigerung bezahlen, sondern wir haben einen Topf mit Geldern, mit denen verantwortungsvoll umgegangen werden muß. Deswegen müssen wir die notwendigen Freiheiten schaffen, damit die Gesundheitsdienstleistenden, nämlich die Gesundheitsberufe, die Pharmahersteller, die Apotheken usw., in der Lage sind, selbst zu steuern. Deshalb brauchen wir mehr Freiheit. Deshalb ist die These „Das bleibt so, wie es ist, laßt das Budget“ nicht richtig. Das Budget hat versagt. Schauen Sie das doch bei uns an. Das Budget hat versagt. Deswegen brauchen wir Freiheit. Deswegen sage ich noch einmal, daß Sie die FDP nicht angreifen dürfen. Möllemann ist es nicht. Möllemann hat bis jetzt noch gar keine Entscheidung, sondern bis jetzt haben wir noch unser altes System. Deswegen ist es richtig, über mehr Vertragsfreiheit, über mehr Transparenz, über mehr Selbstverwaltung und überhaupt über mehr Freiheit nachzudenken und dies zu entscheiden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Das ist CDU-Politik!)

Meine Damen und Herren, das ist das Konzept.

Derzeit befinden wir uns mitten in einem Entscheidungsprozeß. Ich versuche jetzt, die Situation in unserem Land darzustellen. Die baden-württembergische Situation heißt: Ich sage ja zum Beispiel zur Ablösung des Budgets durch Richtgrößen, wobei ich das Budgetsystem nicht verteufeln will, aber klarstellen muß, daß es versagt hat. Das Budgetsystem führte dazu, daß trotz Budgetierung massive Überschreitungen eingetreten sind, Überschreitungen in Milliardenhöhe. Das Budgetsystem hat nicht verhindert, Frau Kollegin Bender, daß in Nordbaden massive Überschreitungen eingetreten sind. Deswegen bin ich bereit, mich jetzt auf eine Diskussion über eine Konzeption für ein System von Richtgrößen einzulassen.

Herr Kollege Schlierer, das Richtgrößensystem unterscheidet sich – ich kann es jetzt nur einfach sagen – vom Budgetierungssystem in folgendem: Das Budgetierungssystem hat eine Kollektivhaftung zur Folge.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Da kann ein Arzt machen, was er will, er kann sich diszipliniert verhalten, wie er will, er wird, wenn das Budget überschritten wird, in Regreß genommen.

(Minister Dr. Vetter)

Das Richtgrößensystem individualisiert die Haftung. Es ändert nichts am Wirtschaftlichkeitsprinzip, es ändert nichts an der Disziplin, die notwendig ist, aber es führt dazu, daß der einzelne Arzt jetzt selbst verantwortlich ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und es ist zeitnah!)

Er muß seinen Computer zur Verfügung haben, er muß jeden Tag seine Daten abrufen können. Es gibt einen Korridor, innerhalb dessen er sich bewegen kann. Ferner gibt es eine Interventionsgröße, bei deren Erreichen die Kasse sagen muß: Halt, Dr. X,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Jetzt ist es genug!)

jetzt ist der Moment erreicht, in dem das Budget überschritten ist.

Das System der Richtgrößen bedeutet also statt einer Kollektivhaftung eine individualisierte Haftung. Deswegen bin ich bereit, mich darauf einzulassen, und daher sind wir gut beraten, meine Damen und Herren, jetzt mit den Kassen zu verhandeln.

Es ist gar kein allgemeiner Aufschrei. Die Kassen in Baden-Württemberg haben schon längst auch über das Richtgrößensystem verhandelt. Deswegen gibt es auch hier einen baden-württembergischen Weg der Solidität und der Sicherheit.

Was haben Sie gegen die festen Punktwerte, die jetzt bei den Ärzten eingeführt werden sollen? Bis jetzt trat ein Arzt an und wußte gar nicht, was er am Ende des Jahres bekommt. Die floatenden Punktwerte sind im Grunde genommen ein Ünding für den Marktwirtschaftler und für einen Betrieb. Deswegen bin ich dafür zu haben, daß wir auch diese festen Punktwerte bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Wer soll das bezahlen?)

– Wie bitte?

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Wer soll das bezahlen?)

– Ich sage es noch einmal: Feste Punktwerte und Richtgrößen haben nichts mit Mengenausweitungen und nichts mit Undiszipliniertheit zu tun, sondern es bleibt nach wie vor dabei, daß wir innerhalb bestimmter Richtgrößen auf einer sicheren Basis – ich habe heute morgen zum Beispiel das Jahr 1994 genannt – eine Fortentwicklung in Angriff nehmen. Explosionen können wir uns nicht mehr leisten.

Das, was in Nordbaden – um auf Ihre Frage zurückzukommen – geschehen ist, war bis jetzt ein Blindflug der Selbstverwaltung. Keiner kann die Ursachen genau erklären, warum in Nordbaden im Gegensatz zu den anderen KV-Bezirken in Baden-Württemberg die Leistungen so eskaliert sind, die Arzneimittelverschreibungen eskaliert sind.

Sie wissen ja, daß ich mich derzeit in Verhandlungen befinde, um diese Dinge ordentlich zu regeln und nicht alles auf dem Rücken der Ärzte auszutragen. Die Ärzte sind kei-

ne Sozialhilfeempfänger, sondern sie verdienen, daß sie klare, zuverlässige Daten bekommen, mit denen sie arbeiten können. Darin besteht das Ziel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Deswegen, meine Damen und Herren, komme ich auf die baden-württembergischen Konzepte in der Gesundheitsreform zurück.

Wir haben erstens die Gestaltungsleistungen wieder in die Pflichtleistungen umgewandelt, und dies bedeutet nicht nur für den Bereich der Kuren, sondern auch für den Bereich der häuslichen Krankenpflege, der mir genauso wichtig ist, mehr Sicherheit. Die häusliche Krankenpflege macht 50 % der Leistungen der Sozialstationen aus. Auch in diesem Bereich gibt es jetzt wieder die Pflichtleistungen.

Wir haben gerade in der letzten Sitzung durchgesetzt, daß die Fragen der Qualitätssicherung und der Festschreibung der Qualitätsmerkmale für Kuren, für die häusliche Krankenpflege und für alle diese Dinge nicht seitens des Bundes zentral geregelt werden, sondern daß wir hier im Land regional mitbestimmen können. Das ist ein ganz wichtiges Ergebnis.

Wir wollen nicht über einen einheitlichen Leisten geschlagen werden und wollen kein schleswig-holsteinisches oder sonstiges Prinzip haben, sondern baden-württembergisches Prinzip verwirklichen können. Auch dies haben wir durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben in der Frage der Zuzahlung die soziale Komponente durchaus beachtet. Es wurde vorhin die Frage gestellt, was wir von der CDU dazu sagten. Ich sage nur: Wir haben die Deckelung für die Zuzahlung. Das heißt, es gibt bei uns eine klare Deckelung, und es gibt auch nach zuzahlungsauslösenden Beitragserhöhungen keine Zuzahlung über 4 DM hinaus. Auch dies ist ein Erfolg, den wir vorzeigen können.

Wir haben keine Abschaffung des Risikostrukturausgleichs. Auch das war angestrebt worden. Der Risikostrukturausgleich bringt für die Ortskrankenkassen in Baden-Württemberg 800 Millionen DM pro Jahr.

Wir haben keine Verpflichtung zur automatischen Berlinhilfe,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Gott sei Dank!)

sondern wir haben durchgesetzt, daß es bei der freiwilligen Hilfe der Ortskrankenkassen für die Berliner Ortskrankenkasse bleibt – auch ein großer Erfolg für Baden-Württemberg. Auch das sollte im Zweiten NOG geregelt werden, und auch das haben wir abgewehrt.

Meine Damen und Herren, wir haben mit diesen Konzepten eigentlich einen großen Erfolg in unserem Interesse erreicht.

Abschließend lege ich noch auf folgendes Wert. Ich muß Ihnen sagen: Mir ist keine Gesundheitsreform etwas wert,

(Minister Dr. Vetter)

die bei uns Arbeitsplätze vernichtet. Ich mache dieses Hohe Haus wirklich darauf aufmerksam, daß dieser Gesundheitssektor einer der größten Dienstleistungsfaktoren überhaupt ist. Das ist der einzige Wachstumsfaktor, wenn man das einmal genau betrachtet. Es lohnt sich, einmal darüber nachzudenken, nicht immer nur die Radikalposition einzunehmen, da die Einsparposition und dort die Wachstumsposition. Das ist alles nicht richtig, sondern wir müssen eine kontinuierliche Entwicklung haben.

Meine Absicht ist es – und da sind wir in guten Gesprächen mit unseren Organisationen –: Orientierung an diesem Wert von 13 % in Baden-Württemberg – eine Spitzenleistung in der Bundesrepublik Deutschland –, keine Steigerung der Lohnnebenkosten, Freiheit für die Organisationen, damit sie gut steuern können, Beibehaltung der Solidarität in Baden-Württemberg, keine Auflösung des Solidarprinzips.

Im übrigen stimme ich voll und ganz zu: Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen in diesem Solidarprinzip bleiben. Das halte ich für richtig, das ist eine gute Tradition, ist in meinen Augen – ich sage das klipp und klar – ein wichtiges Prinzip.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Die Aufgabe dieses Prinzips würde nur bedeuten, daß Beitragserhöhungen leichter würden, weil eine Seite sich zurücklehnen und sagen könnte: „Wir sind nicht betroffen.“

(Beifall des Abg. Haas CDU)

Das ist nicht richtig.

Insgesamt gesehen, meine Damen und Herren: Die Gesundheitsreform ist eines der schwierigsten, aber auch eines der wichtigsten Anliegen. Es hat keinen Sinn, es jetzt zu einer großen Gegnerschaft zwischen den Ärzten und den Patienten, den Patienten und der Pharmaindustrie usw. kommen zu lassen, sondern wir haben eine gute Chance, in Baden-Württemberg eine baden-württembergische Lösung zustande zu bringen, die das behält, was wir jetzt haben,

anerkannt durch den Bund und anerkannt durch die anderen Länder: eine der besten Gesundheitsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, die Aussprache zu Punkt 9 ist geschlossen. Tagesordnungspunkt 9 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 12/951

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das Hohe Haus stimmt den Beschlußempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 12/947

Keine Wortmeldungen? – Damit sind die Beschlußempfehlungen beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 12/800, 12/943, 12/944

Auch dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Plenarsitzung.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, dem 19. März, 10.00 Uhr statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugesandt werden.

Ich danke Ihnen, schließe die Sitzung, wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt und ein schönes Wochenende.

Schluß: 18.09 Uhr